

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 52

Veröffentlichung: April 2000

Umfragen: Oktober – November 1999

Generaldirektion für Bildung und Kultur
Rue de la Loi 200 (T120 – 4/8)
B - 1049 Brüssel

Telefon : (32.2) 296.54.50
Fax : (32.2) 299.45.77
E-mail : eurobarometer@cec.eu.int

Internet : <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/>

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen („Standard-Eurobarometer“) werden im Auftrag der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal, seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Befragt wird ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wird. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem „INRA (EUROPE) - European Coordination Office“ angehören. Dieses Netz von Meinungsforschungsinstituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle beteiligten Institute gehören der „European Society for Opinion and Marketing Research“ (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.

Die im Eurobarometer enthaltenen Zahlen für die einzelnen Mitgliedsländer sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.

Der vorliegende Bericht wurde durch das Zentrum für den Bürger – Referat „Meinungsumfragen und -analysen“ (EAC D/2; Referatsleitung: Harald Hartung) der Generaldirektion für Bildung und Kultur erstellt und ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Erhebungen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion für Bildung und Kultur) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensiv-Interviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:

- *das traditionelle Standard-Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)*
- *Qualitative Analysen (Fokusgruppen, Intensiv-Interviews)*
- *in Kürze: Eurobarometer Bewerberländer (Nachfolger von Eurobarometer Mittel- und Osteuropa)*

Die persönlichen Befragungen im Rahmen des Standard-Eurobarometers und der künftigen Eurobarometer Bewerberländer sowie das Telefon Flash EB und die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

**Internet-Adresse für das Eurobarometer:
<http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb.html>**

Schlagzeilen

Der 52. Eurobarometer-Bericht hebt die öffentliche Meinung vom Herbst 1999 mit Bezug auf die Europäische Union hervor. Diesmal sind die Ergebnisse der Umfrage positiver als jene vom Frühjahr 1999, die kurz nach dem Rücktritt der Santer-Kommission gesammelt worden waren. Diese positiven Ergebnisse lassen darauf schließen, daß die institutionelle Krise keine langfristigen Auswirkungen auf die öffentliche Meinung hatte und daß neueste Entwicklungen beigetragen haben, dem Bürger das Vertrauen in die Europäische Union zurückzugeben.

Vertrauen in die EU-Institutionen und –Körperschaften

- Das Vertrauen der Menschen in die Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union ist heute größer als im Frühjahr 1999. Das Vertrauen in die Europäische Kommission ist um 5 Prozentpunkte auf 45% gestiegen. In Irland, Dänemark (beide +16), Schweden (+15), Portugal und Österreich (beide +11) ist das Vertrauen um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen. Die Öffentlichkeit wird auch weiterhin dem Europäischen Parlament größeres Vertrauen schenken (53%, +3).

Unterstützung und Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft

- Nach einem im Frühjahr 1999 verzeichneten Abfall (49%), unterstützt heute mehr als die Hälfte der EU-Bevölkerung die Europäische Union (51%). 46% der EU-Bürger sind der Ansicht, daß ihr Land aus der EU-Mitgliedschaft Vorteile hat ziehen können (+2).

Unterstützung der derzeitigen Politik

- Mehr als 7 von 10 Bürger sind der Meinung, die Europäische Union solle über eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verfügen; mehr als 6 von 10 finden eine gemeinsame Außenpolitik wünschenswert.
- 6 von 10 EU-Bürger unterstützen die einheitliche Währung, während 32% sich dagegen aussprechen. Die Unterstützung ist sichtbar bedeutender in den Euro-11-Ländern (68%) als in den 4 "Pre-in"-Ländern (34%).
- 5 von 10 Bürger denken, daß die Reform der EU-Institutionen und -Körperschaften und derer Funktionsweise eine Priorität zu sein hat.
- Weniger als 3 von 10 EU-Bürger bezeichnen die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten als eine Priorität für die EU. Sie sprechen sich eher positiv für den Beitritt von Malta (49%) und Ungarn (47%) aus. Diese Zahlen werden von jenen mit Bezug auf den Beitritt europäischer Staaten wie Norwegen (71%) und die Schweiz (70%) von weitem überstiegen.
- Im Schnitt unterstützen 53% der Bürger die gemeinsame Beschlußfassung der EU in 25 Bereichen, in denen die Union in unterschiedlichem Ausmaß über beschlußfassende Kompetenzen verfügt. In 17 der 25 Bereiche wird die Beschlußfassung auf europäischer Ebene der Beschlußfassung auf nationaler Ebene vorgezogen.

Europäische Integration

- Seit dem Herbst 1998 ist die gewünschte Schnelligkeit, derzufolge Europa sich dem Wunsch der Bürger gemäß entwickeln soll, gestiegen, was verdeutlicht, daß die institutionelle Krise bei den Bürgern hinsichtlich des zukünftigen Prozesses der europäischen Integration keine allzu großen Zweifel hat aufkommen lassen.
- Innerhalb von 5 Jahren möchten 45% der Europäer, daß die EU eine größere Rolle spielt als heute; 27% wünschen eine gleichbleibende Rolle und nur 14% möchten die Rolle der EU reduziert sehen.

Information und Kenntnisstand über die Europäische Union

- 2 von 3 EU-Bürger interessieren sich für Neuigkeiten über die EU. Die Öffentlichkeit wird hauptsächlich dank der neuen Medien informiert, wobei das Fernsehen die beliebteste Informationsquelle ist. Trotzdem sind nicht viele Bürger der Ansicht (6%), sehr viel über die EU zu wissen.
- Mehr als 9 von 10 EU-Bürger haben schon einmal vom Europäischen Parlament gehört. Auch die Europäische Kommission (78%) und die Europäische Zentralbank (69%) sind weitgehend bekannt.

Teilnahme an den Wahlen für das Europäische Parlament im Juni 1999

- Einer der am häufigsten genannten Gründe, weshalb Bürger an den Wahlen von 1999 teilgenommen haben, ist von weitem die Bürgerpflicht (64%). Demzufolge sehen zahlreiche Europäer das Wählen als einen vollständigen Bestandteil des Lebens in einer Demokratie an.
- Einige der Personen, die nicht an der Wahl teilgenommen haben, gaben als Gründe an, kein Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger zu hegen, kein Interesse an der (europäischen) Politik zu haben oder niemals an Wahlen teilzunehmen. Die niedrige Wahlbeteiligung kann als Vertrauensverlust in den aktiven Teil der Demokratie gewertet werden.

Zufriedenheit mit dem Leben und Erwartungen für die Zukunft

- 8 von 10 Europäer sind mit ihrem Leben zufrieden und teilten sehr optimistisch Erwartungen für das Jahr 2000 mit. 33% der Bürger erwarten eine Verbesserung ihres Lebens im Jahr 2000 im Gegensatz zu 7%, die eine Verschlechterung erwarten. Für das Jahr 2000 glauben 27% der Bürger an eine Verbesserung der finanziellen Lage ihres Haushalts, 26% an die Verbesserung der Beschäftigungssituation in ihrem Land und 24% an die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in ihrem Landes und ihrer eigenen Beschäftigung. Weniger als 10% gehen von einer Verschlechterung eines dieser Bereiche für das Jahr 2000 aus.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung

1.	Die Europäer im Jahr 2000	1
1.1.	Zufriedenheit mit dem Leben	1
1.2.	Die Erwartungen der Bürger für das Jahr 2000	3
1.3.	Die europäische und die nationale Identität	10
1.4.	Zufriedenheit mit der Demokratie	12
2.	Informationen und Kenntnisstand über die EU.....	14
2.1.	Interesse an Nachrichten über die EU	14
2.2.	Informationsquellen über die Europäische Union	17
2.3.	Selbstbeurteilung des eigenen Kenntnisstandes über die Europäische Union.....	18
2.4.	Bekanntheitsgrad der EU Institutionen und Körperschaften	19
2.5.	Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft	23
3.	Die Öffentliche Meinung über die EU zum Ende des Jahres 1999	25
3.1.	Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU	25
3.2.	Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft.....	27
3.3.	Geschwindigkeit der europäischen Integration	44
3.4.	Die Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union	47
3.5.	Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung auf EU-Ebene	52
3.6.	Zustimmung zu Schlüsselthemen	55
3.7.	Zustimmung zu den Prioritäten der EU.....	57
3.8.	Zustimmung zur Erweiterung	58
3.9.	Erwartete und gewünschte Rolle der EU in fünf Jahren	61
4.	Die einheitliche Währung, der Euro.....	64
4.1.	Zustimmung zur einheitlichen Währung	64
4.2.	Informationen über die einheitliche Währung	69
4.3.	Interesse an der einheitlichen Währung	73
4.4.	Wissen über die einheitliche Währung	75
5.	Das Europäische Parlament.....	79
5.1.	Bekanntheit des Europäischen Parlaments durch die Medien	79
5.2.	Empfundene und gewünschte Rolle des Europäischen Parlaments	81
5.3.	Wahlbeteiligung an der Europawahl	82
6.	Europäer und Sprachen	91
6.1.	Die Muttersprache.....	92
6.2.	Kenntnis anderer Sprachen	93
6.3.	Welche beiden Fremdsprachen sind am nützlichsten	96

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

	Seite
A. Listen	
A.1. Auflistung der Schaubilder	A.1
A.2. Auflistung der Tabellen	A.5
1.3 Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Fragen und Antwortkategorien.....	A.8
A.4 Erklärung einiger Tabellenüberschriften	A.21
B. Tabellen	B.1
C. Technische Spezifikationen	
C.1. Beteiligte Institute und Ansprechpartner	C.1
C.2. Regionale Verwaltungseinheiten.....	C.2
C.3. Stichprobenspezifikationen	C.3
C.4. Definition und gewichtete Verteilung der soziodemographischen Variablen, die in der Kreuztabellierung verwendet werden	C.6
D. Eurobarometer-Umfragen zu Meinungen der Europäer.....	D.1

BERICHT

Einleitung

Im 52. Eurobarometer-Bericht werden die Ansichten der europäischen Bürger über die Europäische Union im Herbst 1999 vorgestellt. Vor Ort sind die Umfragen vom 15. Oktober bis 14. November 1999 durchgeführt worden. Die Monate, die dieser Feldarbeit vorhergingen, werden als Monate der Veränderungen und Erneuerungen in der Europäischen Union in Erinnerung bleiben. Auf den Rücktritt der Santer-Kommission am 15. März 1999 folgte am 14. September 1999 der Beginn der Prodi-Kommission. Dazwischen trat der Vertrag von Amsterdam in Kraft (1. Mai) und die 5. Direktwahl für das Europäische Parlament wurde abgehalten (10. - 13. Juni). Dieses nahm daraufhin am 17. Juli seine Arbeit auf. In der Begutachtung dieses Berichts haben diese Ereignisse nicht aus den Augen verloren zu werden.

Da dies der letzte Bericht vor dem Jahr 2000 ist, wird hier erst auf die **allgemeine Zufriedenheit der EU-Bürger** und auf die Überprüfung der **Erwartungen der Bürger für das kommende Jahr** eingegangen. Kapitel 1 betrifft ebenfalls die Ansichten der Bürger, inwieweit sie sich zum Ende des Jahres 1999 **als Europäer fühlen**. Das Kapitel endet mit einer Betrachtung der **Zufriedenheit der Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land und in der Europäischen Union**.

Kapitel 2 geht auf das **Ausmaß des Interesses der Bürger bezüglich Informationen über die EU** im Gegensatz zu Informationen über andere Themen ein. **Die Informationsquellen werden betrachtet, auf die die Bürger am ehesten in ihrer Suche nach Informationen über die EU zurückgreifen, und diejenigen die sie bevorzugen**. Das Kapitel enthält auch eine **subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäische Union und den Bekanntheitsgrad von 9 Institutionen und Körperschaften der EU**. Zum Schluß wird eine kurze Untersuchung des Bekanntheitsgrades **der Präsidentschaft im Ministerrat** im Herbst 1999 unternommen.

In Kapitel 3 wird die **langfristige Entwicklung der öffentlichen Meinung** mit Bezug auf die Europäische Union geprüft. Hier werden die Standardindikatoren vorgestellt, die da wären **die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft, die dank der EU-Mitgliedschaft wahrgenommenen Vorteile** und die Ansichten bezüglich der **Schnelligkeit der europäischen Integration**. Auch die **von 9 Institutionen und Körperschaften der EU im Leben der Bürger gespielte Rolle** und das **Vertrauen in diese 9 EU-Institutionen und -Körperschaften** wird behandelt. Zum Schluß wird die **Zustimmung zu einer Reihe von aktuellen politischen Fragen** untersucht.

Schwerpunkt in Kapitel 4 ist die **einheitliche Währung, der Euro**. Die **Zustimmung** der Bevölkerung und die Entwicklung der Zustimmung im Laufe der Zeit sowie auch die Ansicht der Bevölkerung, **inwieweit sie sich über die einheitliche Währung informiert fühlt, und inwieweit sie darüber Informationen erhalten hat**, werden erläutert. Das Kapitel umfaßt auch das **öffentliche Interesse an der einheitlichen Währung** und endet mit einer Berichterstattung über **die Kenntnis in diesem Bereich**.

Kapitel 5 betrifft die Ansichten bezüglich des **Europäischen Parlaments**, mit als Schwerpunkt die **Wahlen vom Juni 1999. Weshalb haben die Bürger gewählt und weshalb nicht?** Ferner werden die **Kenntnis** und die **empfundene und gewünschte Bedeutung des Europäischen Parlaments** erläutert.

Das letzte Kapitel dieses Berichts trägt die Überschrift **Die Europäer und Sprachen** und handelt von den Sprachen, die gesprochen, beherrscht und als wichtigste von den EU-Bürgern angesehen werden.

Wir möchten allen Bürgern der Europäischen Union danken, die im Laufe der Jahre an den Erhebungen teilgenommen haben. Ohne ihre Teilnahme hätte dieser Bericht niemals erarbeitet werden können.

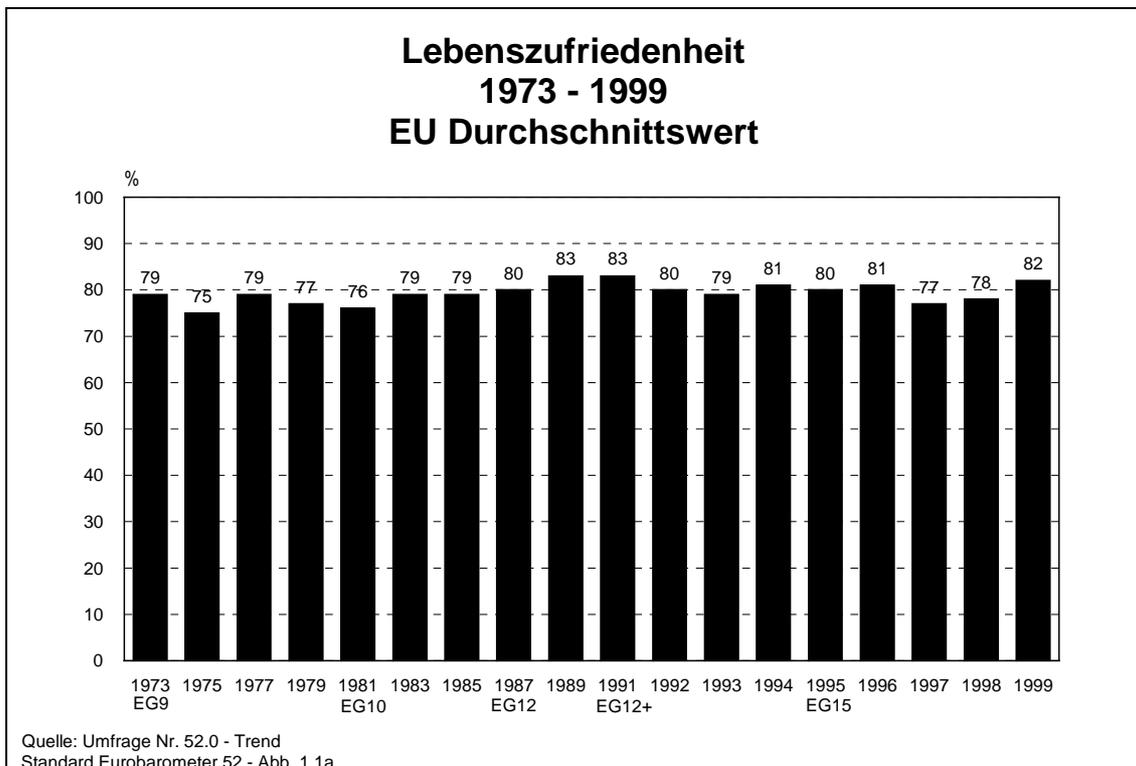
1. Die Europäer im Jahr 2000

In diesem Kapitel betrachten wir den Grad der Zufriedenheit der Bürger der Europäischen Union mit ihrem Leben Ende 1999 und ihre Erwartungen für das Jahr 2000. Außerdem untersuchen wir, in welchem Ausmaß die Menschen sich europäisch fühlen und in Verbindung damit die verschiedenen Grade von Nationalstolz. Der letzte Abschnitt des Kapitels beschäftigt sich mit der Frage, wie zufrieden die Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie sowohl in ihren jeweiligen Ländern, als auch in der Europäischen Union sind.

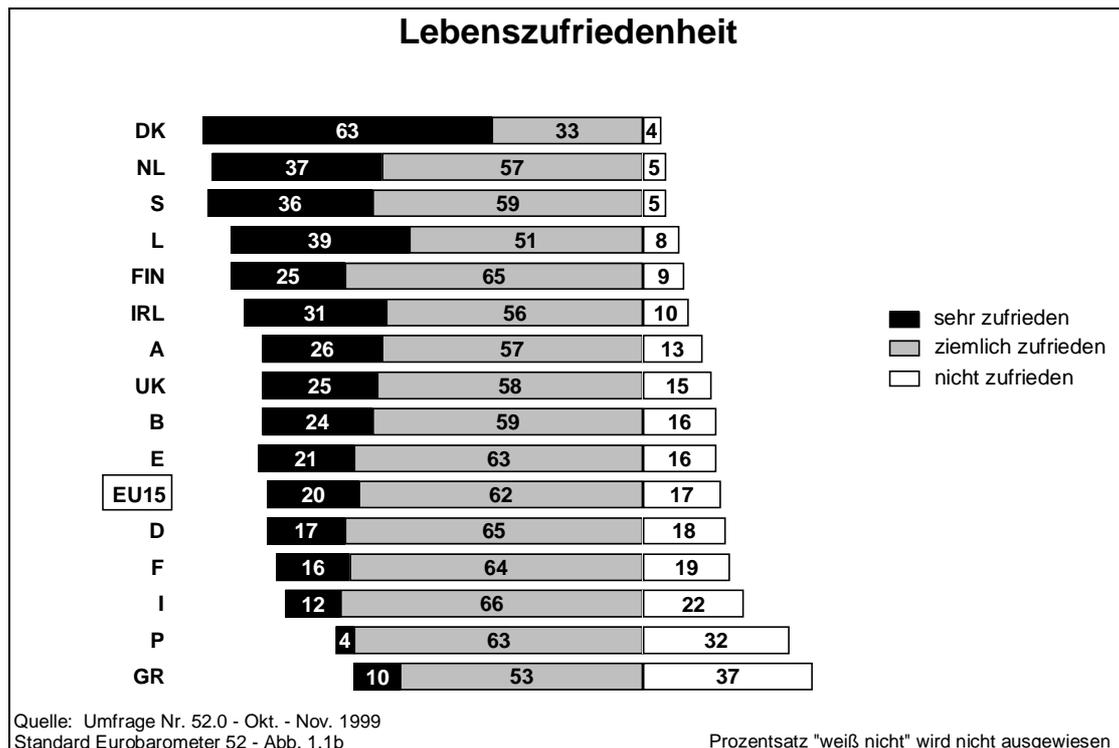
1.1. Zufriedenheit mit dem Leben

Seit Beginn des Eurobarometers im Jahr 1973 wurden die Bürger der Europäischen Union regelmäßig gefragt, wie zufrieden sie mit ihrem Leben im allgemeinen sind. Diese Frage nach der Zufriedenheit ist ein zusammengefaßter Maßstab dafür, wie zufrieden die Menschen mit allen zu ihrem Leben gehörenden Aspekten sind, von ihrem persönlichen Glück, ihrer Gesundheit, ihrer familiären und wirtschaftlichen Situation bis zu ihrer Sicht der Gesellschaft im allgemeinen.

1999 geben 82% der EU-Bürger an, daß sie mit ihrem Leben ziemlich zufrieden sind. Wie das unten stehende Schaubild zeigt, ist der Grad der Zufriedenheit, seit die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, immer hoch gewesen. Im Durchschnitt gaben mindestens 75% der Befragten eine positive Beurteilung ihres Lebens ab. Dennoch weist das Diagramm einige Schwankungen im Laufe der Zeit auf. Wie zu erwarten, ist der Grad der Zufriedenheit in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstands hoch - was auch die aktuelle Erhöhung der Zufriedenheitsstufe erklärt - und er ist niedriger in schwierigeren Zeiten, wie z.B. 1975, als die Leute die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise spürten.



Das folgende Schaubild zeigt, daß der für die gesamte Europäische Union geltende aktuelle Grad der Zufriedenheit große Schwankungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten verbirgt.



In Dänemark sind die Menschen bei weitem am zufriedensten mit ihrem Leben (96%). Es ist das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung sehr zufrieden ist (63%). In Schweden (95%), den Niederlanden (94%), Luxemburg und Finnland (beide 90%) ist der Grad der Zufriedenheit ebenfalls sehr hoch. Auch in Irland (87%), Spanien (84%), Österreich, dem Vereinigten Königreich und Belgien (alle 83%) liegt der Grad der Zufriedenheit über dem Durchschnitt. Den niedrigsten Grad der Zufriedenheit findet man in Griechenland (63%) und Portugal (67%). Dennoch sind in beiden Ländern 2 von 3 Personen mit ihrem Leben zufrieden.

Im Vergleich zu früheren Ergebnissen (vom Frühjahr 1998) hat sich der Grad der Zufriedenheit in Spanien (+12), Griechenland (+8), Frankreich, Portugal (beide +7), Deutschland (+5), Belgien und Italien (beide +4) entscheidend verbessert. In den Niederlanden und in Dänemark ist die Bevölkerung weniger "sehr zufrieden" (jeweils -7 und -4). Dort entscheiden sich mehr Befragte für die Antwort „ziemlich zufrieden“ (jeweils +6 und +3). Im Vereinigten Königreich fällt die Kategorie „sehr zufrieden“ um 5 Prozentpunkte, mit einer jeweiligen Erhöhung um 2 Prozentpunkte in den Kategorien „ziemlich zufrieden“ und „nicht sehr zufrieden“. In den anderen Ländern hat sich der Grad der Zufriedenheit seit dem Frühjahr 1998 nicht bedeutend verändert. (Tabelle 1.1a)

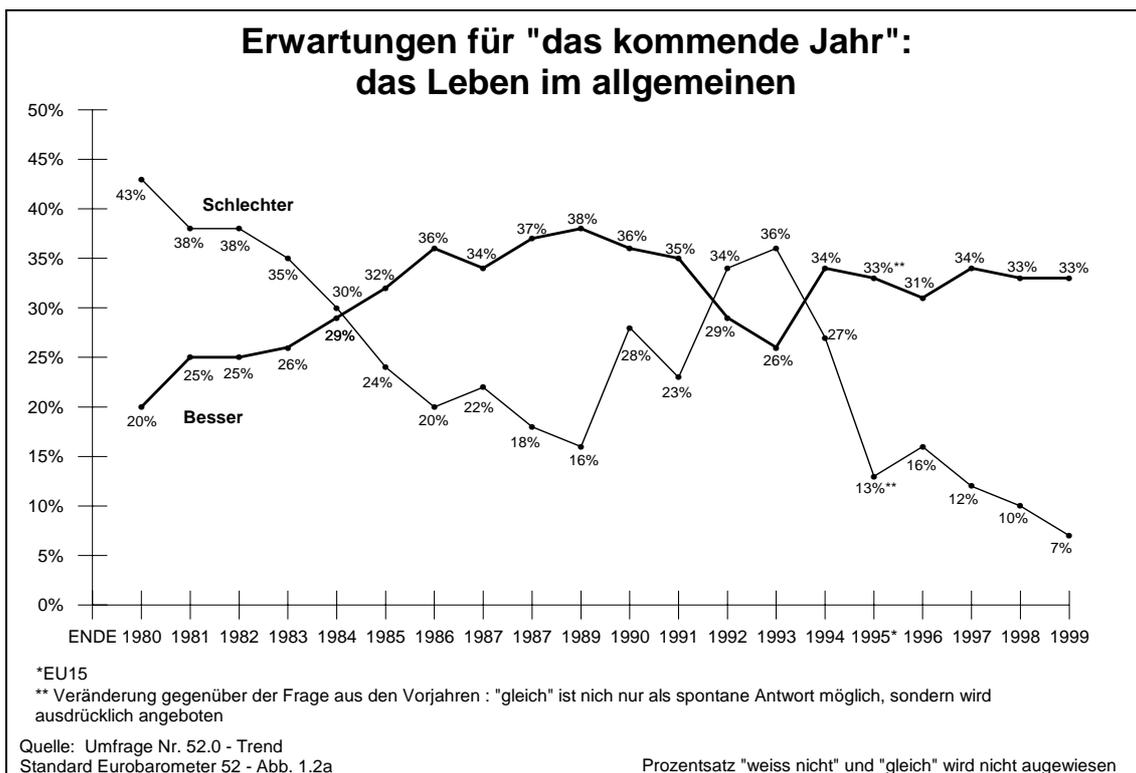
Die demographische Analyse zeigt, daß der gleiche Anteil von Männern (82%) und Frauen (82%) mit ihrem Leben zufrieden ist. Es gibt auch sehr wenig Schwankungen in den verschiedenen Altersgruppen. Bedeutende Unterschiede findet man jedoch zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen der Bevölkerung. Führungskräfte (88%) sind sehr viel häufiger zufrieden als Menschen mit anderen Beschäftigungen. Unter allen soziodemographischen Gruppen sind Arbeitslose (63%) die am wenigsten zufriedenen. Die Ausbildung spielt hier ebenfalls eine große Rolle. Studenten (88%) oder Personen, die bis zum Alter von 20 oder länger (85%) in der Ausbildung verblieben sind, fühlen sich eher zufrieden als Personen, die die Schule im Alter von 15 oder jünger (78%) oder im Alter von 16-19 Jahren (81%) verlassen haben¹.

Letztendlich zeigen die Analysen, daß 86% der Befürworter der Europäischen Union, die eher zu den Führungskräften gehören und bis zum Alter von 20 oder länger in der Ausbildung verblieben sind, im Vergleich zu 74% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes nicht guthießen, zufrieden sind. (Tabelle 1.1b)

¹ Anhang C.4 enthält die Erklärung der Kodierung der demographischen Variablen.

1.2. Die Erwartungen der EU-Bürger für das Jahr 2000

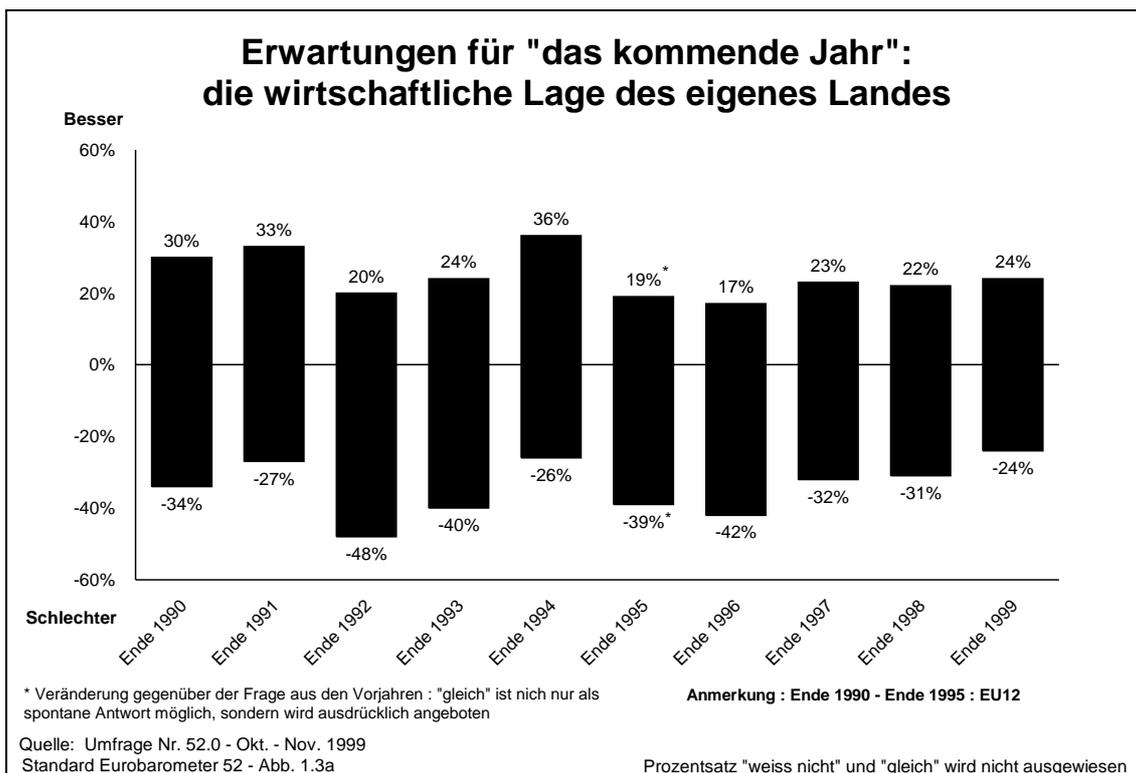
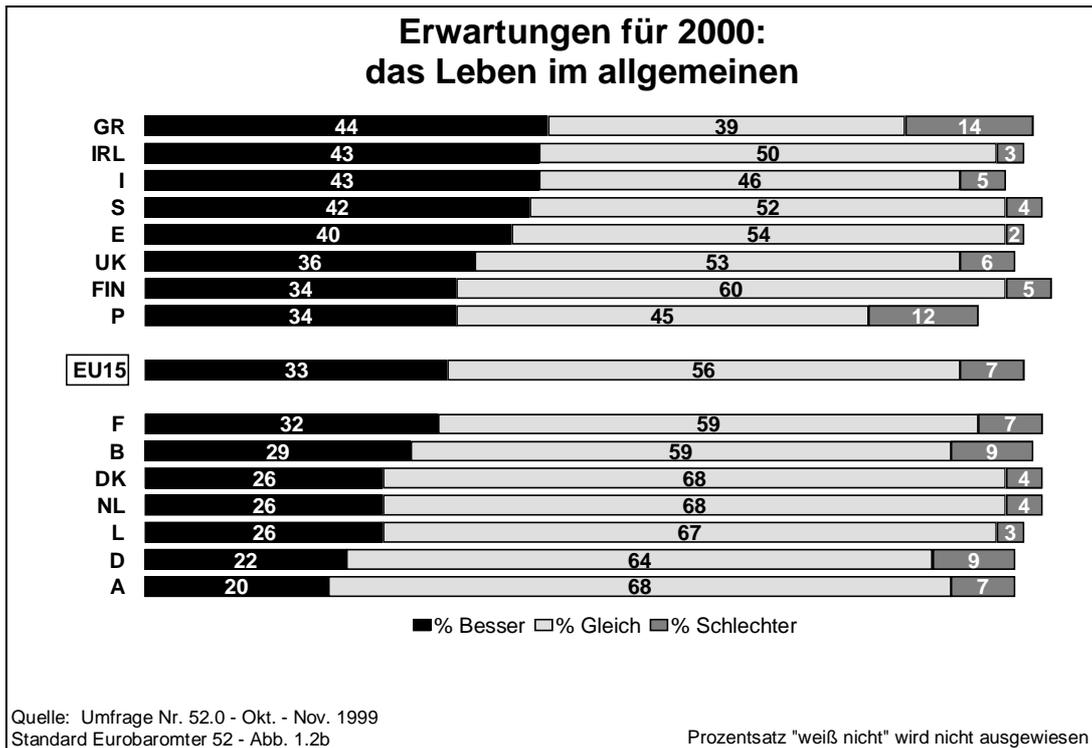
Ende 1980 glaubten nur 20% der Bürger der Europäischen Gemeinschaften ², daß sich ihr Leben im allgemeinen im kommenden Jahr verbessern würde. Tatsächlich war die Stimmung ziemlich pessimistisch - 43% der Europäer erwarteten, daß ihr Leben sich verschlechtern würde. Nach 1984 und bis Anfang der 90er Jahre dominierte der Optimismus. Trotz eines Rückgangs des Optimismus 1992 und 1993 verringerte sich der Anteil der Europäer, die glaubten, daß ihr Leben sich im kommenden Jahr verschlechtern würde, stetig. 1999 erreichte dieser Anteil einen Tiefpunkt von 7%. Der Trend der Zeit weist auf eine starke Beziehung zwischen den Erwartungen der Menschen für das kommende Jahr und der wirtschaftlichen Situation ihres Landes hin. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums sind die Erwartungen der Menschen sehr viel höher als in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten.



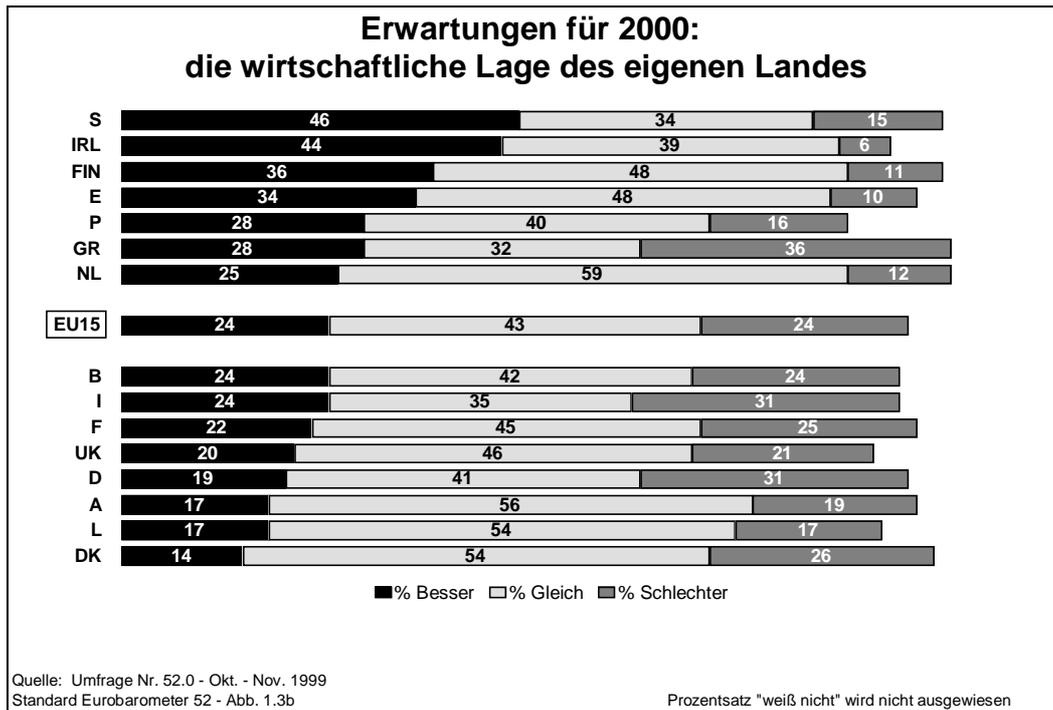
In Betrachtung der einzelnen Länder zeigt sich, daß die Menschen in Griechenland (44%), Irland und Italien (beide 43%), am ehesten glauben, daß das Jahr 2000 besser sein wird. Griechenland ist außerdem das Land mit dem höchsten Anteil an Menschen, die glauben, daß sich ihr Leben im allgemeinen verschlechtern wird (14%), obwohl das Ausmaß an Pessimismus bedeutend weniger verbreitet ist als Ende 1998 (-10). In den meisten Mitgliedstaaten erhöhte sich der Anteil der Menschen, die glauben, daß ihr Leben im Jahr 2000 genauso sein wird, wie es im Jahr 1999 war, bedeutend, und in keinem einzigen Land findet sich eine Erhöhung des Pessimismus. (Tabelle 1.2a)

Seit 1990 wurden mit dieser Frage zum Ende des Jahres auch die Erwartungen der Menschen für die Wirtschaft ihres Landes im kommenden Jahr ermittelt. Die Zahlen beschreiben den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa Ende des 20. Jahrhunderts. Die neuesten Ergebnisse zeigen den niedrigsten Grad von Pessimismus, der bis heute aufgezeigt wurde (24%).

² Außer den neun Ländern, die Ende 1980 Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften waren, schließt die Umfrage Griechenland ein, das 1981 beitrat.

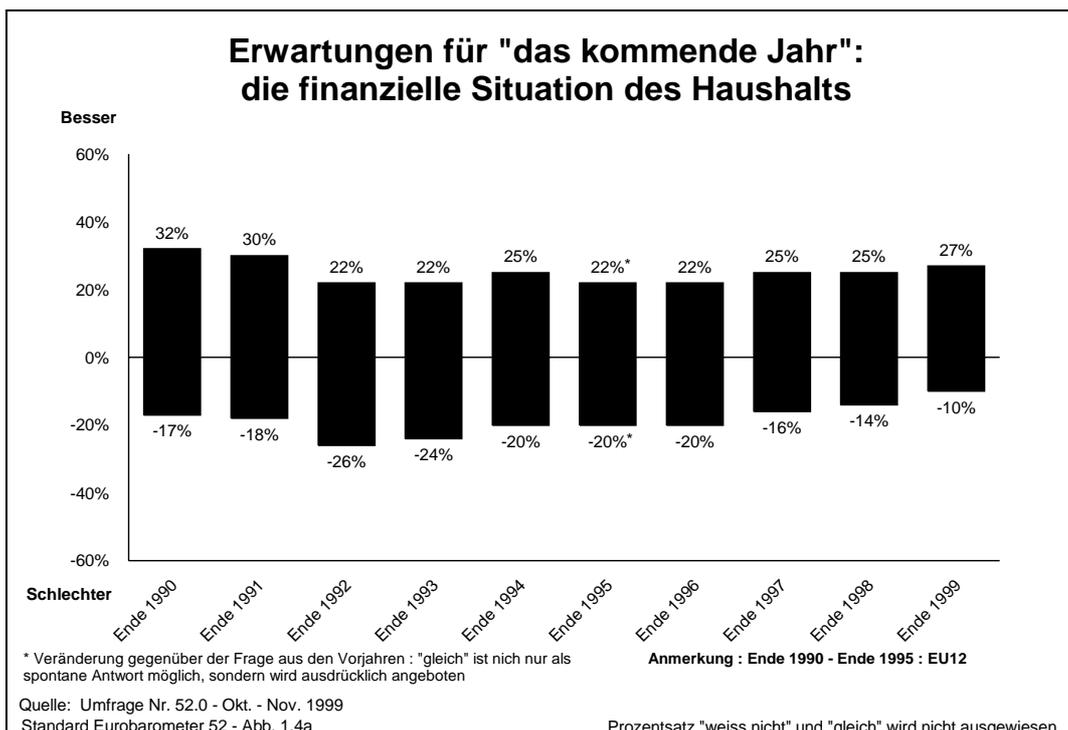


Große Unterschiede bestehen zwischen den 15 Mitgliedstaaten. In Schweden (46%) und Irland (44%) erwarten 4 von 10 Personen eine Verbesserung der wirtschaftliche Situation, in Griechenland (36%), Deutschland und Italien (beide 31%) erwarten 3 von 10 Personen eine Verschlechterung.

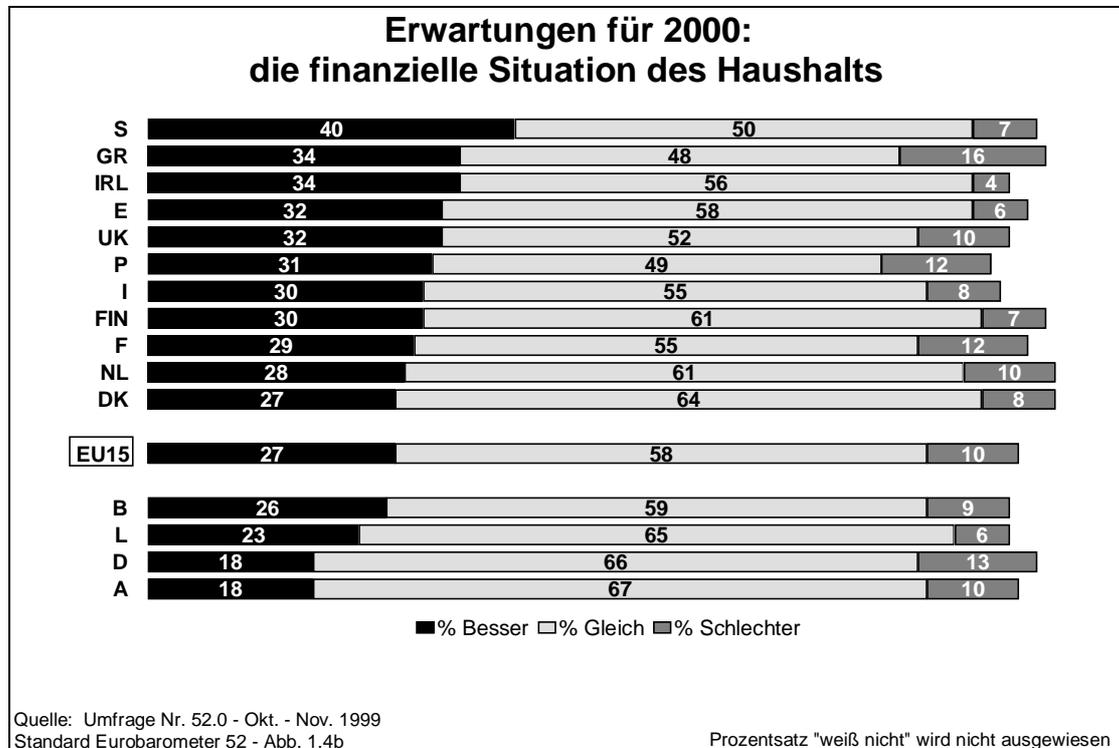


Im Vergleich zum letzten Jahr gibt es bedeutende Verschiebungen innerhalb vieler Länder. In Schweden (+18), den Niederlanden, Griechenland (beide +13), Belgien (+11), Irland (+9), Finnland (+8), dem Vereinigten Königreich (+7), Portugal und Dänemark (beide +5) sind die Menschen jetzt bedeutend optimistischer. In einigen dieser Länder ist der Anteil der Menschen mit pessimistischer Einstellung um mehr als 15 Prozentpunkte gefallen (die Niederlande, Belgien, Griechenland, das Vereinigte Königreich). Deutschland und Spanien sind die einzigen Länder, in denen der Grad des Pessimismus nicht bedeutend fiel. (Tabelle 1.3a)

Ein weiterer Punkt, der der Frage zum Ende des Jahres 1990 hinzugefügt wurde, ermittelt die Erwartungen der Menschen bezüglich der finanziellen Situation ihres Haushalts im kommenden Jahr.

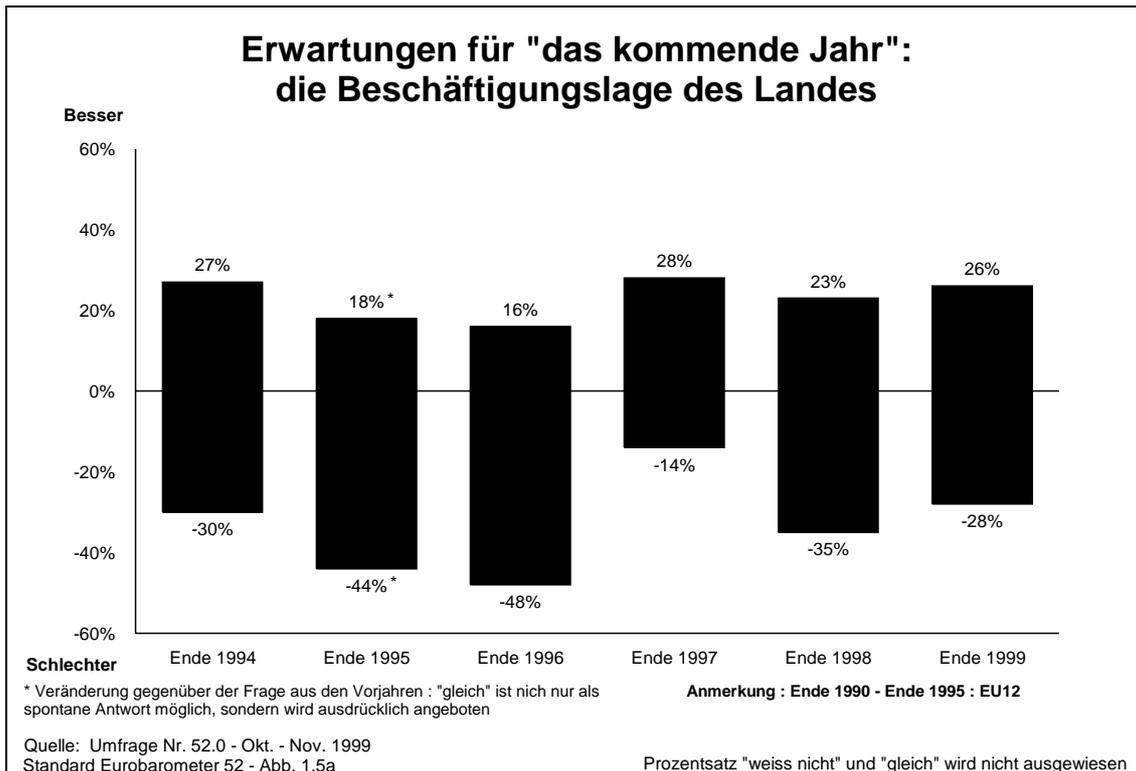


In den letzten Jahren sind die optimistischen Vorhersagen von 22% im Jahre 1996 auf 27% im Jahre 1999 stetig gestiegen. Der Anteil der Menschen, die glauben, daß die finanzielle Situation ihres Haushalts sich verschlechtern wird, ist der bis heute niedrigste gemessene Wert. Dennoch erwartet die Mehrheit der Europäer, daß die finanzielle Situation ihres Haushalts im Jahr 2000 dieselbe bleiben wird wie im Jahr 1999. In jedem einzelnen Mitgliedstaat ist dies die am häufigsten ausgedrückte Erwartung, von 48 % in Griechenland bis zu 67% in Österreich.



Wenn man die Ergebnisse der Länder betrachtet, ergibt sich, daß die Menschen in den meisten Mitgliedstaaten jetzt optimistischer sind als im letzten Jahr. Dieser erhöhte Optimismus ist in Griechenland (+13), Belgien (+8) und Portugal (+7) besonders deutlich. Es gibt nicht einen einzigen EU-Mitgliedstaat in dem die Menschen jetzt eher glauben, daß die finanzielle Situation ihres Haushalts im Jahre 2000 schlechter sein wird als im Jahr 1999. In den Niederlanden (+6), Österreich und Deutschland (beide +5) glauben die Menschen jetzt sehr viel eher, daß das Jahr 2000 genauso (oder genauso gut) sein wird wie das Jahr 1999. (Tabelle 1.4a)

Angesichts der fallenden Arbeitslosenquoten ist es nicht verwunderlich, daß die Europäer in Bezug auf die Beschäftigung in ihren Ländern immer optimistischer werden. Während im Jahre 1996 nur 16% der EU-Bürger glaubten, daß die Beschäftigungslage in ihrem Land sich im folgenden Jahr verbessern würde, glauben dies nun 26%. Nur 28% glauben, daß die Situation sich verschlechtern wird (im Vergleich zu 35% im letzten Jahr). Der Optimismus ist heute genauso weit verbreitet wie Ende 1994, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde.



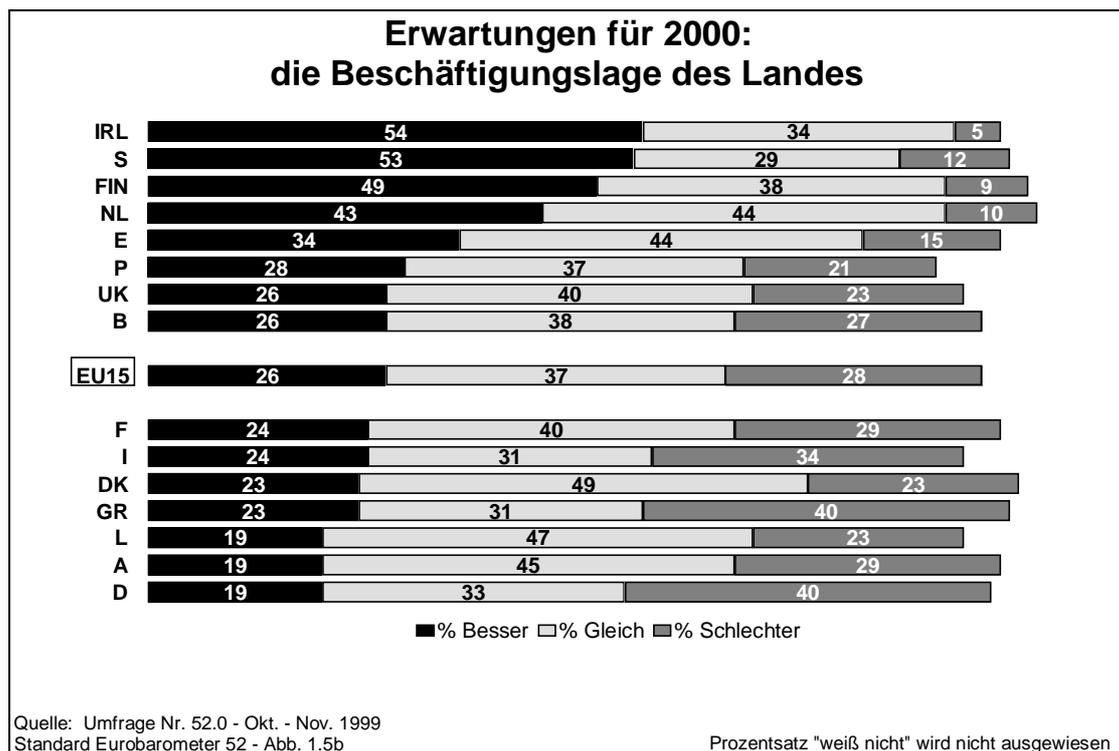
Daten von EUROSTAT zeigen, daß die Arbeitslosenquote zum Zeitpunkt der Umfrage in 11 von 15 Mitgliedstaaten niedriger war als im Jahr zuvor (Angaben für Griechenland liegen nicht vor). In Dänemark ist die Arbeitslosenquote bei 4.2% geblieben, während sie in Luxemburg (+0.5%) und Belgien (+0.3%) geringfügig gestiegen ist.

ARBEITLOSENQUOTEN, SAISONBEREINIGT ³								
	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
1993.10	9.4	9.7	8.4	NA	23.7	12.3	15.4	10.8
1994.10	10.1	7.6	8.2	NA	23.9	12.1	14.5	11.8
1995.11	10.0	6.6	8.5	NA	22.7	11.8	12.4	11.9
1996.11	9.4	6.1	9.2	NA	21.7	12.4	11.0	12.1
1997.11	9.1	5.1	10.2	NA	20.2	12.3	9.8	12.1
1998.10	8.6	4.2	9.4	NA	18.4	11.8	8.6	12.3
1999.10	8.9	4.2	9.1	NA	15.3	10.7	6.1	11.1

	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU15
1993.10	2.9	6.9	NA	6.2	18.9	10.4	10.4	11.2
1994.10	3.7	7.1	NA	7.2	17.7	9.4	9.1	11.0
1995.11	2.9	7.0	4.0	7.4	16.2	9.3	8.6	10.8
1996.11	2.8	6.1	4.3	7.1	15.2	10.0	7.9	10.8
1997.11	2.5	4.6	4.4	6.5	11.9	9.0	6.5	10.5
1998.10	2.2	3.6	4.4	4.5	11.0	7.5	6.2	9.8
1999.10	2.7	2.8	4.1	4.3	10.0	6.5	5.9	9.0

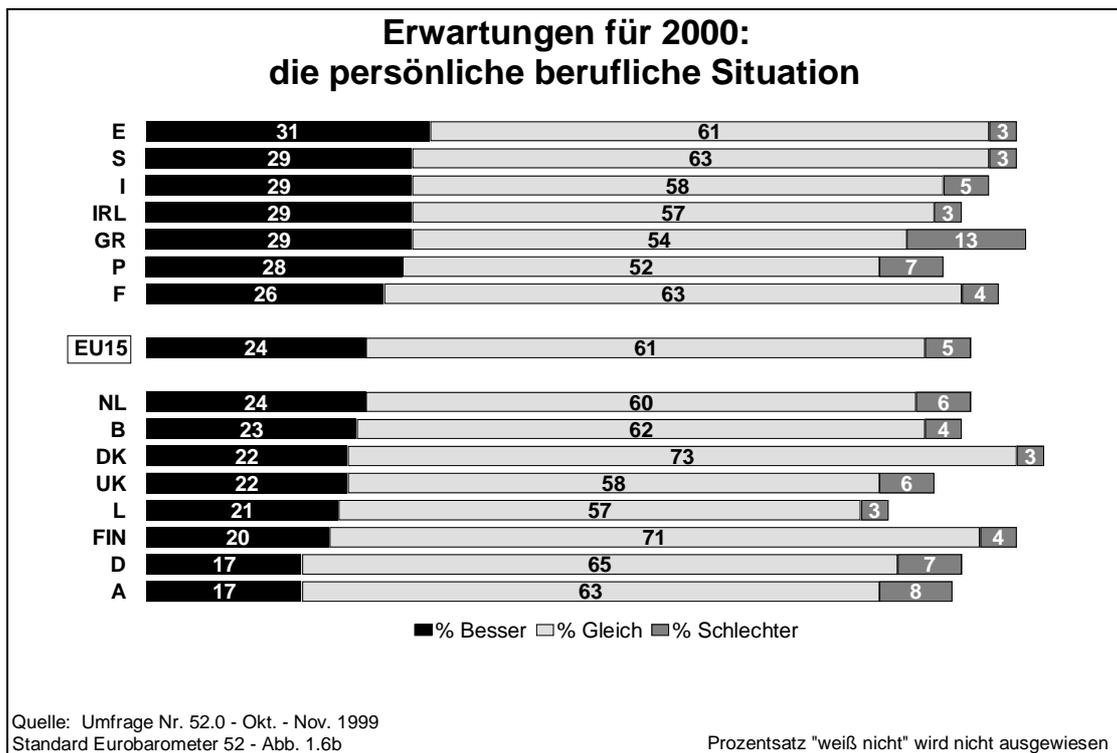
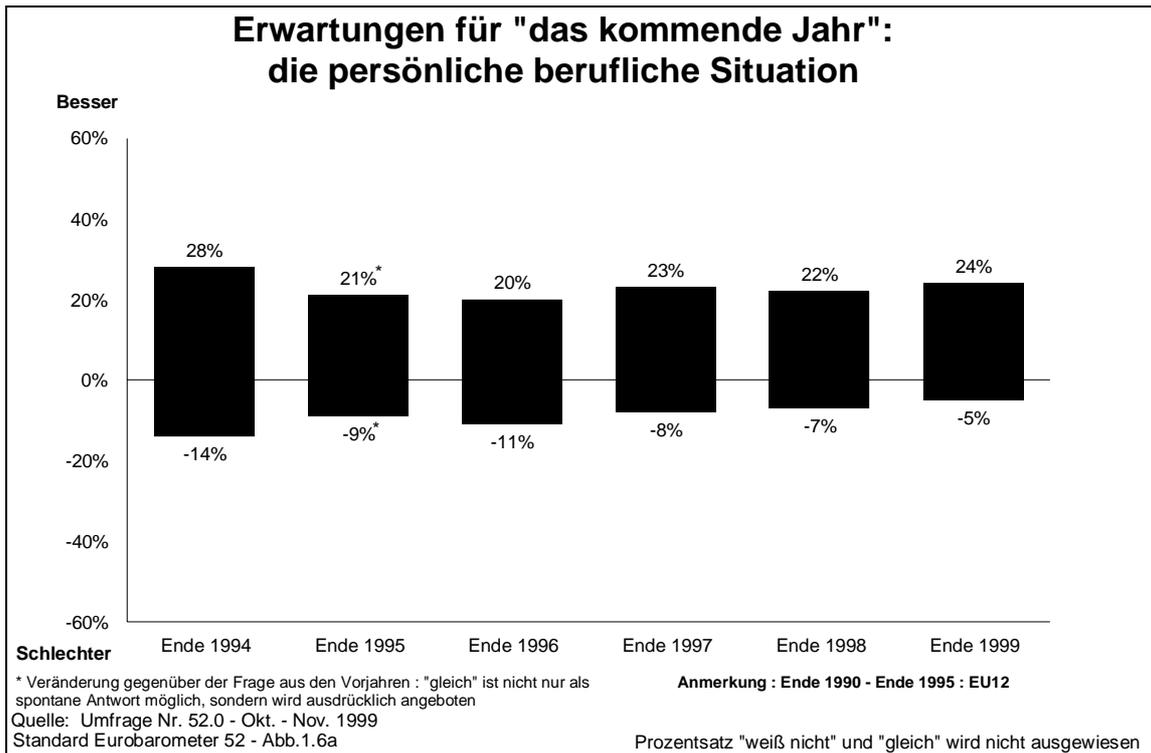
³ Quelle: EUROSTAT Pressemitteilung Nr.1/99 (Angaben für Griechenland nicht vorhanden). EUROSTAT richtet sich in seinen Schätzungen nach der Definition für Arbeitslosigkeit der ILO.

Im Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit den Ergebnissen des letzten Jahres spiegelt sich die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in Schweden, den Niederlanden, Griechenland, Finnland, dem Vereinigten Königreich, Portugal, Irland, Dänemark und Italien in einem erhöhten Optimismus in der Öffentlichkeit wider. In einigen dieser Länder stieg der Anteil der Menschen, die glauben, daß das nächste Jahr besser sein wird, um mehr als 15 Prozentpunkte (Schweden +20; Niederlande +17). In anderen fiel der Anteil der Menschen, die glauben, daß das kommende Jahr schlechter sein wird um mehr als 15 Prozentpunkte (das Vereinigte Königreich -25; Griechenland -20). Trotz eines geringen Anstiegs der Arbeitslosenquote in Belgien und Luxemburg ist der Optimismus in der Öffentlichkeit auch in diesen beiden Ländern gestiegen. Deutschland ist das einzige Land, in dem die Menschen jetzt eher pessimistisch sind. Dies ist besonders in den neuen Bundesländern der Fall, in denen der Anteil der Menschen, die eine Verschlechterung für das nächste Jahr erwarten, von 43% im Jahre 1998 auf 54% im Jahre 1999 gestiegen ist. (Tabelle 1.5a)



Die Einstellung der EU-Bürger bezüglich ihrer persönlichen Arbeitssituation ist sogar noch positiver geworden. 24% erwarten, daß ihre Arbeitssituation sich Ende 1999 verbessern wird, und 61% glauben, daß sie gleich bleiben wird. Nur 5% der Europäer erwarten eine Verschlechterung im Jahre 2000. Dies ist der niedrigste Wert seit das Eurobarometer Ende 1994 begann, diese Erwartung zu messen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Erwartungen der Menschen extremer, größere Anteile der Bevölkerung erwarteten, daß sich die Arbeitssituation verbessern (28%) oder verschlechtern (14%) würde.

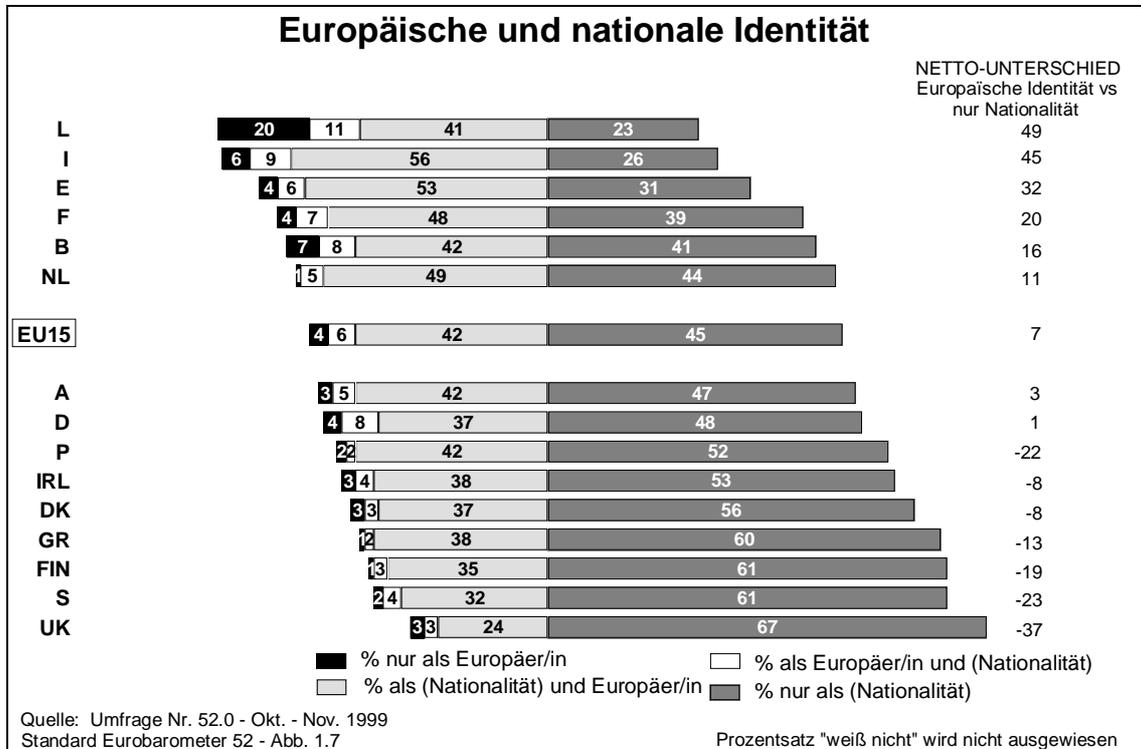
Bezüglich des Anteils der Menschen, die glauben, daß sich ihre persönliche Arbeitssituation im Jahr 2000 verbessern wird, steht Spanien an erster Stelle (31%), gefolgt von Schweden, Italien, Irland und Griechenland (alle 29%). Obwohl das Gefühl, daß das Jahr 2000 besser sein wird, in Deutschland und Österreich (beide 17%) am wenigsten verbreitet ist, ist die Stimmung in diesen beiden Ländern vom Pessimismus weit entfernt. Die große Mehrheit der Bevölkerung in diesen beiden Ländern glaubt, daß ihre persönliche Arbeitssituation dieselbe bleiben wird (jeweils 65% und 63%), und weniger als 1 von 10 Personen glaubt, daß sie sich verschlechtern wird. Die Quote der pessimistischen Erwartungen liegt in allen Ländern unter 10%, ausgenommen in Griechenland, wo 13% der Menschen glauben, daß ihre persönliche Arbeitssituation sich im Jahr 2000 verschlechtern wird. Dennoch ist der Anstieg des Optimismus in diesem Land wie in Portugal am höchsten (+9). Auch in Belgien (+7) glauben jetzt wesentlich mehr Menschen, daß sich ihre persönliche Arbeitssituation verbessern wird. (Tabelle 1.6a)



Die Erwartungen der Menschen für das kommende Jahr variieren nicht nur von Land zu Land, sondern hängen auch von einer Anzahl von soziodemographischen Faktoren ab. Männer neigen dazu, optimistischer zu sein als Frauen, und der Grad des Optimismus steigt mit zunehmender Bildung und fällt mit zunehmendem Alter. Junge und gebildete Menschen neigen sehr viel eher dazu, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU gutzuheißen, als ältere und weniger gebildete Menschen. Daher stellen wir fest, daß Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes unterstützen, eher glauben, daß das Jahr 2000 besser sein wird, als Menschen, die gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU sind. (Siehe Tabellen 1.2b, 1.3b, 1.4b, 1.5b und 1.6b)

1.3 Die europäische und die nationale Identität

Auf die Frage, wie sie sich in naher Zukunft sehen, antworten viele EU-Bürger, sie fühlten sich europäisch. Obwohl sich nur 4% der EU-Bürger als ausschließlich europäisch sehen, fühlt sich in 8 von 15 Mitgliedstaaten die Mehrheit der Bevölkerung ein bißchen europäisch.

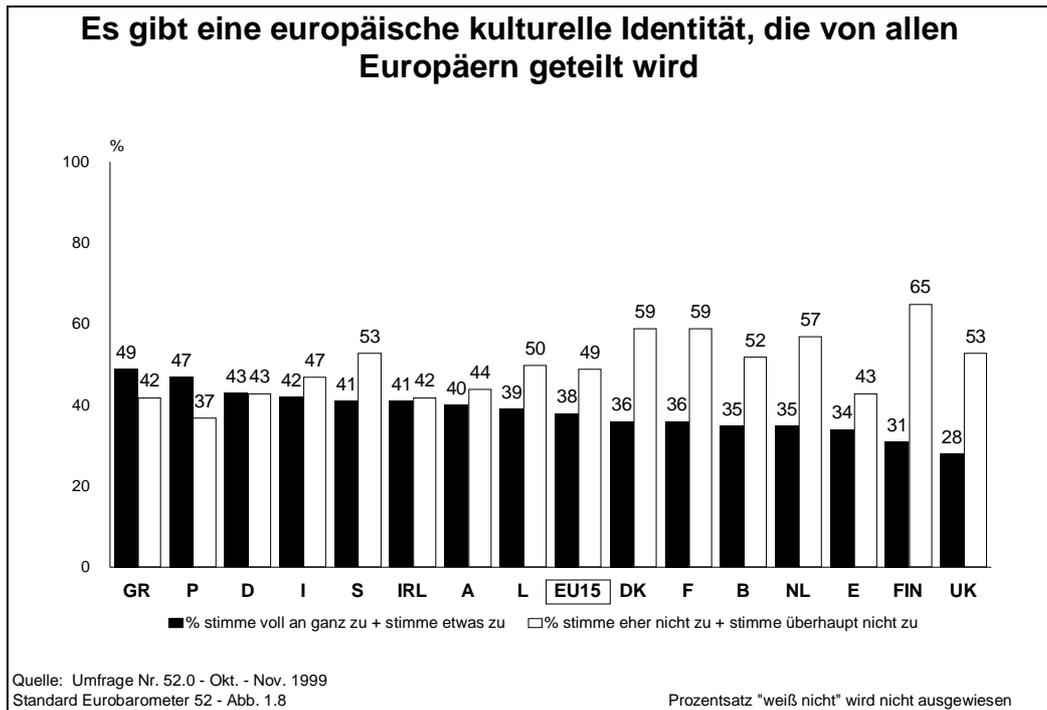


Da Luxemburg einen hohen Anteil von Bürgern aus anderen EU-Staaten hat, stellen wir wieder einmal fest, daß die Menschen in diesem Land sich am ehesten ausschließlich europäisch fühlen. Mit 20% vertreten diese Menschen eine bedeutende Minderheit. In allen andern Ländern fühlen sich weniger als 10% der Bevölkerung ausschließlich europäisch. Abgesehen von Luxemburg (72%) sind die anderen 7 Länder, in denen die Mehrheit der Personen sich bis zu einem gewissen Grad europäisch fühlt, Italien (71%), Spanien (63%), Frankreich (59%), Belgien (57%), die Niederlande (55%), Österreich (50%) und Deutschland (49%). In den anderen 7 Ländern sind die Menschen, die sich ausschließlich mit der eigenen Nationalität identifizieren, in der Mehrheit. In Portugal (52%) und Irland (53%) ist diese Mehrheit jedoch sehr klein. Im Vereinigten Königreich (67%), Schweden, Finnland (beide 61%), Griechenland (60%) und, in geringerem Ausmaße, Dänemark (56%), ist die nationale Identität eindeutig das vorherrschende Gefühl.

Wenn man den Trend der Zeit betrachtet, zeigt sich, daß dieses Thema sehr konstant ist und daß die Öffentlichkeit sich im allgemeinen von einer Umfrage zur nächsten weder europäischer fühlt, noch daß sie sich weniger mit ihrer eigenen Nation identifiziert oder umgekehrt, es sei denn, daß sich zwischen den Umfragen etwas ereignet, daß ihre Ansichten beeinflußt. Dies ist z.B. in Griechenland der Fall, wo die Menschen sich jetzt viel eher mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren als im Herbst 1998 (+10). Eine wahrscheinliche Erklärung für diesen Anstieg ist der Kosovo-Krieg, der anti-europäische Gefühle in der griechischen Bevölkerung entzündete. (Tabelle 1.7)

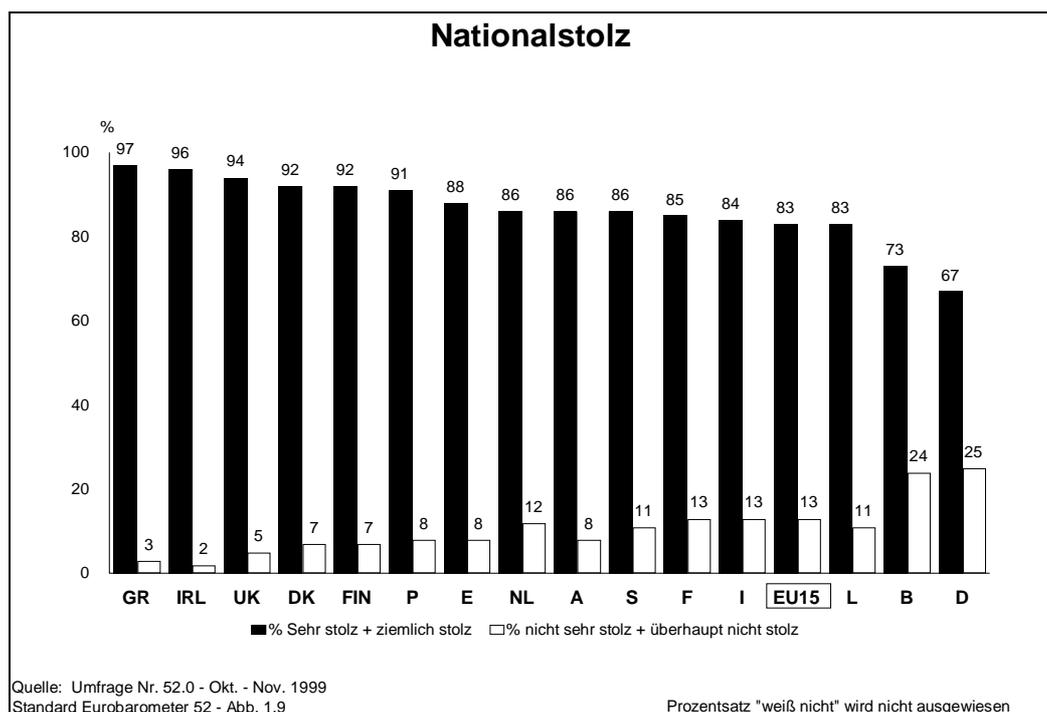
Das Eurobarometer untersucht ebenfalls, ob die Menschen glauben, daß es eine europäische kulturelle Identität gibt, die von allen Europäern geteilt wird, oder nicht ⁴.

⁴ Es gab 5 verschiedene Antwortmöglichkeiten: vollkommen einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden, überhaupt nicht einverstanden und weiß nicht.



Die Bevölkerung in Griechenland (49%) und Portugal (47%) ist am ehesten mit der Aussage einverstanden, daß es eine europäische kulturelle Identität gibt, die von allen Europäern geteilt wird. An zweiter Stelle folgen Deutschland (43%) und Italien (42%). Die Menschen in Finnland (65%), Frankreich und Dänemark (beide 59%) sind eher nicht einverstanden. Obwohl in Ländern mit einer der EU-skeptisch gegenüberstehenden Bevölkerung die Menschen am wenigsten mit dieser Idee einverstanden sind, gehören eine gemeinsame europäische kulturelle Identität und das Gefühl, Europäer zu sein, nicht unbedingt zusammen. (Tabelle 1.8)

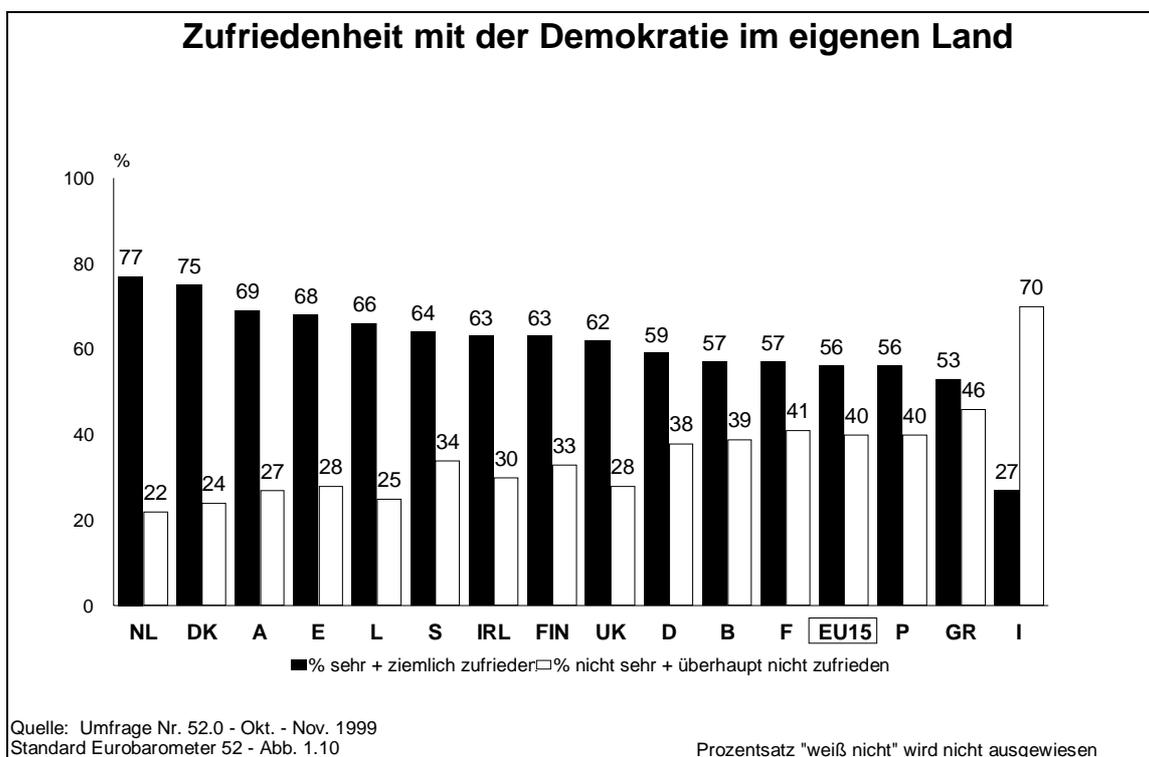
Wenn wir unsere Aufmerksamkeit nun dem Nationalstolz zuwenden, stellen wir fest, daß der Grad des Nationalstolzes von 67% in Deutschland bis zu 97% in Griechenland reicht. (Tabelle 1.8a)



Es gibt sehr wenig Schwankungen zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen in der Bevölkerung. Führungskräfte, Arbeitslose (beide 77%) und Personen, die bis zum Alter von 20 oder länger in der Ausbildung verblieben sind (77%), sind die einzigen Gruppen, in denen weniger als 8 von 10 Personen sagen, daß sie sehr oder ziemlich stolz auf ihre Nationalität sind. (Tabelle 1.9b)

1.4 Zufriedenheit mit der Demokratie

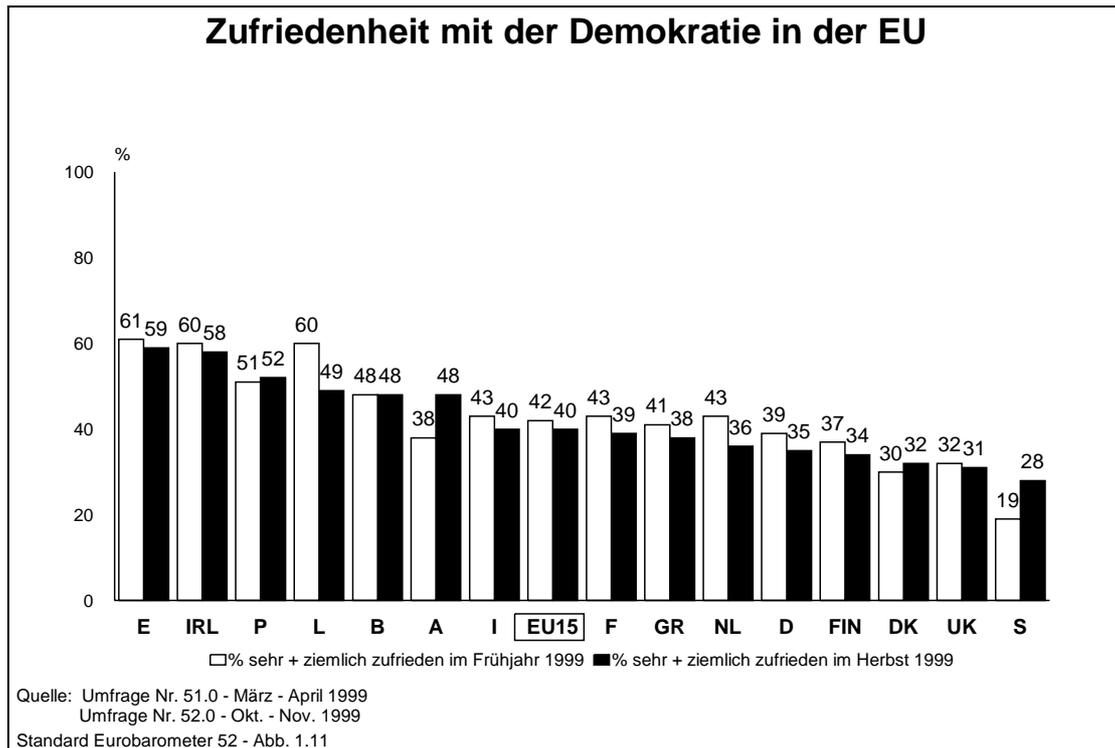
Im Frühjahr 1999 war der Grad der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in den jeweiligen Mitgliedstaaten bedeutend positiver als ein Jahr zuvor. Die zwei Faktoren, die diese deutliche Verbesserung erklären könnten, sind der Kosovo-Krieg und die Berichterstattung der Medien über die Wahlen in den Monaten vor der Umfrage. Die Ergebnisse vom Herbst 1999 zeigen einen geringfügigen Rückgang des Grads der Zufriedenheit von 60%⁵ auf 56%.



Die Länderanalyse zeigt, daß die Bevölkerung in den Niederlanden (77%) und Dänemark (75%) am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden ist. Die Italiener sind weiterhin am skeptischsten (27%). Italien ist das einzige Land, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung zufrieden ist. (Tabelle 1.10)

Im Frühjahr 1999 registrierten wir außerdem eine bedeutende Verbesserung des Grads der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union. Die Hauptursache dieser Verbesserung war der Rücktritt der Europäischen Kommission am 15. März 1999, der als Beweis dafür diente, daß es ein System gibt, das die demokratische Funktionsweise der Europäische Union sicherstellt. Die Ergebnisse von 1999 zeigen, daß der Grad der Zufriedenheit immer noch höher ist, als er vor dem Rücktritt der Kommission war, wenn auch etwas niedriger als direkt nach diesem Ereignis.

⁵ Siehe Eurobarometer Bericht 51 - Tabelle 3.1.



Das oben abgebildete Schaubild zeigt, daß die Bevölkerung in Spanien (59%) und Portugal (52%) am ehesten mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden ist, während die Bevölkerung in Schweden (28%), dem Vereinigten Königreich (31%) und Dänemark (32%) am seltensten zufrieden ist. Bedeutende Verbesserungen werden in Österreich (+10) und Schweden (+9) aufgezeichnet, während die Bevölkerung in Luxemburg (-11) und den Niederlanden (-7) wesentlich seltener mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden ist. (Tabelle 1.11a)

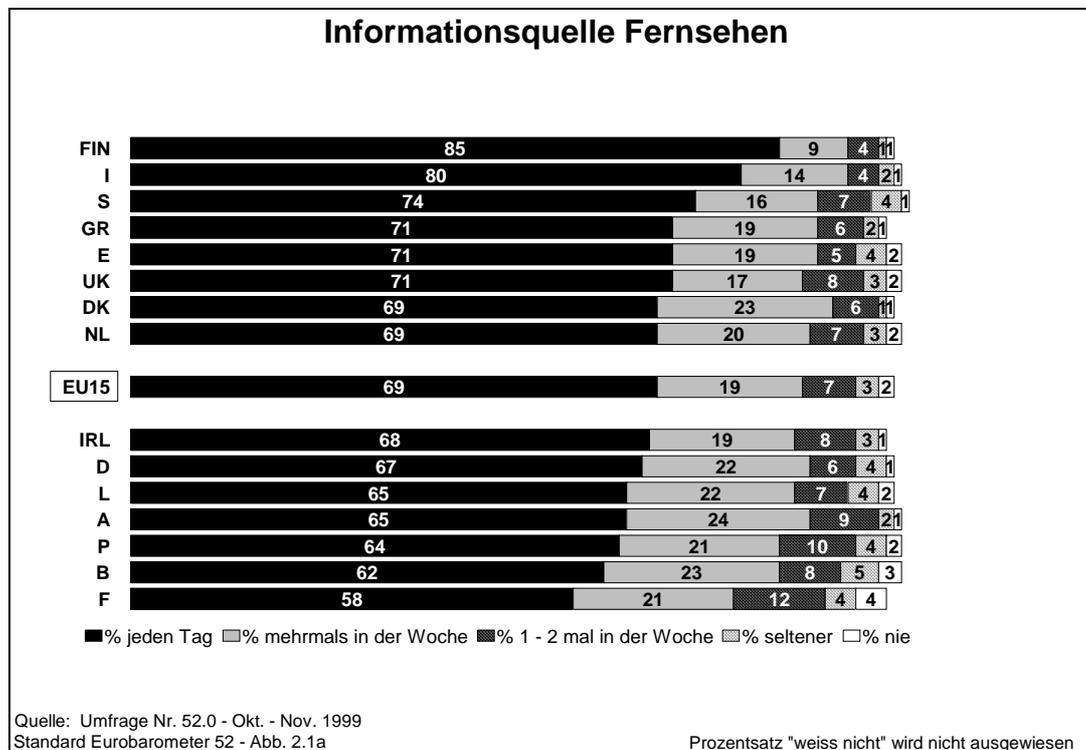
Die demographische Analyse zeigt, daß Männer und Frauen gleich häufig mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden sind, daß Männer häufiger unzufrieden sind als Frauen (44% zu 37%), da Frauen häufiger keine Meinung haben. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Person zufrieden ist, steigt mit zunehmender Bildung und fällt mit zunehmendem Alter. Unter den verschiedenen Beschäftigungsgruppen sind Angestellte am häufigsten mit der Funktionsweise der Demokratie in der europäischen Union zufrieden, während Rentner und Pensionäre am häufigsten unzufrieden sind. Der Anteil der „weiß nicht“-Antworten schwankt sehr und erklärt bis zu einem gewissen Grad die unterschiedlichen Grade der Zufriedenheit. Befürworter der Europäischen Union sind deutlich häufiger zufrieden (53%) als Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes nicht gutheißen (16%). (Tabelle 1.11b)

2. Information und Kenntnisstand über die EU

Wie der Titel schon verlauten läßt, betreffen die in diesem Kapitel behandelten Fragen die Informationsquellen und Kenntnisse der Bevölkerung über die Europäische Union. Bezüglich der Information betrachten wir die Frage, wieviel Aufmerksamkeit die Menschen den Nachrichten über die EU im Vergleich zu Nachrichten über andere Themen schenken. Wir betrachten außerdem die Informationsquellen, die die Menschen am meisten benutzen, wenn sie sich über die Europäische Union informieren wollen und welche von ihnen sie bevorzugen. Schließlich untersuchen wir, wieviel die Menschen über die EU zu wissen glauben und ihre Kenntnis über eine Anzahl von EU-Institutionen und -Körperschaften. Wir schließen das Kapitel mit einer kurzen Untersuchung des Bekanntheitsgrades der Ratspräsidentschaft im Herbst 1999.

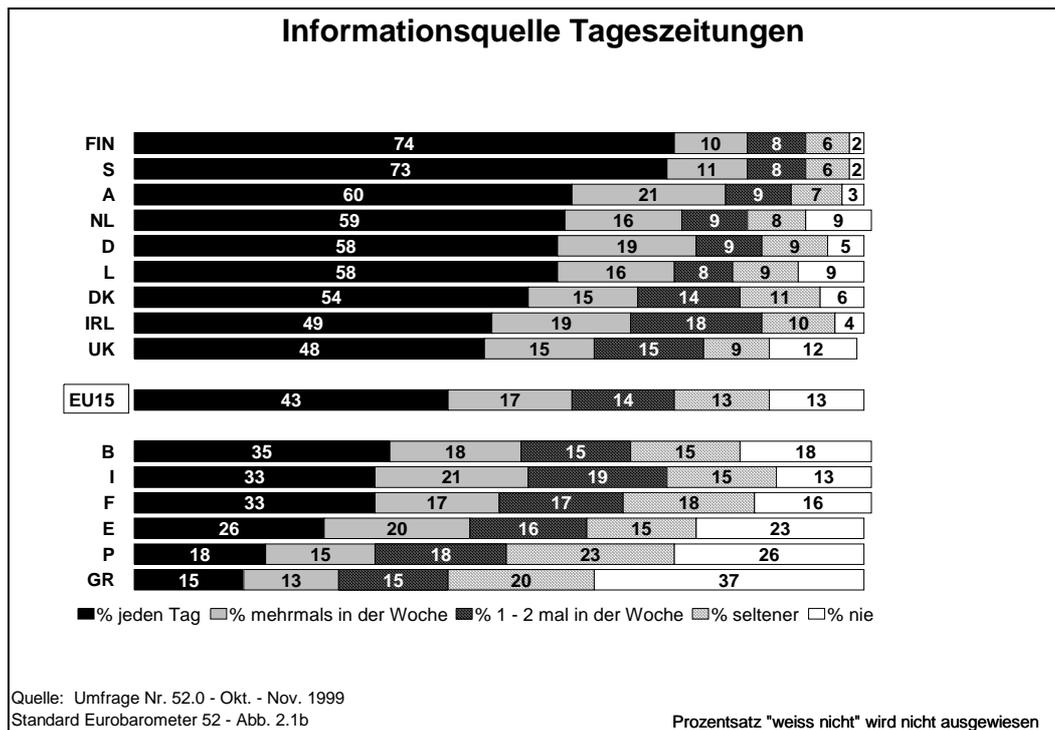
2.1. Interesse an Nachrichten über die Europäische Union

In diesem Abschnitt betrachten wir den Grad der Aufmerksamkeit, die die Menschen den Nachrichten über die Europäischen Union im Vergleich zu einigen anderen Themen schenken. Wir beginnen jedoch mit der Betrachtung einiger Daten über das Verhalten der Menschen bezüglich der Aufnahme von Nachrichten.

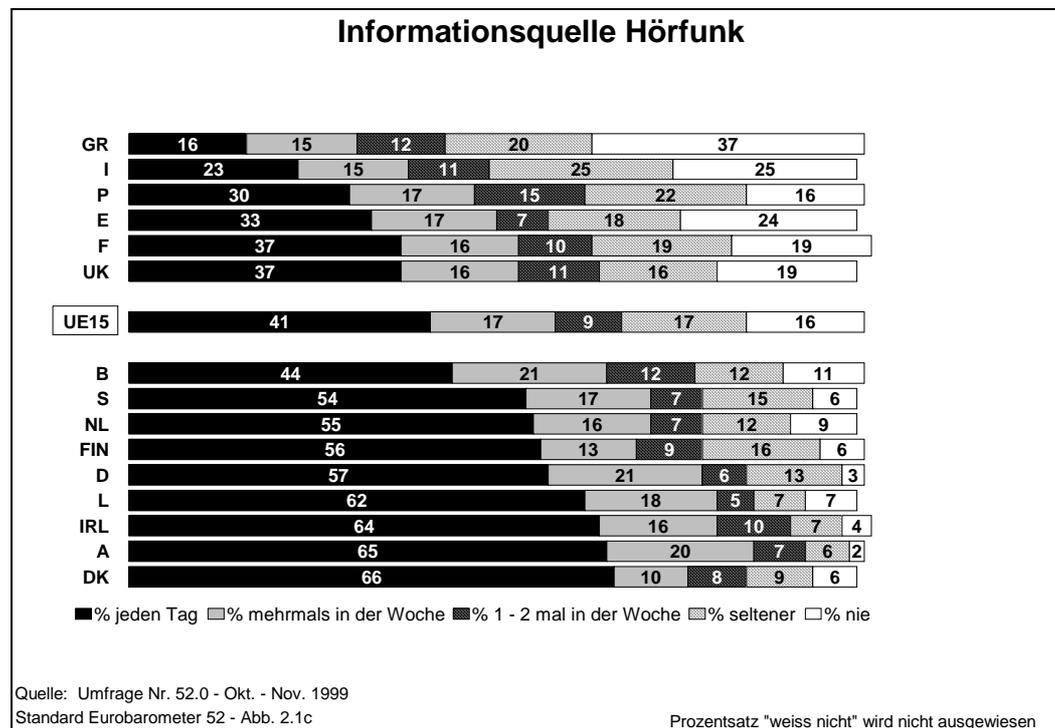


Wie das oben stehende Diagramm zeigt, antworten 69% der Befragten, daß sie täglich Fernsehnachrichten sehen. Weitere 19% sehen mehrmals pro Woche die Nachrichten⁶.

⁶ Siehe auch Tabelle 2.1a.



Ungefähr 6 von 10 der Befragten lesen jeden Tag (43%) oder mehrmals wöchentlich (17%) die Nachrichten in Tageszeitungen⁷.



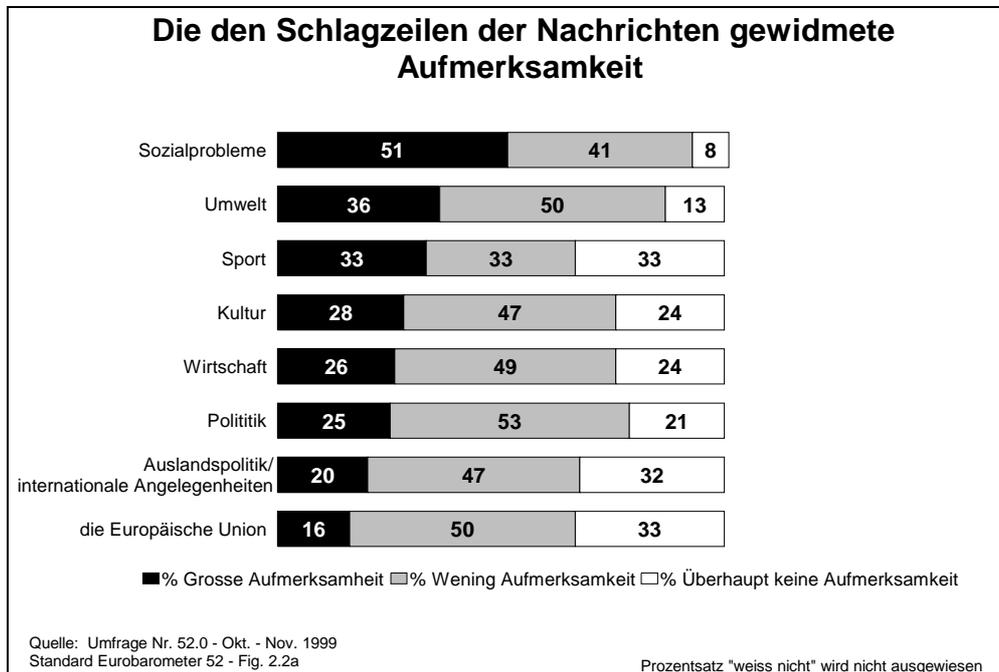
Das Hören der Rundfunknachrichten ist ebenfalls ziemlich verbreitet unter den EU-Bürgern. 6 von 10 der Befragten tun dies jeden Tag (41%) oder mehrmals wöchentlich (17%)⁸.

Um festzustellen, wie interessiert die Europäer an Nachrichten über die Europäische Union sind, wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie Nachrichten in 8 verschiedenen Bereichen, worunter die EU, sehr viel, ein bißchen oder überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken würden.

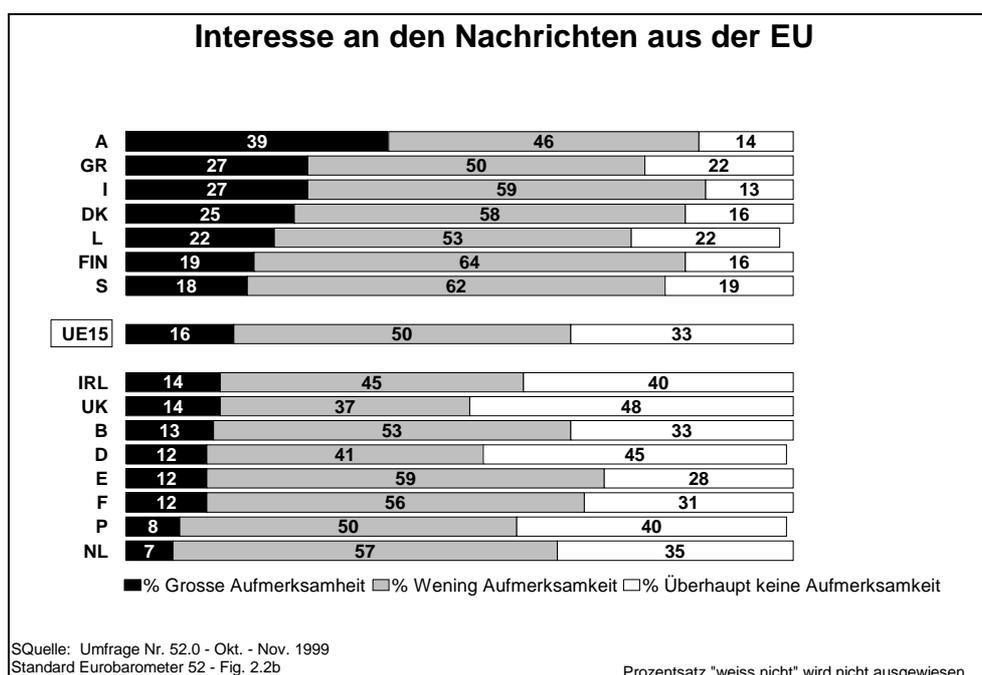
⁷ Siehe auch Tabelle 2.1b.

⁸ Siehe auch Tabelle 2.1c.

Um festzustellen, wie interessiert die Europäer an Nachrichten über die Europäische Union sind, wurden die Teilnehmer gefragt, ob sie den Nachrichten über 8 verschiedene Themen, eines davon die EU, sehr viel Aufmerksamkeit, ein bißchen Aufmerksamkeit oder überhaupt keine Aufmerksamkeit schenken.



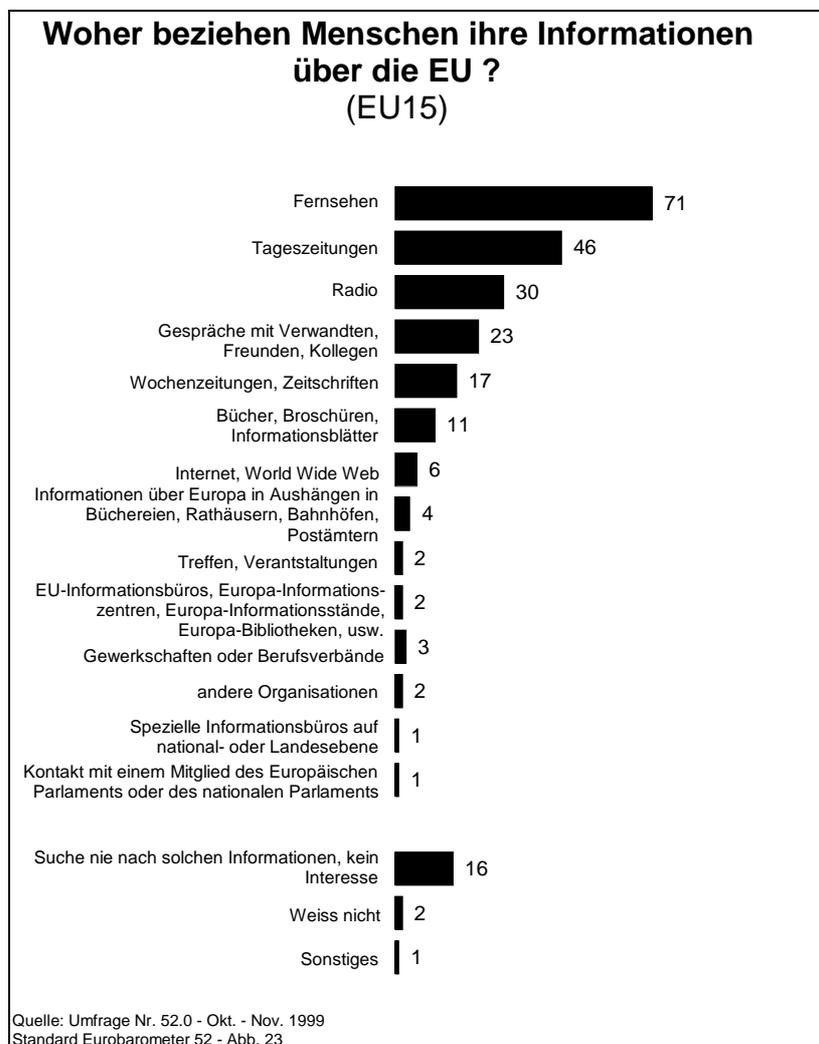
Von allen in der Umfrage enthaltenen Themen schenken die Menschen den Nachrichten über Sozialthemen am meisten Aufmerksamkeit. Etwa die Hälfte aller EU-Bürger sagen, daß sie Nachrichten zu diesen Themen sehr viel Aufmerksamkeit schenken. Die Nachrichten über Umweltthemen stehen an zweiter Stelle. 36% der Befragten sagten, daß sie ihnen sehr viel Aufmerksamkeit schenken, und weitere 50% sagten, sie schenkten ihnen ein bißchen Aufmerksamkeit. Etwa drei Viertel der EU-Bürger schenken Nachrichten über Politik sowie Nachrichten über Wirtschaft und kulturelle Themen Aufmerksamkeit. Zwei Drittel der Befragten sagten, sie schenken Nachrichten über die Europäische Union Aufmerksamkeit. Die gleichen Zahlen erhielten wir für Nachrichten über Auslandspolitik und Sport, obwohl die Ergebnisse darauf hinweisen, daß den Nachrichten über die EU am seltensten sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.



Wie das oben stehende Diagramm zeigt, schenkt die österreichische Bevölkerung den Nachrichten über die Europäische Union bei weitem am häufigsten sehr viel Aufmerksamkeit (39%). In Griechenland, Italien (beide 27%) und Dänemark (25%) sagen etwa ein Viertel der Menschen, daß sie ihnen häufig Aufmerksamkeit schenken. Die Menschen im Vereinigten Königreich (48%), Deutschland (45%), Portugal und Irland (beide 40%) sagen am häufigsten, daß sie den Nachrichten über die Europäische Union keine Aufmerksamkeit schenken. Wie wir später sehen werden, gibt es eine klare Beziehung zwischen der Aufmerksamkeit, die den Nachrichten über die EU geschenkt wird, und der Kenntnis über die Europäische Union. (Tabelle 2.2)

2.2. Informationsquellen über die Europäische Union

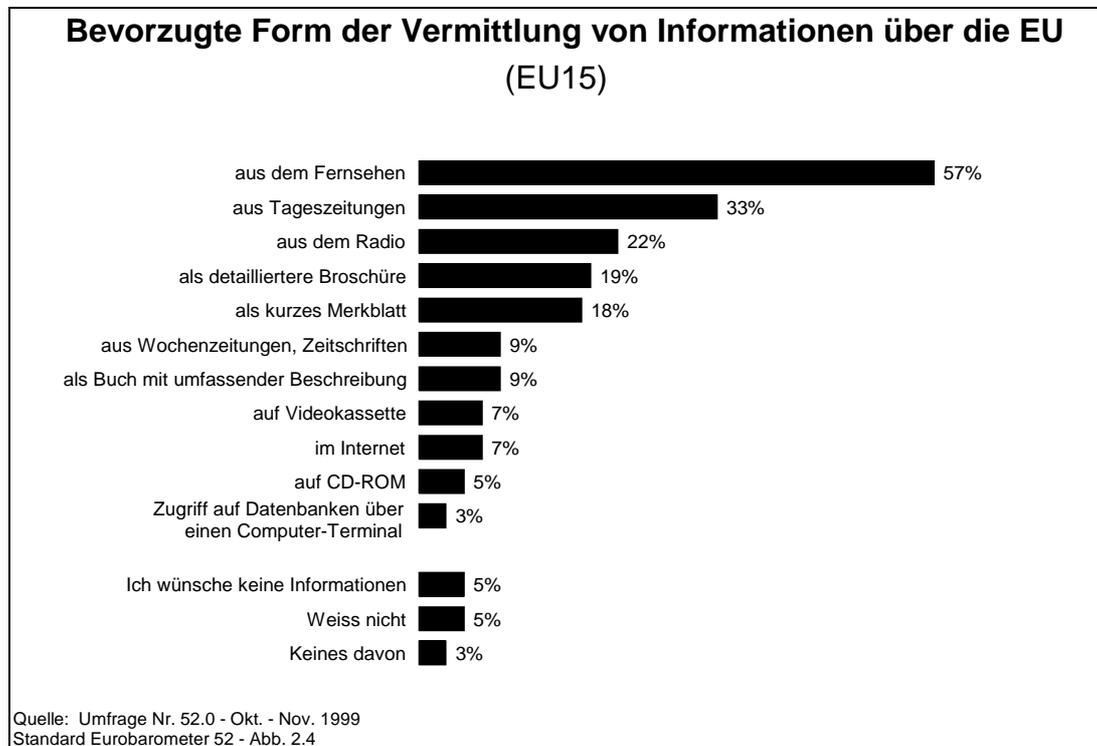
Wenn die Bürger der EU nach Informationen über die Europäische Union suchen, wenden sie sich am häufigsten an die Medien. Mehr als 7 von 10 Befragten sagten, daß sie das Fernsehen einschalten, wenn sie nach Information über die EU suchen. 46% lesen Tageszeitungen und 30% hören Rundfunknachrichten⁹. Die einzige andere EU-Informationsquelle, die von mehr als 2 von 10 Befragten gewählt wurde, ist das Gespräch mit Verwandten, Freunden und Kollegen (23%). 16% der Befragten suchen niemals nach Information über die Europäische Union¹⁰.



⁹ Den Teilnehmern wurde eine Karte mit 14 Quellen oder Arten von Quellen gegeben und sie wurden gebeten, alle Quellen zu nennen, auf die zurückgegriffen wurde, um Informationen über die EU zu erhalten. Es war auch möglich, andere Quellen zu nennen und zu antworten, daß sie niemals Information über die EU suchen (kein Interesse), oder mit „weiß nicht“ zu antworten..

¹⁰ Tabelle 2.3 zeigt die Antworten für jeden der 15 Mitgliedstaaten.

Wie in früheren Umfragen wurden die Teilnehmer auch gebeten, ihre von einer Liste von 11 vordefinierten Quellen bevorzugten Methoden anzugeben, um Informationen über die Europäische Union zu erhalten. Die drei Medienquellen werden am häufigsten vorgezogen. Fast 6 von 10 Personen sagen, daß sie das Fernsehen vorziehen, ungefähr 3 von 10 sagen, daß sie Tageszeitungen vorziehen und ungefähr 2 von 10 der Befragten geben den Rundfunk als bevorzugte Quelle an. Die modernen Informationsträger, wie z.B. Videofilme, das Internet (beide 7%), CD-ROMs (5%) und elektronische Datenbanken sind immer noch weniger beliebt als Druckerzeugnisse ¹¹.



2.3. Subjektive Kenntnis über die EU

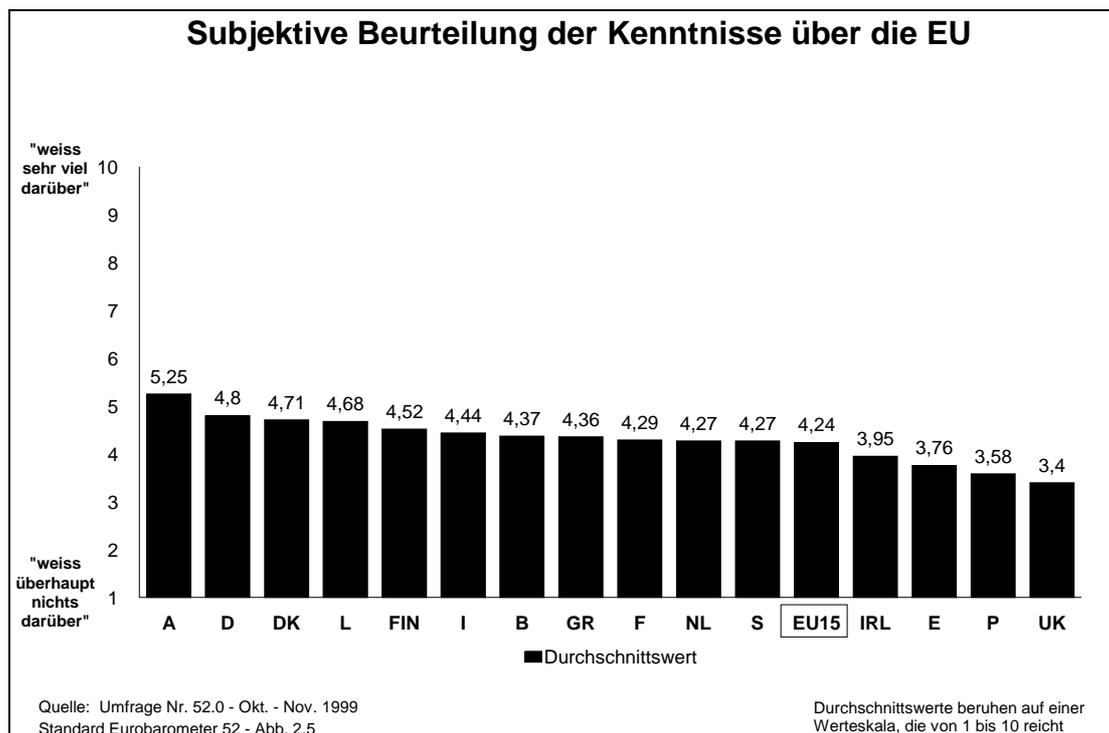
Wie bereits früher festgestellt, schenken die meisten Europäer den Nachrichten über die Europäische Union nicht sehr viel Aufmerksamkeit. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die meisten Menschen nicht das Gefühl haben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen, obwohl in mehreren Ländern geringfügige Verbesserungen zu registrieren sind ¹². Die untenstehende Tabelle mit den Ergebnissen für die 15 EU-Länder zeigt, daß nur 26% der EU-Bürger das Gefühl haben, ziemlich gut bis sehr gut über die Europäische Union informiert zu sein (d.h., diejenigen, die die Skalenwerte 6 bis 10 auswählten).

¹¹ Tabelle 2.4 zeigt die Antworten für jeden der 15 Mitgliedstaaten.

¹² Die Teilnehmer wurden gefragt, wieviel sie ihrer Meinung nach über „die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen und Körperschaften“ wissen. In einer Skala, die von 1 bis 10 reicht, sollten sie außerdem den Wert auswählen, der ihrem Kenntnisstand entsprach. Je höher der ausgewählte Wert, desto besser wußten die Befragten nach eigener Einschätzung über die EU Bescheid.

Subjektive Kenntnis der EU Angelegenheiten Frühjahr 1999 (in %, EU15)	
Wert	%
1 (Weiß überhaupt nichts)	10
2	12
3	16
4	15
5	18
6	12
7	8
8	4
9	1
10 (Weiß sehr viel)	1
Weiß nicht	2
Durchschnittswert	4.24

Die Ergebnisse der Länderanalyse zeigen, daß der Grad der subjektiven Kenntnis von Land zu Land bedeutend variiert. Folgendes Schaubild stellt die Mittelwerte¹³ für jeden der 15 Mitgliedstaaten dar.



Wie im Frühjahr 1999 ist der Kenntnisstand in Österreich am höchsten und im Vereinigten Königreich am niedrigsten. Die Durchschnittswerte reichen von lediglich 3.4 im Vereinigten Königreich bis zum Höchstwert von 5.25 in Österreich. In diesen beiden Ländern schenkt die Bevölkerung den Nachrichten über die Europäische Union jeweils am häufigsten und am seltensten Aufmerksamkeit. Im Vergleich zum Frühjahr ist der durchschnittliche Kenntnisstand bemerkenswert stabil geblieben. Die deutlichste Verbesserung wurde in den Niederlanden registriert (+13)¹⁴.

¹³ Die Durchschnittswerte stellen die zentrale Tendenz der Antworten dar und sind die Summe der Antworten für jeden der zehn Punkte der Skala geteilt durch die Anzahl Antworten für die jeweiligen Punkte.

¹⁴ Siehe Eurobarometer Nr. 51, Schaubild und Tabelle 2.1.

Anhand der Verteilung der Antworten ist zu erkennen, daß 43% der Österreicher nach eigenen Angaben ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union wissen, gefolgt von 35% der Befragten in Deutschland, 33% der Befragten in Luxemburg, 31% in Finnland und Belgien und 30% in Dänemark, Italien und den Niederlanden. Portugal (12%), das Vereinigte Königreich (17%) und Spanien (18%) sind die einzigen drei Länder, in denen weniger als 2 von 10 Personen meinen, daß sie ziemlich viel bis sehr viel über die Europäische Union wissen. (Tabelle 2.5)¹⁵

Folgende Tabelle enthält die Durchschnittswerte für verschiedene soziodemographische Gruppen in der EU. Daraus geht hervor, daß sich Meinungsführer, Führungskräfte, Personen, die am längsten in der Vollzeitausbildung verblieben sind und intensive Mediennutzer auf der subjektiven Kenntnisskala am höchsten einstufen. Die unteren Tabellenplätze werden von den Personen besetzt, die die niedrigsten Punktzahlen auf dem Mediennutzung-Index und dem Meinungsführer-Index erzielen¹⁶.

Durchschnittswerte auf der subjektiven Kenntnis-Skala für verschiedene Gruppen auf EU 15-Ebene	
Gruppe	Kennzahl
Meinungsführer-Index: + +	5.73
Führungskräfte	5.33
Bildungsabschluß bis 20+	5.05
Mediennutzer-Index: + + +	4.86
Selbständige	4.81
Meinungsführer-Index: +	4.80
Männer	4.71
Angestellte	4.64
Schüler/Studenten	4.48
Altersgruppe 40-54	4.43
Altersgruppe 25-39	4.33
Bildungsabschluß mit 16-19	4.27
Durchschnittswert für EU 15	4.24
Mediennutzer-Index: ++	4.19
Altersgruppe 55 und älter	4.13
Meinungsführer-Index: -	4.12
Rentner/Pensionäre	4.09
Altersgruppe 15-24 Jahre	4.05
Arbeiter	4.04
Frauen	3.81
Arbeitslose	3.75
Bildungsabschluß mit 15-	3.61
Mediennutzer-Index: --	3.55
Hausmänner/Hausfrauen	3.47
Meinungsführer-Index: --	3.24
Mediennutzer-Index: ---	2.91

¹⁵ Um die Interpretation der Tabelle zu erleichtern, wurde die Skala neu kodiert und in vier Kategorien unterteilt: „weiß (fast) nichts darüber“ - 1-2 Punkte; „weiß etwas darüber“ - 3-5 Punkte; „weiß ziemlich viel darüber“ - 6-8 Punkte; „weiß sehr viel darüber“ - 9-10 Punkte.

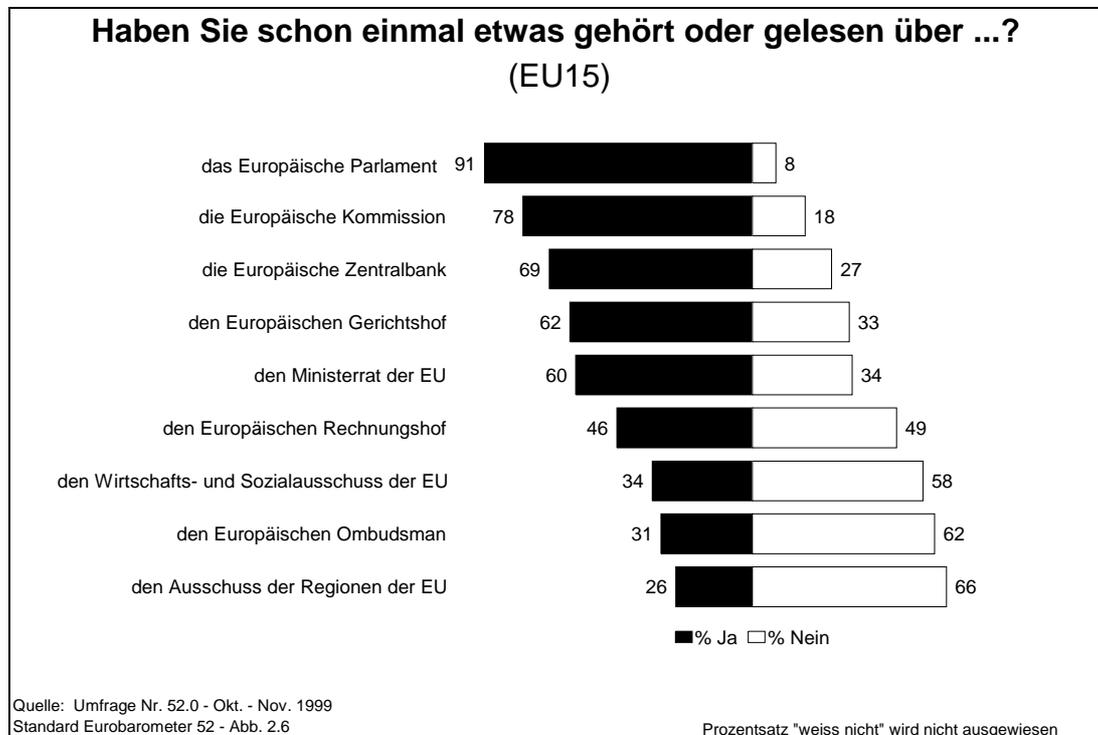
¹⁶ Anhang C.4 enthält Definitionen des Mediennutzer-Index und des Meinungsführer-Index.

Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Frühjahr 1999 stellen wir fest, daß sich die Kluft zwischen den Personen, die glauben, einen sehr hohen und denen, die glauben, einen sehr niedrigen Kenntnisstand zu haben, von 3.09 auf 2.82 verringert hat. Die Rangfolge bleibt mehr oder weniger unverändert.

2.4. Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen und -Körperschaften

Wie in der letzten Umfrage wurde der Bekanntheitsgrad von 9 EU-Institutionen und Körperschaften in der Öffentlichkeit ermittelt ¹⁷. Diese waren das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, der Ministerrat, der Europäische Gerichtshof, der Europäische Ombudsman ¹⁸, der Rechnungshof, Ausschuß der Regionen und Wirtschafts- und Sozialausschuß ¹⁹.

Am häufigsten hat die Öffentlichkeit vom Europäischen Parlament (91%) gehört, gefolgt von der Europäischen Kommission (78%) und der Europäischen Zentralbank (69%). Am unbekanntesten sind die beiden jüngsten EU-Institutionen und -Körperschaften - der Ausschuß der Regionen (26%) und der Wirtschafts- und Sozialausschuß (34%) - sowie der Europäische Ombudsman (31%).



Für die EU15 hat sich der Bekanntheitsgrad seit dem Frühjahr 1999 nicht bedeutend verändert und die Rangfolge bleibt gleich ²⁰. Wenn man die einzelnen Länder betrachtet, zeigt sich, daß der Bekanntheitsgrad des **Europäischen Parlamentes** von 87% in Spanien, Griechenland und dem Vereinigten Königreich bis zu 100% in Dänemark reicht. Mindestens 9 von 10 der Befragten in Dänemark (97%), Finnland (94%), Schweden (93%), Luxemburg (92%), Irland (91%) und Belgien (90%) haben bereits von der **Europäischen Kommission** gehört. Spanien (71%), Griechenland (72%), Deutschland und das Vereinigte Königreich (beide 73%) sind die einzigen Länder, in denen weniger als drei Viertel der Bevölkerung schon einmal davon gehört hat.

¹⁷ Die Befragten sollten angeben, ob sie schon einmal etwas von der betreffenden EU-Institution und -Körperschaften gehört haben. In Kapitel 5 werden die Antworten auf die Frage erörtert, ob die Befragten in letzter Zeit in den Medien etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen haben.

¹⁸ Der Ombudsman hat nicht den Status einer EU-Institution im rechtlichen Sinne.

¹⁹ In Kapitel 3 wird erörtert, inwieweit die Bevölkerung den einzelnen Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle zuordnet und inwieweit sie ihnen vertraut.

²⁰ Siehe Eurobarometer Nr. 51, Schaubild und Tabelle 2.2.

Wie zuvor, ist der Bekanntheitsgrad der **Europäischen Zentralbank** in den Niederlanden (87%) und Finnland (86%) am höchsten und in Griechenland (48%) am niedrigsten. Die Bevölkerung in Dänemark (94%) und Luxemburg (86%) hat am häufigsten schon einmal vom **Europäischen Gerichtshof** gehört, während die Menschen in Italien (43%) und Spanien (52%) am seltensten von dessen Existenz wissen. Die Bevölkerung in Luxemburg (85%) und Schweden (81%) hat am häufigsten schon einmal vom **Ministerrat** gehört, während der Bekanntheitsgrad im Vereinigten Königreich (38%) am niedrigsten ist. Der Bekanntheitsgrad des **Europäischen Rechnungshofes** ist am höchsten in Österreich (74%) und Luxemburg (73%) und am niedrigsten im Vereinigten Königreich (13%). Auch in den skandinavischen Ländern - Dänemark (23%), Finnland (26%) und Schweden (34%) - liegt der Bekanntheitsgrad unter dem Durchschnitt. Die Bevölkerung in Luxemburg (59%) hat am häufigsten schon einmal vom **Wirtschafts- und Sozialausschuß** gehört und die Bevölkerung in den Niederlanden (20%) am seltensten. Wie im Frühjahr 1999 ist der **Europäische Ombudsman** - Jakob Söderman aus Finnland - in seinem eigenen Land (77%) bei weitem am bekanntesten. Sein Bekanntheitsgrad ist am niedrigsten in Deutschland (18%). Der Bekanntheitsgrad des **Ausschusses der Regionen** ist am höchsten in Portugal (47%), während der Bevölkerung in den Niederlanden (9%) die Existenz dieser Institution am wenigsten bekannt ist. (Tabelle 2.6)

Um einen allgemeinen Eindruck des Bekanntheitsgrades in den einzelnen Mitgliedstaaten geben zu können, wurde ein Durchschnittswert errechnet, indem der Prozentsatz der positiven Antworten für jede Institution addiert und durch die Anzahl der Institutionen und Körperschaften (9), die in dieser Umfrage enthalten sind, geteilt wurde. Wie folgende Tabelle zeigt, ist der Bekanntheitsgrad in Luxemburg, das viele dieser Institutionen und Körperschaften beherbergt, und Finnland, Inhaber der EU-Präsidentschaft z.Zt. der Umfrage, am höchsten, und am niedrigsten im Vereinigten Königreich.

Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen und Körperschaften (Durchschnittlicher Bekanntheitsgrad von neun Institutionen und Körperschaften, in % pro Land)	
Land	%
Luxemburg	73
Finnland	68
Österreich	67
Dänemark	65
Irland	65
Portugal	60
Schweden	59
Frankreich	59
Belgien	59
Niederlande	58
Deutschland	58
Spanien	56
EU15	55
Griechenland	53
Italien	52
Vereinigtes Königreich	44

Der Bekanntheitsgrad variiert nicht nur von Land zu Land, sondern hängt auch davon ab, wie gut die Befragten nach eigenen Angaben über die Europäischen Union informiert sind. Folgende Tabelle zeigt, daß je mehr die Bevölkerung glaubt, über die EU zu wissen, desto häufiger hat sie schon einmal von den EU-Institutionen und Körperschaften gehört.

Anteil der Personen, die die EU-Institutionen und -Körperschaften kennen - aufgeschlüsselt nach subjektiven Kenntnissen über die EU			
Institution/Körperschaft	Ausgezeichnete Kenntnisse	Durchschnittliche Kenntnisse	Geringe Kenntnisse
Europäisches Parlament	97%	96%	83%
Europäische Kommission	93%	87%	64%
Europäische Zentralbank	91%	79%	53%
Ministerrat	86%	71%	41%
Europäischer Gerichtshof	84%	72%	45%
Rechnungshof	76%	55%	28%
Wirtschafts- und Sozialausschuß	67%	42%	19%
Ausschuß der Regionen	56%	32%	14%
Europäischer Ombudsman	48%	36%	21%

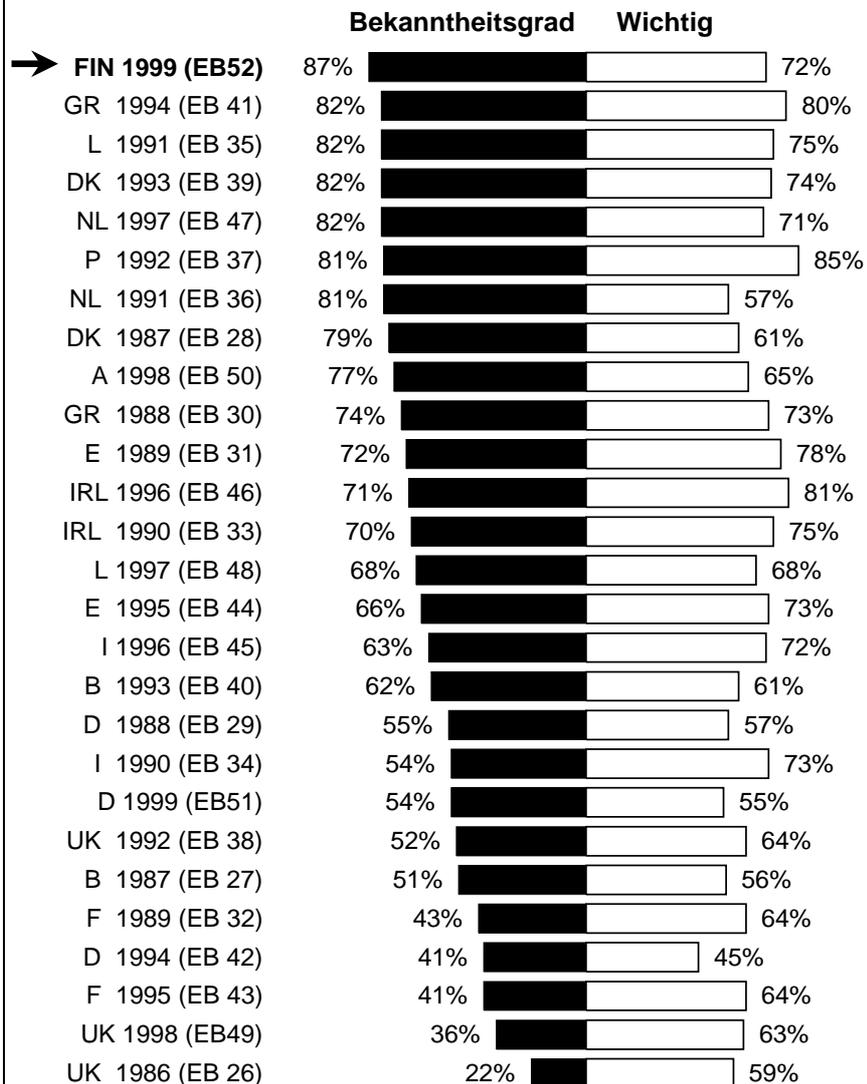
2.5. Bekanntheitsgrad und subjektive Bedeutung der Ratspräsidentschaft

Seit 1986 hat das Eurobarometer den Bekanntheitsgrad und die subjektive Bedeutung der Präsidentschaft im Ministerrat in dem Land, das die Präsidentschaft z.Zt. der Umfrage innehatte, untersucht ²¹. Seit seinem Beitritt in die EU im Jahre 1995 übernahm Finnland diese Rolle im Herbst 1999 zum ersten Mal.

Wie aus folgendem Schaubild hervorgeht, waren 87% der finnischen Bevölkerung darüber informiert, daß ihr Land die Ratspräsidentschaft innehat. Dieser Anteil ist der bis heute höchste gemessene Wert. 72% der Bevölkerung in Finnland waren der Ansicht, daß die Präsidentschaft ein wichtiges Ereignis sei.

²¹ Jedes Mitgliedsland der EU übernimmt die Ratspräsidentschaft turnusmäßig für eine Dauer von sechs Monaten.

Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Präsidentschaft im Rat



Quelle: Umfrage Nr. 52.0 - Okt. - Nov. 1999
Standard Eurobarometer 52 - Abb. 2.7

nicht bekannt/nicht wichtig und
"weiss nicht" sind nicht ausgewiesen

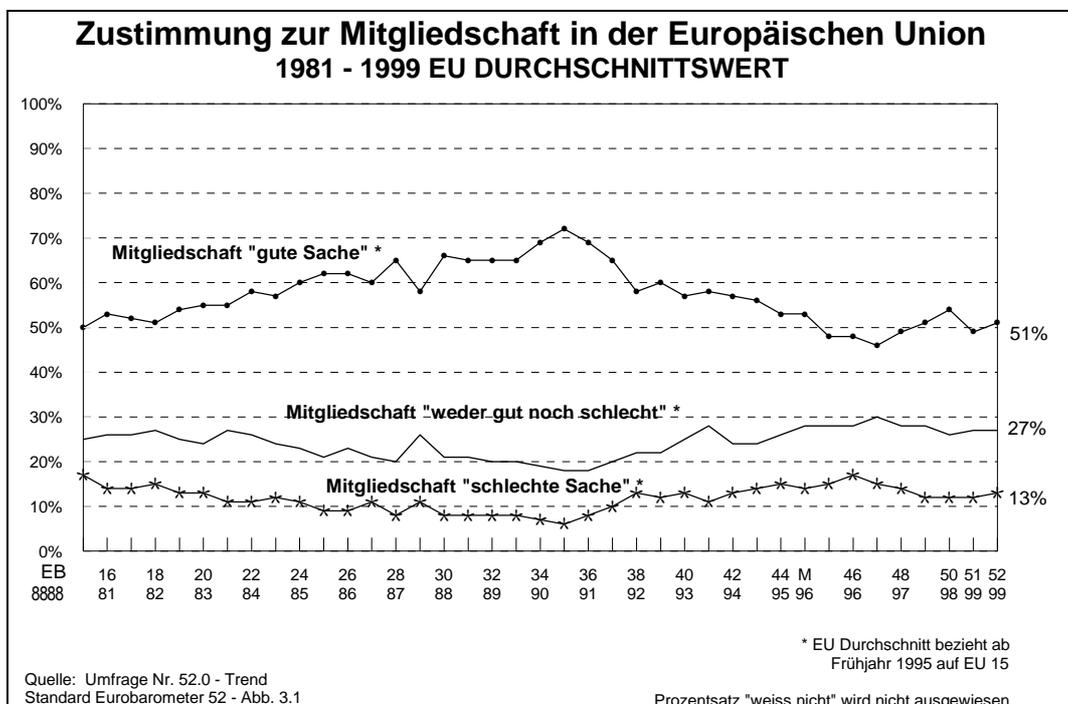
3. Die Öffentliche Meinung über die EU zum Ende des Jahres 1999

Durch die letzte vor Ende des Jahres 2000 durchgeführte Eurobarometer-Umfrage wurde festgestellt, daß das Vertrauen der europäischen Bevölkerung in die Europäische Union nach einem Sommer voller Veränderungen gestiegen ist. Im März 1999 trat die Kommission und der Kosovo-Krieg begann einige Wochen später. Diese Ereignisse hatten im Frühjahr 1999 einen negativen Einfluß auf die öffentliche Meinung.

Dennoch hat die pessimistische Tendenz des letzten Frühjahrs nicht angehalten, und obwohl der im März 1999 verlorene Boden noch nicht ganz wieder zurückerobert werden konnte, ist die Stimmung heute eher positiv. Das erneuerte Vertrauen der Öffentlichkeit in die Europäische Union ist ohne Zweifel mit den vielen neuen Entwicklungen seit dem letzten Frühjahr in Verbindung zu bringen. Am 1. Mai trat der Vertrag von Amsterdam in Kraft und vom 12.-14. Juni wurden zum fünften Mal die Direktwahlen zum Europäischen Parlament abgehalten²². Der neue Kommissionspräsident Romano Prodi²³ stellte dem Europäischen Parlament am 21. Juli sein Kabinett vor. Im September nutzte das Parlament seine neuen ihm im Vertrag von Amsterdam²⁴ zugesprochenen Kompetenzen, befragte jeden einzelnen Kommissar und stimmte schließlich am 15. September der neuen Kommission zu. Bei ihrem Amtsantritt stellte die Kommission einen neuen Verhaltenskodex für die Kommissare und neue Regeln für die Funktionsweise der Kommission vor. Sie kündigte außerdem ein weitreichendes globales Reformprogramm an, das im Jahr 2000 beginnen wird.

3.1. Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Im Herbst 1999 hielten 51% der Europäer die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache. Dieser Anteil liegt über dem Wert vom Frühjahr desselben Jahres (49%), aber immer noch unter dem Wert vom Herbst 1998, als 54% der Befragte die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache hielten. Der Anteil der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes nicht gutheißen (13%), hat sich nicht bedeutend verändert.

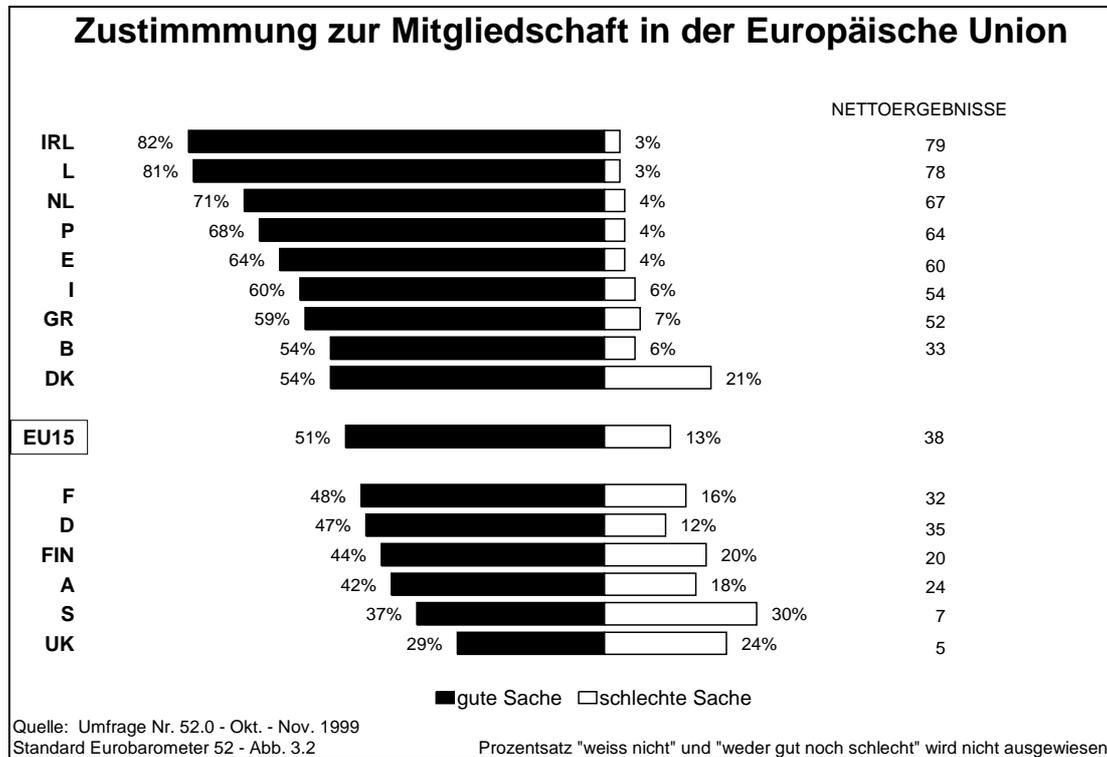


²² Siehe Kapitel 5, in dem diese Wahlen detailliert erörtert werden.

²³ Das Europäische Parlament stimmte am 4. Mai 1999 der Ernennung von Romano Prodi zu.

²⁴ Mehr Informationen über den Vertrag von Amsterdam finden sie unter:
<http://www.europa.eu.int/abc/obj/amst/en/index.htm>

Nach dem absoluten Spitzenwert von 72% vom Frühjahr 1991 ging die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Europäische Union Mitte der 90er Jahre zurück und erreichte im Frühjahr 1997 einen Tiefpunkt von 46%. Der Golfkrieg, die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen hohen Arbeitslosenquoten, die Diskussion über den Vertrag von Maastricht, der Krieg in Jugoslawien, der Beitritt von drei Ländern, die der EU eher skeptisch gegenüber stehen und die BSE-Krise sind nur einige der Gründe für dieses niedrige Vertrauensniveau. Abgesehen von dem Tiefpunkt des letzten Frühjahrs ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft seitdem stetig gestiegen. (Siehe auch Schaubilder zu den einzelnen Ländern Abb. 3.5a-o)



Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Irland (82%), Luxemburg (81%) und den Niederlanden (71%) weiterhin am höchsten. Mehr als die Hälfte aller Befragten in Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Belgien und Dänemark befürworteten ebenfalls die EU-Mitgliedschaft ihres Landes, obwohl der Anteil der Gegner in Dänemark (21%) deutlich über dem Durchschnitt liegt. Wie gewohnt ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich (29%) und Schweden (37%) am niedrigsten, wobei in Schweden (30%) die höchsten Ablehnungsraten registriert wurden.

In 10 von 15 Mitgliedstaaten ist die öffentliche Meinung heute bedeutend positiver als im Frühjahr 1999. Die Länder, in denen heute viel eher die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürwortet wird, sind Spanien, Portugal (beide +9), Belgien (+7), Österreich (+6), Griechenland (+5), Irland, Luxemburg (+4), Schweden, Dänemark und Deutschland (alle +3). In Frankreich, Finnland und dem Vereinigten Königreich wurden keine bedeutenden Veränderungen festgestellt. Die Bevölkerung in den Niederlanden und Italien betrachtet die Mitgliedschaft ihres Landes heute bedeutend häufiger als weder gut noch schlecht (+4 und +3) - auf Kosten des Anteils an positiven Antworten. (Tabelle 3.1a)

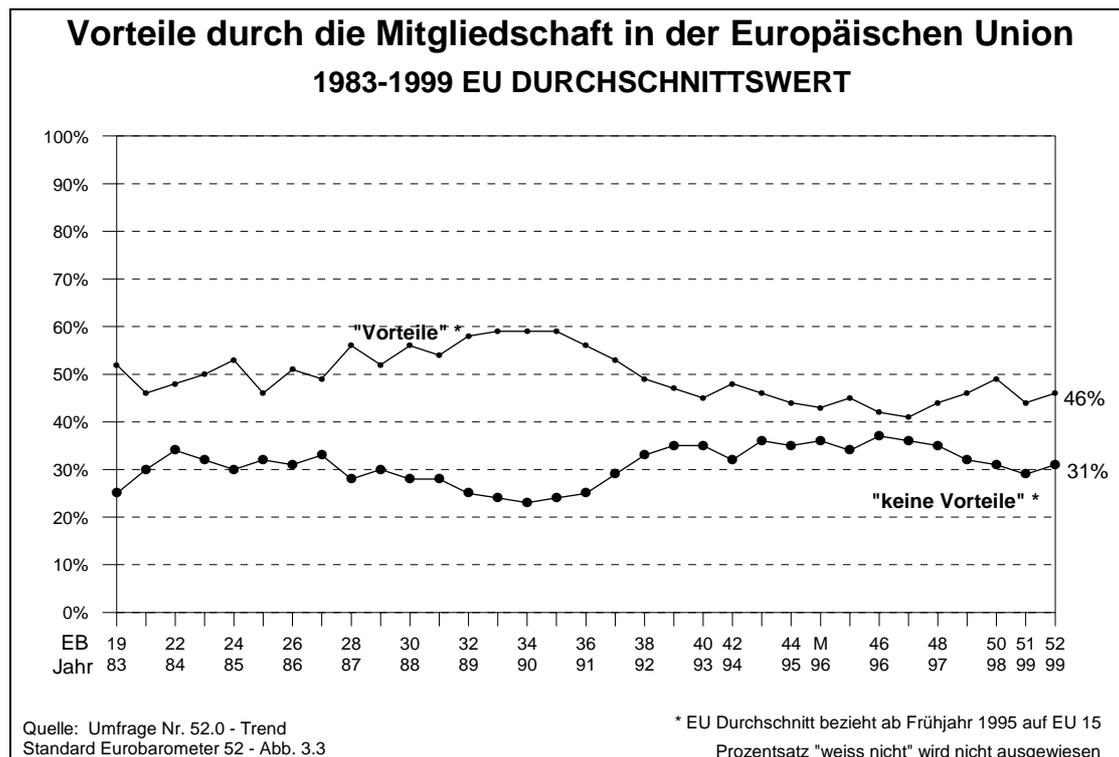
Das schon bekannte Muster für die beiden Geschlechter zeigt, daß Männer die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher für eine gute Sache halten (55%) als Frauen (47%), und daß Frauen (13%) wesentlich häufiger keine Meinung haben als Männer (6%).

Der Bildungsabschluß ist einer der wichtigsten soziodemographischen Faktoren in der Erklärung der positiven Einstellung zur EU. Wir stellen fest, daß 65% der Personen mit einer Vollzeitausbildung bis zum Alter von 20 oder älter die Mitgliedschaft ihres Landes unterstützen, während dies nur bei 42% der Personen, die die Ausbildung mit 15 oder früher beendeten, der Fall ist. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Lebensalter: Die 15-24jährigen (58%) befürworten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes in sehr viel stärkerem Maße als Personen im Alter von 55 Jahren und älter (44%). Die Aufschlüsselung nach Berufskategorien läßt eine Differenz von 22 Prozentpunkten zwischen den Zustimmungsraten von Führungskräften (64%) und Personen im Ruhestand (42%) erkennen.

Bezüglich der Einstellung zur Europäischen Union stellen wir einen großen Meinungsunterschied zwischen Personen, die ihr eine wichtigere Rolle zugestehen möchten, und Personen, die ihr eher eine weniger wichtige Rolle zuschreiben möchten, fest. 73% der Personen, die der EU eine größere Rolle zugestehen möchten, unterstützen die Mitgliedschaft ihres Landes, während nur 22% der Personen, die ihre Rolle verkleinern möchten, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes unterstützen. (Tabelle 3.1b)

3.2. Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft

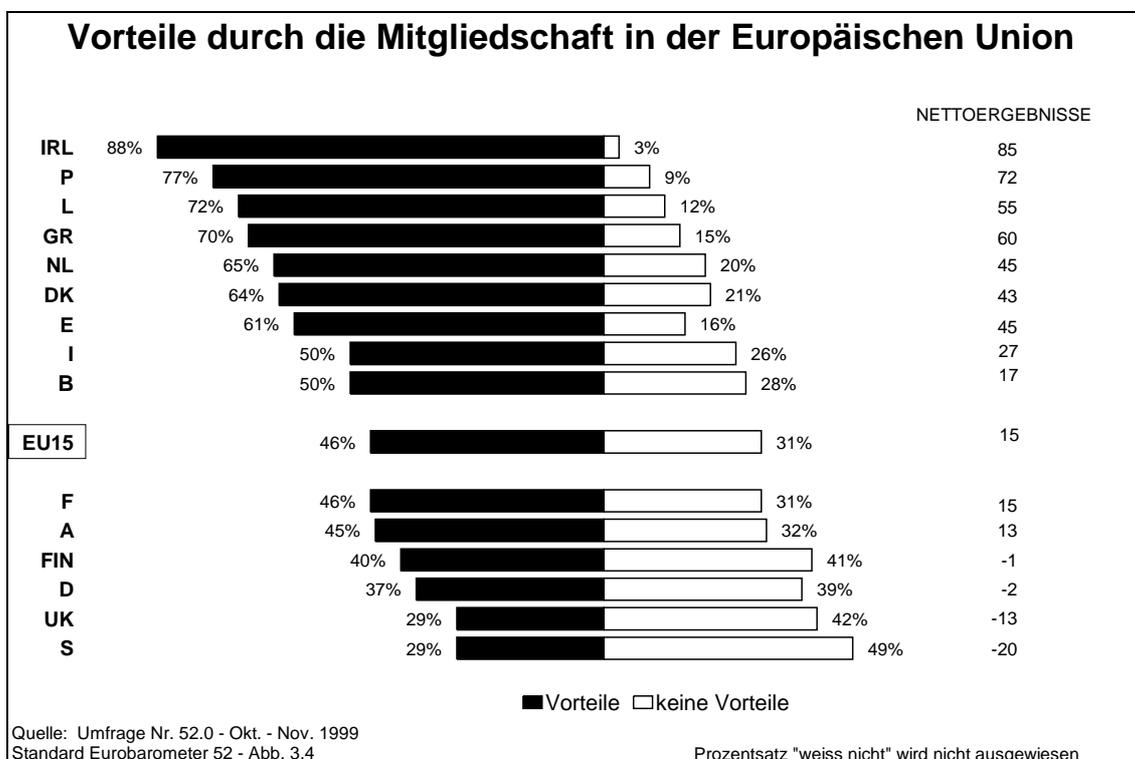
In allen 15 Mitgliedstaaten hat die Öffentlichkeit heute sehr viel häufiger eine Meinung zu der Frage, ob ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, oder nicht, als im Frühjahr 1999. Sowohl der Anteil der Bürger, die der Ansicht sind, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, als auch der Anteil der Bürger, die glauben, daß ihr Land nicht davon profitiert hat, ist ein wenig (wenn auch nicht bedeutend) gestiegen (beide +2).



Die irische Bevölkerung ist am ehesten der Ansicht, daß ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert hat (88%). Weit dahinter folgt die Bevölkerung von Portugal (77%) und mindestens die Hälfte der Bevölkerung in Luxemburg, Griechenland, den Niederlanden, Dänemark, Spanien, Italien und Belgien teilt diese Meinung. Dagegen glauben im Vereinigten Königreich nur 3 von 10 Personen, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat.

Im Vergleich zum Frühjahr 1999 haben sich die Ergebnisse in Spanien (+13), Österreich, Schweden (beide +8), Luxemburg (+7), Belgien, Portugal (+6) und Griechenland (+3) deutlich zum Positiven gewendet. In den Niederlanden, Deutschland, Dänemark und Irland sind keine bedeutenden Veränderungen zu verzeichnen. In Finnland wird ein Rückgang um 3 Prozentpunkte des Anteils der Personen, die glauben, daß ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert hat, durch eine 1prozentige Erhöhung des Anteils von Personen, die glauben, daß dies nicht der Fall ist, und eine 2prozentige Erhöhung des Anteils an „weiß nicht“-Antworten aufgehoben. Die Bevölkerung in Italien (+7), dem Vereinigten Königreich (+5) und Frankreich (+4) glaubt jetzt wesentlich häufiger, daß ihr Land nicht von der Mitgliedschaft profitiert hat. (Tabelle 3.2a)²⁵.

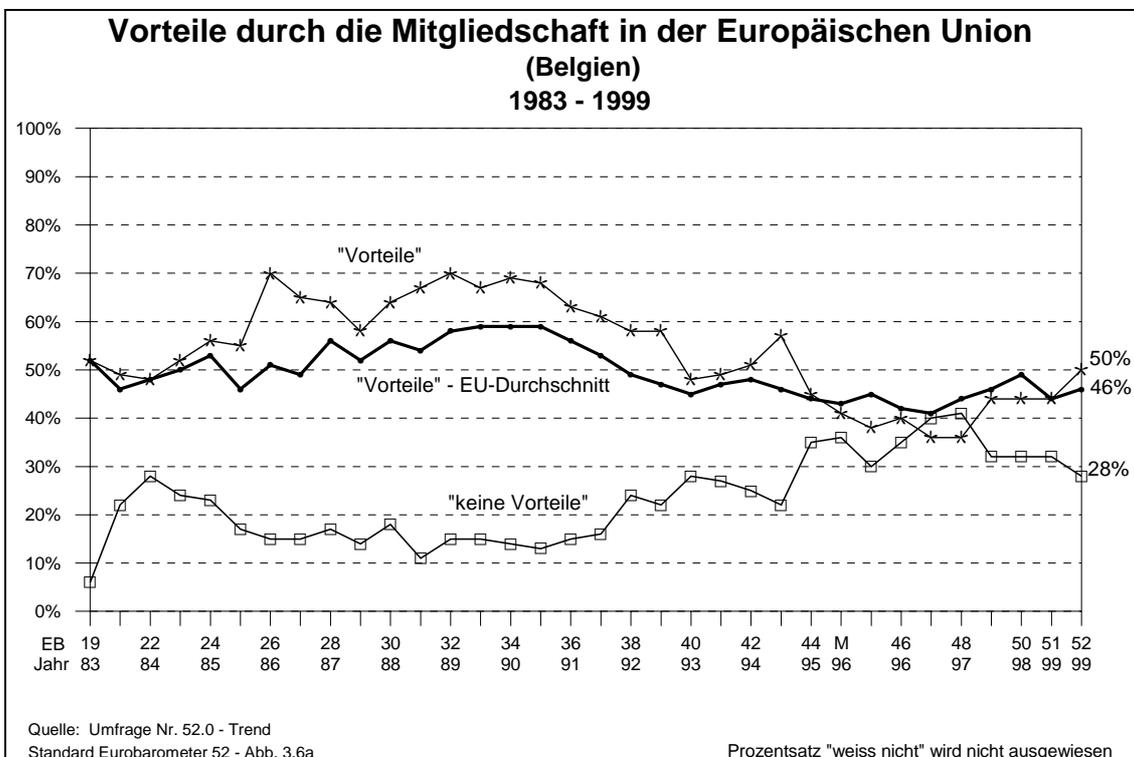
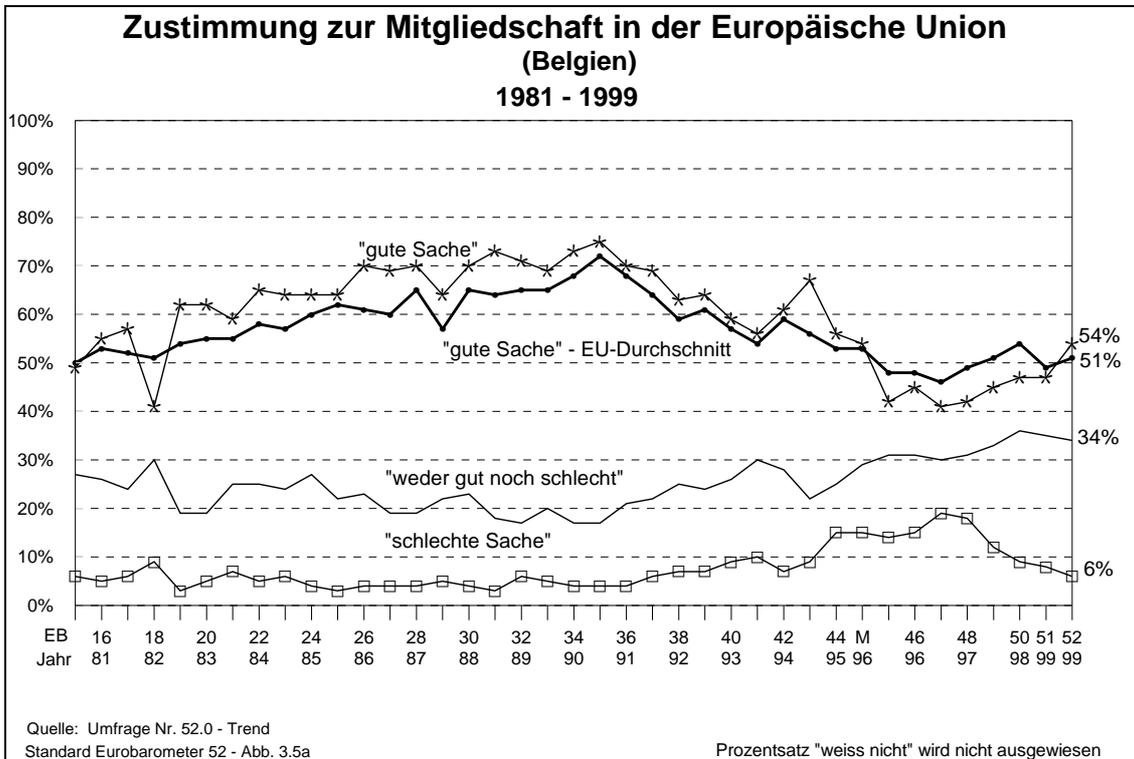
Die demographische Analyse zeigt, daß Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, und Studenten (beide 59%) am häufigsten die Ansicht vertreten, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, während Personen im Ruhestand und diejenigen, die die Schulausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger beendeten (beide 39%), diese Auffassung am seltensten teilen.



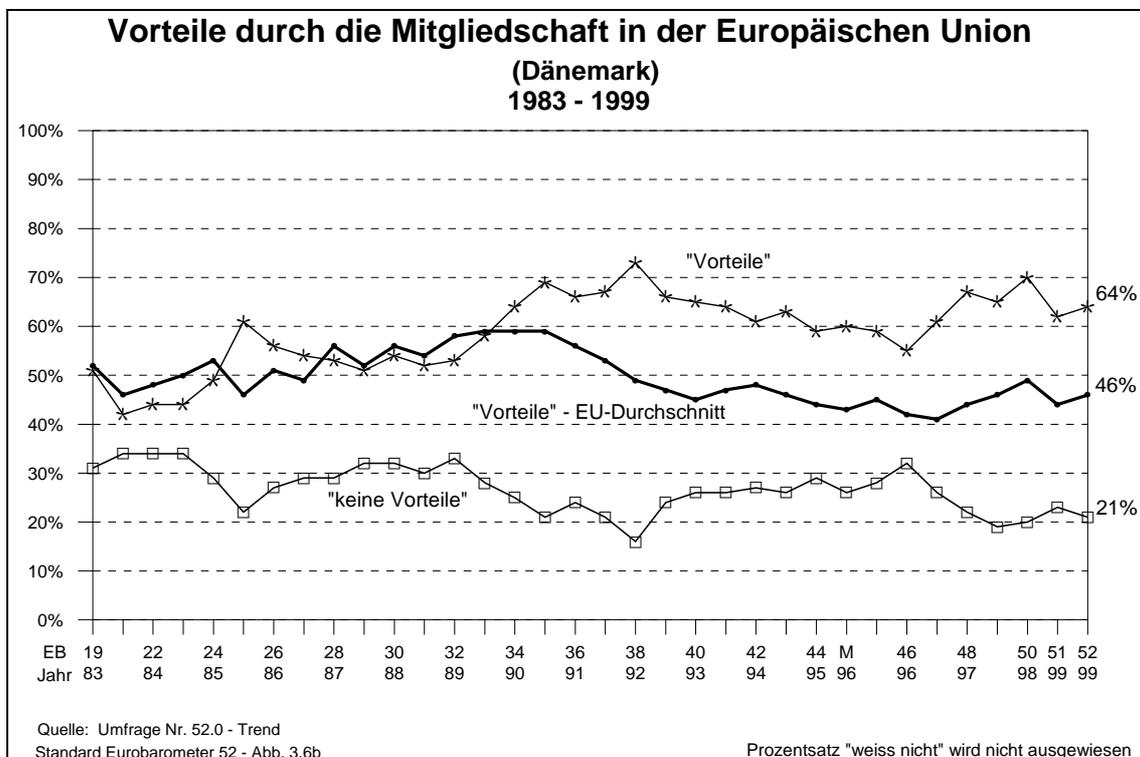
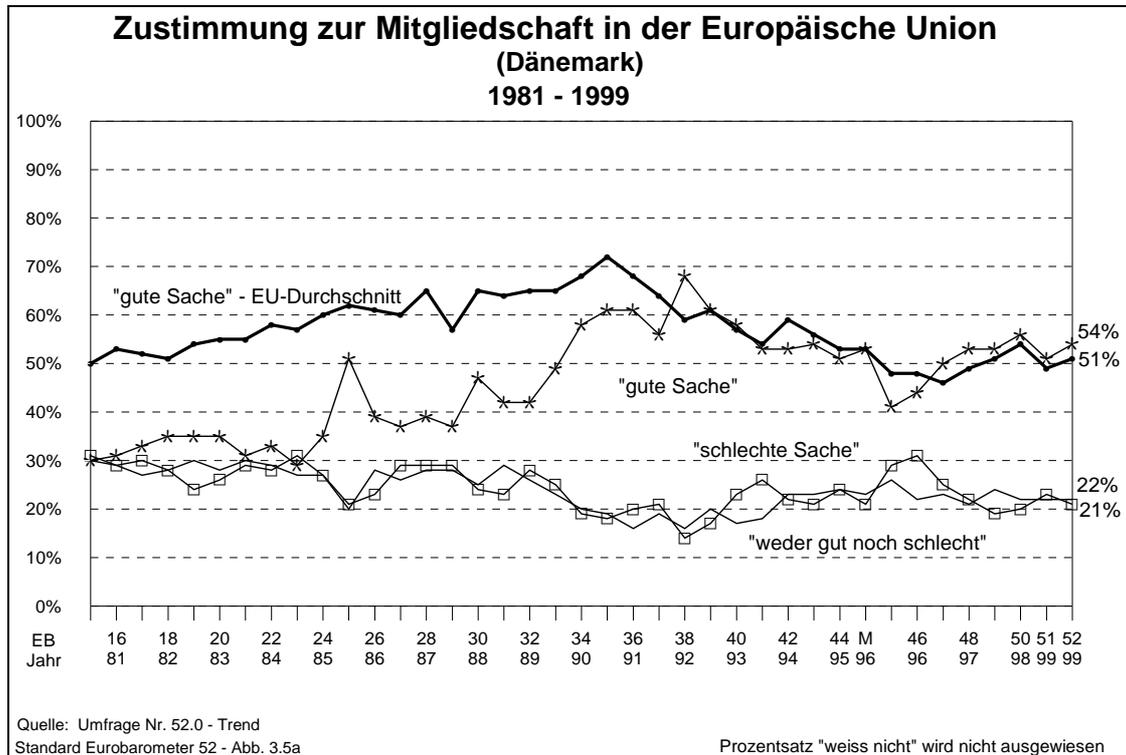
Der folgende Vergleich illustriert die starke Polarisierung zwischen den Befürwortern und den Gegnern der EU: 75% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, glauben, daß ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, gegenüber 7% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 3.2b)

²⁵ Die Langzeitentwicklung für die einzelnen Mitgliedsländer ist in den Abbildungen 3.6a-o dargestellt.

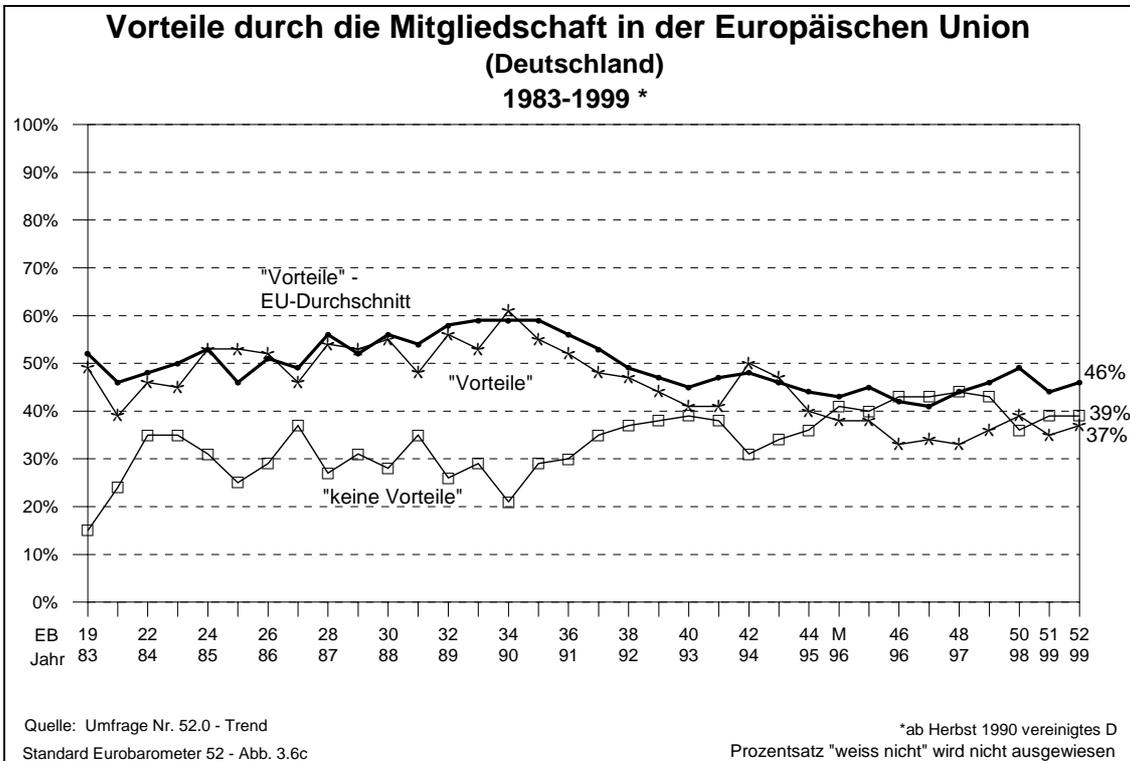
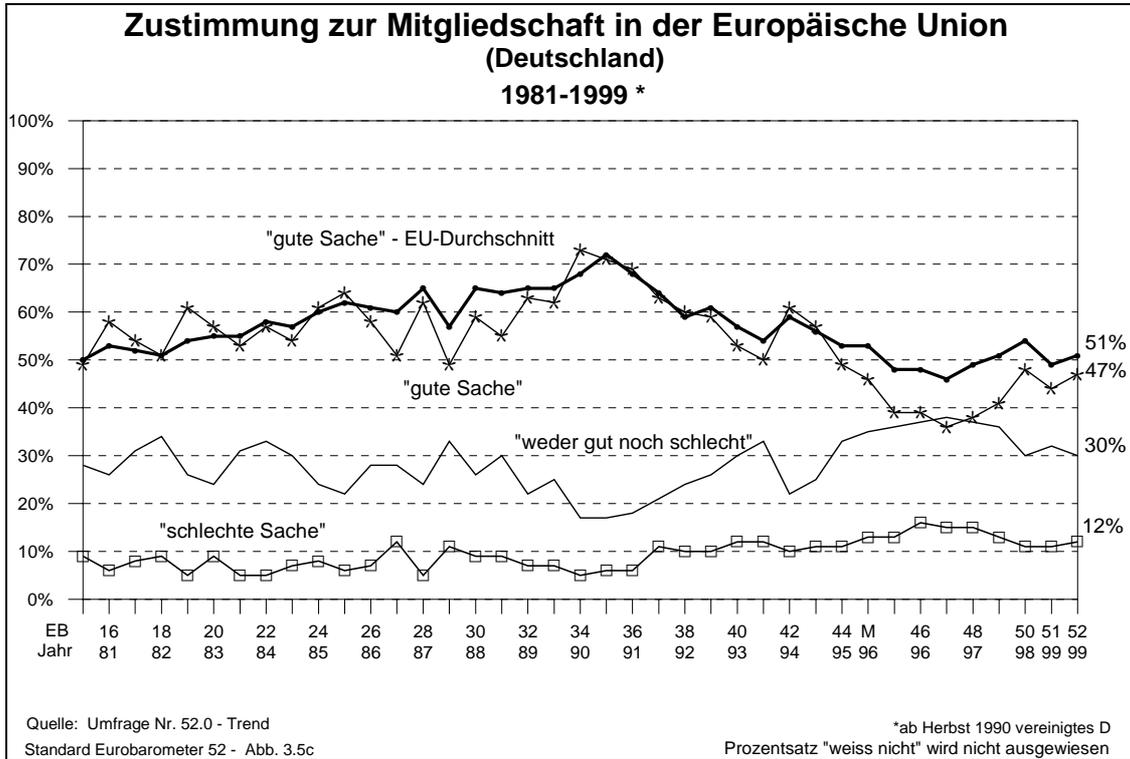
BELGIEN



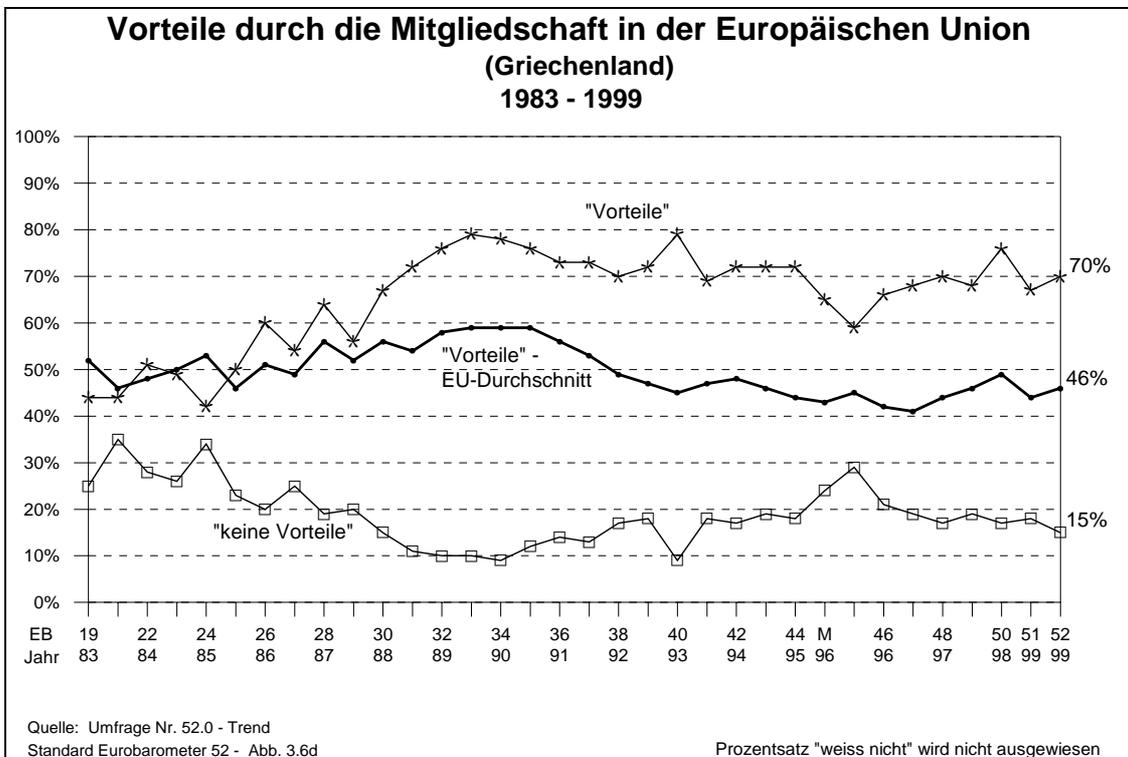
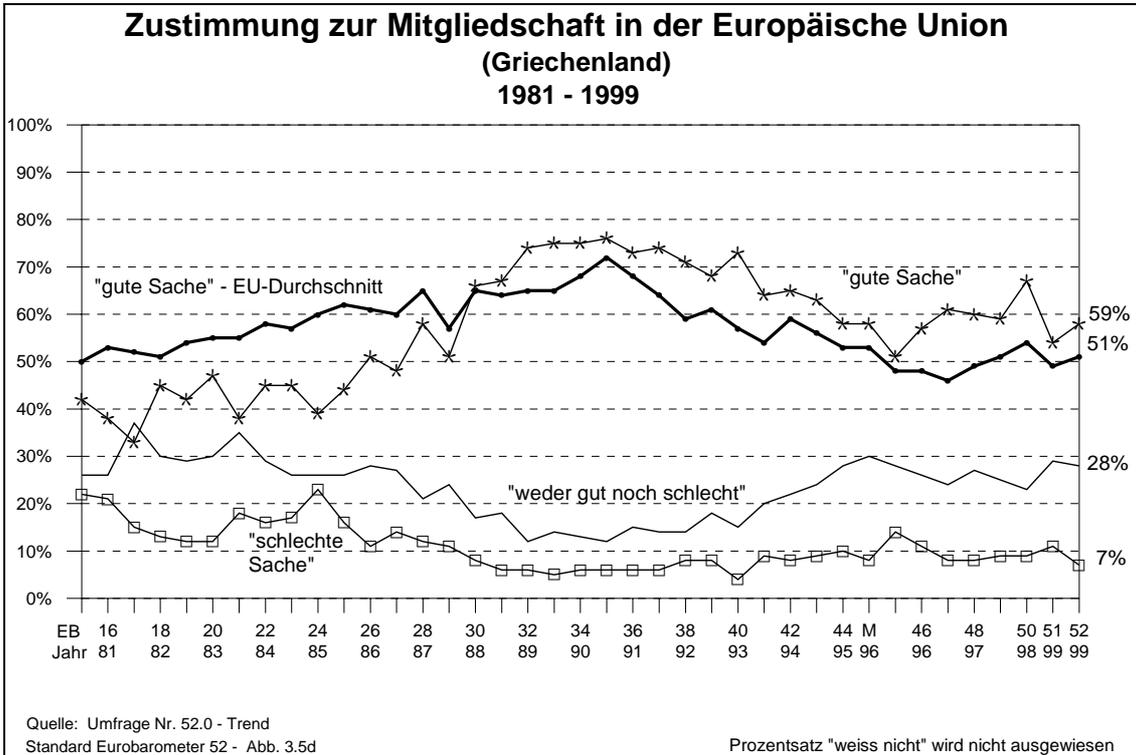
DÄNEMARK



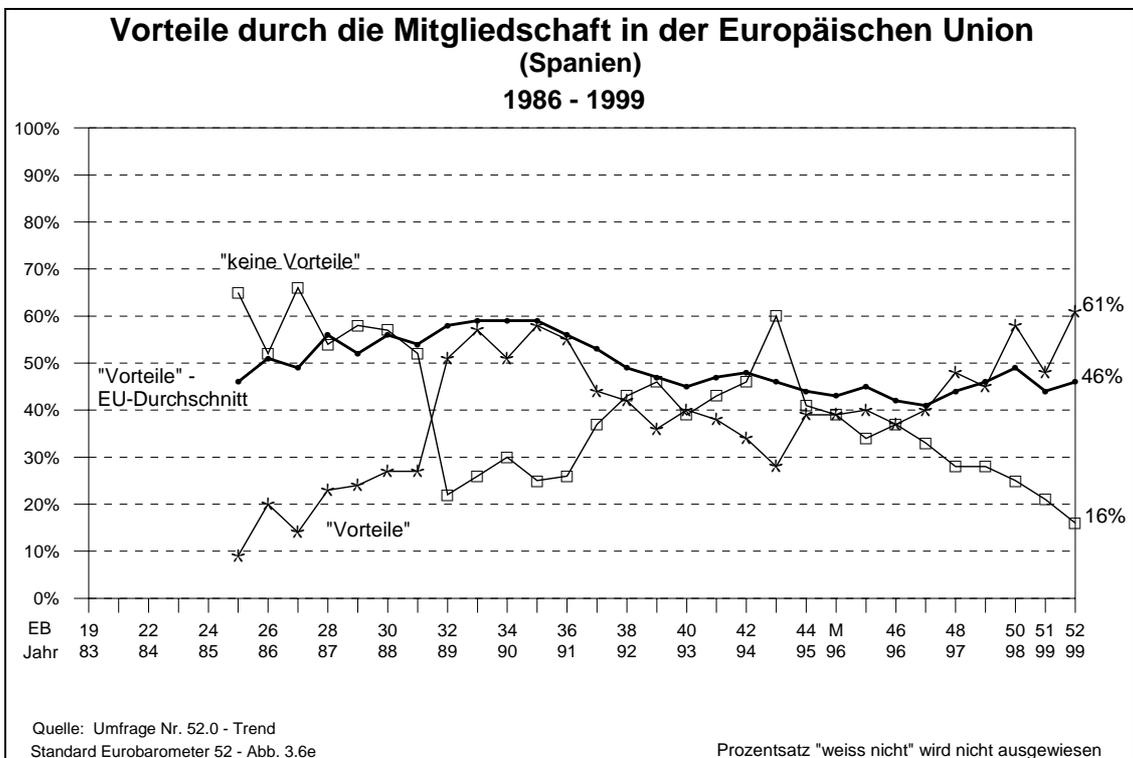
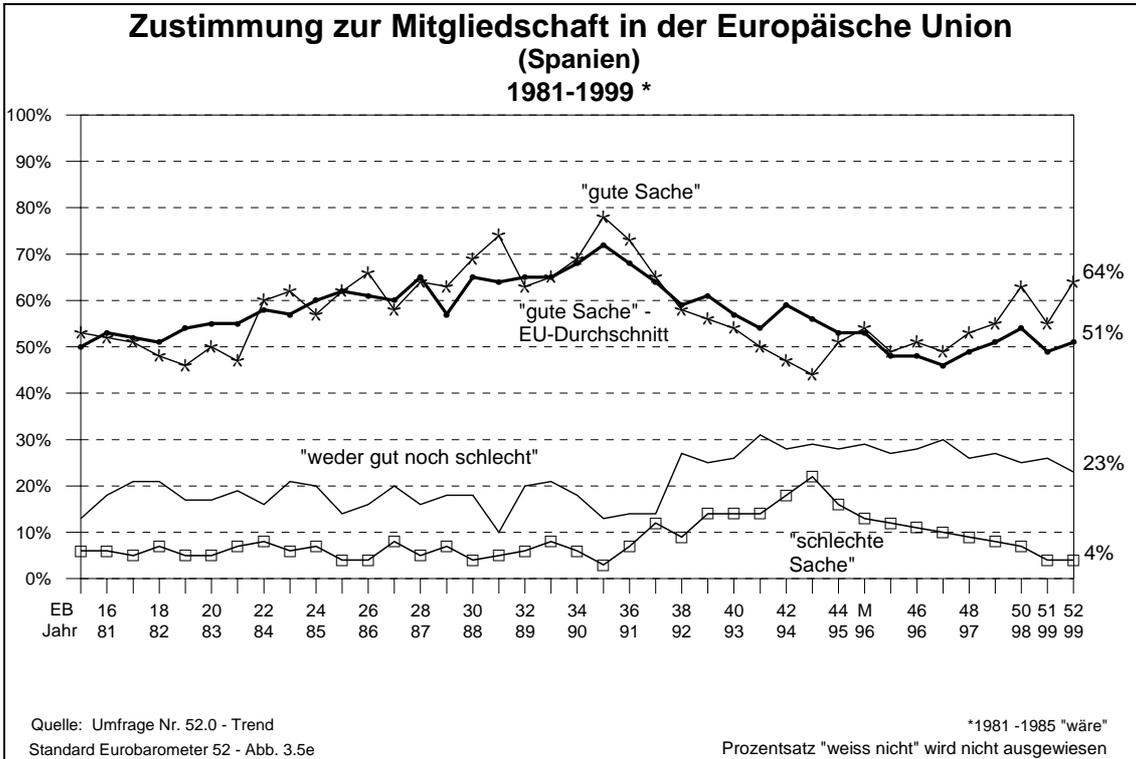
DEUTSCHLAND



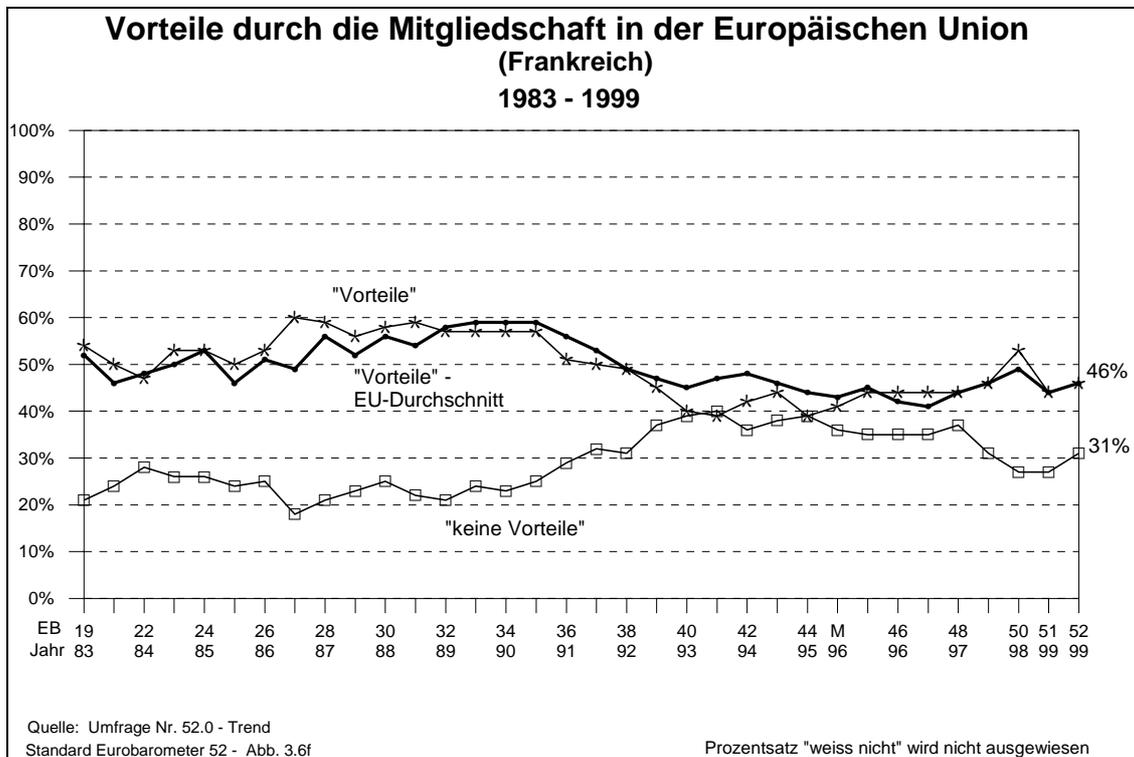
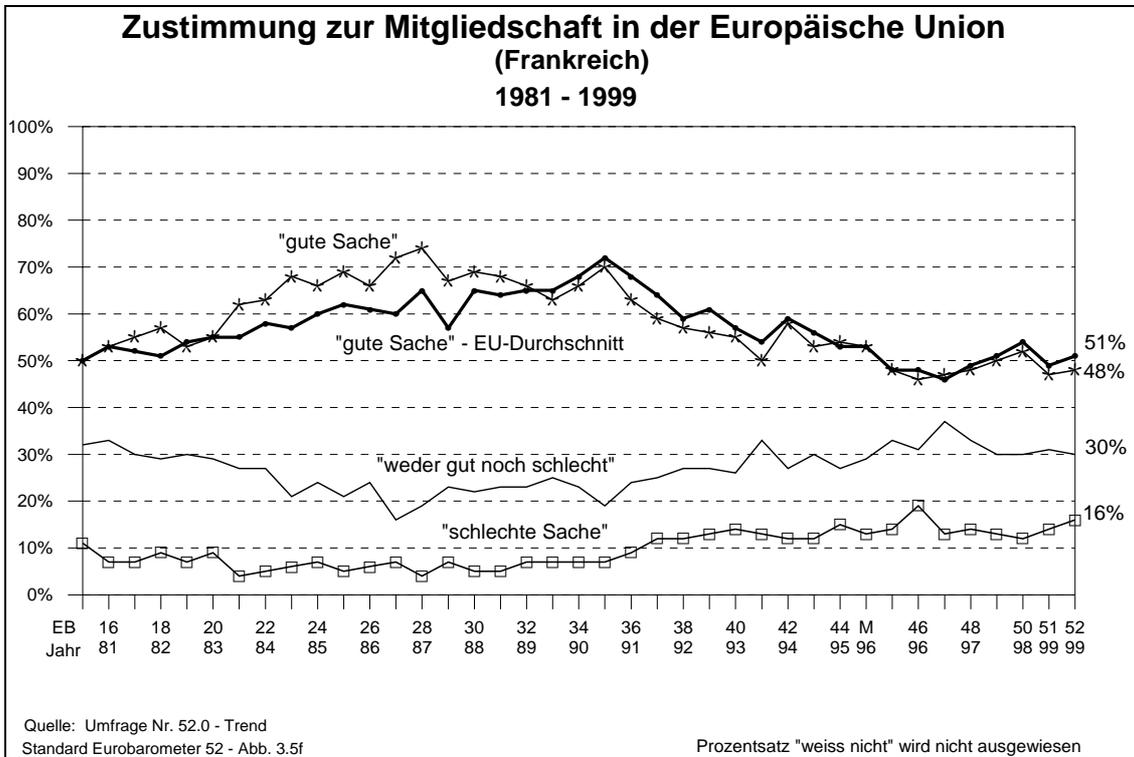
GRIECHENLAND



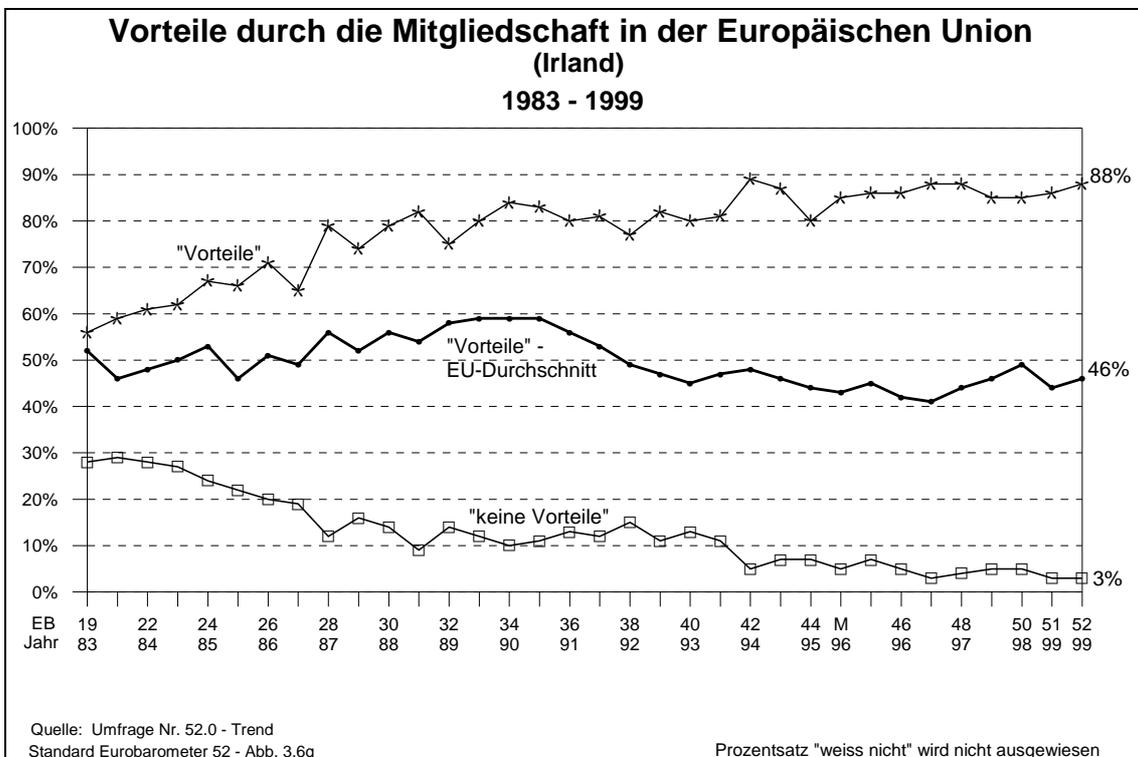
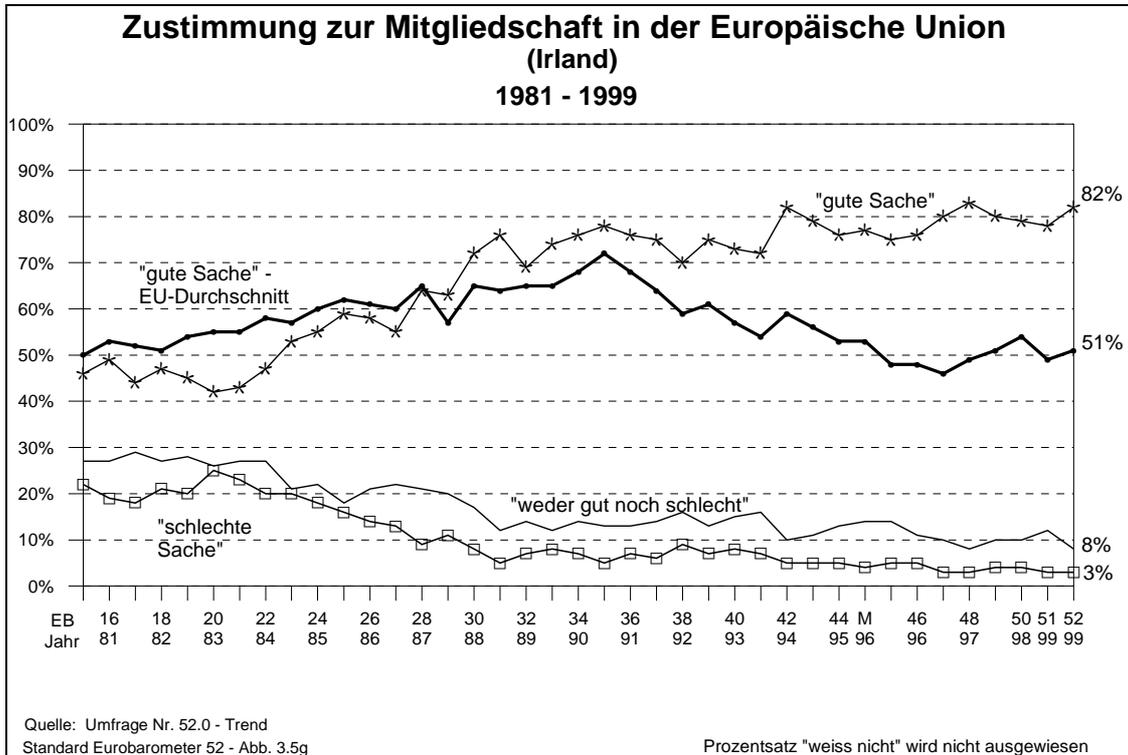
SPANIEN



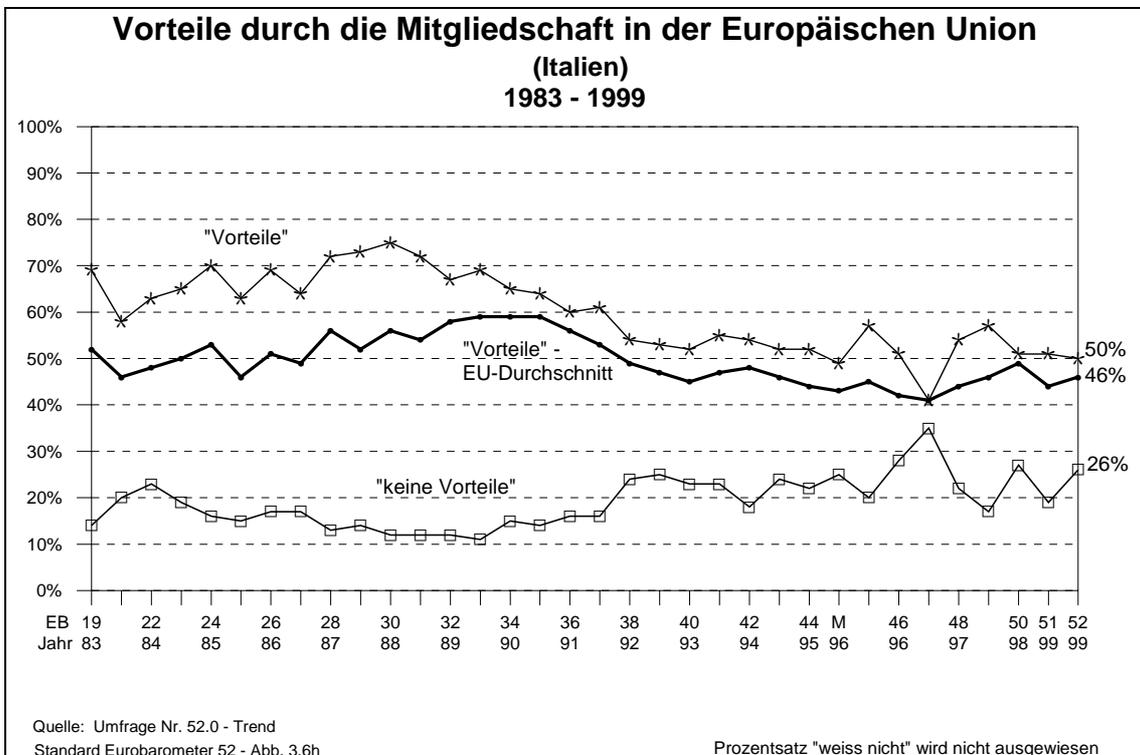
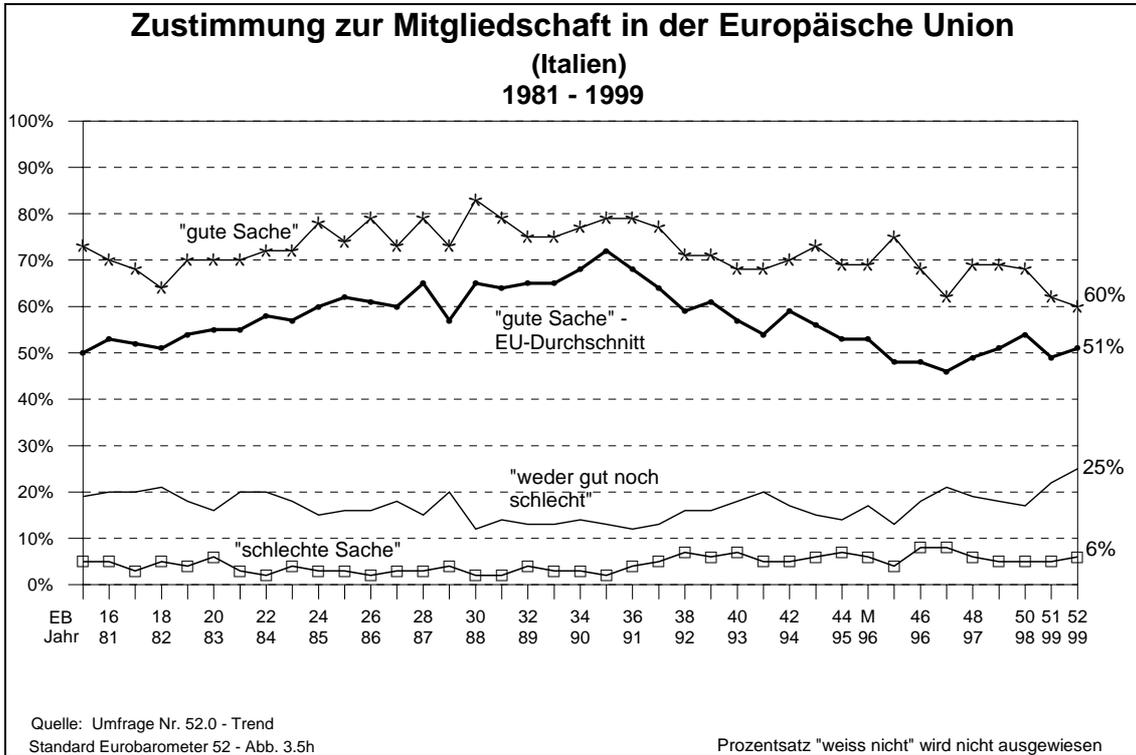
FRANKREICH



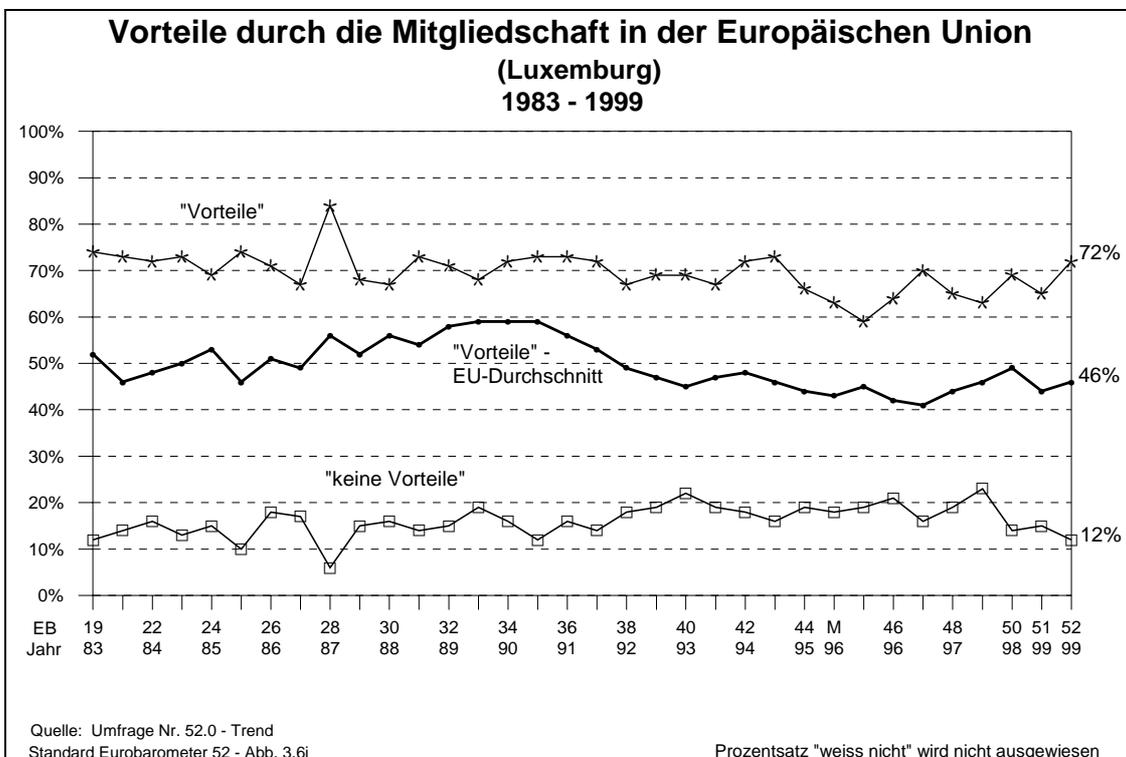
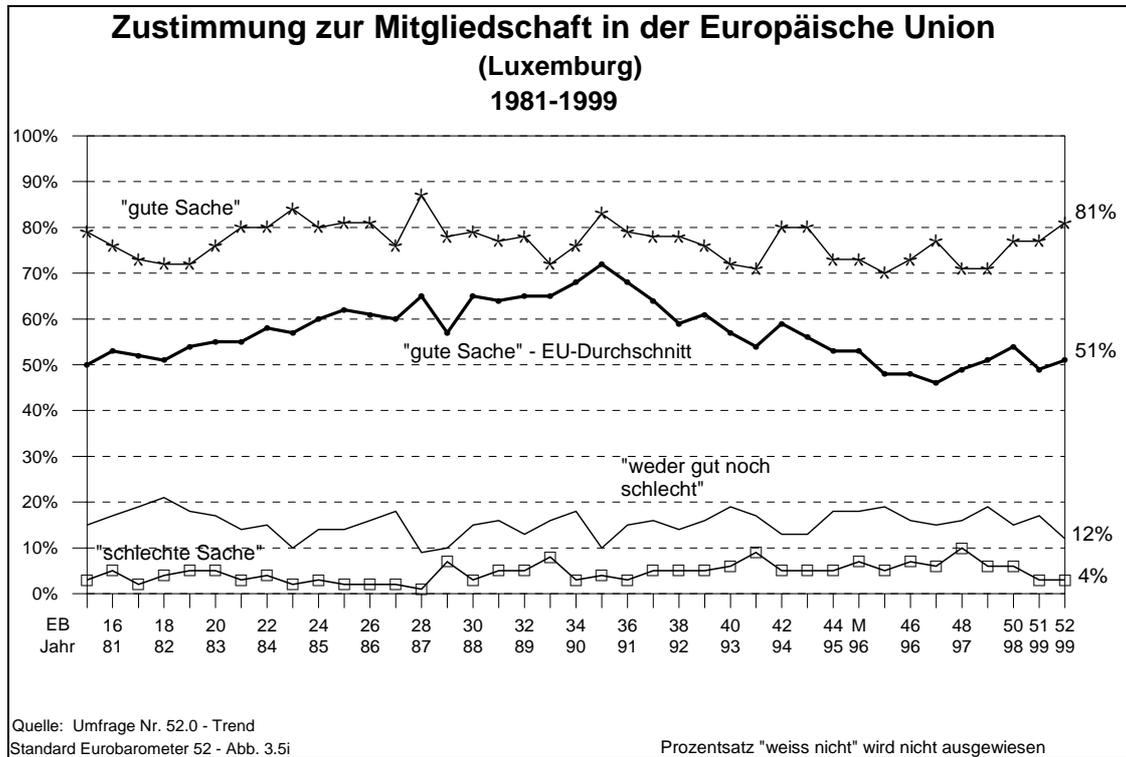
IRLAND



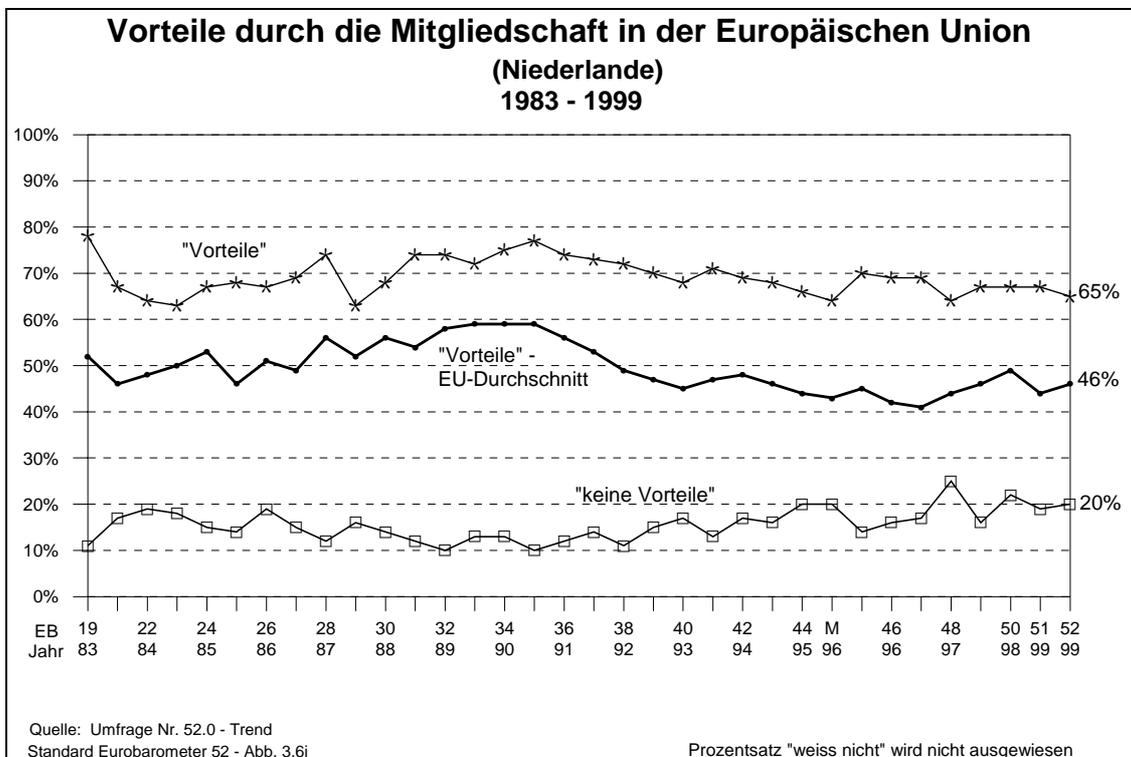
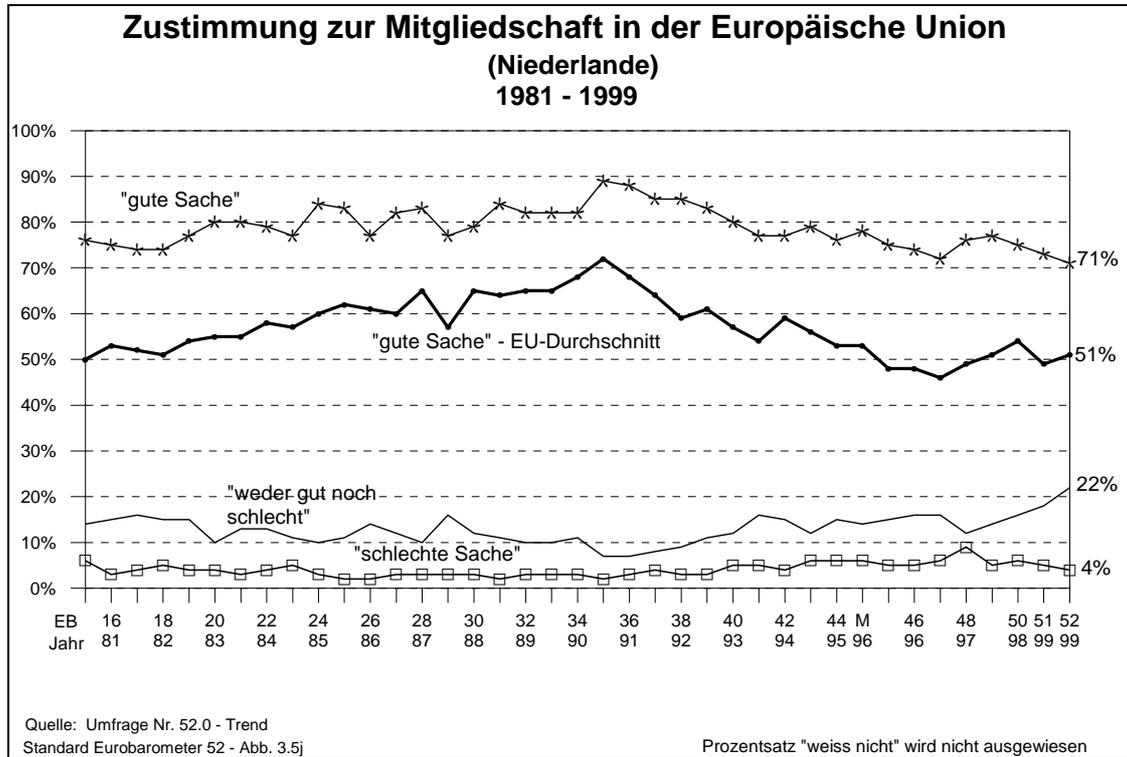
ITALIEN



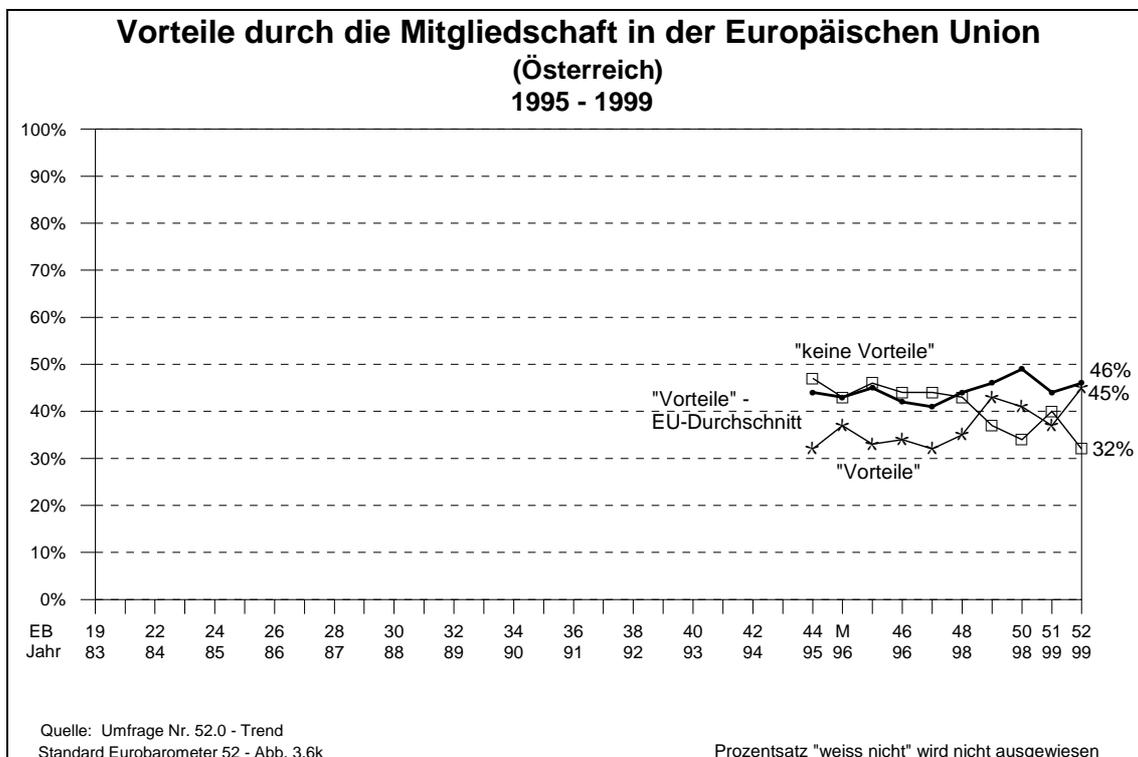
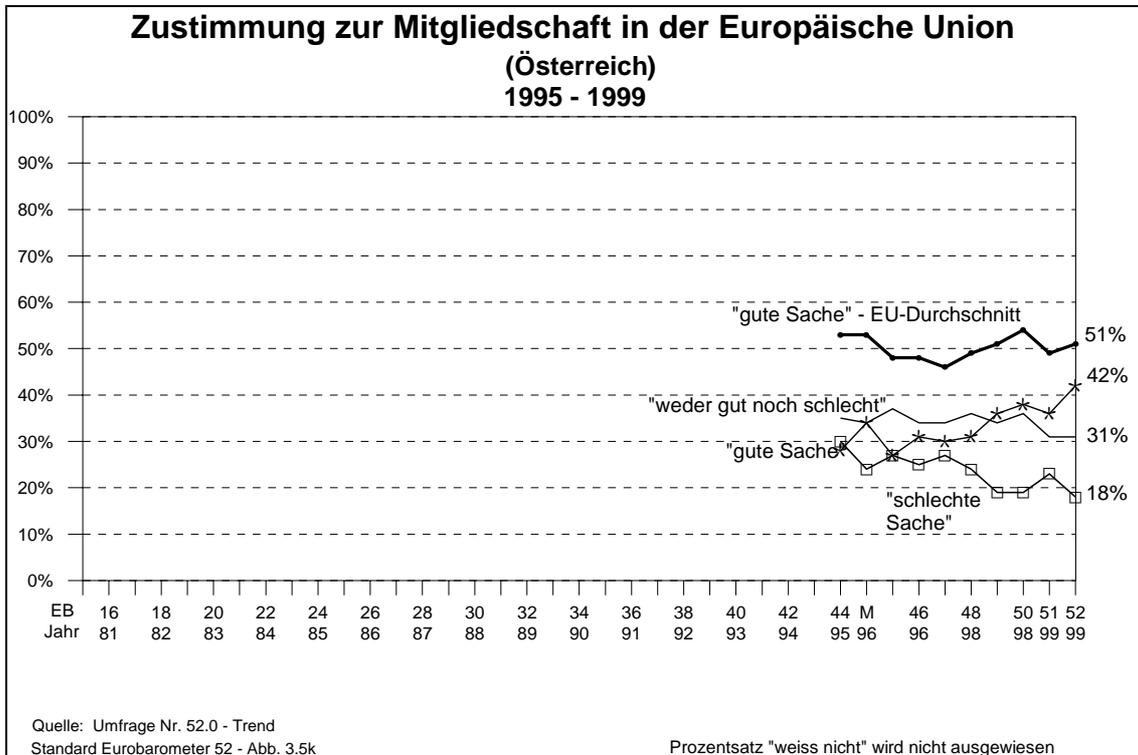
LUXEMBURG



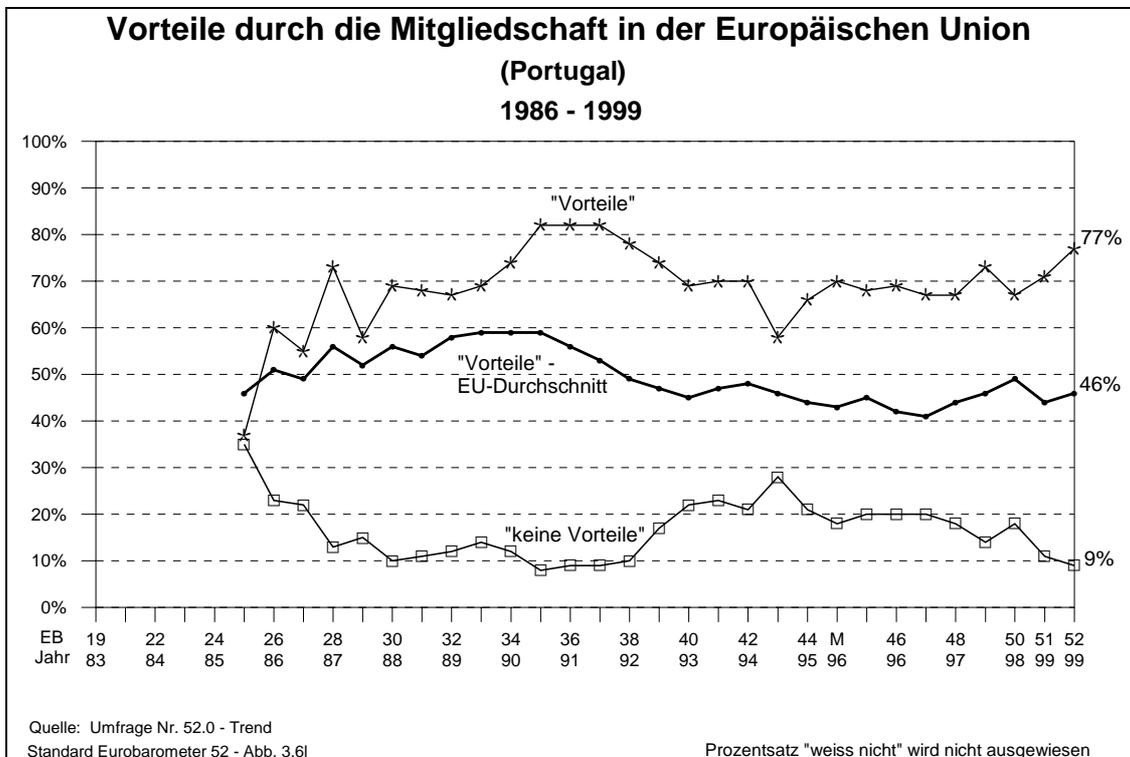
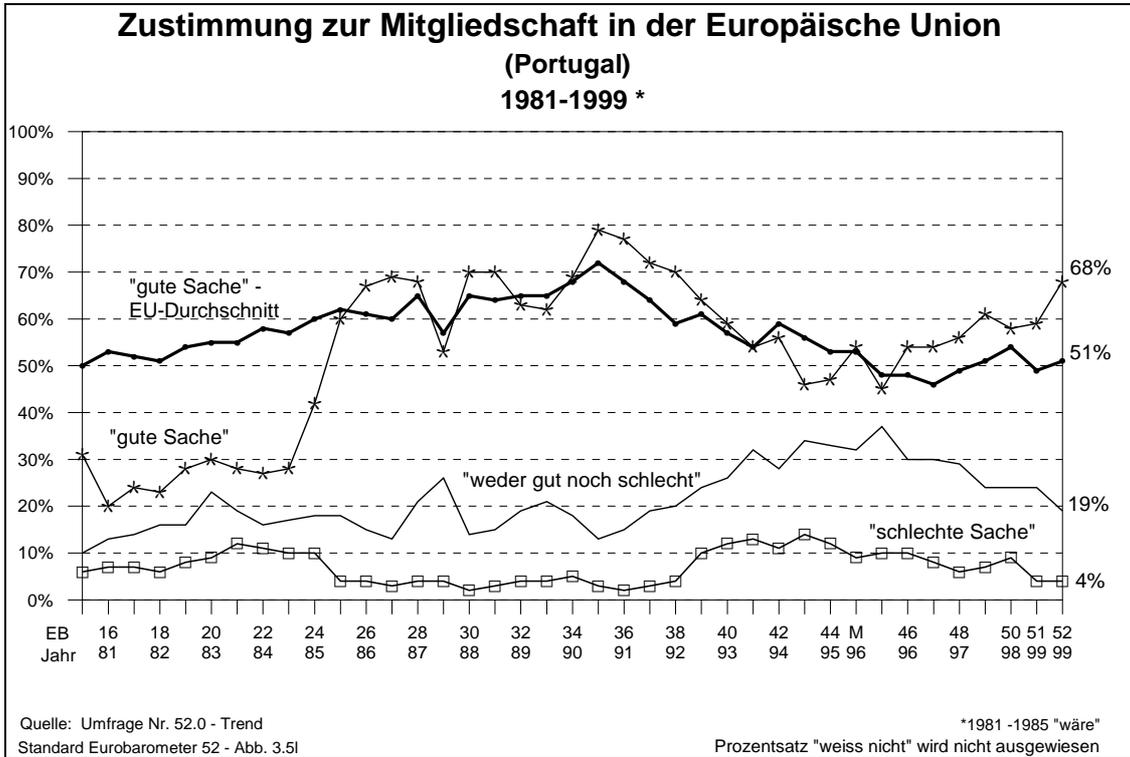
NIEDERLANDE



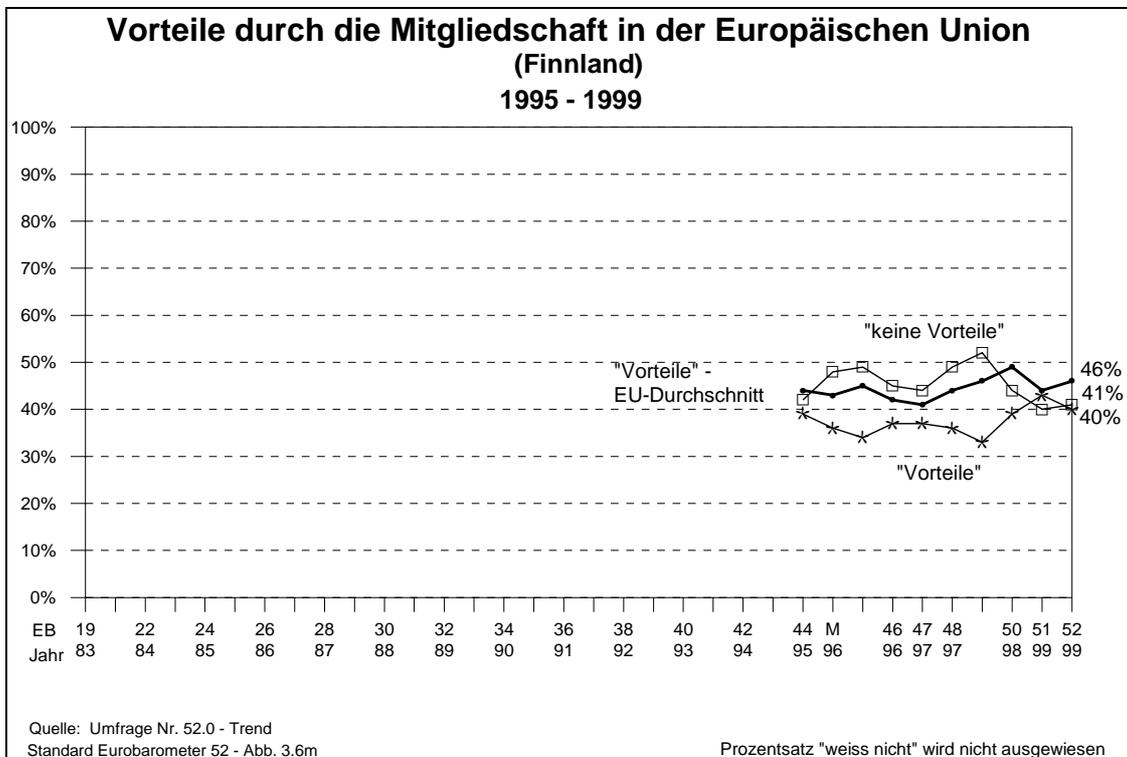
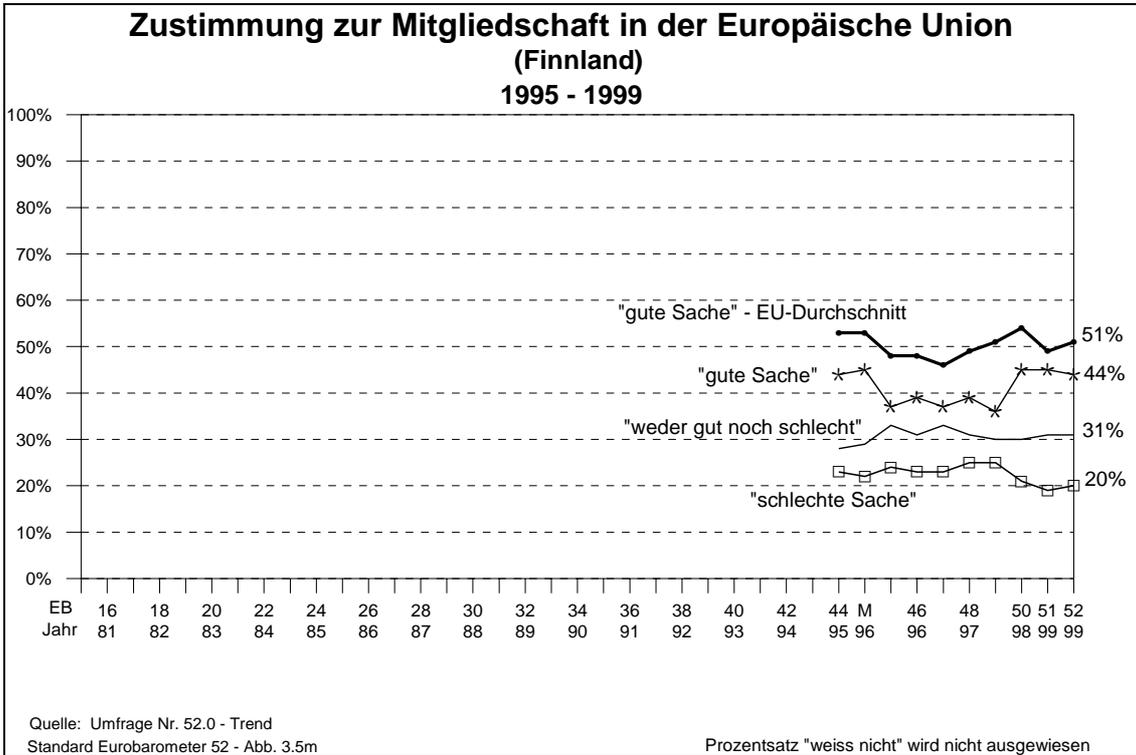
ÖSTERREICH



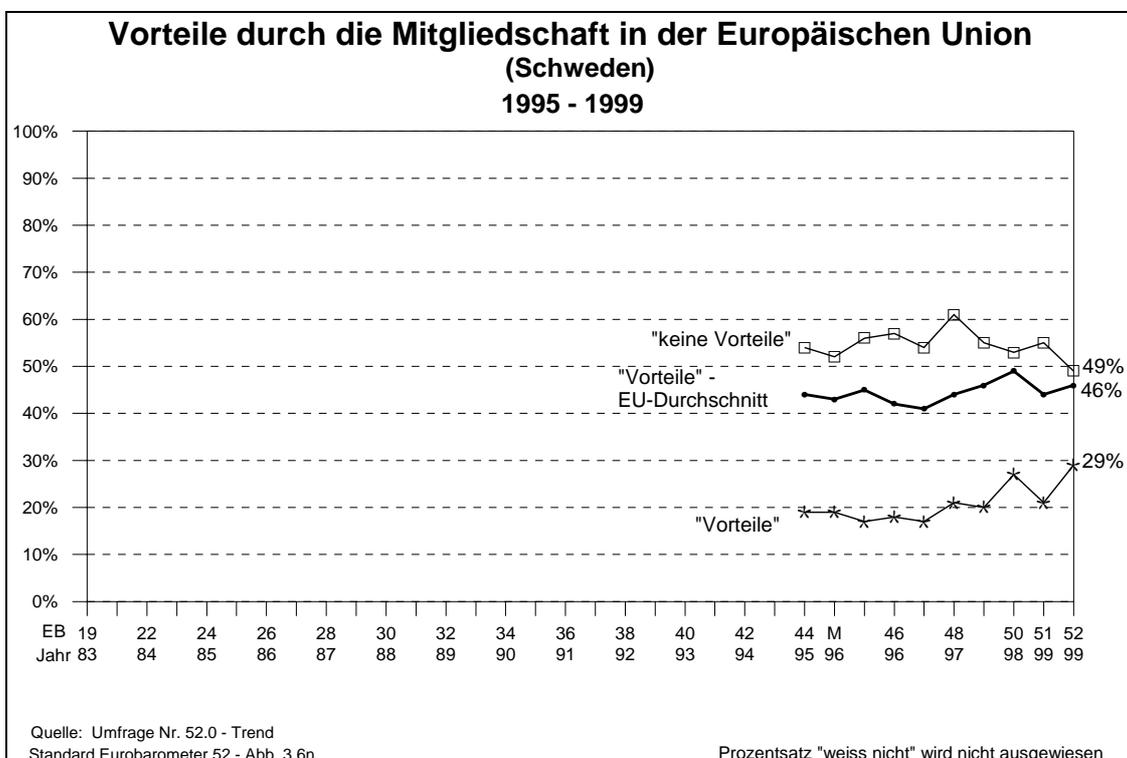
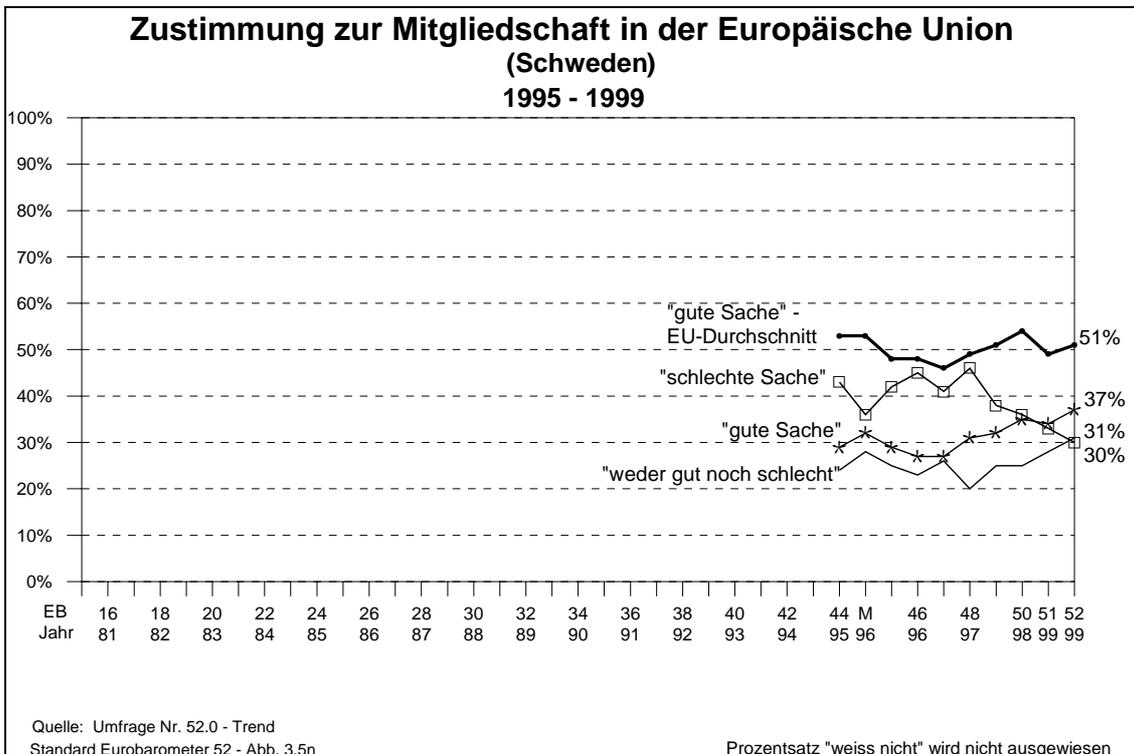
PORTUGAL



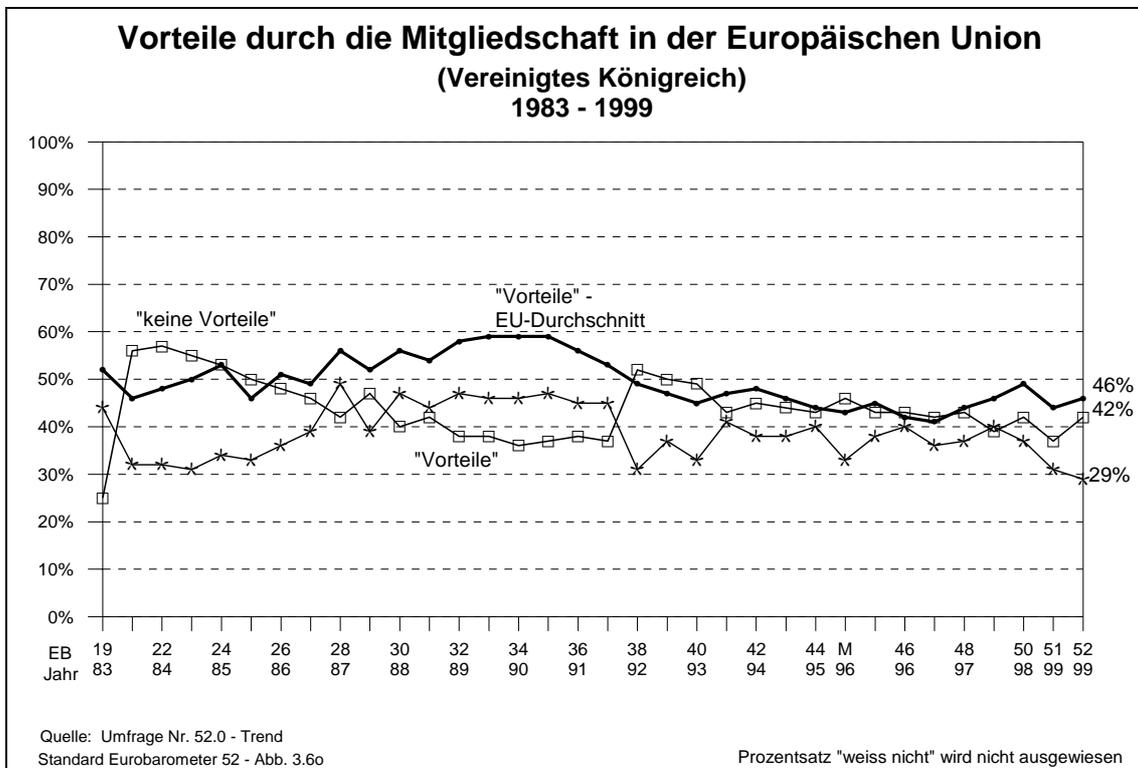
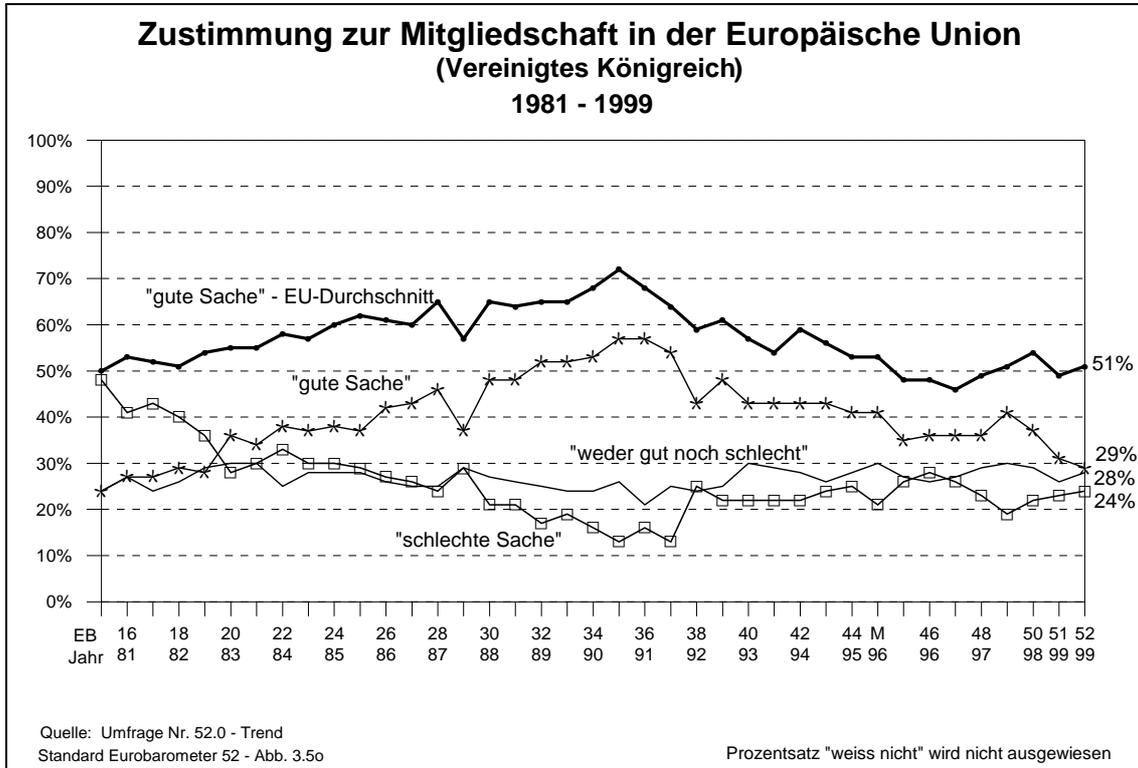
FINNLAND



SCHWEDEN



VEREINIGTES KÖNIGREICH

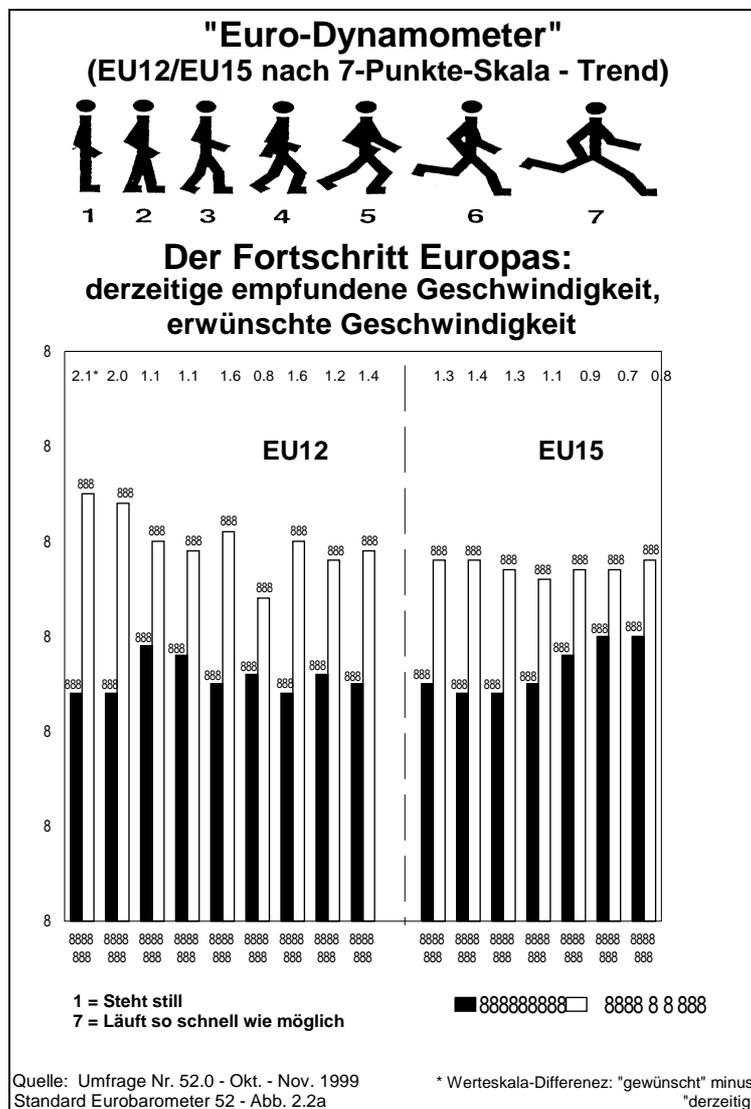


3.3. Die Geschwindigkeit der europäischen Integration

Seit 1986 hat das Eurobarometer mit der folgenden Frage die öffentliche Meinung in Hinblick auf die Geschwindigkeit der europäischen Integration untersucht:

- a. In welcher Geschwindigkeit wird Ihrer Meinung nach Europa aufgebaut? Bitte schauen Sie sich diese Menschen an (Karte zeigen). Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell wie möglich. Wählen Sie dasjenige Bild aus, das Ihrer Meinung nach der aktuellen Geschwindigkeit des Aufbaus von Europa am ehesten entspricht.
- b. Und welches Bild entspricht am ehesten dem, was Sie sich wünschen würden (dieselbe Karte zeigen)?

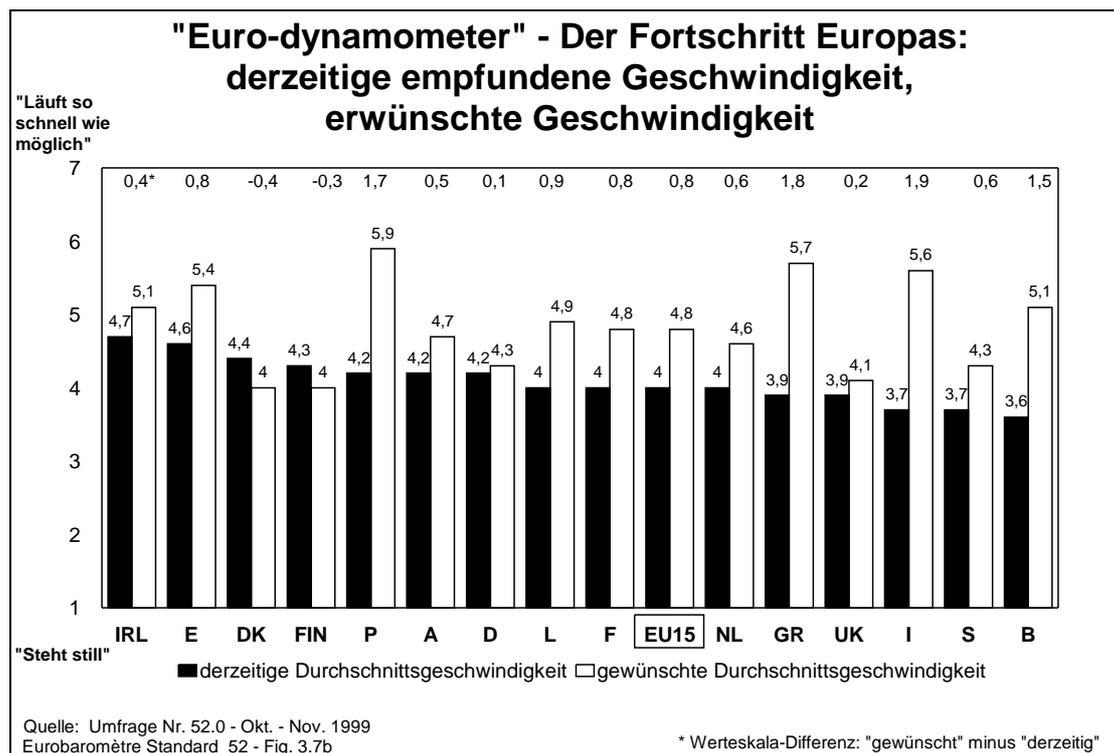
Die empfundene Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird, hat sich seit 1996 vom Durchschnittswert von 3.4 (auf einer Skala von 1-7) auf einen Durchschnittswert von 4.0 erhöht. Die erwünschte Geschwindigkeit ist dagegen während der letzten zwei Jahre mehr oder weniger gleich geblieben. Dennoch ist die Kluft zwischen der empfundenen und gewünschten Geschwindigkeit, seit diese Frage 1986 zum ersten Mal gestellt wurde, deutlich kleiner geworden. Wie das oben stehende Schaubild zeigt, zeigen die letzten Meßwerte eine Differenz von 0.8, gegenüber einer Differenz von 2.1 im Jahre 1986.



Die empfundene Geschwindigkeit der europäischen Vereinigung variiert deutlich von Land zu Land. In Irland (4.7) und Spanien (4.6) ist sie am höchsten, und in Belgien (3.6), Italien, Schweden (beide 3.7) ist sie am niedrigsten. In einer Anzahl von Ländern hat sich die empfundene Geschwindigkeit leicht erhöht, seit die Frage im Herbst 1998 zum letzten Mal gestellt wurde. Es handelt sich um das Vereinigte Königreich (+.13), Schweden (+.11), Portugal (+.10), Spanien (+0.9), Dänemark (+07), die Niederlande (+.04), Österreich (-.02), Finnland (+.02) und Italien (+.01). In Luxemburg (-.43) und Belgien (-.27) wurden signifikante Rückgänge der empfundenen Geschwindigkeit registriert und in Deutschland (-.12), Irland (-.09), Griechenland (-.07) und Frankreich (-.04) gab es einen geringfügigeren Rückgang. (Tabelle 3.3a)

Die Bevölkerung in Portugal möchte Europa am schnellsten aufbauen (5.9), gefolgt von der Bevölkerung in Griechenland (5.7), Italien (5.6) und Spanien (5.4). Am niedrigsten ist die gewünschte Geschwindigkeit in Dänemark und Finnland (beide 4,0), dem Vereinigten Königreich (4,1), Schweden und Deutschland (beide 4.3). Seit dem Herbst 1998 hat sich die gewünschte Geschwindigkeit in Belgien (+.44), Luxemburg, Schweden (beide 1.6) und Deutschland (+.13) am meisten erhöht. Die höchste (wenn auch unerhebliche) Erhöhung wurde in Griechenland (-.13) registriert. (Tabelle 3.3b)

Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, variiert die Kluft zwischen der Geschwindigkeit, mit der die Bevölkerung glaubt, daß die europäische Vereinigung voranschreitet und der Geschwindigkeit, mit der die Bevölkerung wünscht, daß sie voranschreiten möge, deutlich von Land zu Land. In den meisten Ländern wünscht sich die Bevölkerung, daß Europa schneller aufgebaut wird, als es ihrer Meinung nach der Fall ist. Den höchsten positiven Differenzwert findet man in Italien, Griechenland, Portugal und Belgien, während man in Dänemark und Finnland einen kleinen negativen Durchschnittswert zwischen der empfundenen und gewünschten Geschwindigkeit findet.



Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittliche Geschwindigkeit, mit der die verschiedenen soziodemographischen Gruppen in der Bevölkerung glauben, daß Europa sich im Augenblick entwickelt. Sie zeigt ebenfalls die gewünschte Geschwindigkeit, sowie für jede soziodemographische Gruppe die Differenz zwischen der empfundenen und der gewünschten Geschwindigkeit, die sich außerdem stetig verkleinert. Obwohl es einige Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen gibt, würden alle sich einen schnelleren Fortschritt für Europa wünschen, als im Augenblick gegeben ist. Dies weist darauf hin, daß die soziodemographischen Faktoren die Ansichten der Bevölkerung über die empfundene und gewünschte Geschwindigkeit des Fortschritts der europäischen Vereinigung nicht so stark beeinflussen, wie die Ländervariable.

„Das Euro-Dynamometer“ Durchschnittswerte für die soziodemographischen Gruppen (EU 15)			
Soziodemographische Gruppe	Aktuelle Durchschnittsgeschwindigkeit	Gewünschte Durchschnittsgeschwindigkeit	Differenz „gewünscht“ minus „aktuell“
Studenten	4.13	5.30	1.17
Alter 15-24 Jahre	4.13	5.16	1.03
Selbständige	4.03	5.00	0.97
Hausfrauen/Hausmänner	4.06	4.94	0.88
In der Vollzeitausbildung bis 20+	4.09	4.95	0.86
Angestellte	4.08	4.91	0.83
Männer	4.03	4.81	0.78
Führungskräfte	4.05	4.81	0.76
EU15 Durchschnitt	4.04	4.80	0.76
Alter 25-39 Jahre	4.08	4.83	0.75
Frauen	4.04	4.79	0.75
Alter 40-45 Jahre	4.01	4.76	0.75
Arbeitslose	4.00	4.73	0.73
Schulabschluß im Alter von 15-	3.97	4.69	0.72
Alter 55 oder älter	3.97	4.62	0.65
Rentner/Pensionäre	3.93	4.58	0.65
In der Schule bis 16-19	4.04	4.68	0.64
Arbeiter	4.06	4.59	0.53

Die folgende Tabelle zeigt, inwieweit die Ansicht der Bevölkerung über die Europäische Union im allgemeinen mit ihrer Meinung über eine fortschreitende Integration zusammenhängt.

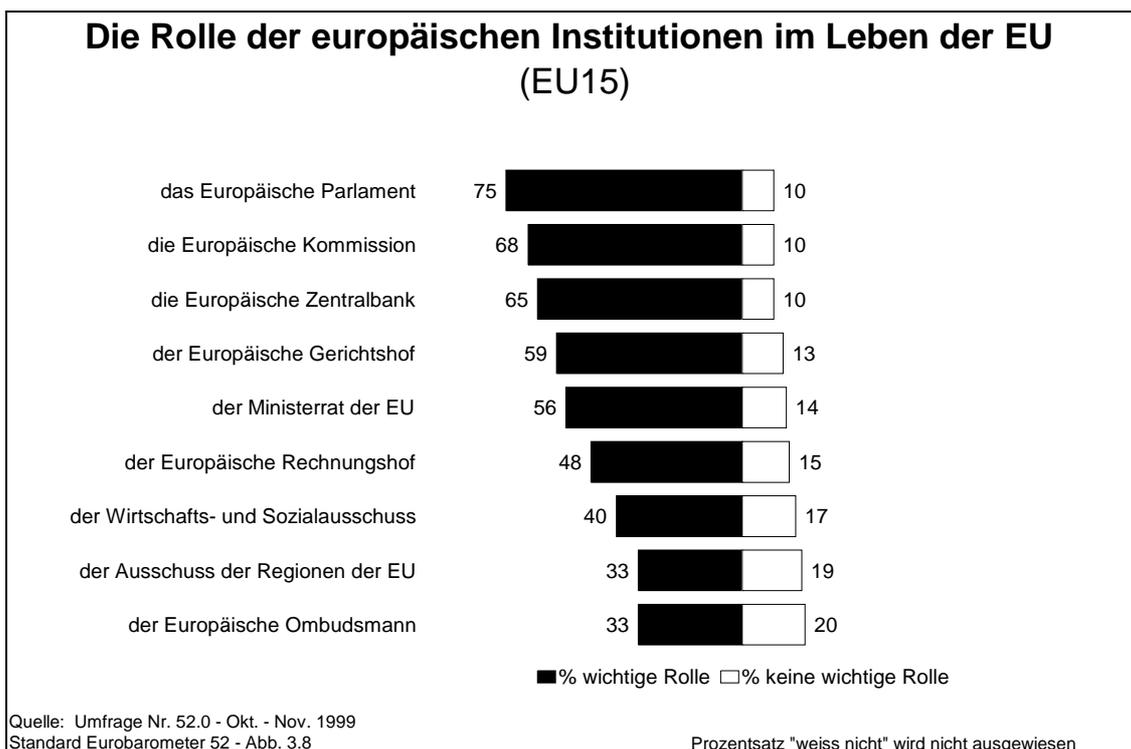
„Das Euro-Dynamometer“ Durchschnittswerte von Personen mit pro-, neutraler und anti-EU Einstellung (EU15)			
Pro-EU Einstellung	Aktuelle Durchschnittsgeschwindigkeit	Gewünschte Durchschnittsgeschwindigkeit	Differenz „gewünscht“ minus „aktuell“
Wünscht eine wichtigere Rolle der EU	3.98	5.52	1.54
EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache	4.13	5.35	1.22
Neutrale EU-Einstellung			
EU-Mitgliedschaft ist weder gut noch schlecht	3.90	4.55	0.65
Rolle der EU sollte sich nicht verändern	4.12	4.37	0.25
Anti-EU Einstellung			
EU-Mitgliedschaft ist keine gute Sache	3.93	3.05	-0.88
Wünscht eine weniger wichtige Rolle der EU	4.19	3.35	-0.84

Wie zu erwarten, wünschen sich Personen mit pro-europäischer Einstellung einen schnelleren Fortschritt für die europäische Integration, als im Augenblick gegeben ist, während Personen mit anti-europäischer Einstellung sich einen langsameren Fortschritt wünschen. Personen mit neutraler Einstellung sind am häufigsten der Ansicht, daß der aktuelle Fortschritt der europäischen Integration mit genau der Geschwindigkeit vor sich geht, die ihren Vorstellungen entspricht. Daher ist die allgemeine Einstellung zur EU ganz offensichtlich ein guter Anhaltspunkt für die Meinung der Bevölkerung über die Geschwindigkeit der europäischen Integration.

3.4. Die Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union

Das Eurobarometer hat nun zum zweiten Mal hintereinander die öffentliche Meinung über eine Anzahl von Europäischen Institutionen und Körperschaften untersucht ²⁶. Die Teilnehmer wurden zunächst befragt, inwieweit die 9 ausgewählten EU-Institutionen und Körperschaften ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen.

Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, sind die EU-Bürger am ehesten der Meinung, daß das Europäische Parlament (75%), die Europäische Kommission (68%) und die Europäische Zentralbank (65%) eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen. Die Bevölkerung ist etwas häufiger der Ansicht, daß die Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle spielen, als im Frühjahr 1999 ²⁷. Die Öffentlichkeit ist am seltensten der Ansicht, daß der Europäische Ombudsmann und der Ausschuß der Regionen (beide 33%) eine wichtige Rolle spielen.



Wie aus der Länderanalyse hervorgeht, ist der Anteil der Personen, die meinen, daß das Europäische Parlament eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt, in Irland (87%), Luxemburg und Schweden (beide 85%) am größten und im Vereinigten Königreich (65%) und Deutschland (69%) am kleinsten. Der Anteil der Personen, die meinen, die Europäische Kommission spiele eine wichtige Rolle, ist in Irland (84%) und Luxemburg (83%) erneut am größten, während er im Vereinigten Königreich (55%) und Deutschland (60%) wieder am kleinsten ist. Der Europäischen Zentralbank, die von einem Niederländer geleitet wird, wird von der Bevölkerung in den Niederlanden (87%) am häufigsten eine wichtige Rolle zugeordnet, während die Bevölkerung im Vereinigten Königreich (45%) am seltensten diese Ansicht teilt. (Tabelle 3.4)

²⁶ Die Kenntnis der Öffentlichkeit über diese Institutionen und Körperschaften wird in Kapitel 2 erörtert.

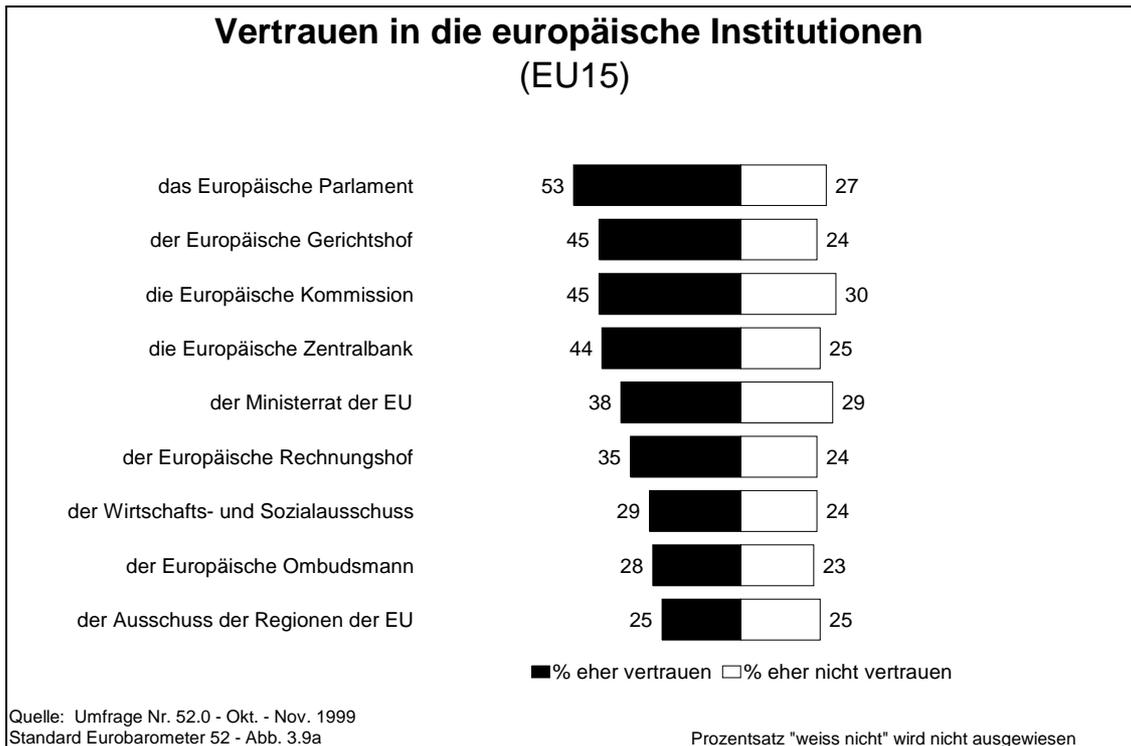
²⁷ Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 51, Tabelle 3.4.

Die folgende Tabelle zeigt für jeden der Mitgliedstaaten den Mittelwert des Prozentsatzes ²⁸ der Personen, die glauben, daß die 9 Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen. Wie man sieht, wurde der höchste Mittelwert für Luxemburg (73%) und Finnland (71%) gemessen, während der niedrigste Mittelwert für das Vereinigte Königreich gemessen wurde (32%). Dies bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, daß die Briten eher nicht glauben, daß die Europäischen Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle spielen. Es bedeutet vielmehr, daß die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs häufig keine Meinung hat: 48% entschieden sich für die Antwort „weiß nicht“, im Vergleich zu nur 20% der Bevölkerung in Finnland.

Wichtigkeit der EU Institutionen und Körperschaften (Mittelwert - % der Personen, die die 9 Institutionen und Körperschaften für wichtig halten, nach Ländern)	
Land	Mittelwert
Luxemburg	73
Finnland	71
Schweden	70
Die Niederlande	70
Irland	68
Portugal	63
Österreich	63
Belgien	60
Frankreich	59
Spanien	58
EU15	56
Deutschland	56
Dänemark	56
Griechenland	53
Italien	51
Vereinigtes Königreich	32

Die Teilnehmer wurden auch gefragt, ob sie den 9 Institutionen und Körperschaften vertrauen. Obwohl der Vertrauensgrad zwischen den 15 Mitgliedstaaten deutlich variiert, wird zunächst ein hoher Anteil von „weiß nicht“-Antworten deutlich, insbesondere für den Ausschuß der Regionen, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Europäischen Ombudsmann. Dieser Anteil sollte also bei der Interpretation des niedrigen Vertrauensgrades im folgenden Schaubild auch betrachtet werden.

²⁸ Der Mittelwert ergibt eine Haupttendenz, die bei Ergebnissen mit einigen extremen Werten nützlich ist.



Mit 53% erhält das Europäische Parlament am meisten Vertrauen, gefolgt vom Europäischen Gerichtshof und der Europäischen Kommission (beide 45%). Gleichzeitig erhält die Europäische Kommission jedoch auch den höchsten Anteil von Personen, die sagen, daß sie ihr nicht vertrauen (30%), obwohl diese Zahl bereits niedriger ist als das Ergebnis im Frühjahr 1999 (33%)²⁹.

Die nächste Tabelle zeigt die Institutionen und Körperschaften, denen in den einzelnen Mitgliedstaaten am meisten vertraut wird. Das **Europäische Parlament** steht in 10 von 15 der Mitgliedstaaten an erster Stelle, in drei weiteren steht es an zweiter und in Finnland an dritter Stelle. Nur in den Niederlanden befindet es sich nicht unter den ersten drei Plätzen.

Der **Europäische Gerichtshof** steht in Dänemark (65%), Schweden (52%) und Deutschland (50%) an erster Stelle. Den zweiten Rang erreicht er in den Niederlanden (69%), Luxemburg (57%), Finnland (53%), Österreich (49%) und dem Vereinigten Königreich (27%) und den dritten Rang in Irland (55%), Belgien (47%) und Griechenland (43%).

Die **Europäische Kommission** steht in Italien (63%), Portugal (62%), Irland (60%), Spanien (54%), Belgien (53%), Frankreich (50%) und Griechenland (49%) an zweiter Stelle und in Luxemburg (52%) und dem Vereinigten Königreich (24%) an dritter Stelle.

Die **Europäische Zentralbank** steht in den Niederlanden (76%) an erster Stelle, und sie erreicht in Österreich, Deutschland (beide 46%), Frankreich (45%), Schweden (43%) und Dänemark (40%) den dritten Rang.

Der **Ministerrat** steht in Portugal (54%), Italien (53%) und Spanien (49%) an dritter Stelle.

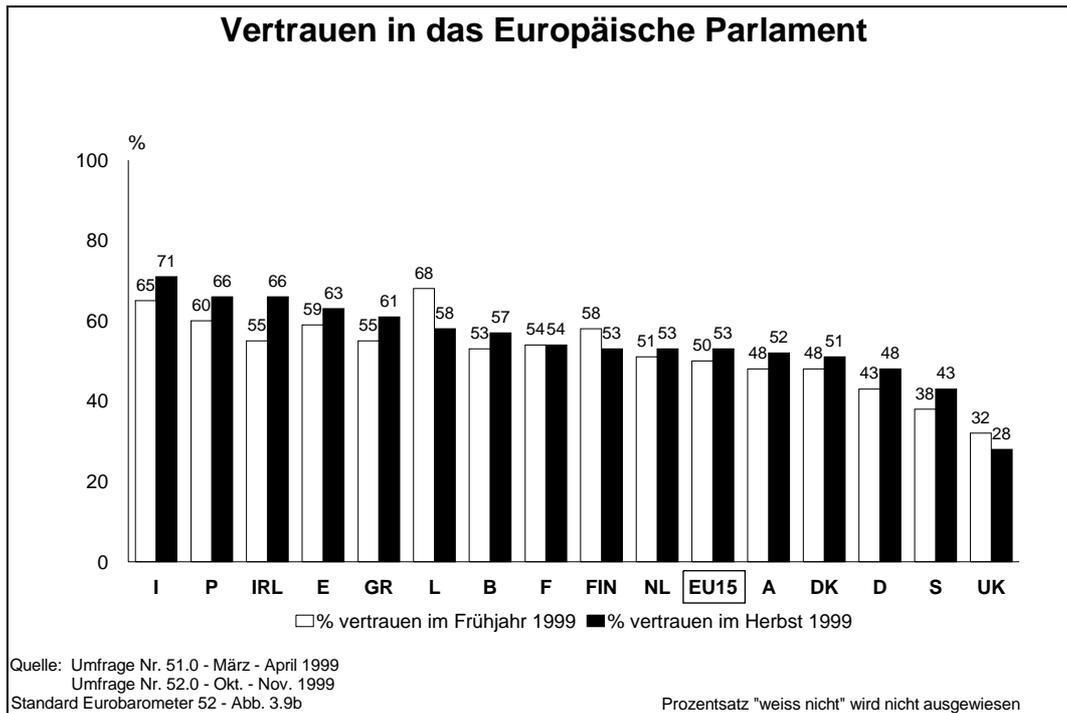
Der aus Finnland stammende **Europäische Ombudsmann** steht in seinem eigenen Land an erster Stelle (56%), erreicht jedoch in keinem anderen Mitgliedstaat einen der ersten drei Plätze. Keine der anderen Institutionen und Körperschaften erreichte einen Platz unter den ersten drei. (Siehe auch Tabelle 3.5)

²⁹ Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 51, Tabelle 3.6.

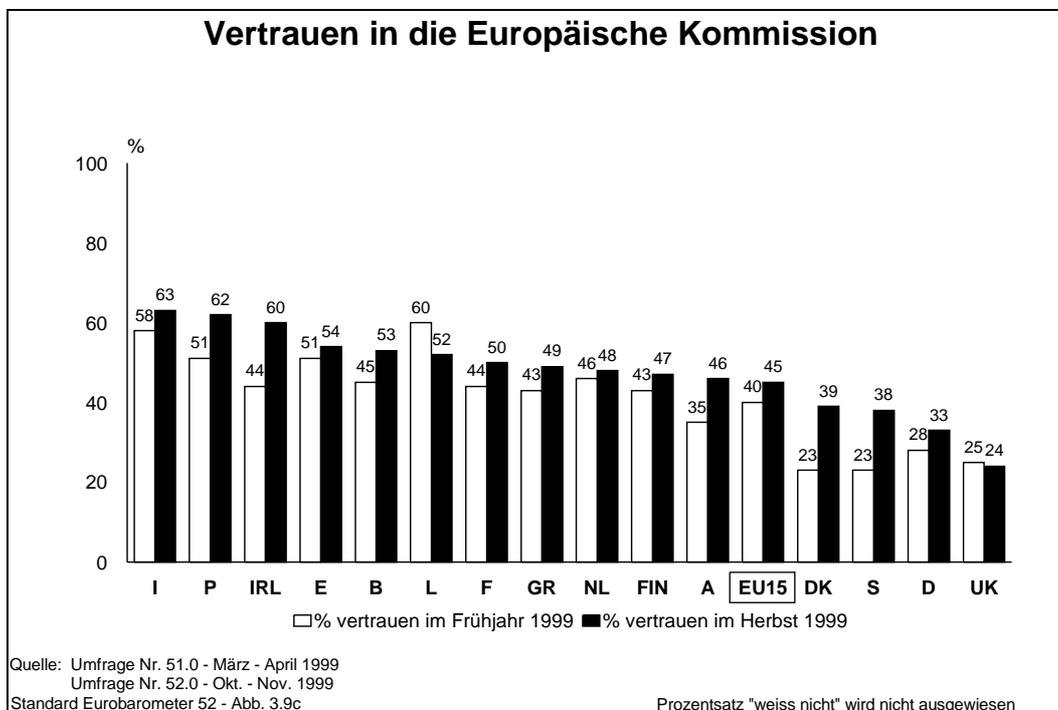
Welche drei EU-Institutionen und -Körperschaften genießen das meiste Vertrauen? (in % nach Mitgliedsländern)	
Belgien	
Europäisches Parlament	57
Europäische Kommission	53
Europäischer Gerichtshof	47
Dänemark	
Europäischer Gerichtshof	65
Europäisches Parlament	51
Europäische Zentralbank	40
Deutschland	
Europäischer Gerichtshof	50
Europäisches Parlament	48
Europäische Zentralbank	46
Griechenland	
Europäisches Parlament	61
Europäische Kommission	49
Europäischer Gerichtshof	43
Spanien	
Europäisches Parlament	63
Europäische Kommission	54
Ministerrat	49
Frankreich	
Europäisches Parlament	54
Europäische Kommission	50
Europäische Zentralbank	45
Irland	
Europäisches Parlament	66
Europäische Kommission	60
Europäischer Gerichtshof	55
Italien	
Europäisches Parlament	71
Europäische Kommission	63
Ministerrat	53
Luxemburg	
Europäisches Parlament	58
Europäischer Gerichtshof	57
Europäische Kommission	52
Die Niederlande	
Europäische Zentralbank	76
Europäischer Gerichtshof	69
Europäischer Rechnungshof	55
Österreich	
Europäisches Parlament	52
Europäischer Gerichtshof	49
Europäische Zentralbank	46
Portugal	
Europäisches Parlament	66
Europäische Kommission	62
Ministerrat	54
Finnland	
Europäischer Ombudsmann	56
Europäischer Gerichtshof	53
Europäisches Parlament	53
Schweden	
Europäischer Gerichtshof	52
Europäisches Parlament	43
Europäische Zentralbank	43
Vereinigtes Königreich	
Europäisches Parlament	28
Europäischer Gerichtshof	27
Europäische Kommission	24

Wenn man die Ergebnisse der Länder näher betrachtet, stellt man fest, daß die Bevölkerung in Italien dem **Europäischen Parlament** am häufigsten vertraut (71%), gefolgt von der Bevölkerung in Irland und Portugal (beide 66%). Die Bevölkerung in Dänemark (42%), Schweden (40%) und dem Vereinigten Königreich (39%) vertraut dem Europäischen Parlament am seltensten. Der Anteil der „weiß nicht“-Antworten reicht von 7% in Dänemark bis zu 33% im Vereinigten Königreich.

Das Schaubild zeigt außerdem, daß der Grad des Vertrauens sich in zahlreichen Mitgliedstaaten seit dem Frühjahr 1999 deutlich erhöht hat. Die bedeutendsten Verbesserungen wurden in Irland (+11), Italien, Portugal, Griechenland (alle +6), Deutschland und Schweden (beide +5) gemessen. Die Bevölkerung in Luxemburg vertraut dem Europäischen Parlament heute bedeutend seltener (-10). Außer in Luxemburg ist das Vertrauen nur in Finnland (-5) und dem Vereinigten Königreich (-4) seit dem Frühjahr 1999 gesunken.



Wenn man die Länderanalyse betrachtet, stellt man fest, daß 6 von 10 Personen in Italien, Portugal und Irland der **Europäischen Kommission** vertrauen. Nur in Dänemark tendiert mehr als die Hälfte der Bevölkerung dazu, ihr eher nicht zu vertrauen, obwohl auch im Vereinigten Königreich und in Schweden die Zahl der Personen ohne Vertrauen die Zahl der Personen mit Vertrauen übersteigt. Der Anteil von „weiß nicht“-Antworten reicht von 10% in Dänemark zu 38% im Vereinigten Königreich.



In allen Mitgliedstaaten außer Luxemburg und dem Vereinigten Königreich vertrauen die Menschen der Europäischen Kommission jetzt (wenn auch unbedeutend) häufiger als im Frühjahr 1999. Diese positive Entwicklung ist ganz sicher mit den weitreichenden Veränderungen innerhalb der Kommission nach dem Rücktritt des Kabinetts Santer im März 1999 in Verbindung zu bringen. Die größte Erhöhung des Anteils von Menschen, die der Kommission eher vertrauen, wurde in Irland, Dänemark (beide +16), Schweden (+15), Portugal und Österreich (beide +11) registriert.

Die deutliche Verringerung des Vertrauens in Luxemburg (-8) ist möglicherweise mit der Tatsache zu erklären, daß der Präsident der Kommission, die zurücktreten mußte, - Jacques Santer - aus diesem Land stammt. Es ist unmöglich zu bestimmen, ob die Bevölkerung in Luxemburg ihre Enttäuschung über die Santer-Kommission zum Ausdruck bringt, oder ob sie ungehalten ist über die Tatsache, daß die von einem Landsmann geführte Kommission zurücktreten mußte.

Abschließend betrachten wir den Mittelwert des Grads des Vertrauens in die 9 Institutionen und Körperschaften in jedem einzelnen Mitgliedstaat³⁰. Wie das folgende Schaubild zeigt, ist der Mittelwert in Irland und Luxemburg (beide 50%) am höchsten und im Vereinigten Königreich (18%) am niedrigsten.

Vertrauen in die Europäischen Institutionen und Körperschaften (Mittelwert – Prozentsatz der Personen, die den 9 Institutionen und Körperschaften eher vertrauen, nach Ländern)	
Land	Mittelwert
Irland	50
Luxemburg	50
Portugal	49
Die Niederlande	48
Spanien	47
Finnland	47
Italien	44
Belgien	42
Frankreich	41
Österreich	41
Dänemark	39
EU15	38
Schweden	38
Griechenland	35
Deutschland	33
Vereinigtes Königreich	18

3.5. Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung auf europäischer Ebene

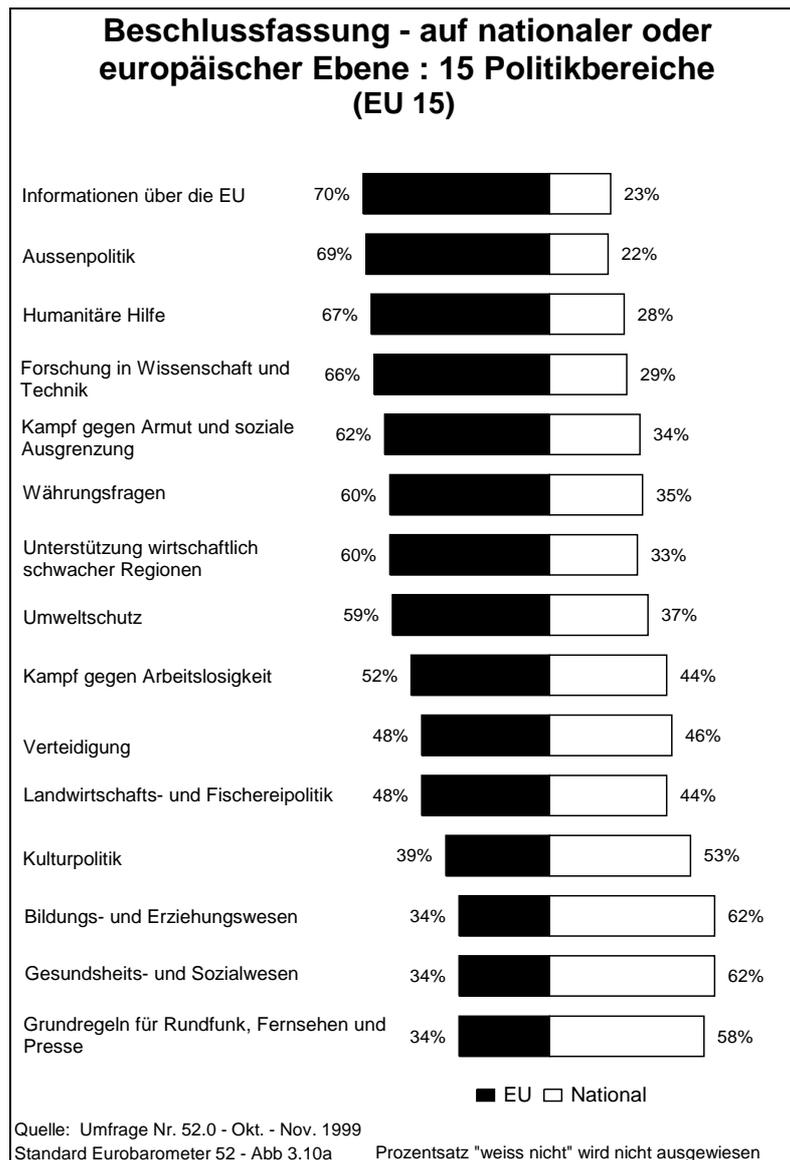
In der Umfrage wird ermittelt, ob Beschlüsse auf nationaler Ebene oder auf europäischer Ebene gefaßt werden sollten. Dabei werden 25 Politikbereiche zur Auswahl vorgelegt, in denen die Europäische Union in unterschiedlichem Maße über Entscheidungsbefugnisse verfügt. Durchschnittlich 53% der Befragten befürworten eine gemeinsame Beschlußfassung in diesen Bereichen; in 17 der 25 Bereiche wird die Beschlußfassung auf EU-Ebene der Beschlußfassung auf nationaler Ebene vorgezogen.

³⁰ Wir möchten die Leser noch einmal darauf hinweisen, daß ein geringer Vertrauensgrad meistens von einem hohen Anteil an „weiß nicht“-Antworten herrührt, und nicht von einem hohen Grad von Mißtrauen.

Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung auf europäischer Ebene nach Ländern.		
Land	Durchschnittlicher Grad der Unterstützung für die gemeinsame Beschlußfassung (für 25 Bereiche, in %)	Anzahl der Bereiche, in denen die gemeinsame Beschlußfassung auf europäischer Ebene der nationalen Beschlußfassung vorgezogen wird (maximal 25 Bereiche)
Italien	66%	23
Die Niederlande	62%	17
Belgien	61%	17
Luxemburg	56%	19
Frankreich	56%	17
Deutschland	55%	16
Spanien	54%	17
EU15	53%	17
Irland	47%	11
Österreich	46%	14
Portugal	46%	12
Griechenland	43%	12
Finnland	40%	9
Dänemark	39%	8
Schweden	38%	7
Vereinigtes Königreich	36%	8

Wie schon in der Vergangenheit ist die Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung auf europäischer Ebene in Italien am größten. Dort wird die gemeinsame Beschlußfassung der nationalen Beschlußfassung in 23 von 25 Politikbereichen vorgezogen. Die einzigen beiden Bereiche, in denen die Italiener die nationale Beschlußfassung vorziehen sind die Polizeiarbeit und der Kampf gegen die Kriminalität in den Städten. In Belgien und in den Niederlanden bevorzugen im Durchschnitt 6 von 10 Personen ebenfalls die gemeinsame Beschlußfassung auf europäischer Ebene. Die Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung ist im Vereinigten Königreich, in Schweden und Dänemark mit 4 von 10 Personen am geringsten. In diesen Ländern legt die Bevölkerung mehr Wert auf die nationale Souveränität und spricht sich für eine begrenztere Rolle der Europäischen Union in den politischen Entscheidungsprozessen aus.

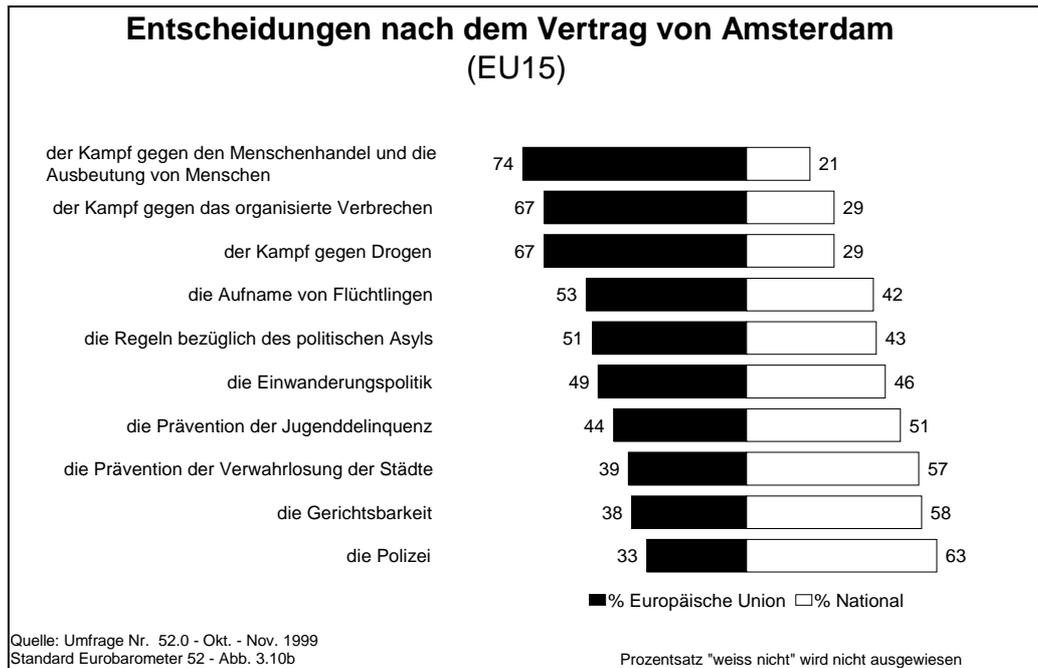
In diesem Jahr wurde die Frage in Politikbereiche unterteilt, die von den drei Pfeilern des Maastrichter Vertrags sowie dem Vertrag von Amsterdam gedeckt werden. Wir betrachten zunächst die Meinungen der Bevölkerung über die im Maastrichter Vertrag enthaltenen Politikbereiche.



Wie im Frühjahr 1999 sind die Befragten am häufigsten der Meinung, daß Entscheidungen über die Verbreitung von Information über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen und Körperschaften gemeinsam innerhalb der EU getroffen werden sollten. Vier weitere Bereiche, in denen die gemeinsame Beschlußfassung ebenfalls breite Zustimmung findet, sind die Außenpolitik, die humanitäre Hilfe, die Forschung in Wissenschaft und Technik und der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Die Bürger befürworten die gemeinsame Beschlußfassung auf europäischer Ebene am seltensten in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sozialpolitik und Regeln für die Medienberichterstattung.

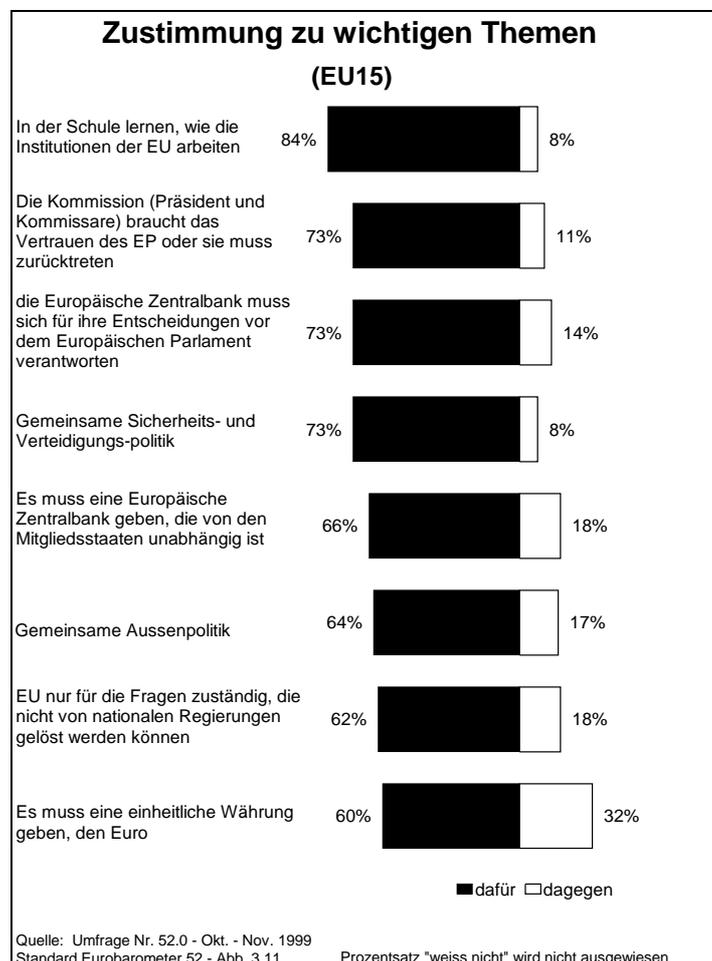
Unter den im Vertrag von Amsterdam enthaltenen Politikbereichen sind der Kampf gegen den Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen die Bereiche, in denen die Menschen die gemeinsame Beschlußfassung auf europäischer Ebene am häufigsten befürworten. In den Bereichen Polizeiarbeit und Justiz befürworten die Menschen am häufigsten die Beschlußfassung auf nationaler Ebene.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Bevölkerung das Subsidiaritätsprinzip unterstützt, indem sie die gemeinsame Beschlußfassung in Bereichen befürwortet, die entweder die nationalen Grenzen überschreiten oder nur wenig Einfluß auf ihren Alltag haben, während sie in Bereichen, die sie und ihre Familie oder ihr Land direkt beeinflussen, eher die nationale Beschlußfassung befürworten. (Tabelle 3.6)



3.6. Zustimmung zu Schlüsselthemen

Über mehrere Jahre hinweg hat das Eurobarometer die öffentliche Meinung über eine Zahl von wichtigen Themen der Europäischen Union ermittelt. Einige der Fragen beziehen sich auf klar umrissene politische Aspekte, während sich andere Fragen auf die demokratischen Prozesse beziehen, die bestimmen, wie die Europäische Union funktioniert.



In allen 15 Mitgliedstaaten ergibt sich ein breiter Konsens, wenn danach gefragt wird, ob Kinder in der Schule lernen sollten, wie die Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union funktionieren. Die Zustimmungsraten reichen von 76% im Vereinigten Königreich bis zu 92% in Schweden.

Wie zu erwarten, ist die Zustimmung zu den Politikbereichen in den Ländern, in denen wir eine große Unterstützung der EU finden, sehr hoch, während sie in Ländern mit einer skeptischeren Einstellung zur EU weniger verbreitet ist. Andererseits ist die Zustimmung zu Fragen über demokratische Prozesse genauso, wenn nicht weiter verbreitet in Ländern, die der EU eher skeptisch gegenüberstehen. Es wurde z.B. für Finnland, Schweden und Dänemark eine hohe Zustimmung für die Idee ermittelt, daß die Europäische Zentralbank sich vor dem Europäischen Parlament verantworten müssen sollte, obwohl ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung gegen den Euro ist. Es ist nicht überraschend, daß in den skandinavischen Ländern die Unterstützung der demokratischen Prozesse hoch ist, da in diesen Ländern viele Menschen der Ansicht sind, die EU habe zu viel Macht und die Kontrollmöglichkeiten seien nicht ausreichend. (Tabelle 3.7)

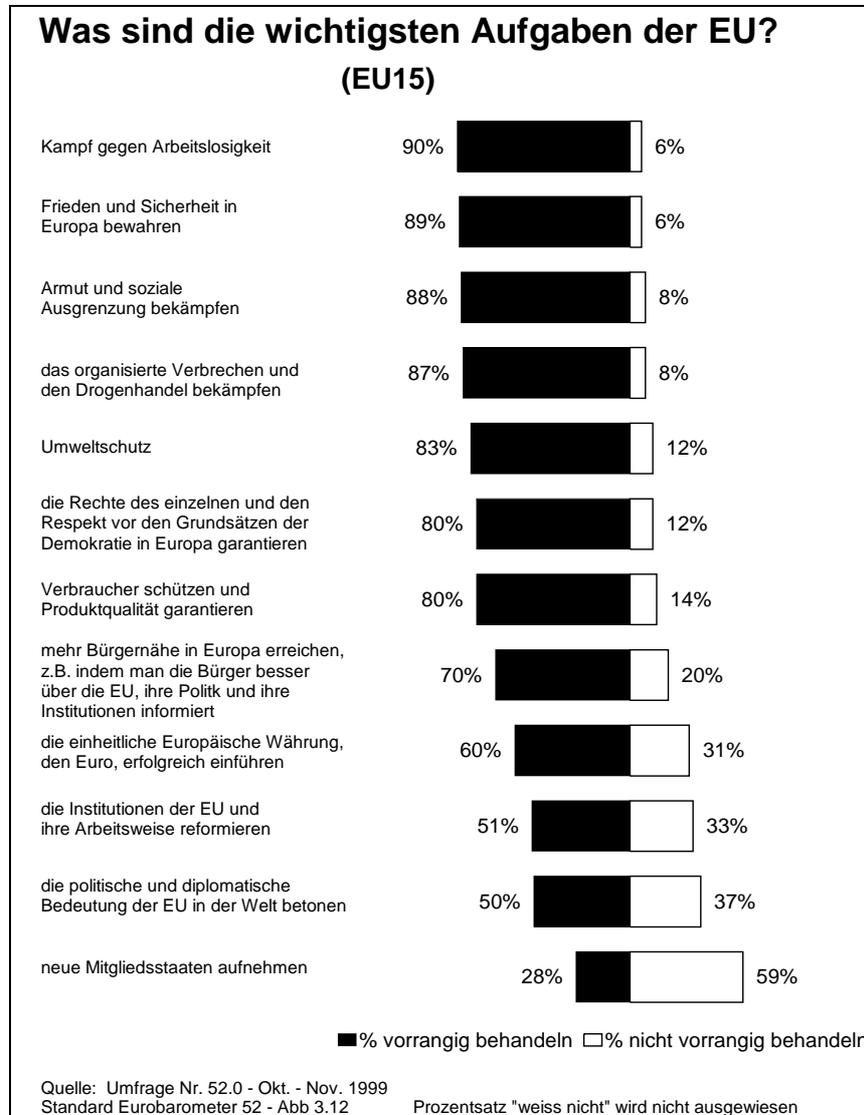
Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Zustimmungsraten für 8 wichtige Themen nach Ländern³¹. Wie man sieht, ist die Zustimmung zu den wichtigen Fragen in den Niederlanden, Belgien und Italien am höchsten und im Vereinigten Königreich, Schweden und Dänemark am niedrigsten. Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Frühjahr 1999 sind bedeutende Verbesserungen in Irland, Österreich (beide +4), Italien, Griechenland und Schweden (alle +3) und bedeutende Verschlechterungen in Luxemburg und im Vereinigten Königreich (beide -4) festzustellen.

Durchschnittlicher Anteil der Zustimmung zu den Schlüsselthemen Angaben für Frühjahr und Herbst 1999, nach Ländern		
Land	Frühjahr 1999 EB51	Herbst 1999 EB52
Die Niederland	80	80
Belgien	76	78
Italien	75	78
Luxemburg	80	76
Griechenland	72	75
Frankreich	73	73
Irland	69	73
Deutschland	71	72
Spanien	69	71
EU15	69	69
Österreich	65	69
Finnland	69	67
Portugal	65	66
Dänemark	66	65
Schweden	62	65
Vereinigtes Königreich	54	50

³¹ Bitte beachten Sie, daß in einigen Ländern die niedrigen Zustimmungsraten (wie z.B. in Portugal) auf einen hohen Anteil von „weiß nicht“-Antworten zurückzuführen sind, und nicht auf einen hohen Anteil von Gegnern.

3.7. Zustimmung zu den Prioritäten der EU

Das Eurobarometer ermittelt auch das Ausmaß, in dem die Öffentlichkeit die aktuellen Vorgänge der Europäischen Union für vorrangig hält.



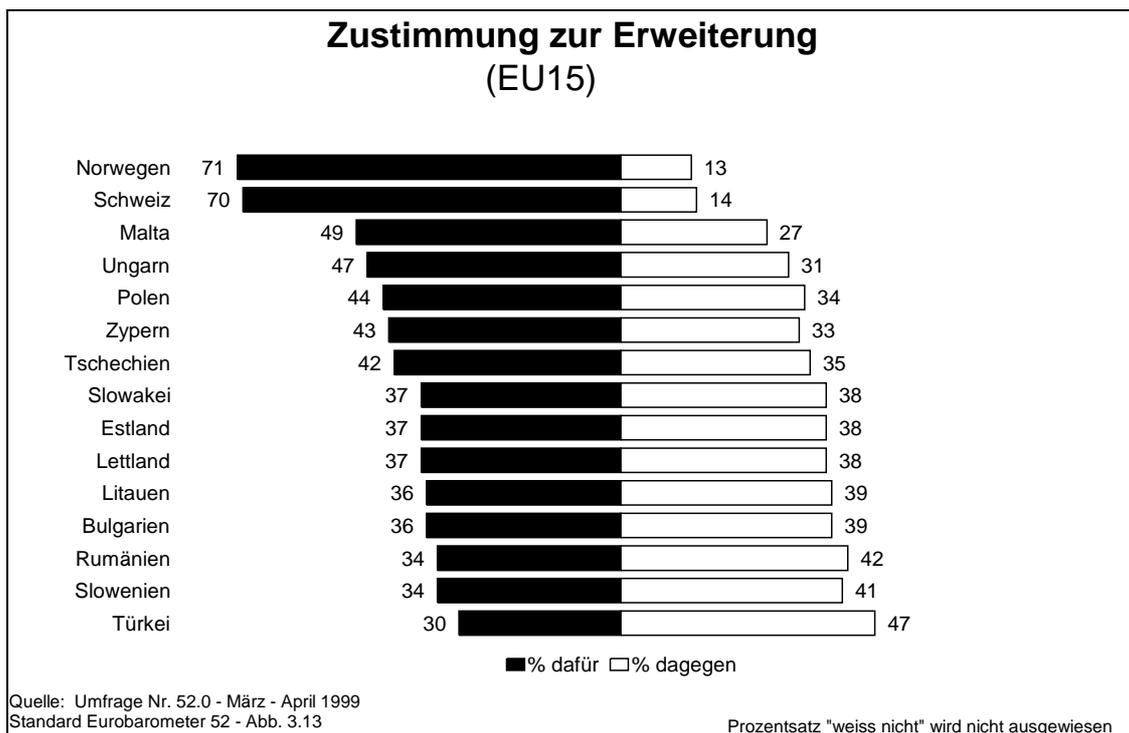
Es besteht ein fast einstimmiger Konsens in der europäischen Bevölkerung bezüglich des Kampfs gegen die Arbeitslosigkeit. Der Anteil der Menschen, die diese Aktivität für vorrangig halten, reicht von 82% in Dänemark zu 96% in Frankreich. Die große Mehrheit der Europäer ist auch der Meinung, daß die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel sowie der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu den vorrangigen Aktivitäten der Europäischen Union gehören sollten. Das Schaubild zeigt, daß die Bürger der Europäischen Union erwarten, daß die EU aktuelle Standards verbessert oder sichert, aber sie sind nicht sehr begeistert bei Themen, die eine Veränderung des Status Quo mit sich führen. Dabei wurde auch festgestellt, daß die Öffentlichkeit die Erweiterung der EU am seltensten als eine vorrangige Aktivität betrachtet³².

³² In Abschnitt 3.8 finden Sie eine detailliertere Analyse der öffentlichen Meinung zur Erweiterung der EU.

Eine der Prioritäten der EU ist die Reform der Institutionen und Körperschaften in Vorbereitung auf ihre Erweiterung³³. In diesem Zusammenhang haben die Regierungen der Mitgliedstaaten für das Jahr 2000 eine Konferenz geplant. Das Eurobarometer hat ermittelt, daß 51% der EU-Bürger die Reform der EU als Priorität ansehen. Dennoch gibt es von Land zu Land große Meinungsunterschiede - die Bevölkerung in Dänemark betrachtet die Reform am häufigsten als Priorität (74%), während die Bevölkerung in Finnland diese Ansicht am seltensten teilt (41%). In drei der Mitgliedstaaten betrachtet die Bevölkerung die Reform jetzt sehr viel häufiger als Priorität als im Frühjahr 1999, kurz nach dem Rücktritt der Europäischen Kommission. Diese Länder sind Luxemburg (+6), Italien und Portugal (beide +4). In den Niederlanden, (+2), Irland (0), Frankreich, Finnland (beide -1) und Griechenland (-2) wurden keine bedeutenden Veränderungen festgestellt. In den anderen Ländern betrachtet die Öffentlichkeit die Reform jetzt weniger häufig als Priorität. Der höchste Rückgang wurde im Vereinigten Königreich und in Österreich (beide -5) festgestellt. (Tabelle 3.8)

3.8. Zustimmung zur Erweiterung der EU

Im Dezember 1997 begann die Europäische Union den Prozeß der Erweiterung nach Osten und Süden. Ab Ende 2002 sollte es neuen Ländern möglich sein, der Union beizutreten, sobald sie demonstriert haben, daß sie die Bedingungen der Mitgliedschaft erfüllen können. Beim Treffen des Ministerrats im Dezember 1999 in Helsinki haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten angekündigt, daß der Aufnahme-prozeß 13 Bewerberländer auf einmal umfassen soll³⁴. In diesem Abschnitt befassen wir uns mit der Einstellung der Öffentlichkeit zur Mitgliedschaft dieser Bewerberstaaten. Wir betrachten auch die Frage, was die Öffentlichkeit vom Beitritt Norwegens und der Schweiz zur Europäischen Union hält.



Zu diesem Zeitpunkt hat sich noch keine öffentliche Meinung zur Erweiterung herauskristallisiert - viele der Befragten entscheiden sich noch für die Antwortmöglichkeit „weiß nicht“, wenn sie über ihre Meinung zum Beitritt verschiedener Länder zur EU befragt werden. Dennoch deuten die Daten an, daß die Zustimmung zum Beitritt einiger Länder häufiger verbreitet ist als zum Beitritt anderer Länder. Von den 13 Bewerberländern unterstützt die Öffentlichkeit am häufigsten die Mitgliedschaft von Malta (49%) - die Spanne reicht von 36% in Frankreich bis zu 72% in Griechenland.

³³ Für mehr Einzelheiten siehe http://www.europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_en.htm#igc.

³⁴ Die 13 Bewerberländer sind Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei, Ungarn und Zypern.

Die Zustimmung zur Mitgliedschaft Ungarns reicht von 36% in Frankreich bis zu 65% in Schweden und Dänemark; für Polen reicht sie von 23% in Österreich bis zu 70% in Dänemark und für Zypern von 32% in Frankreich und Deutschland bis zu 88% in Griechenland. Mit 30% ist die Zustimmung zum Beitritt der Türkei am wenigsten verbreitet und reicht von 20% in Deutschland bis zu 44% in Irland. Auf EU-Ebene reicht die Rate der Gegner von 27% für Malta bis zu 47% für die Türkei.

Im letzten Frühjahr unterstützte die Bevölkerung häufiger den Beitritt Norwegens (71%) und der Schweiz (70%) - zwei westeuropäische Nationen, die im Moment nicht vorhaben, der EU beizutreten - als den Beitritt der Bewerberstaaten. Die Zustimmung zum Beitritt Norwegens reicht von 55% in Portugal bis zu 90% in den Niederlanden; für die Schweiz reicht sie von 60% in Portugal und dem Vereinigten Königreich bis zu 84% in den Niederlanden. (Tabelle 3.9)

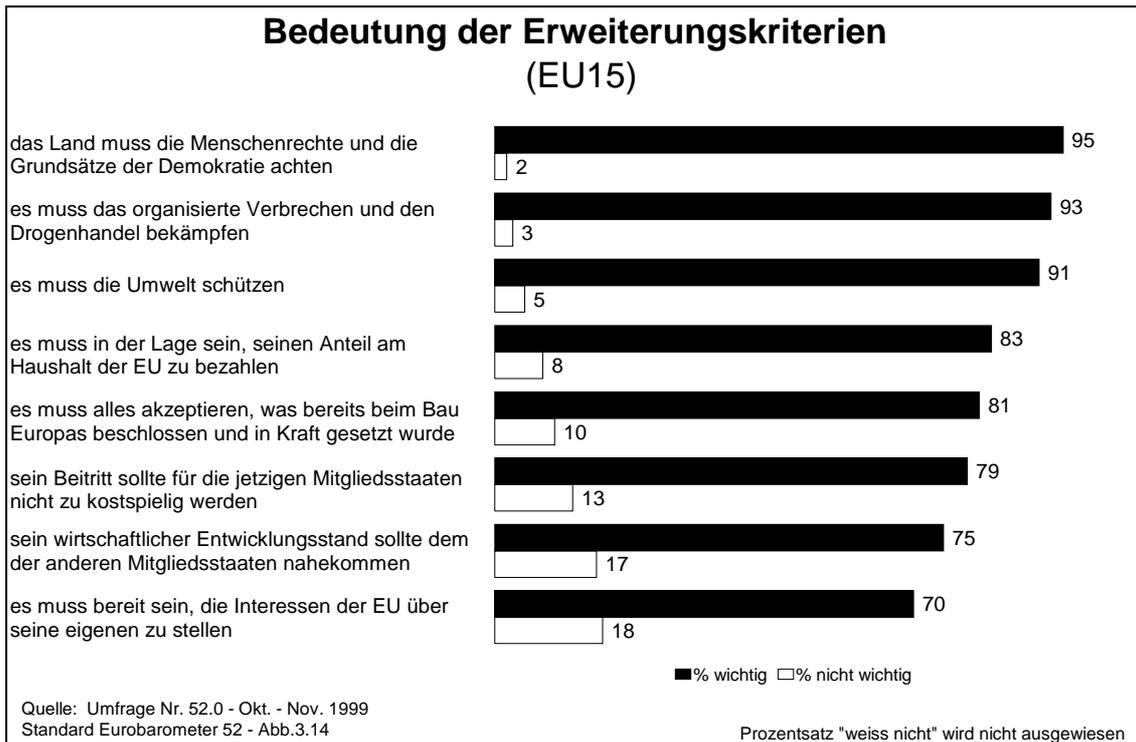
Die folgende Tabelle zeigt den durchschnittlichen Gesamtwert für die Zustimmung zum Beitritt im Frühjahr 1999 und im Herbst 1999.

Erweiterung Durchschnittlicher Gesamtwert für die Zustimmung zum Beitritt der 15 neuen Länder im Frühjahr und Herbst 1999		
Land	Frühjahr 99 EB51	Herbst 99 EB52
Schweden	56	62
Dänemark	62	60
Griechenland	58	57
Die Niederlande	55	55
Spanien	51	48
Finnland	51	49
Italien	45	49
Irland	45	47
EU15	42	43
Belgien	39	42
Luxemburg	45	41
Vereinigtes Königreich	40	41
Portugal	38	40
Deutschland	38	38
Österreich	29	35
Frankreich	33	34

Im Durchschnitt ist die Bevölkerung in Schweden (62%) jetzt am häufigsten für die Erweiterung der EU (+6), während die Bevölkerung in Frankreich (34%) sie am seltensten befürwortet.

Während des Europäischen Rats 1993 in Kopenhagen einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine Reihe von Kriterien, die die Bewerberländer zu erfüllen haben, um der EU beizutreten³⁵. Die Ergebnisse des Eurobarometers zeigen, daß die breite Öffentlichkeit diese Kriterien unterstützt, wobei eine große Mehrheit der EU-Bürger jedes einzelne von ihnen für wichtig hält.

³⁵ Am 13. Oktober 1999 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Bericht, der beschreibt, inwieweit die Bewerberländer diese Kriterien bereits erfüllen. Der Bericht kann im Internet unter der folgenden Adresse abgerufen werden: http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report_10_99/intro/index.htm.



Mehr als 9 von 10 Personen sind sich darüber einig, daß die Bewerberländer a) die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie achten, b) das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen und c) die Umwelt schützen müssen, wenn sie der EU beitreten möchten. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist außerdem der Meinung, daß die Bewerberländer alles akzeptieren müssen, was bereits beim Bau Europas beschlossen und in Kraft gesetzt wurde. Daß die Öffentlichkeit wegen der finanziellen Auswirkungen der Erweiterung besorgt ist, zeigt sich daran, daß viele Menschen der Forderung beipflichten, die Bewerberländer sollten in der Lage sein, ihren Anteil am EU-Haushalt zu bezahlen; ferner sollte ihr Beitritt für die jetzigen Mitgliedstaaten nicht zu kostspielig werden. Hingegen wird es für etwas weniger wichtig gehalten, daß der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Bewerberländer dem der anderen Mitgliedstaaten nahe kommen sollte. Das Kriterium, daß die Bewerberländer bereit sein müßten, die Interessen der EU über ihre eigenen zu stellen, halten die Befragten mit 70% am seltensten für wichtig. Die öffentliche Meinung über dieses Kriterium variiert jedoch stark von Land zu Land. Während 79% der Bevölkerung in Deutschland es für wichtig hält, sind es in Dänemark nur 36%.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Zustimmungsraten für die acht Beitrittskriterien. Die Werte reichen von 75% in Dänemark bis zu 88% in Frankreich. Wie man sehen kann, hält die Bevölkerung in Österreich die Kriterien jetzt durchschnittlich wesentlich häufiger für wichtig (+5), während die Bevölkerung in Spanien (-6) und Luxemburg (-5) sie jetzt wesentlich seltener für wichtig hält. (siehe auch Tabelle 3.10)

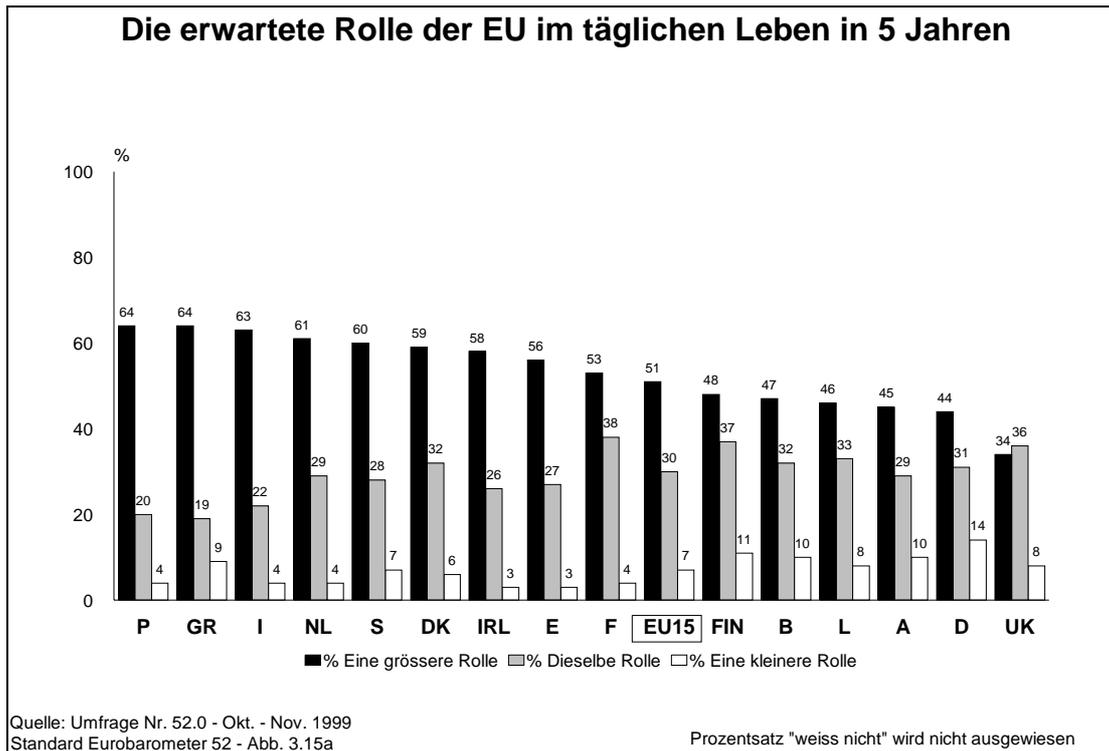
Durchschnittlicher Anteil der Öffentlichkeit, der die Erweiterungskriterien für wichtig hält, in % Angaben für Frühjahr und Herbst 1999, nach Länder		
Länder	Frühjahr 99 EB51	Herbst 99 EB52
Frankreich	90	88
Deutschland	87	87
Österreich	82	87
Belgien	89	86
Griechenland	85	86
Die Niederlande	87	85
Italien	85	83
Irland	84	84
EU15	85	83
Schweden	80	81
Finnland	80	81
Luxemburg	85	80
Portugal	81	79
Vereinigtes Königreich	79	79
Spanien	84	78
Dänemark	77	75

3.9. Erwartete und erwünschte Rolle der EU in fünf Jahren

Bis jetzt haben wir den aktuellen Stand der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union betrachtet, im letzten Abschnitt wenden wir uns der Zukunft zu.

51% der Europäer glauben, daß die Europäische Union in fünf Jahren eine größere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen wird, 30% glauben, die Rolle bleibe gleich und 7% glauben, sie werde sich verringern.

Die Länderanalyse zeigt, daß die Bevölkerung in Portugal, Griechenland (beide 64%) und Italien (63%) am häufigsten glaubt, daß die EU in ihrem täglichen Leben eine größere Rolle spielen wird. In sechs weiteren Ländern teilt mehr als die Hälfte der Bevölkerung ebenfalls diese Ansicht. Obwohl die öffentliche Meinung in den anderen Ländern etwas geteilter ist, ist die Ansicht, die EU werde in der Zukunft eine größere Rolle spielen, das vorherrschende Gefühl. Nur im Vereinigten Königreich ist die Anzahl der Menschen, die glauben, die EU werde dieselbe Rolle spielen, größer, als die Anzahl derer, die der Ansicht sind, die Rolle der EU werde wichtiger. Der Anteil der Menschen, die glauben, die Rolle der EU werde sich verkleinern, ist generell sehr klein. Er reicht von 3% in Irland und Spanien zu 14% in Deutschland.



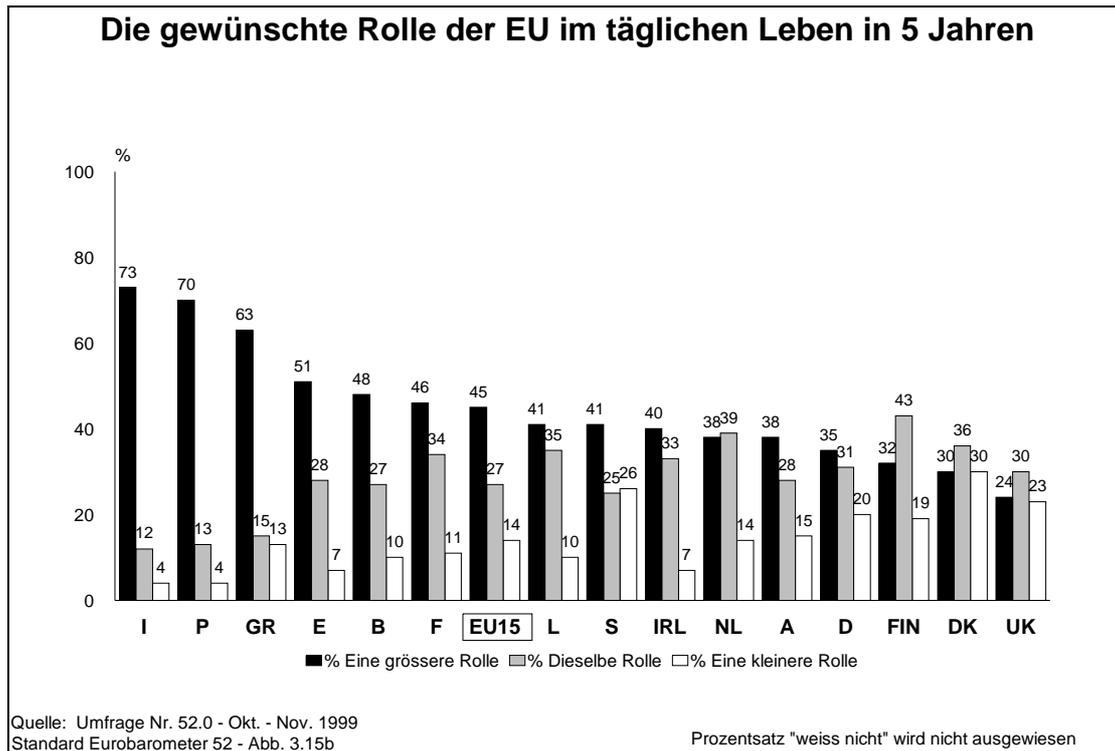
In einer Reihe von Ländern glauben die Menschen jetzt wesentlich häufiger, daß die Europäische Union eine wichtigere Rolle spielen wird als im Herbst 1998, als die Frage schon einmal gestellt wurde. Diese Länder sind Schweden (+11), Portugal (+10), Dänemark (+9), Spanien, Belgien (beide +7), Finnland (+5), die Niederlande und Irland (beide +4). Griechenland ist der einzige Mitgliedstaat in dem die Bevölkerung jetzt wesentlich häufiger glaubt (+6), die EU werde im 21. Jahrhundert eine weniger wichtige Rolle spielen. (Tabelle 3.11a)

Obwohl soziodemographische Faktoren bei der Bestimmung, wie die Leute über die Rolle der EU in der Zukunft denken, eine Rolle spielen, ist der Anteil der Menschen, die glauben, daß ihre Rolle kleiner wird immer unter 10%, ganz unabhängig von Geschlecht, Alter, beruflicher Aktivität oder Länge der Ausbildung. Nur solche, die die Mitgliedschaft in der EU für eine schlechte Sache halten, glauben etwas häufiger (17%), daß die EU in fünf Jahren eine weniger wichtige Rolle spielen wird. (Tabelle 3.11b)

In Betrachtung der Frage, welche Rolle die Bevölkerung der EU in fünf Jahren gerne zuschreiben würde, stellen wir fest, daß 45% der Europäer sich eine wichtigere Rolle wünschen würden. 27% wünschen sich, daß die Rolle gleich bliebe und 14% wünschen sich, daß sie weniger wichtig werde.

Die Länderanalyse zeigt, daß die Bevölkerung in Italien (73%) und Portugal (70%) am häufigsten möchte, daß die EU eine größere Rolle in ihrem täglichen Leben spielt. Nur in Griechenland (63%) und Spanien (51%) wünscht sich ebenfalls mehr als die Hälfte der Bevölkerung eine wichtigere Rolle für die EU in ihrem täglichen Leben. In Finnland (43%), den Niederlanden (39%), Dänemark (36%) und dem Vereinigten Königreich (30%) möchte die Bevölkerung am häufigsten, daß die Rolle der EU unverändert bleibt. Wie zu erwarten, ist der Anteil der Menschen, die sich eine weniger wichtige Rolle der EU wünschen in Dänemark (30%), Schweden (26%) und dem Vereinigten Königreich (23%) am größten. Dennoch ist diese Ansicht in keinem der Länder die am meisten verbreitete, und in Schweden sind immer mehr Menschen der Ansicht, die EU solle eine größere Rolle spielen (41%).

Im Vergleich zum Herbst 1998 wünscht sich die Bevölkerung in Belgien (+10) und Portugal (+8) jetzt wesentlich häufiger, daß die EU eine wichtigere Rolle spielen solle. In Frankreich (+6) ist der Anteil der Menschen, die sich eine unveränderte Rolle wünschen, bedeutend angestiegen. Nur in Griechenland (+7) wünschen sich die Menschen jetzt wesentlich häufiger für die Zukunft eine kleinere Rolle der EU. (Tabelle 3.12a)



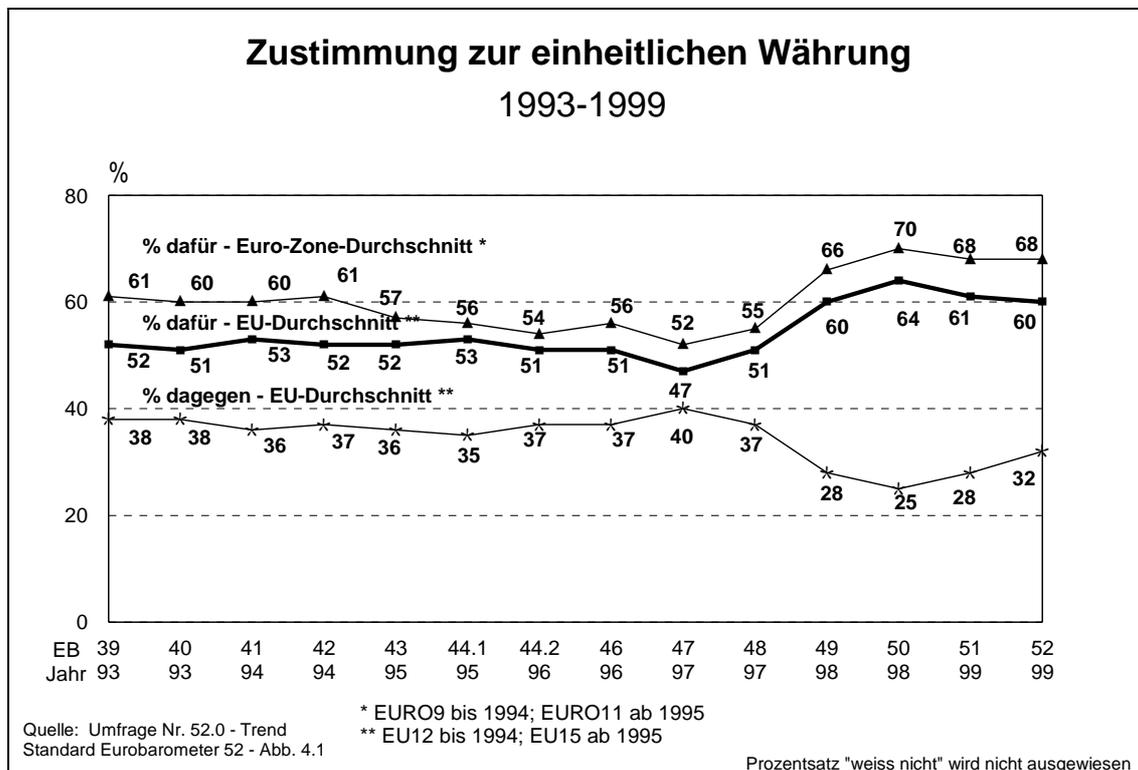
Es ist nicht überraschend, daß die Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten (65%), sich wesentlich häufiger eine wichtigere Rolle für die EU wünschen als die Menschen, die die Mitgliedschaft ablehnen (17%). 46% dieser Gruppe wünschen sich, daß die EU in fünf Jahren eine weniger wichtige Rolle spielen soll. Auch hier finden wir relativ wenig Schwankungen zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen. Der Anteil der Menschen, die sich eine weniger wichtige Rolle für die EU wünschen, liegt bei 20% - unabhängig von Geschlecht, Alter, beruflicher Aktivität oder Länge der Ausbildung. (Tabelle 3.12b)

4. Die einheitliche Währung – der Euro

In diesem Kapitel betrachten wir die verschiedenen Facetten der üblichen Meinung über die einheitliche Währung. Wir berichten zunächst über die Zustimmung der Üblichkeit zum Euro und wie sie sich mit der Zeit entwickelt hat. Dann beschäftigen wir uns mit der Frage, inwieweit die Bevölkerung glaubt, über den Euro informiert zu sein, und von welcher Quelle sie ihre Informationen erhalten hat. Außerdem untersuchen wir das übliche Interesse am Euro. Am Ende des Kapitels analysieren wir den Wissensstand der Bevölkerung.

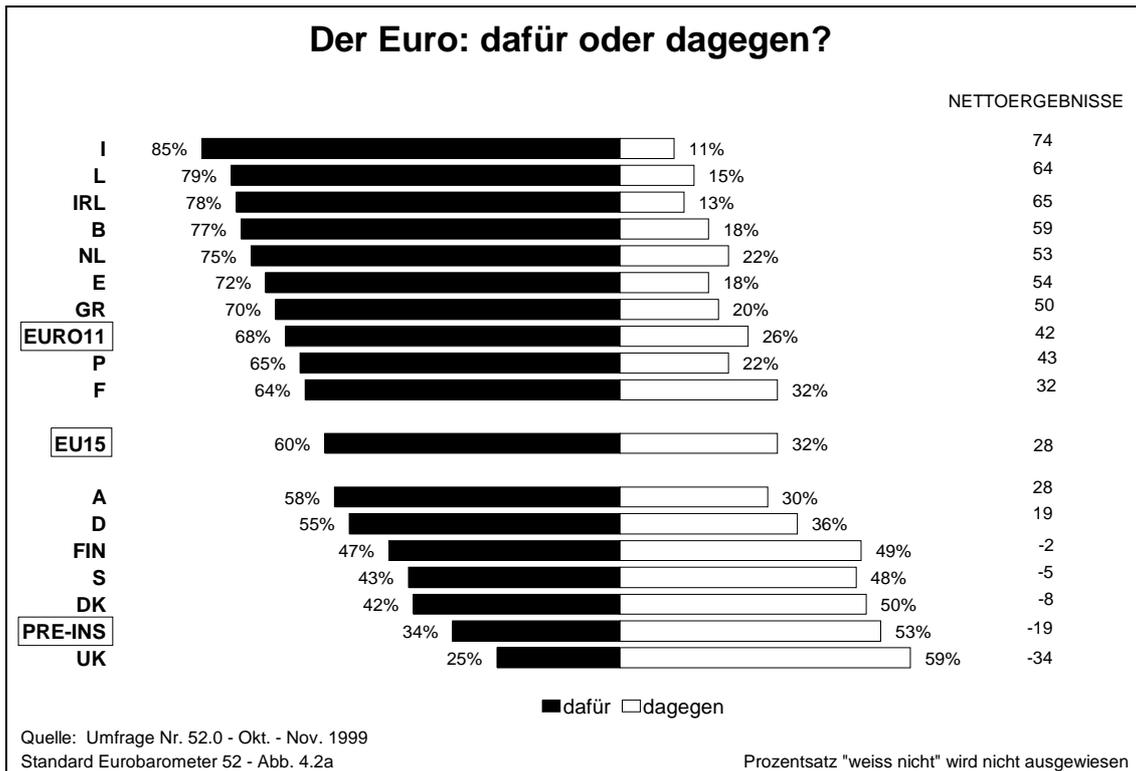
4.1. Zustimmung zur einheitlichen Währung

Im Herbst 1999 waren 6 von 10 EU-Bürgern der Ansicht, daß es eine einheitliche Währung geben sollte, die die nationalen Währungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ersetzt. Der Anteil der Personen, die dazu keine Meinung haben, ist von 11% auf 8% gefallen, wobei die restlichen 32% der EU-Bürger gegen die einheitliche Währung sind. In den 11 Ländern, in denen der Euro am 1. Januar 1999 eingeführt wurde (Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien), gibt es eine Zustimmung von 68%³⁶. Das folgende Schaubild zeigt, wie sich die Zustimmung der Üblichkeit zum Euro entwickelt hat, seit sie 1993 zum ersten Mal vom Eurobarometer gemessen wurde.



Wie man sehen kann, stieg die Zustimmung der Üblichkeit in der Periode kurz vor der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 stark an und erreichte im Herbst 1998 mit 64% einen Höchstwert. Nachdem der Euro nun seit einer Weile im Umlauf ist, hat sich die anfängliche Euphorie gelegt, und da er sich gegenüber den anderen Währungen nicht so gut entwickelt hat wie erwartet, ist es nicht verwunderlich, daß die Zustimmungsraten leicht sinken. Dennoch befwortet die Bevölkerung den Euro immer noch sehr viel häufiger als im Jahre 1993, als entschieden wurde, daß es eine einheitliche Währung geben würde.

³⁶ Im Folgenden wird diese Gruppe „EURO-11-Länder“ genannt. Die vier außerhalb der Eurozone liegenden Länder sind Dänemark, Griechenland, Schweden und das Vereinigte Königreich. Sie werden im folgenden als „Nichtteilnehmerlander“ (oder „Pre-ins“) bezeichnet. Mit 34% ist die Zustimmung zum Euro in den Nichtteilnehmerländern bedeutend weniger verbreitet.

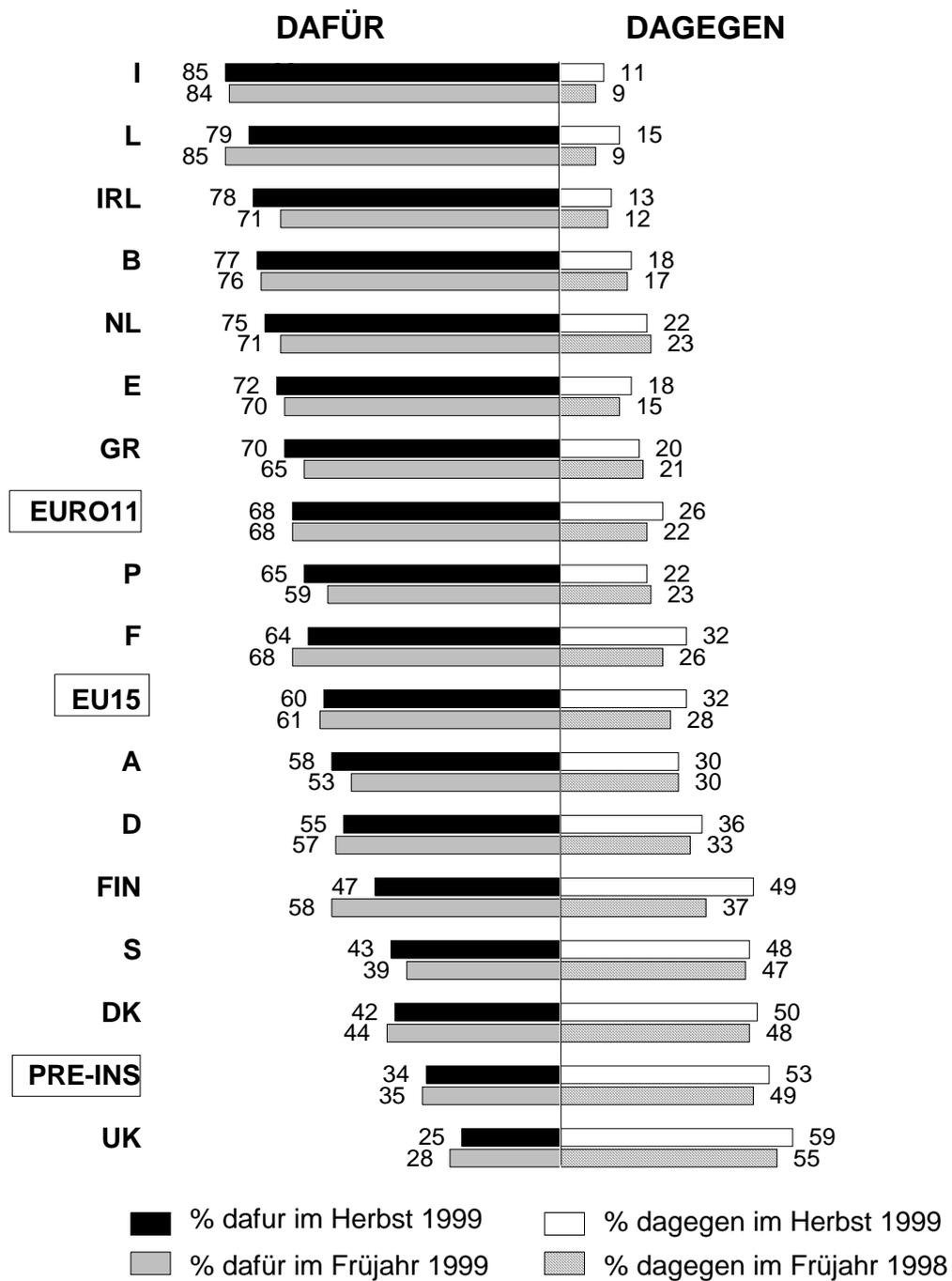


Bei den Nichtteilnehmerländern zeigen die Ergebnisse, daß die Bevölkerung in Griechenland (70%) weiterhin häufiger für den Euro ist als die Bevölkerung im Vereinigten Königreich, Dänemark und Schweden. In Schweden und Dänemark sind etwa 4 von 10 Personen für und 5 von 10 Personen gegen den Euro. Im Vereinigten Königreich übertrifft die Zahl der Gegner des Euro (59%) die Zahl der Befürworter (25%) bei weitem.

Die Analyse der Entwicklung der Zustimmung seit dem Frühjahr 1999 in den EURO-11-Ländern zeigt, daß der Anteil der Befürworter des Euro in Irland (+7), Portugal (+6), Österreich (+5) und den Niederlanden (+4) bedeutend gestiegen ist. In Italien und Belgien sind keine besonderen Veränderungen zu verzeichnen. Der Anteil der Gegner hat sich in Finnland (+12), Luxemburg, Frankreich (beide +6), Deutschland und Spanien (beide +3) bedeutend erhöht.

Bei den Nichtteilnehmerländern zeigen die Ergebnisse, daß der Anteil der Befürworter des Euro sich in Griechenland (+5) und Schweden (+4) bedeutend erhöht hat, während der Anteil der Gegner sich im Vereinigten Königreich (+4) besonders erhöht hat. In Dänemark sind keine besonderen Veränderungen der öffentlichen Meinung zu verzeichnen. (Tabelle 4.1a)

Der euro: dafür oder dagegen?

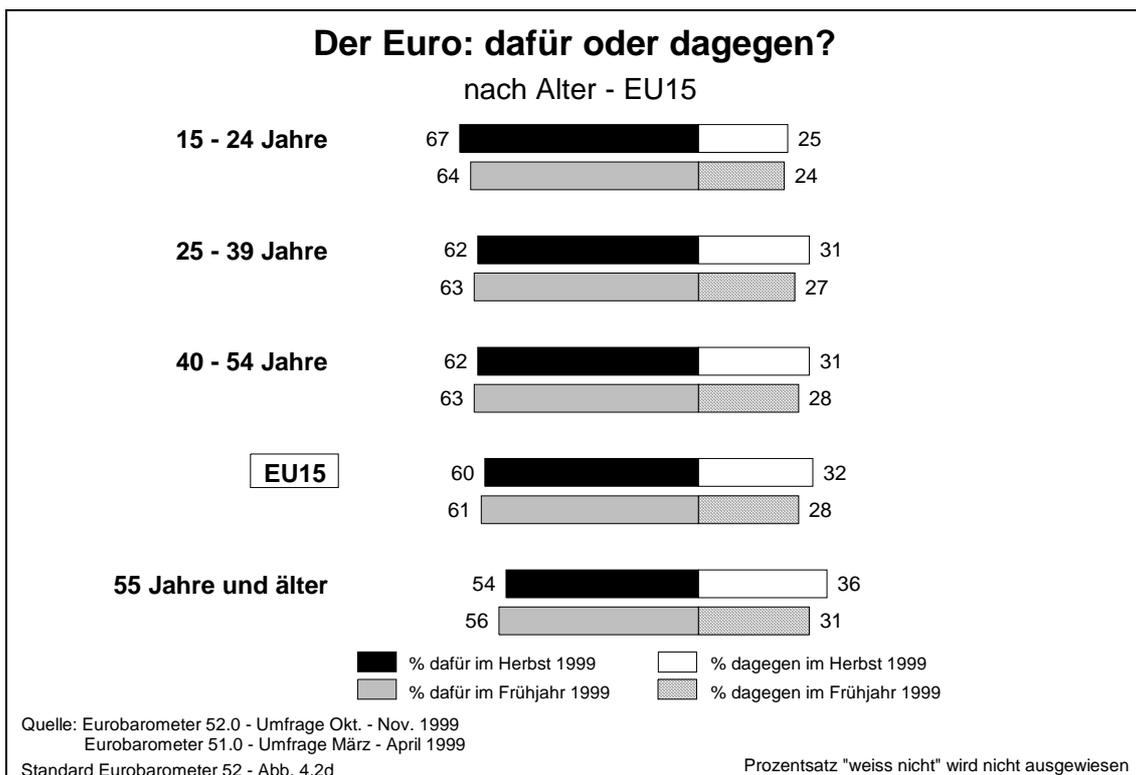
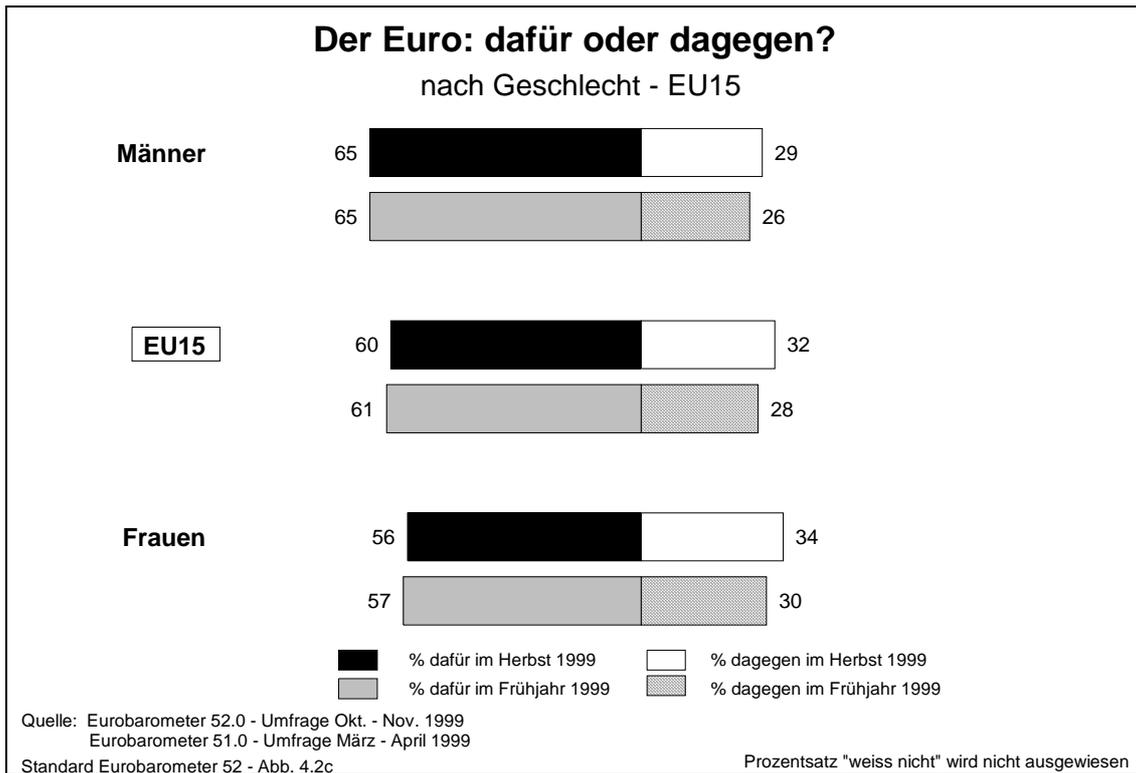


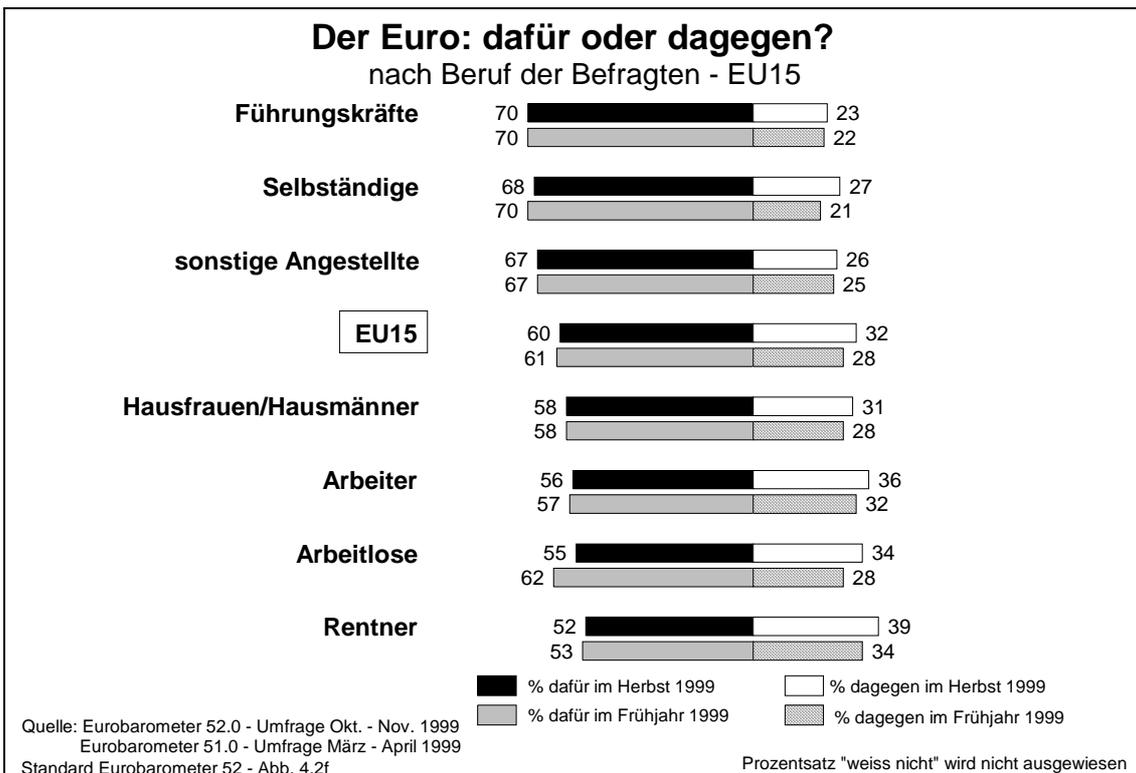
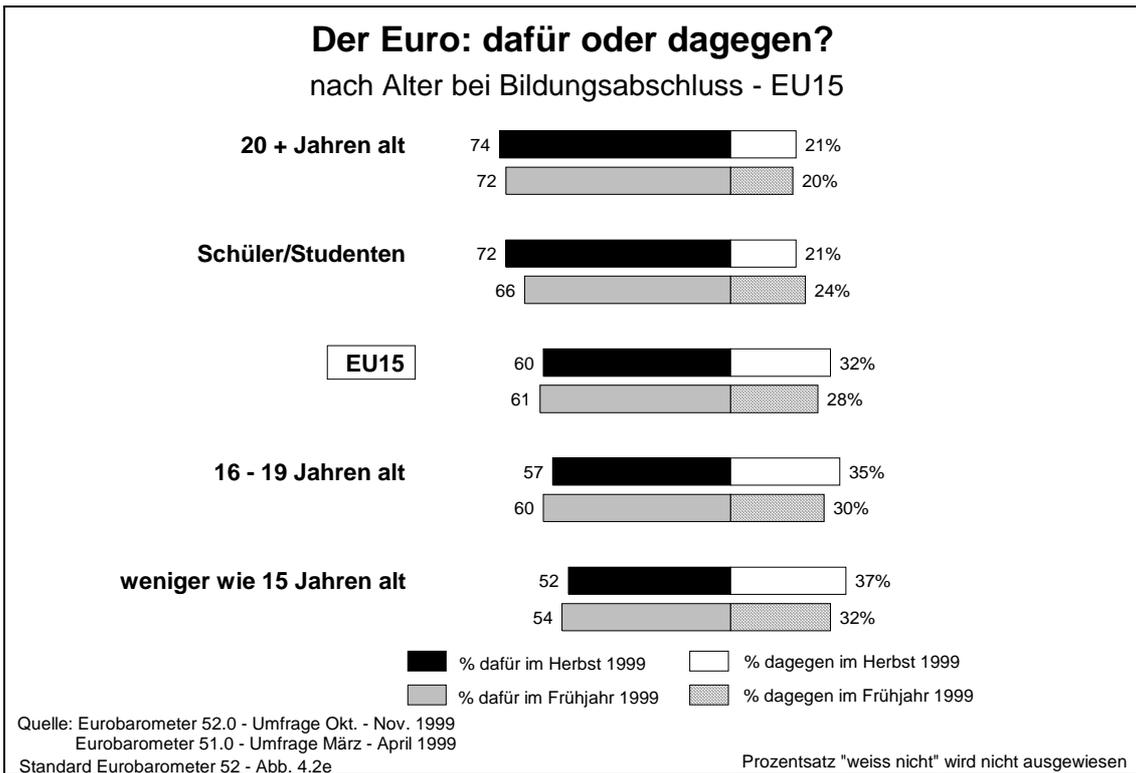
Quelle: Eurobarometer 52.0 - Umfrage: Okt. - Nov. 1999

Eurobarometer 51.0 - Umfrage: März - April 1999

Standard Eurobarometer 52 - Abb. 4.2b

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen





Die Aufschlüsselung nach demographischen Standardvariablen zeigt, daß 65% der Männer und 56% der Frauen die einheitliche Währung befürworten, während bei den Ablehnungsraten die Kluft weit weniger groß ist (Männer: 29%, Frauen: 34%). Im Hinblick auf das Lebensalter befürworten Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren den Euro jetzt weit häufiger als im Frühjahr 1999 (67% zu 64%). In den anderen Altersgruppen haben sich die Gegnerraten deutlich erhöht, wobei die deutlichste Erhöhung bei Personen im Alter von 55 Jahren oder älter festgestellt wurde (+5). Wie immer ist der Ausbildungsgrad ein wichtiger Faktor, der die Einstellung zum Euro mitbestimmt. 74% der Personen, die bis zum Alter von 20 oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind befürworten den Euro, während nur 52% der Personen, die die Ausbildung im Alter von 15 oder jünger beendet haben, ihn befürworten. Die Aufschlüsselung nach Berufskategorien zeigt, daß Manager den Euro am häufigsten befürworten (70%), während Personen im Ruhestand (die in den meisten Fällen 55 Jahre und älter sind) am seltensten für den Euro sind (52%).

Die Differenz zwischen denjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten (81%), und denjenigen, die sie für eine schlechte Sache halten (21%), ist weiterhin sehr groß (Tabelle 4.1b)

Wie folgende Tabelle zeigt, hängt die Zustimmung zur einheitlichen Währung auch davon ab, wie sehr sich die Befragten für den Euro interessieren und wie gut sie ihrer Meinung nach über den Euro informiert sind.

Zustimmung zur einheitlichen Währung			
	% für den Euro	% gegen den Euro	% weiß nicht
Ziemlich oder sehr am Euro interessiert	75%	20%	5%
Sehr gut oder gut über den Euro informiert	73%	23%	5%
EU15 Durchschnitt	60%	32%	8%
Nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut über den Euro informiert	51%	38%	11%
Nicht sehr oder überhaupt nicht am Euro interessiert	41%	47%	12%

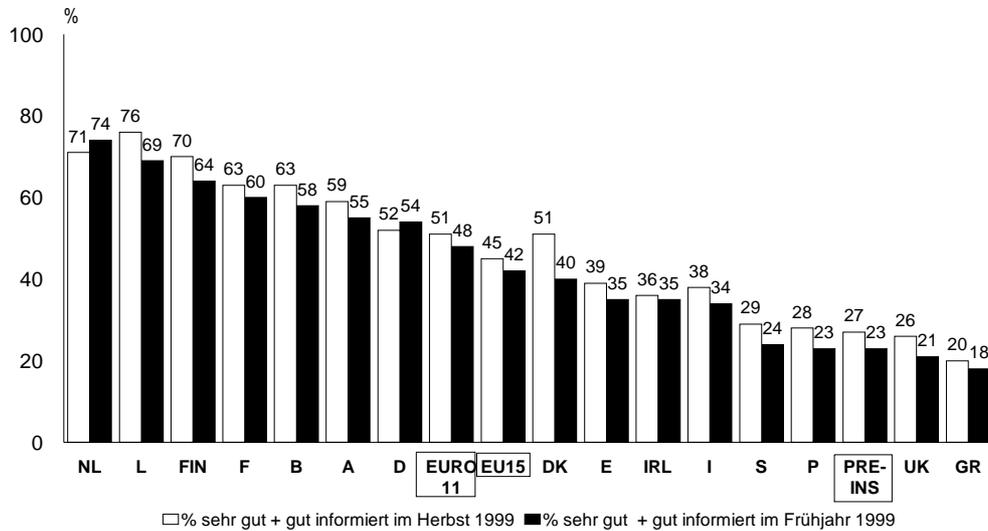
4.2. Information über die einheitliche Währung

Die Anzahl der Personen, die ihrer Meinung nach ziemlich gut bis sehr gut über die einheitliche Währung informiert sind (42%) wird von der Anzahl der Personen, die ihrer Einschätzung nach nicht sehr bis überhaupt nicht gut informiert sind (56%), übertroffen. Im Vergleich zum Frühjahr 1999 ist der Anteil der Menschen, die nach ihrer Einschätzung gut informiert sind, jetzt etwas geringer. Nur in den Niederlanden und in Deutschland wurde eine geringe (wenn auch unbedeutende) Zunahme registriert.

Die Länderanalyse zeigt, daß der Anteil der Personen, die sich für gut informiert halten, in den EURO-11-Ländern weiterhin höher ist als in den Nichtteilnehmerländern. Bei den EURO-11-Ländern zeigt sich, daß sich die Bevölkerung in den Niederlanden (74%) am häufigsten für gut informiert hält, gefolgt von der Bevölkerung in Luxemburg (69%), Finnland (64%) und Frankreich (60%). In Portugal glauben die Menschen weiterhin am seltensten gut informiert zu sein: Es ist das einzige EURO-11-Land, in dem weniger als 3 von 10 Personen sich für gut informiert halten (23%).

Bei den Nichtteilnehmerländern ist der Anteil der Personen, die sich für informiert halten, in Dänemark (40%) weiterhin am größten, obwohl die Dänen sich jetzt etwas seltener für gut informiert halten als im Frühjahr 1999 (-11). Weniger als ein Viertel der Bevölkerung in Schweden, dem Vereinigten Königreich und Griechenland hält sich für gut informiert. (Tabelle 4.2a)

Fühlen sich die Bürger über die einheitliche Währung informiert?



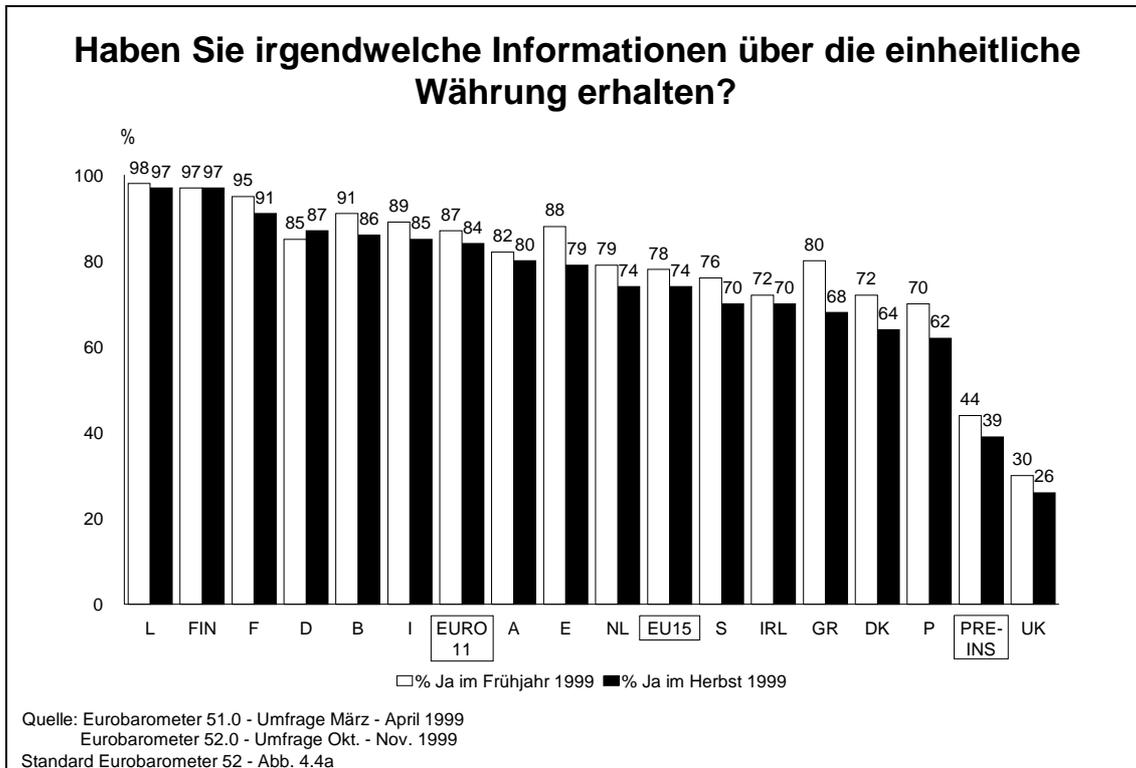
Quelle: Eurobarometer 51.0 - Umfrage März - April 1999
Eurobarometer 52.0 - Umfrage Okt. - Nov. 1999
Standard Eurobarometer 52 - Abb. 4.3

Erwartungsgemäß gibt es eine deutliche Korrelation zwischen der subjektiven Beurteilung der eigenen Kenntnisse über den Euro und der eigenen Kenntnisse über die Europäische Union im allgemeinen. 80% derjenigen, die nach eigenen Angaben sehr viel über die Europäische Union wissen, erklären auch, daß sie über den Euro gut informiert sind; hingegen meinen nur 21% derjenigen, die nach eigenen Angaben sehr wenig über die Europäische Union wissen, daß sie gut über den Euro informiert sind. Wie gut die Menschen informiert sind, hängt auch davon ab, ob sie bereits Informationen über den Euro erhalten haben 53% derjenigen, die nach eigenen Angaben bereits Informationen über den Euro erhalten haben, glauben, gut über den Euro Bescheid zu wissen, verglichen mit nur 14% derjenigen, die nach eigenen Angaben keine Informationen über den Euro erhalten haben. Es gibt auch eine starke Korrelation zwischen der subjektiven Einschätzung der eigenen Kenntnisse und der Einschätzung des eigenen Interesses am Euro. Wie die folgende Tabelle zeigt, glauben 57% der Personen, die am Euro interessiert sind, sehr gut oder ziemlich gut informiert zu sein, im Gegensatz zu nur 24% der Personen, die kein Interesse haben³⁷.

Wie gut glauben die EU-Bürger über die einheitliche Währung informiert zu sein – im Vergleich zum Interesse an der einheitlichen Währung			
	Hält sich für sehr + ziemlich interessiert	Hält sich für nicht sehr + überhaupt nicht interessiert	EU15 Durchschnitt
% sehr gut + gut informiert	57	24	42
% sehr gut + überhaupt nicht gut informiert	42	74	56
% weiß nicht	0	2	1
% Gesamt	99	100	99

³⁷ Tabelle 4.2b enthält eine Aufschlüsselung nach Geschlecht, Alter, Berufskategorie und Alter bei Bildungsabschluß.

3 von 4 Personen, die in den 15 Mitgliedstaaten leben, geben an, Informationen über den Euro erhalten zu haben.



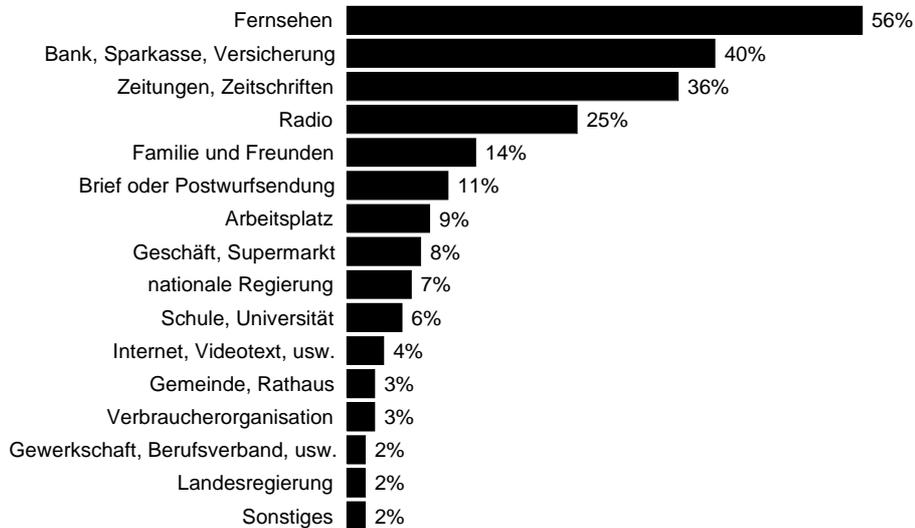
Bei den EURO-11-Ländern zeigt sich, daß die Befragten in Luxemburg, Finnland (beide 97%) und Frankreich (91%) am häufigsten angeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben. In Deutschland, Belgien, Italien und Österreich geben mindestens 8 von 10 Personen an, Informationen erhalten zu haben. Die Bevölkerung in Portugal (62%) und Irland (70%) hat am seltensten Informationen über den Euro erhalten. Außer in Deutschland ist der Anteil der Personen, die angeben, Informationen über den Euro erhalten zu haben, in allen EURO-11-Ländern gefallen. Der größte Abfall wurde in Spanien (-9) und Portugal (-8) registriert.

Bei den Nichtteilnehmerländern zeigt sich, daß die Befragten in Schweden am häufigsten erklärten, sie hätten Informationen erhalten (70%), gefolgt von Griechenland (68%) und Dänemark (64%). Die Bevölkerung im Vereinigten Königreich gibt weiterhin am seltensten an, Informationen erhalten zu haben (26%). In allen vier Nichtteilnehmerländern ist der Anteil der Personen, die angeben, Informationen erhalten zu haben, gefallen, wobei der Abfall von vier Prozentpunkten im Vereinigten Königreich bis zu 12 Prozentpunkten in Griechenland reicht.

Wie das folgende Schaubild zeigt, geben die Befragten am häufigsten an, durch das Fernsehen Informationen über den Euro erhalten zu haben (56%). 4 von 10 der Befragten geben an, sie hätten durch die Druckpresse Informationen erhalten - diese Angabe wird jetzt häufiger gemacht als die Angabe „durch Finanzinstitute“ (36%). Außer dem Rundfunk (25%) werden alle anderen im Fragebogen enthaltenen Informationsquellen von weniger als 2 von 10 der Befragten angegeben³⁸.

³⁸ Die Gesamtzahl der Antworten ist größer als der Anteil der Personen, die Informationen erhalten haben, weil die Befragten alle Informationsquellen nennen konnten, über die sie Informationen bezogen haben. Die Umfrageergebnisse für das Frühjahr 1999 sind in Tabelle 4.6 des Eurobarometer-Berichts Nr. 51 enthalten.

Woher haben Sie Informationen über die einheitliche Währung erhalten? (EU15)*



Quelle: Umfrage Nr. 52.0 - Okt. - Nov. 1999
Standard Eurobarometer 52 - Abb. 4.4b

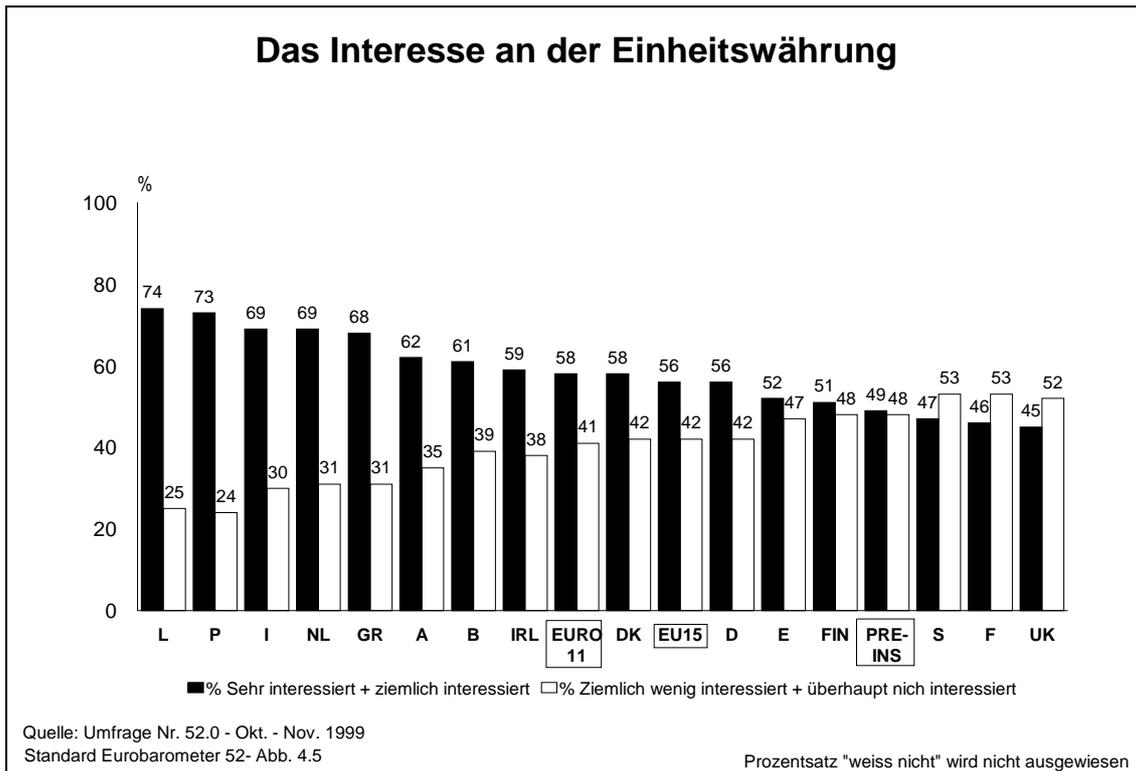
* Betrifft diejenigen, die Informationen erhalten haben

Die folgende Tabelle zeigt, daß zwischen der Reihenfolge der Favoriten in den verschiedenen Mitgliedstaaten relativ wenig Unterschiede bestehen. Das **Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften** und **Finanzinstitute** sind in allen EURO-11-Ländern die am häufigsten genannten Informationsquellen. Wie vorausszusehen war, befinden sich die Finanzinstitute in den Nichtteilnehmerländern nicht unter den ersten drei Plätzen. In Dänemark, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich steht der **Rundfunk** an dritter Stelle, während **Familie und Freunde** in Griechenland an dritter Stelle stehen. Es bestehen jedoch große Differenzen in der Anzahl der Personen, die angeben durch die verschiedenen Quellen Informationen erhalten zu haben. (Siehe auch Tabelle 4.3)

DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN QUELLEN, DURCH DIE DIE BÜRGER INFORMATIONEN ÜBER DEN EURO ERHALTEN HABEN (NACH MITGLIEDSTAAT)			
Belgien			
Fernsehen	65		
Finanzinstitute	51		
Zeitungen, Zeitschriften	46		
Dänemark			
Fernsehen	55		
Zeitungen, Zeitschriften	36		
Rundfunk	30		
Deutschland			
Fernsehen	66		
Zeitungen, Zeitschriften	57		
Finanzinstitute	51		
Griechenland			
Fernsehen	64		
Zeitungen, Zeitschriften	26		
Familie und Freunde	19		
Spanien			
Fernsehen	63		
Zeitungen, Zeitschriften	34		
Rundfunk	28		
Frankreich			
Finanzinstitute	67		
Fernsehen	66		
Zeitungen, Zeitschriften	41		
Irland			
Finanzinstitute	32		
Fernsehen	30		
Zeitungen, Zeitschriften	27		
Italien			
Fernsehen	65		
Zeitungen, Zeitschriften	42		
Finanzinstitute	30		
		Luxemburg	
		Fernsehen	72
		Finanzinstitute	62
		Zeitungen, Zeitschriften	59
		Die Niederlande	
		Fernsehen	56
		Finanzinstitute	56
		Zeitungen, Zeitschriften	52
		Österreich	
		Fernsehen	52
		Finanzinstitute	50
		Zeitungen, Zeitschriften	44
		Portugal	
		Fernsehen	49
		Zeitungen, Zeitschriften	18
		Finanzinstitute	15
		Finnland	
		Fernsehen	74
		Zeitungen, Zeitschriften	66
		Finanzinstitute	54
		Schweden	
		Fernsehen	61
		Zeitungen, Zeitschriften	51
		Rundfunk	33
		Vereinigtes Königreich	
		Fernsehen	17
		Zeitungen, Zeitschriften	12
		Rundfunk	6

4.3. Interesse an der einheitlichen Währung

Es wurde dem Eurobarometer eine Fragen hinzugefügt, die uns einen Blick auf das Ausmaß des öffentlichen Interesses an der einheitlichen Währung erlaubt. In den EU15-Ländern betrachten 15% der Öffentlichkeit den Euro als ein Thema, das sie sehr interessiert, 41% sind ziemlich interessiert, 29% sind nicht sehr interessiert und 13% sind überhaupt nicht interessiert. Wie das folgende Schaubild zeigt, variiert der Grad des Interesses deutlich von Land zu Land.



Bei den EURO-11-Ländern ist die Bevölkerung in Luxemburg (74%) und Portugal (73%) am häufigsten sehr oder ziemlich am Euro interessiert. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in den Niederlanden und in Italien (beide 69%) teilen dieses Interesse. In Österreich (62%), Belgien (60%) und Irland (59%) übertrifft die Anzahl der Personen, die interessiert sind, die Anzahl der Personen, die nicht sehr oder überhaupt nicht interessiert sind, um mindestens 20 Prozentpunkte. Außer in Frankreich ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Rest der EURO-11-Länder an der einheitlichen Währung interessiert, obwohl der Anteil der Personen, die nicht sehr oder überhaupt nicht interessiert sind bei über 40% liegt. Frankreich ist das einzige EURO-11-Land, in dem die Anzahl der Personen, die nicht sehr oder überhaupt nicht am Euro interessiert sind (53%), die Anzahl der Personen, die interessiert sind (46%), übertrifft.

Bei den Nichtteilnehmerländern ist der Grad des Interesses in Griechenland (68%) am weitesten verbreitet. Beinahe 6 von 10 Personen in Dänemark sind interessiert, und in Schweden und dem Vereinigten Königreich ist der Anteil der Personen, die sich nicht für die einheitliche Währung interessieren, etwas höher als der Anteil der Personen, die sich für sie interessieren. (Tabelle 4.4a)

Die demographische Analyse zeigt, daß Männer wesentlich häufiger an der einheitlichen Währung interessiert sind als Frauen (61% zu 50%). Personen im Alter von 55 und älter sind wesentlich seltener interessiert (49%) als jüngere Menschen. 68% der Personen, die bis zum Alter von 20 oder länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind, und 64% der Studenten sind interessiert, verglichen mit nur 47% der Personen, die die Ausbildung im Alter von 15 oder jünger abgeschlossen haben. In den verschiedenen Berufskategorien sind Manager am häufigsten am Euro interessiert (72%). Hausfrauen/-männer (48%), Arbeitslose (49%) und Personen im Ruhestand (50%) sind am seltensten interessiert.

Die Befürworter der Europäischen Union zeigen bedeutend häufiger Interesse an der einheitlichen Währung (72%) als Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes nicht gut finden (34%). Die folgende Tabelle zeigt, daß Personen, die den Euro befürworten, zweimal häufiger an ihm interessiert sind als Personen, die gegen den Euro sind.

Interesse am Euro verglichen mit dem Zustimmungsgrad			
	Für den Euro	Gegen den Euro	EU15 Durchschnitt
% sehr + ziemlich interessiert	70	35	56
% nicht sehr + überhaupt nicht interessiert	29	63	42
% weiß nicht	1	2	2
<i>% weiß nicht</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

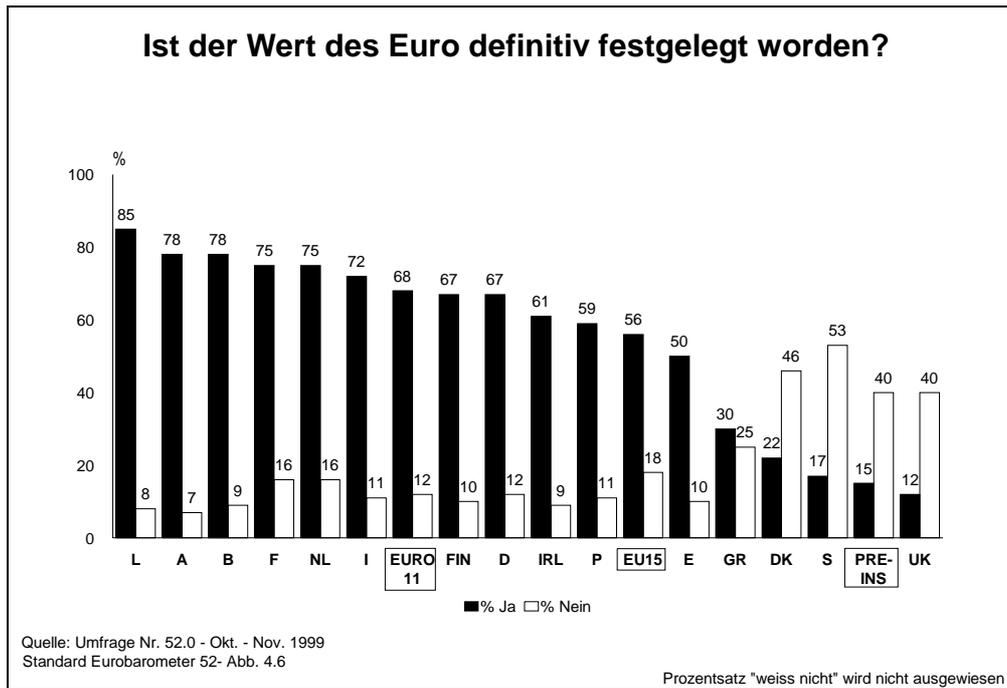
Wir haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt in diesem Kapitel den Grad des subjektiven Informationsstandes über den Euro mit dem Grad des subjektiven Interesses an ihm verglichen. Die folgende Tabelle zeigt den Vergleich des subjektiven Interesses am Euro mit dem subjektiven Informationsstand. Wie man sehen kann, sind 75% der Personen, die ihrer Meinung nach gut informiert sind, am Euro interessiert, verglichen mit nur 42% der Personen, die sich nicht für gut informiert halten.

Subjektives Interesse verglichen mit dem subjektiven Informationsstand			
	Hält sich für sehr gut oder Gut informiert	Hält sich für nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut informiert	EU15 Durchschnitt
% sehr + ziemlich interessiert	75	42	56
% nicht sehr + überhaupt nicht interessiert	24	56	42
% weiß nicht	1	2	2
<i>% weiß nicht</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Es gibt auch große Differenzen im Ausmaß, in dem die Menschen an der einheitlichen Währung interessiert sind, abhängig von ihrem subjektiven Kenntnisstand. Von denjenigen, die nach eigenen Angaben sehr viel über die Europäische Union wissen (8-10 auf der Kenntnisskala), sind 80% sehr an der einheitlichen Währung interessiert, während nur 38% der Personen, die glauben, sehr wenig über die EU zu wissen, (1-3 auf der Kenntnisskala) angeben interessiert zu sein. (Tabelle 4.4b)

4.4. Kenntnis über die einheitliche Währung

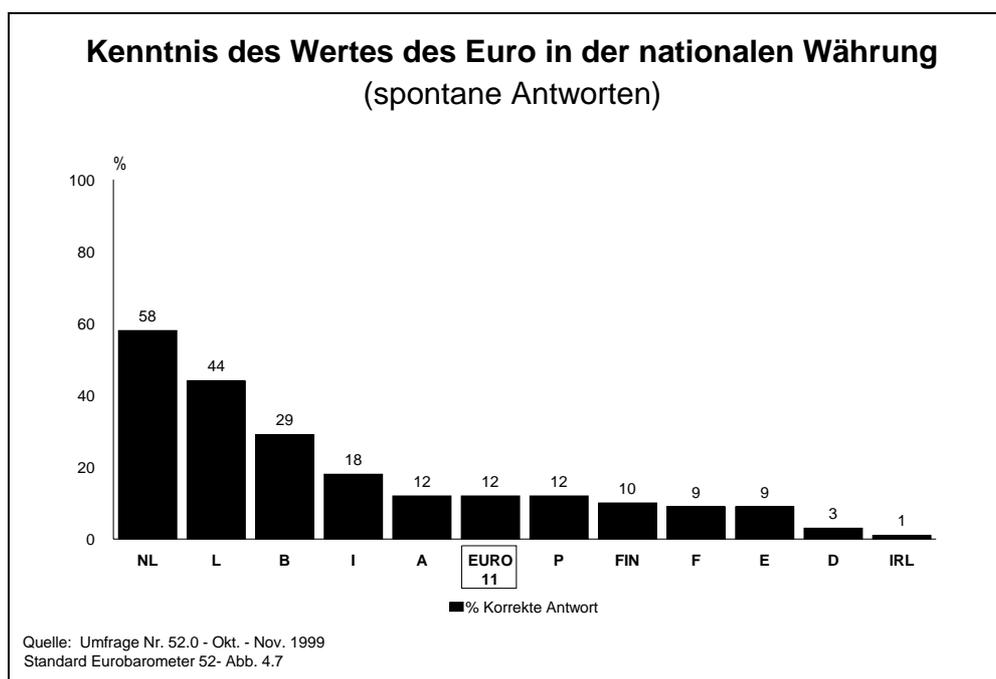
Im letzten Abschnitt dieses Kapitels betrachten wir eine Anzahl von Ergebnissen, die einen Einblick in die Kenntnis der Öffentlichkeit über die einheitliche Währung erlauben. Die Teilnehmer wurden zunächst gefragt, ob der Wert des Euro im Verhältnis zu ihrer nationalen Währung endgültig festgelegt wurde. In den EURO-11-Ländern ist die korrekte Antwort „ja“, während die Währungen in den vier Nichtteilnehmerländern noch keinen festgelegten Wert im Verhältnis zum Euro haben, die korrekte Antwort ist hier also „nein“.



Bei den EURO-11-Ländern ist die Kenntnis der Öffentlichkeit über diesen Aspekt des Euro in Luxemburg am größten. 85% der Bevölkerung weiß, daß der Wert des Euro im Verhältnis zur nationalen Währung endgültig festgelegt wurde. In Österreich, Belgien (beide 78%), Frankreich, den Niederlanden (beide 75%) und Italien (72%) liegt der Grad der Kenntnis ebenfalls über dem Durchschnitt. Die Bevölkerung in Spanien weiß am seltensten, daß der Wert des Euro im Verhältnis zu den nationalen Währungen endgültig festgelegt wurde.

Bei den Nichtteilnehmerländern finden wir den höchsten Anteil an korrekten Antworten in Schweden (53%) und den niedrigsten Anteil an korrekten Antworten in Griechenland (25%). Der Anteil an „weiß nicht“-Antworten ist hoch und reicht von 31% in Schweden bis zu 48% im Vereinigten Königreich. (Tabelle 4.5)

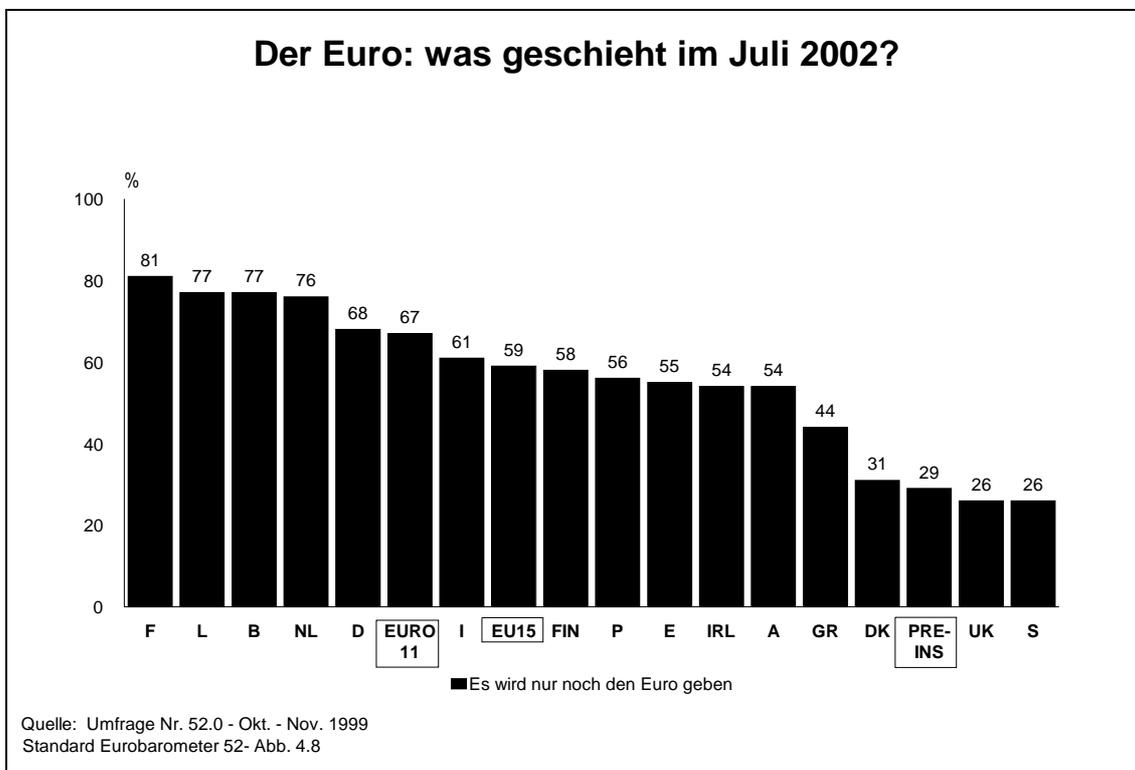
Die in den EURO-11-Ländern lebenden Befragten wurden auch gefragt, welchen Wert der Euro in ihrer nationalen Währung hat. Wie das folgende Schaubild zeigt, gibt es von Land zu Land sehr große Schwankungen. Im allgemeinen zeigt das Ergebnis jedoch, daß nur sehr wenige Menschen eine korrekte Antwort auf diese Frage geben konnten.



Mit 58% kennt die Bevölkerung in den Niederlanden am häufigsten den korrekten Wert des Euro in niederländischen Gulden. In Luxemburg konnten 44% der Befragten eine korrekte Antwort geben, gefolgt von 29% der Befragten in Belgien und 18% der Befragten in Italien. Nur 1% der irischen Bevölkerung wußte die korrekte Antwort. (Tabelle 4.6a) - siehe vorherige Anmerkung zu „spontane Antworten“.

Die demographische Analyse zeigt, daß Angestellte (22%), Manager und Personen, die bis zum Alter von 20 und länger in der Vollzeitausbildung verblieben sind (beide 18%), am häufigsten den Wert des Euro in ihrer nationalen Währung kennen. Am seltensten ist er in der ältesten Altersgruppe bekannt, einschließlich der Personen im Ruhestand (9%) und Frauen (10%). Die subjektive Kenntnisskala zeigt, daß 17% der Befragten, die glauben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen, den korrekten Wert angeben konnten, verglichen mit nur 8% der Befragten, die glauben, sehr wenig über die EU zu wissen. (Tabelle 4.6b)

In allen Ländern fragte das Eurobarometer die Teilnehmer, was bis spätestens Juli 2002 in den Ländern der Eurozone geschehen wird. Wie das folgende Schaubild zeigt, ist der Anteil der Befragten die wissen, daß es zu diesem Zeitpunkt nur noch den Euro geben wird, in den EURO-11-Ländern (67%) bedeutend höher als in den Nichtteilnehmerländern (29%).



Bei den EURO-11-Ländern ist die Kenntnis der Öffentlichkeit darüber, was bis Juli 2002 geschehen wird in Frankreich (81%) am größten, gefolgt von Luxemburg, Belgien (beide 77%) und den Niederlanden (76%). Mit 54% ist die Bevölkerung in Österreich und Irland am seltensten darüber informiert, daß bis Juli 2002 ihre jeweilige Währung nicht mehr existieren wird und das der Euro die einzige legale Währung sein wird.

Bei den Nichtteilnehmerländern weiß die Bevölkerung in Griechenland (44%) am häufigsten, daß in den Ländern der Eurozone die nationalen Währungen ab Juli 2002 nicht mehr in Umlauf sein werden. In Dänemark wissen dies 31% der Bevölkerung, während ungefähr ein Viertel der Bevölkerung in Schweden und dem Vereinigten Königreich weiß, daß es ab Juli 2002 in den Ländern der Eurozone nur noch den Euro geben wird. (Tabelle 4.9a)

Die soziodemographische Analyse zeigt, daß Manager (69%), Angestellte und Personen, die bis zum Alter von 20 oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (beide 68%), am häufigsten wissen, daß es ab Juli 2002 nur noch den Euro geben wird. Die Kenntnis über diese Tatsache ist unter Personen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 oder jünger beendet haben (50%), und Hausfrauen/-männern (51%) am wenigsten verbreitet.

Wie zu erwarten, ist der subjektive Kenntnisstand über die EU ein guter Indikator der Kenntnis der Öffentlichkeit darüber, was ab Juli 2002 geschehen wird. 7 von 10 der Befragten, die glauben, viel über die EU zu wissen, sind darüber informiert, daß es nur noch den Euro geben wird, verglichen mit weniger als der Hälfte der Befragten, die glauben, nur sehr wenig über die Europäische Union zu wissen. (Tabelle 4.9b)

Die folgende Tabelle zeigt, daß Personen, die angeben, gut über den Euro informiert zu sein, wesentlich häufiger wissen, was ab Juli 2002 geschehen wird als Personen, die sich nicht für gut informiert halten.

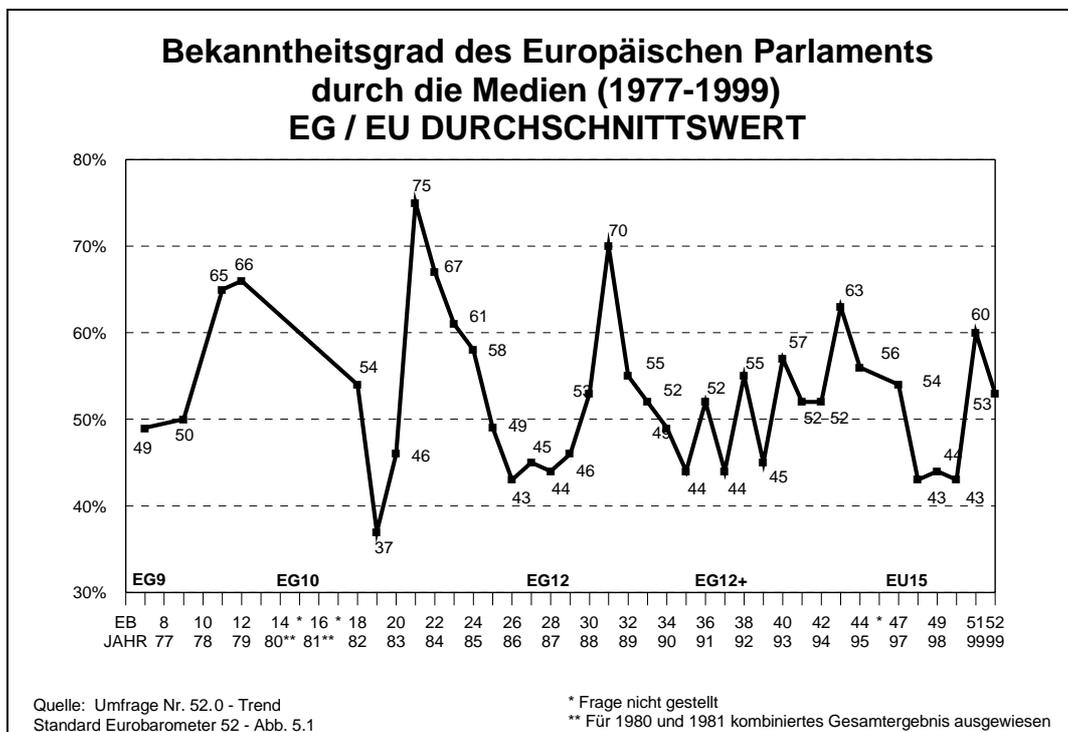
Was geschieht ab Juli 2002 mit dem Euro?			
	hält sich für sehr gut oder gut informiert	hält sich für nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut informiert	EU15 Durchschnitt
% es wird nur noch den Euro geben	73	49	59
% es wird den Euro und die nationale Währung geben	20	22	21
% weiß nicht	7	29	20
<i>% Gesamt</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

5. Das Europäische Parlament

In diesem Kapitel untersuchen wir die von der Öffentlichkeit empfundene Bedeutung des Europäischen Parlaments und die Bedeutung, die die Öffentlichkeit sich für das Europäische Parlament wünschen würde. Im Anschluß an die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament untersuchen wir ebenfalls die Gründe, aus denen die Menschen zur Wahl gegangen sind, oder von ihr fernblieben. Zu Beginn des Kapitels beschäftigen wir uns mit dem Bekanntheitsgrad dieser Europäischen Institution.

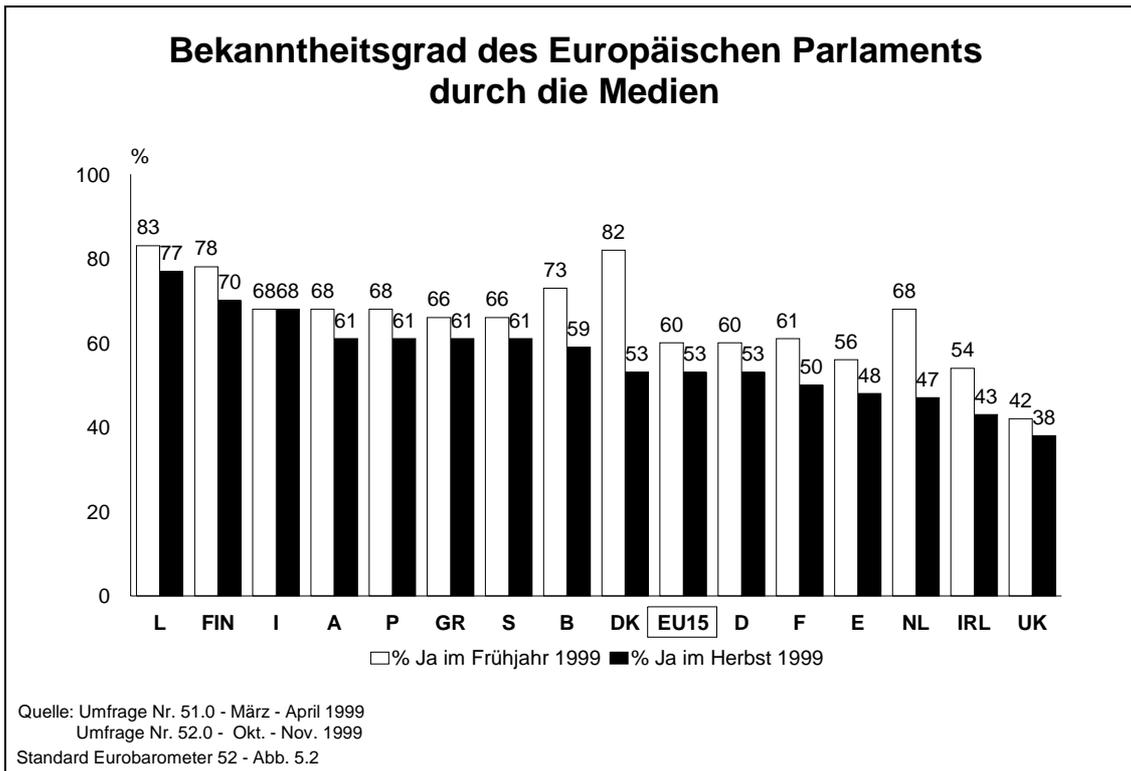
5.1. Bekanntheitsgrad des EP aufgrund der Berichterstattung in den Medien

Seit 1977 ermittelt das Eurobarometer, ob die europäische Bevölkerung in der letzten Zeit in den Zeitungen, im Radio oder im Fernsehen etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen hat. Wie die Ergebnisse der jüngsten Umfrage zeigen, die vier Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 durchgeführt wurde, haben 53% der EU-Bürger durch diese drei Medien etwas über das Europäische Parlament erfahren. Dieser Anteil liegt unter dem entsprechenden Wert vom Frühjahr 1999 (60%), als das Europäische Parlament aufgrund der anstehenden Wahlen häufig die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zog. Wie folgendes Schaubild zeigt, ist der Bekanntheitsgrad kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament am höchsten.



Diesmal ist der Abfall des Bekanntheitsgrades in den Ergebnissen vor den Wahlen im Verhältnis zu den Ergebnissen nach den Wahlen nicht so drastisch wie in vorherigen Wahljahren. In der Periode vor der Umfrage im Herbst dieses Jahres war die Medienberichterstattung über das Europäische Parlament breiter als dies normalerweise nach Wahlen der Fall ist. Nach dem Rücktritt der Kommission Santer im März und dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam im Mai interviewte das Europäische Parlament Anfang September jeden einzelnen der von Präsident Prodi vorgeschlagenen neuen Kommissare und gab schließlich am 15. September 1999 seine Zustimmung zur neuen Kommission.

Die Bevölkerung in Luxemburg (77%) hat am häufigsten in letzter Zeit durch die Medien etwas über das Europäische Parlament gehört, gefolgt von der Bevölkerung in Finnland (70%) und Italien (68%). Im Vereinigten Königreich (38%), Irland (43%), den Niederlanden (47%) und Spanien (48%) gibt weniger als die Hälfte der Bevölkerung an, in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament in den Zeitungen, dem Radio oder Fernsehen gehört oder gelesen zu haben.



Wie das oben stehende Schaubild zeigt, ist der Bekanntheitsgrad in allen Mitgliedstaaten außer Italien in den Ergebnissen der Umfrage nach den Wahlen höher als in den Ergebnissen der Umfrage vor den Wahlen. Der Abfall des Bekanntheitsgrades reicht von 4 Prozentpunkten im Vereinigten Königreich bis zu 29 Prozentpunkten in Dänemark. Mit 68% hat sich der Bekanntheitsgrad in Italien nicht verändert. (Tabelle 5.1a)

Manager (65%), Personen, die bis zum Alter von 20 oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind, und Selbständige (beide 62%) haben am häufigsten kürzlich in den Medien etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen. Den niedrigsten Bekanntheitsgrad findet man bei Hausfrauen/-männern und Personen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 und jünger abgeschlossen haben (beide 45%). (Tabelle 5.1b)

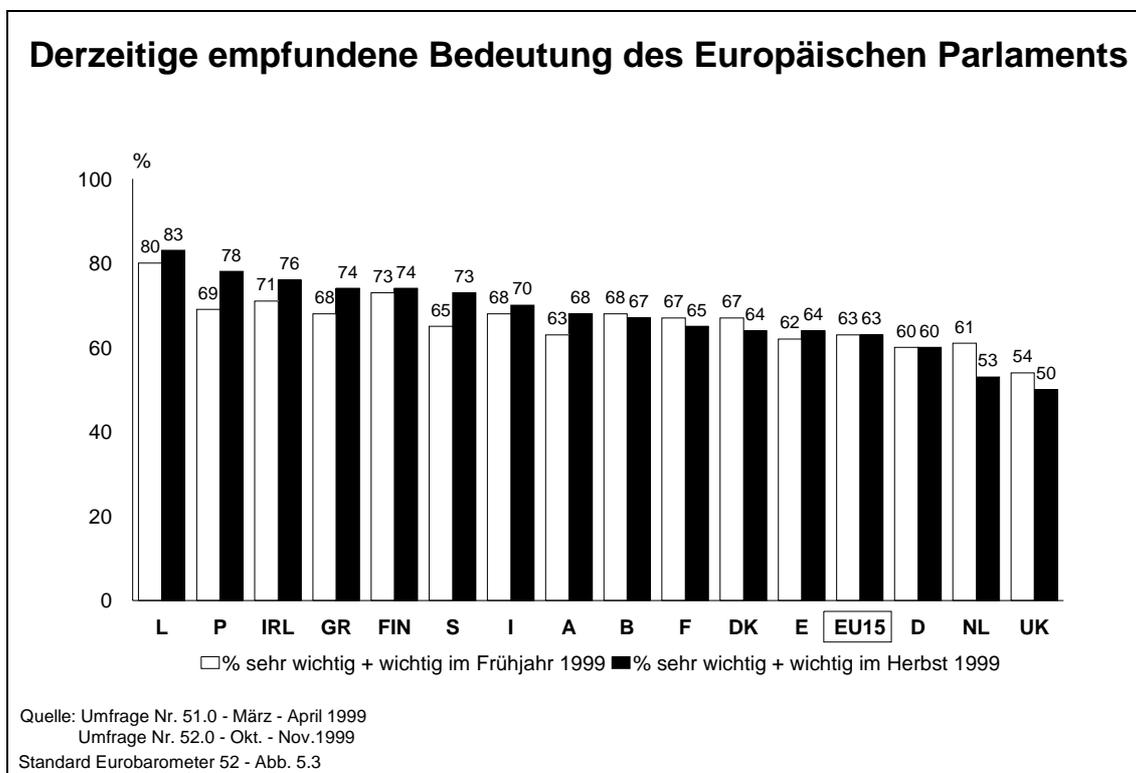
Wie zu erwarten, ist der Bekanntheitsgrad bei Personen, die an den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 teilgenommen haben, wesentlich höher als bei Personen, die nicht gewählt haben (62% zu 42%). Es findet sich ebenfalls eine Differenz von 20 Prozentpunkten zwischen den Personen, die sich für das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle im Leben der Europäischen Union wünschen, und denjenigen, die sich eine weniger wichtige Rolle für das EP wünschen (68% zu 48%). Wie folgende Tabelle zeigt, besteht zwischen denjenigen, die glauben, sehr viel über die Europäische Union zu wissen (8-10 auf der Kenntnisskala), und denjenigen, die sehr wenig zu wissen glauben (1-3 auf der Kenntnisskala), eine Differenz von 46 Prozentpunkten.

Bekanntheitsgrad des EP durch die Berichterstattung in den Medien im Vergleich zum selbstempfundenen Kenntnisstand			
<i>Haben Sie in letzter Zeit etwas über das EP erfahren?</i>	Hoher Kenntnisstand	Durchschnittlicher Kenntnisstand	Niedriger Kenntnisstand
% ja	82	62	36
% nein	16	31	55
% weiß nicht	2	7	9
<i>% Gesamt</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

5.2. Die empfundene und die gewünschte Bedeutung des Europäischen Parlaments

Im Laufe der Jahre haben sich die Kompetenzen des Europäischen Parlaments bedeutend vermehrt. Als es 1979 zum ersten Mal direkt vom Volk gewählt wurde, spielte es im Entscheidungsprozess eine hauptsächlich beratende Rolle. Der Maastrichter Vertrag von 1993 gab dem Parlament in einer Reihe von Bereichen zusammen mit dem Ministerrat ein Mitentscheidungsrecht im Entscheidungsprozess. Mit dem Inkraftsetzen des Vertrags von Amsterdam am 1. Mai 1999 hat das Europäische Parlament jetzt Mitentscheidungskompetenzen in den meisten Politikbereichen der Europäischen Union.

Wie schon im Frühjahr 1999, glauben 63% der EU-Bürger, daß das Europäische Parlament eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt³⁹. Wie das folgende Schaubild zeigt, hält die Bevölkerung in Luxemburg die aktuelle Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union am häufigsten für wichtig (83%), gefolgt von der Bevölkerung in Portugal (78%) und Irland (76%). Mit 50% ist der Anteil der Bevölkerung im Vereinigten Königreich, der die Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union für wichtig hält, am geringsten. Der Anteil von „weiß nicht“-Antworten ist hier am höchsten (33%).

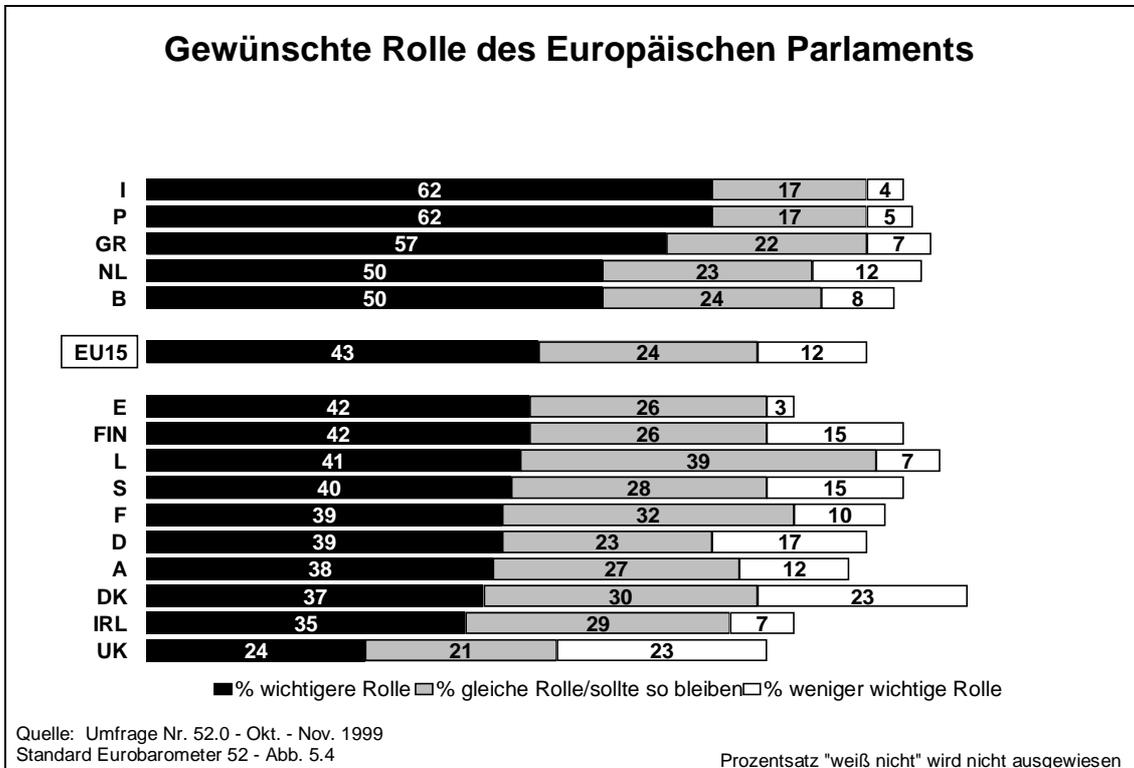


Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Frühjahr 1999 ist der Anteil der Menschen, die die Rolle des Parlaments für wichtig halten in Portugal (+9), Schweden (+8), Griechenland (+5), Irland, Österreich (beide +5) und Luxemburg (+3) deutlich gestiegen. In den Niederlanden (-8), dem Vereinigten Königreich (-4), Frankreich (-2) und Dänemark (-3) ist der Anteil gefallen. In den anderen Mitgliedstaaten wurden keine besonderen Veränderungen registriert. (Tabelle 5.2)

Ungefähr 43% der EU-Bürger wünschen sich eine wichtigere, 24% eine gleichbleibende nur 12% eine weniger wichtige Rolle für das Europäische Parlament.

³⁹ In Kapitel 3 haben wir bereits festgestellt, daß die EU-Bürger am häufigsten der Ansicht sind, daß das Europäische Parlament von 9 aufgelisteten EU-Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt. Wir stellten auch fest, daß die Öffentlichkeit dieser Institution am häufigsten vertraut.

Die Bevölkerung in Portugal und Italien (beide 62%) wünscht sich am häufigsten eine wichtigere Rolle für das Europäische Parlament, gefolgt von der Bevölkerung in Griechenland (57%). Mit 24% teilt die Bevölkerung im Vereinigten Königreich am seltensten diesen Wunsch, und die Bevölkerung in Dänemark wünscht sich am häufigsten eine weniger wichtige Rolle für das Parlament⁴⁰. In allen anderen Ländern wünschen sich weniger als 2 von 10 Personen, daß das Europäische Parlament eine weniger wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen soll.



Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Frühjahr 1999, wünscht sich die Bevölkerung in Österreich, Portugal und Schweden jetzt wesentlich häufiger eine wichtigere Rolle für das Parlament (alle +6). Auch in Luxemburg, Belgien (beide +5), Italien und Deutschland (beide +4) wurde ein deutlicher Anstieg festgestellt. Nur im Vereinigten Königreich (+6) und in Dänemark (+4) wünscht sich die Bevölkerung jetzt eine weniger wichtige Rolle für das Europäische Parlament. (Tabelle 5.3)

5.3. Wahlbeteiligung bei der Europawahl

Vom 10.-13.Juni 1999 wurden in den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum fünften Mal Direktwahlen zum Europäischen Parlament abgehalten. Obwohl die Kompetenzen des Europäischen Parlaments, die es ihm erlauben, die Bürger Europas zu repräsentieren, sich mit den Jahren bedeutend vermehrt haben, haben nur 55% der EU-Bürger an den Wahlen teilgenommen. Wie auch in anderen Wahlen ist festzustellen, daß die europäischen Wahlberechtigten immer weniger an Wahlen teilnehmen. (63% der EU-Bürger nahmen an den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 teil.)

Obwohl Personen, die an den letzten Wahlen teilgenommen haben, in der Eurobarometer-Auswahl leicht überrepräsentiert sind⁴¹, ist es möglich, ein Profil der Personen, die an der Wahl teilgenommen bzw. nicht teilgenommen haben, zu erstellen. Diese Daten erlauben auch einen Einblick in die Gründe, aus denen die Bürger an den Wahlen teilnehmen oder nicht.

⁴⁰ Der Anteil von „weiß nicht“-Antworten ist im Vereinigten Königreich am höchsten (32%) und in Dänemark am niedrigsten (10%).

⁴¹ 57% der Eurobarometer-Befragten im Alter von 18 Jahren oder älter geben an, daß sie an den Wahlen teilnehmen. Tabelle 5.4a zeigt die Aufschlüsselung nach Ländern unter den Befragten im Alter von 15 Jahren oder älter. Aktuelle Ergebnisse für jeden Mitgliedstaat finden Sie auf der Website des Europäischen Parlaments: http://www.europarl.eu.int/election/results/en/maps_en.htm.

Wie folgende Tabelle ⁴² zeigt, ist die Einstellung der Bürger zur Europäischen Union ein guter Indikator dafür, ob sie an den Wahlen teilgenommen haben, oder nicht. Das Vertrauen ist ein besonders wichtiger Faktor; 74% der Befragten, die auf der Skala des Vertrauens in die Europäischen Institutionen und Körperschaften einen hohen Rang innehaben, haben an den Wahlen teilgenommen, verglichen mit 47% derjenigen, die auf dieser Skala einen niedrigen Rang einnehmen ⁴³. Weiterhin zeigt die Tabelle, daß mehr als die Hälfte der Befragten, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union ablehnen, nicht an den Wahlen teilnehmen.

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999: Nach Einstellung zur Europäischen Union (EU15)			
	% haben gewählt	% haben nicht gewählt	% können sich nicht erinnern/keine Antwort
Positive Einstellung zur EU:			
Großes Vertrauen in die EU- Institutionen und Körperschaften	74	22	3
Wichtigere Rolle für das EP	69	27	4
Wichtigere Rolle für die EU	68	27	5
Befürworter der Mitgliedschaft in der EU	68	28	4
EU15 Durchschnitt	57%	37%	6%
Negative Einstellung zur EU:			
Weniger wichtige Rolle für das EP	56	39	6
Wenig Vertrauen in die EU- Institutionen und Körperschaften	47	46	7
Weniger wichtige Rolle der EU	46	49	5
Gegner der Mitgliedschaft in der EU	41	53	6

Der subjektive und der tatsächliche Kenntnisstand der Bevölkerung sind ebenfalls gute Indikatoren für die Wahlbeteiligung. Wie die folgende Tabelle zeigt, haben 75% der Befragten, die auf dem Meinungsführerindex einen hohen Rang einnehmen, an der Wahl teilgenommen, im Gegensatz zu 61%, die auf dem Medienbenutzerindex einen niedrigen Rang einnehmen ⁴⁴.

⁴² Alle Analysen basieren auf Angaben von Befragten im Alter von 18 oder älter.

⁴³ Die Skala besteht aus drei Kategorien: Personen, die weniger als 4 der 9 im Umfragebogen enthaltenen EU Institutionen und Körperschaften Vertrauen entgegen bringen, Personen, die zwischen 4 und 6 der 9 Institutionen und Körperschaften Vertrauen entgegen bringen und Personen, die 7 oder mehr der 9 Institutionen Vertrauen entgegen bringen. Anhang C.4 enthält weitere Informationen über die Vertrauensskala, und in Kapitel 3 finden Sie die Liste der EU Institutionen und Körperschaften.

⁴⁴ In Anhang C.4 finden Sie die Definitionen der Variablen.

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999: Nach Kenntnisstand (EU15)			
	% haben gewählt	% haben nicht gewählt	% können sich nicht erinnern/keine Antwort
Hoch:			
Meinungsführerindex ++	75	23	2
8-10 auf der subjektiven Kenntnisskala	72	23	4
Medienbenutzerindex +++	61	33	6
EU15 Durchschnitt	57%	37%	6%
Niedrig:			
Meinungsführerindex --	46	47	8
1-3 auf der subjektiven Kenntnisskala	45	48	7
Medienbenutzerindex ---	31	61	8

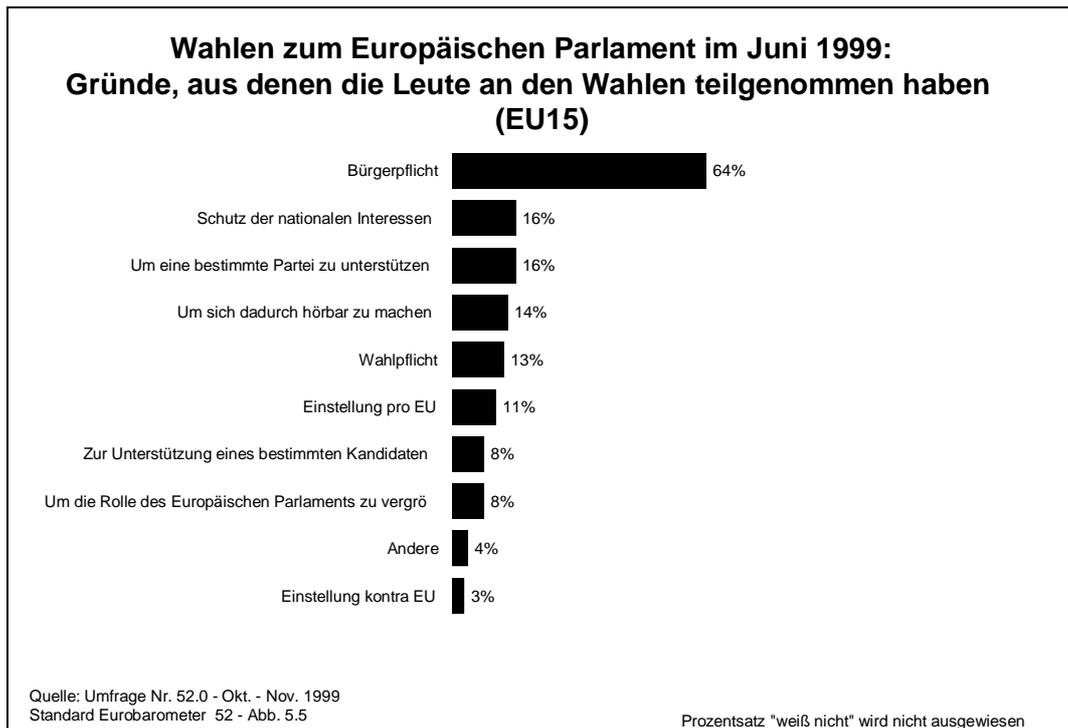
Die folgende Tabelle zeigt die prozentuale Wahlbeteiligung unter den verschiedenen soziodemographischen Gruppen der Bevölkerung⁴⁵. Obwohl die Unterschiede hier nicht so groß sind wie in der Analyse nach Einstellung und Kenntnisstand sind die Ergebnisse dennoch interessant, da sie nicht dem entsprechen, was wir üblicherweise in der Untersuchung der verschiedenen soziodemographischen Gruppen finden. Bei der Wahlbeteiligung stellen wir fest, daß junge Leute am häufigsten nicht an den Wahlen teilnehmen (45%) und daß die Wahlbeteiligung in der ältesten Altersgruppe wesentlich höher ist (62%). Die Tabelle zeigt außerdem, daß die Ausbildung auch einmal ein guter Indikator ist: Personen mit dem geringsten Ausbildungsniveau haben häufiger an den Wahlen teilgenommen als Personen, die bis zum Alter von 16-19 in der Vollzeitausbildung verblieben sind.

⁴⁵ Alle Angaben beziehen sich auf Befragte im Alter von 18 und älter. Tabelle 5.4b zeigt die Ergebnisse für alle Befragten, einschließlich der 4% aus der Auswahl der 15-17jährigen.

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 (% der Befragten im Alter von 18 und älter, die an den Wahlen teilgenommen haben, nach soziodemographischen Gruppen, EU15)	
Gruppe	%
Vollzeitausbildung bis 20+	66
Selbständige	65
Manager	64
Personen im Alter von 55+	62
Angestellte	61
Altersgruppe 40-54 Jahre	61
Angestellte	60
Männer	58
Vollzeitausbildung bis 15-	58
EU 15 Durchschnitt	57
Hausfrauen/-männer	56
Frauen	55
Vollzeitausbildung bis 16-19	53
Altersgruppe 25-39	51
Arbeiter	51
Studenten	47
Arbeitslose	46
Altersgruppe 18-24 Jahre	45

Nach dieser Betrachtung der Wahlbeteiligung untersuchen wir nun, welche Faktoren die Wähler zur Teilnahme an den Wahlen bewegt haben. Diese Informationen erhielten wir durch eine Frage im Umfragebogen, bei der die Teilnehmer, die angaben, an den Wahlen zum EP teilgenommen zu haben, gebeten wurden, 2 Hauptgründe für ihre Teilnahme an den Wahlen aus einer Liste von 9 Möglichkeiten auszuwählen. Es war auch möglich anzugeben, man habe einen anderen (nicht definierten) Grund gehabt.

Wie das folgende Schaubild zeigt, haben 64% der Wähler an den Wahlen teilgenommen, weil sie dies als ihre Bürgerpflicht ansehen. Weniger als 2 von 10 der Befragten entschieden sich für einen der anderen im Umfragebogen aufgelisteten Gründe.



Die **Bürgerpflicht** ist in allen Mitgliedstaaten, in denen die Teilnahme an den Wahlen keine Pflicht ist und in Griechenland, wo es Pflicht ist, der am häufigsten angegebene Grund für die Wahlteilnahme. In den anderen zwei Ländern, in denen die Teilnahme an den Wahlen Pflicht ist - Luxemburg und Belgien -, steht die Bürgerpflicht als Teilnahmegrund an zweiter Stelle. Der Anteil der Wähler, die die Bürgerpflicht als Grund angeben, reicht von 30% in Belgien bis zu 80% in Portugal.

Die Ergebnisse zeigen auch, daß in einigen Ländern die **Parteitreue** eine außerordentliche Rolle in den Wahlen zum EP spielt. Die Unterstützung einer bestimmten Partei ist in 5 Mitgliedstaaten der am zweithäufigsten angegebene Grund für die Teilnahme an den Wahlen, und in 6 weiteren Ländern ist es der am dritthäufigsten angegebene Grund. Der Anteil der Wähler, die dies als Grund für ihre Teilnahme an den Wahlen angaben, reicht von 7% in Italien bis zu 25% in Deutschland.

In einer Zahl von Ländern ist der **Schutz der nationalen Interessen des eigenen Landes** ein nicht zu vernachlässigender Grund für die Teilnahme an den Wahlen zum EP. Im Vereinigten Königreich (20%), Portugal (16%) und Frankreich (15%) wird dieser Grund am zweithäufigsten angegeben; in Finnland (28%), Griechenland (21%), Spanien (20%), Dänemark und Deutschland (beide 17%) steht er an dritter Stelle. Die belgischen Wähler geben diesen Grund für die Teilnahme an den Wahlen am seltensten an (6%).

Das Gefühl, daß **die Teilnahme an den Wahlen für die Bürger der einzige Weg ist, seinen Ansichten Ausdruck zu geben, wenn es um europäische Themen geht**, ist der am zweithäufigsten genannte Grund in den Niederlanden (28%). In Schweden (19%), Österreich (18%) und Italien (14%) steht er an dritter Stelle. Auch eine bedeutende Minderheit in Finnland (20%), Irland (17%), dem Vereinigten Königreich (16%) und Deutschland (15%) gab diesen als einen der Hauptgründe an.

Die **Unterstützung eines bestimmten Kandidaten** steht in Irland (31%) und Finnland (29%) an zweiter Stelle. Nur in Dänemark (15%) und Schweden (12%) hat mehr als 1 von 10 der Befragten diesen als einen der beiden Hauptgründe für die Teilnahme an den Wahlen angegeben.

In Italien haben 14% der Bevölkerung an den Wahlen teilgenommen, weil sie der Ansicht waren, daß **das Europäische Parlament in Zukunft eine wichtigere Rolle im täglichen Leben der Europäischen Union spielen wird**. Nur in Dänemark (11%), Schweden und in den Niederlanden (beide 10%) haben mehr als 1 von 10 der Befragten diesen als einen der beiden Hauptgründe für ihre Teilnahme an den Wahlen angegeben.

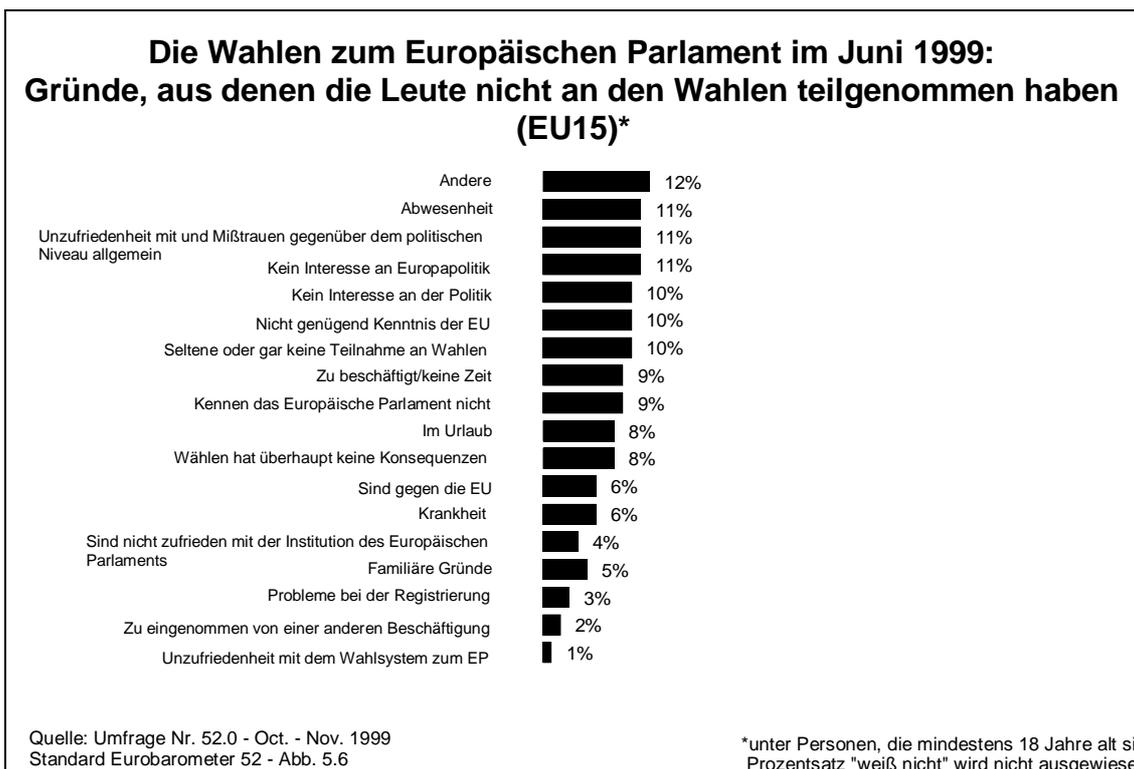
Die **Unterstützung der Europäischen Union** wurde von den Wählern in Dänemark, Schweden (beide 16%), Frankreich (14%), Italien (13%), den Niederlanden und Deutschland (beide 12%) am häufigsten als Grund angegeben. Die Wähler in Belgien (4%), Griechenland (5%), Irland und Portugal (beide 6%) gaben diesen am seltensten als einen der beiden Hauptgründe für ihre Teilnahme an den Wahlen an. Die **Ablehnung der Europäischen Union** wird von 14% der dänischen Befragten und von 10% der schwedischen Befragten als Grund zur Teilnahme an den Wahlen angegeben. Weniger als 1% der Wähler in Portugal, Belgien, Luxemburg und Spanien nahmen aufgrund der Ablehnung der Europäischen Union an den Wahlen teil.

Die folgende Tabelle zeigt für jeden Mitgliedstaat die drei am häufigsten angegebenen Gründe für die Teilnahme an den Wahlen. (Siehe auch Tabelle 5.5)

Die drei am häufigsten angegebenen Gründe für die Teilnahme an der Europawahl 1999 (in % nach Mitgliedstaaten)	
Belgien	
Wählen ist Pflicht	65
Bürgerpflicht	30
Unterstützung einer bestimmten Partei	19
Dänemark	
Bürgerpflicht	68
Unterstützung einer bestimmten Partei	17
Schutz der nationalen Interessen	17
Deutschland	
Bürgerpflicht	57
Unterstützung einer bestimmten Partei	25
Schutz der nationalen Interessen	17
Griechenland	
Bürgerpflicht	51
Wählen ist Pflicht	34
Schutz der nationalen Interessen	21
Spanien	
Bürgerpflicht	68
Unterstützung einer bestimmten Partei	21
Schutz der nationalen Interessen	20
Frankreich	
Bürgerpflicht	74
Schutz der nationalen Interessen	15
Wählen ist Pflicht	14
Irland	
Bürgerpflicht	62
Unterstützung eines bestimmten Kandidaten	31
Unterstützung einer bestimmten Partei	17
Italien	
Bürgerpflicht	73
Das EP wird in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen	14
Ausdruck der Ansicht über die EU	14
Luxemburg	
Wählen ist Pflicht	53
Bürgerpflicht	43
Unterstützung einer bestimmten Partei	16
Die Niederlande	
Bürgerpflicht	70
Ausdruck der Ansicht über die EU	28
Unterstützung einer bestimmten Partei	21
Österreich	
Bürgerpflicht	59
Unterstützung einer bestimmten Partei	18
Ausdruck der Ansicht über die EU	18
Portugal	
Bürgerpflicht	80
Schutz der nationalen Interessen	16
Unterstützung einer bestimmten Partei	8
Finnland	
Bürgerpflicht	64
Unterstützung einer bestimmten Partei	29
Schutz der nationalen Interessen	28
Schweden	
Bürgerpflicht	66
Unterstützung einer bestimmten Partei	19
Ausdruck der Ansicht über die EU	19
Vereinigtes Königreich	
Bürgerpflicht	52
Schutz der nationalen Interessen	20
Unterstützung einer bestimmten Partei	19

Als nächstes werden wir die Gründe untersuchen, aus denen einige der Befragten ⁴⁶ nicht an den Europawahlen 1999 teilgenommen haben. Diejenigen, die nicht an den Wahlen teilgenommen haben, wurden gebeten, die zwei Hauptgründe für ihre Nichtteilnahme aus einer Liste von 17 Möglichkeiten auszuwählen. Es war auch möglich, einen anderen Grund anzugeben, falls dieser nicht in der Liste enthalten war.

Wie das folgende Schaubild zeigt, haben 11% der Befragten nicht an den Wahlen teilgenommen, weil sie der Politik nicht vertrauen oder mit ihr unzufrieden sind, weil sie nicht an der Politik der EU interessiert sind oder weil sie zum Zeitpunkt der Wahlen nicht zu Hause waren. 10% der Befragten gaben als Grund für die Nichtteilnahme an, daß sie sich allgemein nicht für Politik interessieren, daß sie wenig über die Europäische Union wissen oder daß sie nie an Wahlen teilnehmen. 12% der Befragten im Alter von 18 oder älter gaben andere Gründe für ihre Nichtteilnahme an ⁴⁷.



Die Länderanalyse zeigt, daß die Bevölkerung in den Ländern, in denen das Wählen Pflicht ist, meist nicht aufgrund widriger Umstände wie Krankheit, Probleme bei der Anmeldung oder Abwesenheit wegen Urlaubs nicht an den Wahlen teilgenommen hat. Die Gründe für die Nichtteilnahme lagen in den Ländern, in denen das Wählen nicht Pflicht ist, meistens in der Einstellung der Menschen. Diese im Fragebogen enthaltenen Gründe können in die folgenden sechs Kategorien eingeteilt werden:

1. Fehlendes Vertrauen in die Politik im allgemeinen.
2. Prinzipielle Nichtteilnahme an Wahlen und das Gefühl, daß man durch die Teilnahme keinen Einfluß nehmen kann.
3. Ablehnung der Europäischen Union.
4. Unzufriedenheit mit dem Europäischen Parlament.
5. Fehlendes Wissen über die Europäische Union und das Europäische Parlament.
6. Kein Interesse an der Politik im allgemeinen und an der Politik der EU im besonderen.

Das fehlende Vertrauen ist ein Problem, das die Ergebnisse von Deutschland und Italien am meisten beeinflusst hat. **Desinteresse an der Politik** betraf Spanien, Frankreich und Deutschland am meisten.

⁴⁶ Angaben beziehen sich auf Personen im Alter von 18 und älter. Jüngere Befragte haben natürlich nicht an den Wahlen teilgenommen, da sie noch nicht wahlberechtigt waren.

⁴⁷ 35% der Befragten in Luxemburg und 27% der Befragten in Griechenland - zwei Länder, in denen Wählen Pflicht ist - gaben andere Gründe an. In Schweden, den Niederlanden und Deutschland war dies bei weniger als 1 von 10 der Befragten der Fall.

Die **Ablehnung der Europäischen Union** wurde in Schweden und Österreich am häufigsten genannt und betraf auch Dänemark. **Die Unzufriedenheit mit dem Europäischen Parlament** beeinflusste die Ergebnisse der Niederlande. Das **fehlende Wissen** wurde in Schweden und in den Niederlanden am häufigsten angegeben und **das Desinteresse an der Politik im allgemeinen** hat ein Viertel der Befragten in Spanien zur Nichtteilnahme veranlaßt. Dieser Grund wurde außerdem in Finnland, Irland und den Niederlanden angegeben. **Desinteresse an der Politik der EU** wurde am häufigsten in Finnland, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und den Niederlanden angegeben.

Die folgende Tabelle zeigt für jeden Mitgliedstaat die drei am häufigsten genannten Gründe für die Nichtteilnahme. (Sieh auch Tabelle 5.6)

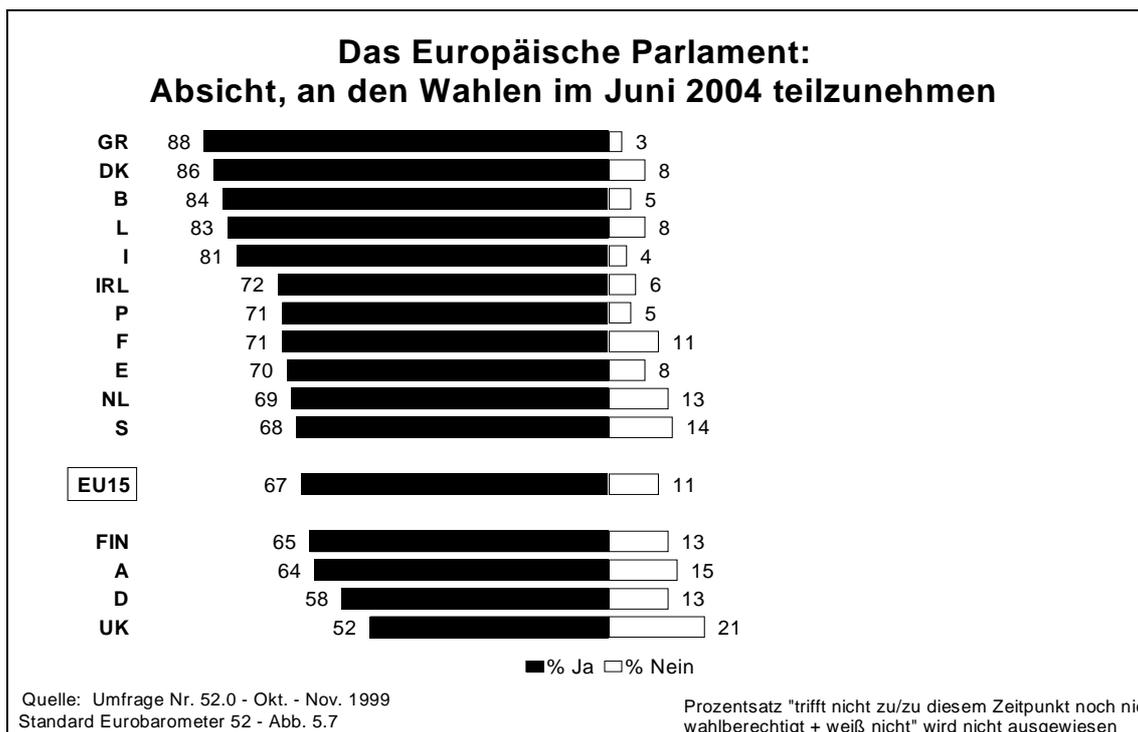
Die drei am häufigsten genannten Gründe für die Nichtteilnahme an der Europawahl 1999 (in %, nach Mitgliedstaat)*	
Belgien	
Krankheit/Behinderung/hohes Alter	29
Andere	23
Abwesenheit/Urlaub	12
Dänemark	
Nicht zu Hause	18
Zu beschäftigt/keine Zeit/ Arbeit	17
Ablehnung der EU	13
Deutschland	
Kein Vertrauen/ Unzufriedenheit	18
Urlaub	14
Desinteresse an der Politik der EU	13
Griechenland	
Kein Vertrauen/ Unzufriedenheit	39
Probleme bei der Anmeldung	22
Nicht zu Hause	21
Spanien	
Desinteresse an der Politik	25
Wählen selten oder nie	18
Nicht zu Hause	13
Frankreich	
Nicht zu Hause	20
Wählen selten oder nie	17
Andere	10
Irland	
Nicht zu Hause	18
Desinteresse an der Politik	12
Andere	12
Italien	
Andere	19
Kein Vertrauen/ Unzufriedenheit	18
Nicht zu Hause	15
Luxemburg	
Andere	34
Probleme bei der Anmeldung	17
Desinteresse an der Politik	11
Die Niederlande	
Mangelndes Wissen über das EP	18
Zu beschäftigt/keine Zeit/ Arbeit	16
Unzufriedenheit mit dem EP	15
Österreich	
Ablehnung der EU	13
Kein Vertrauen/ Unzufriedenheit	13
Andere	13
Portugal	
Nicht zu Hause	19
Kein Vertrauen/ Unzufriedenheit	13
Andere	13
Finnland	
Desinteresse an der Politik der EU	17
Desinteresse an der Politik	16
Nicht zu Hause	15
Schweden	
Ablehnung der EU	21
Mangelndes Wissen über die EU	18
Mangelndes Wissen über das EP	16
Vereinigtes Königreich	
Desinteresse an der Politik der EU	14
Andere	14
Zu beschäftigt/keine Zeit/ Arbeit	13

* Unter Personen, die wenigstens 18 Jahre alt sind

Wir beenden diesen Abschnitt mit einer Betrachtung der Absicht der Bevölkerung, an der Europawahl im Juni 2004 teilzunehmen. 2 von 3 EU-Bürgern geben an, daß sie an den Wahlen teilnehmen werden. Diese Angaben beweisen, daß die genannte Absicht der Befragten nicht unbedingt ihrem Verhalten am Tag der Wahlen entspricht. Wie bereits vorher festgestellt wurde, betrachten die Europäer das Wählen immer noch als Bürgerpflicht, und dennoch finden sie oft eine Unmenge von Gründen, die sie an der Wahrnehmung dieser Pflicht hindern. Die Ergebnisse zeigen, daß im Herbst 1999 nur 11% schon entschieden hatten, im Jahre 2004 nicht an den Wahlen teilzunehmen. 1% der Befragten werden nicht wahlberechtigt sein und 21% haben noch keine Entscheidung getroffen.

Die Analyse zeigt, daß 92% der Befragten im Alter von 18 und älter, die an der Europawahl 1999 teilgenommen haben, wieder zur Wahl gehen werden, verglichen mit 36% der Befragten im Alter von 18 und älter, die 1999 nicht gewählt haben. Bei der Untersuchung der Gründe solcher Verhalten stellt man fest, daß 97% der Befragten, die wählten, um die Europäische Union zu unterstützen, wieder zur Wahl gehen werden. Gleichzeitig werden 52% der Wähler, die 1999 nicht an den Wahlen teilgenommen haben, weil sie die Europäische Union ablehnen, dies auch im Jahre 2004 nicht tun.

Das folgende Schaubild illustriert die Ergebnisse für jeden Mitgliedstaat. Beinahe 9 von 10 der Befragten in Griechenland haben die Absicht, im Jahre 2004 an den Wahlen teilzunehmen. (Wählen ist in Griechenland Pflicht und 84% der griechischen Befragten wählten auch im Jahr 1999.) Wählen ist auch in Belgien und Luxemburg Pflicht - dort geben jeweils 84% und 83% der Befragten an, daß sie zur Wahl gehen werden. Dänemark ist das einzige andere Land, in dem mehr als 8 von 10 der Befragten angeben, daß sie an den Wahlen teilnehmen werden. Die Befragten im Vereinigten Königreich gaben am seltensten an, daß sie zur Wahl gehen werden (52%). Es ist zu erwarten, daß die Wahlbeteiligung im Vereinigten Königreich sehr niedrig sein wird, wenn man berücksichtigt, daß nur 30% der britischen Befragten angeben, im Jahre 1999 an den Wahlen teilgenommen zu haben und daß die tatsächliche Beteiligungsrate von 24% die niedrigste in der EU war. (Tabelle 5.7a)



Die demographische Analyse zeigt, daß die Wahlabsicht bei Männern (69%) etwas höher ist als bei Frauen (66%). Es gibt auch geringe Schwankungen zwischen den vier verschiedenen Altersgruppen. Die Absicht zu wählen, ist bei Personen 40 bis 54 Jahren (70%) am größten. 77% der Manager geben an, daß sie wählen werden und 60% der Arbeitslosen werden dies nicht tun. Die Ausbildung ist hier ein wichtiger Indikator: 63% der Personen, die die Ausbildung im Alter von 15 oder jünger abgeschlossen haben, geben an, zu wählen, verglichen mit 79% der Personen, die bis zum Alter von 20 oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind. Wie schon gesagt, ist die Einstellung der Bevölkerung zur EU ein wichtiger Faktor dafür, ob an den Wahlen teilgenommen wird, oder nicht: 81% der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, geben an, daß sie wählen werden, im Gegensatz zu nur 47% der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen. (Tabelle 5.7b)

6. Europäer und Sprachen

Im letzten Kapitel dieses Berichts betrachten wir die Untersuchungen einiger Fragen des Eurobarometers bezüglich der Sprachen, die von den EU-Bürgern gesprochen werden, die sie kennen und die sie am nützlichsten finden.

6.1. Die Muttersprache

Wenn wir nach der Sprache fragen, die die EU-Bürger als ihre Muttersprache ansehen, muß diese nicht notwendigerweise auch die offizielle Sprache des Landes sein, in dem sie leben. Es gibt natürlich mehrere EU-Mitgliedstaaten mit mehr als nur einer offiziellen Sprache. Es gibt auch einige Länder, in denen die Menschen eine regionale Sprache als ihre Muttersprache ansehen. Die Freiheit, in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu arbeiten und zu studieren führt mit sich, daß man in jedem Land einige Ausländer aus anderen EU-Ländern findet, deren Muttersprache eine andere EU-Sprache ist. Außerdem gibt es auch einige EU-Bürger, deren Muttersprache eine „nicht-EU-Sprache“ ist, die im Land ihrer Herkunft gesprochen wird.

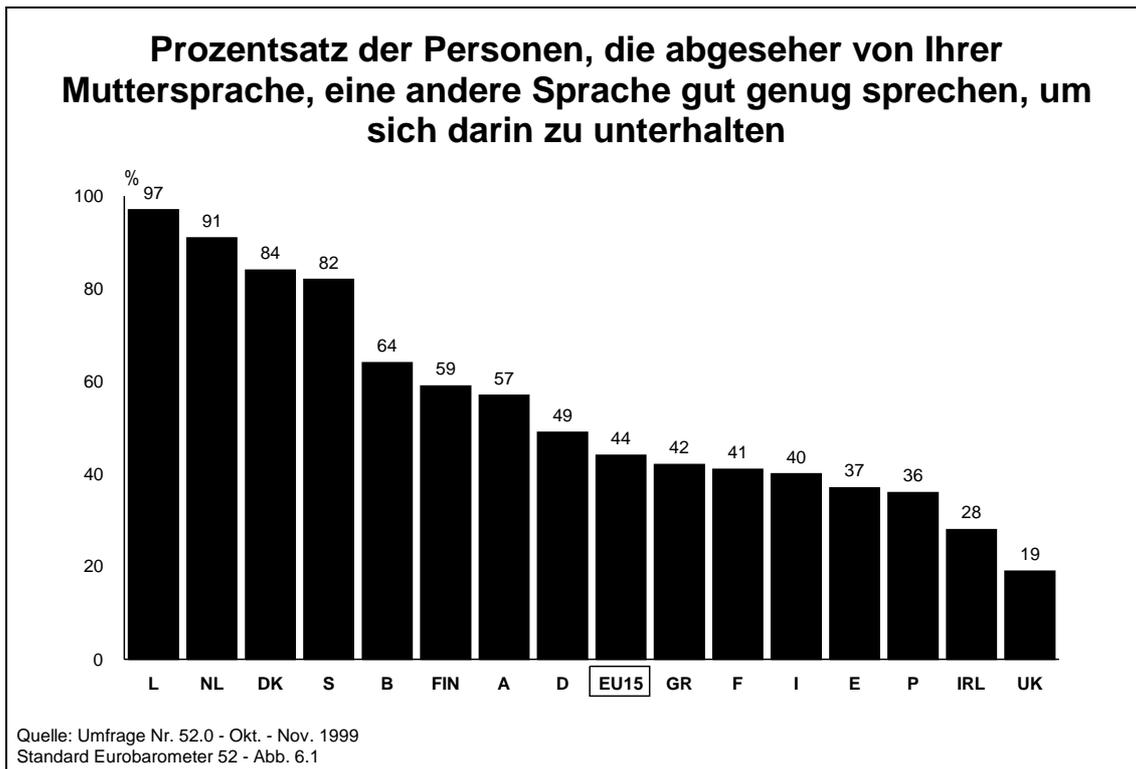
Die Muttersprache – in % nach Ländern				
Land :	EU-Landes- sprache(n)	Andere EU- Sprache(n)	Arabisch oder Chinesisch	Andere
Belgien	94	5	0	0
Dänemark	97	2	0	1
Deutschland	97	2	0	1
Griechenland	100	0	0	0
Spanien	90	1	0	9
Frankreich	95	2	1	2
Irland	92	2	0	6
Italien	100	0	0	0
Luxemburg	8	17	0	75
Niederlande	96	1	0	2
Österreich	97	1	0	2
Portugal	100	0	0	0
Finnland	94	6 ⁴⁸	1	0
Schweden	95	3	0	2
Vereinigtes Königreich	96	1	0	2

Die oben stehende Tabelle zeigt den Anteil der EU-Bürger in jedem Land, deren Muttersprache eine der 11 offiziellen EU-Sprachen und eine Landessprache des Landes, in dem sie leben, ist (siehe Spalte 1). Sie zeigt außerdem den Anteil der Menschen, deren Muttersprache eine offizielle EU-Sprache, aber nicht die Landessprache des Landes ist, in dem sie leben (Spalte 2). Die dritte Spalte muß nicht weiter erklärt werden. Die vierte Spalte zeigt den Anteil der Menschen, deren Muttersprache eine im Fragebogen nicht enthaltene Sprache ist. In dieser Spalte sind die Regionalsprachen enthalten. In Irland nennen die 6% der Kategorie „Andere“ Irisch als ihre Muttersprache. In Spanien repräsentiert „Katalanisch“ 50% der Kategorie „Andere“. In Luxemburg finden wir die meisten der Befragten in der Kategorie „Andere“ wieder, während Luxemburgisch ihrer aller Muttersprache ist. In Luxemburg finden wir aufgrund der großen Anzahl von ausländischen EU-Bürgern, die in diesem Land leben, auch den höchsten Anteil an anderen EU-Sprachen.

⁴⁸ Schwedisch.

6.2. Kenntnis anderer Sprachen

Beinahe die Hälfte aller EU-Bürger sind in der Lage, in einer anderen Sprache als ihrer Muttersprache ein Gespräch zu führen⁴⁹. Wie das folgende Schaubild zeigt, gibt es zwischen den Mitgliedstaaten große Schwankungen. In Luxemburg spricht beinahe jeder eine andere Sprache gut genug, um in ihr ein Gespräch zu führen. Das gilt auch für 9 von 10 Personen in den Niederlanden und für mehr als 8 von 10 Personen in Dänemark und Schweden. Die Bürger im Vereinigten Königreich und in Irland sprechen am seltensten eine Fremdsprache. In Irland ist der Anteil der Menschen, die eine Fremdsprache beherrschen, größer als im Vereinigten Königreich, da eine große Zahl der Menschen Irisch sprechen (und wenn Irisch ihre Muttersprache ist, sprechen sie beinahe alle auch Englisch).

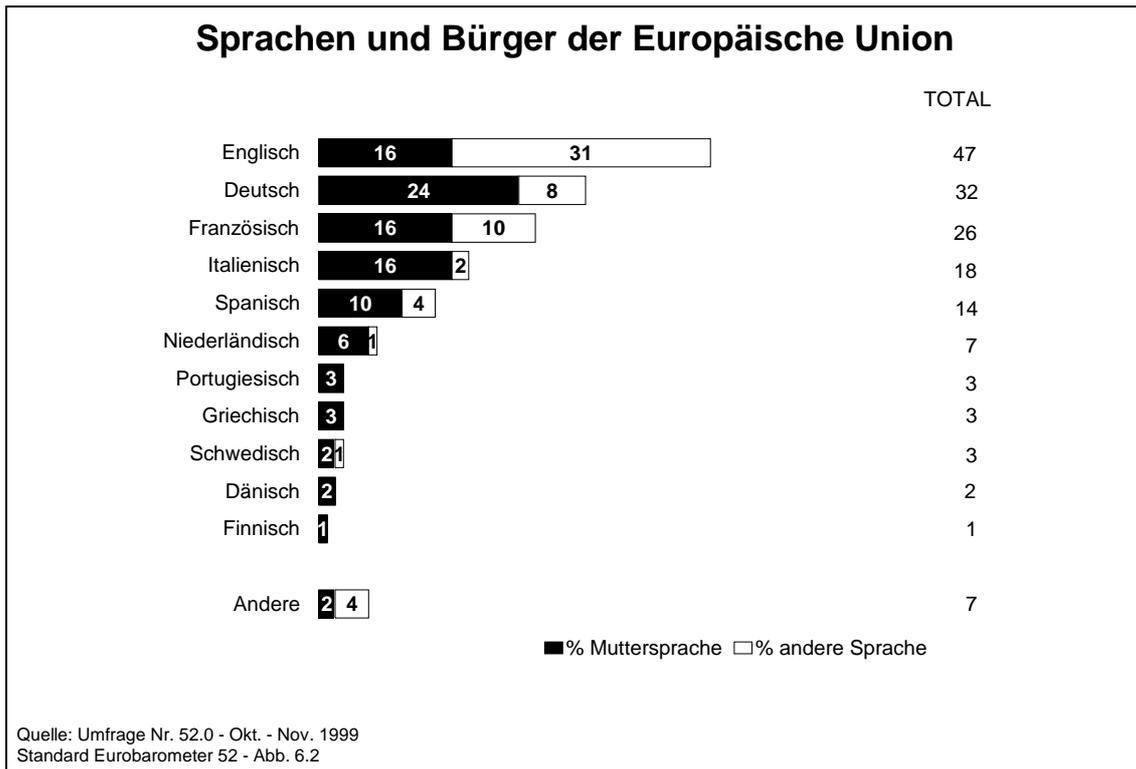


Unter den verschiedenen soziodemographischen Gruppen reicht der Anteil der Personen, die in einer anderen Sprache als ihrer Muttersprache ein Gespräch führen können, von 76% der Studenten zu nur 20% der Personen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 oder jünger abgeschlossen haben.

⁴⁹ Die Teilnehmer wurden gefragt: „Abgesehen von Ihrer Muttersprache, welche Sprachen beherrschen Sie gut genug, um in ihr ein Gespräch zu führen?“ Der Anteil der Personen, die eine andere Sprache beherrschen wird in jedem Land ermittelt, indem der Anteil von „weiß nicht“-Antworten von der Gesamtanzahl abgezogen wird.

Anteil der Befragten, die eine Fremdsprache gut genug beherrschen, um in ihr ein Gespräch führen zu können (EU15)	
Soziodemographische Gruppen	%
Studenten	76
Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren oder älter	70
Manager	69
Altersgruppe 15-24 Jahre	62
Angestellte	56
Altersgruppe 25-39 Jahre	52
Selbständige	48
Männer	46
EU15 Durchschnitt	44
Bildungsabschluß im Alter von 16-19 Jahren	42
Frauen	42
Altersgruppe 40-54 Jahre	39
Arbeitslose	39
Arbeiter	37
Altersgruppe 55 Jahre und älter	31
Hausfrauen/-männer	30
Personen im Ruhestand	28
Bildungsabschluß im Alter von 15 Jahren oder jünger	20

Englisch ist die am weitesten verbreitete „gesprochene“ Sprache in der EU. Wie das folgende Schaubild zeigt, spricht beinahe die Hälfte aller EU-Bürger Englisch. Es ist die Muttersprache von 16% der Bevölkerung der EU. Weitere 31% sprechen es gut genug, um ein Gespräch zu führen. Abgesehen von Englisch entspricht die Rangfolge mehr oder weniger der Rangfolge der Einwohnerzahlen. Daher stellen wir fest, daß Deutsch die Muttersprache von 24% der EU-Bürger ist und von weiteren 8% der EU-Bürger als Zweitsprache gesprochen wird. Französisch wird von 26% der Bevölkerung der EU gesprochen - 16% davon sind Muttersprachler. Italienisch steht an vierter Stelle, es gibt genauso viele Muttersprachler wie für die französische Sprache, während der Anteil der Personen, die Italienisch als Fremdsprache sprechen, bedeutend geringer ist (2%). 14% der EU-Bürger sprechen Spanisch (10% davon sind Muttersprachler, 4% sprechen es als Fremdsprache).



Die folgende Tabelle listet für jeden Mitgliedstaat die drei außer der Muttersprache am häufigsten bekannten Sprachen auf. Wir stellen fest, daß

- in allen Staaten, in denen Englisch nicht Landessprache ist (außer Luxemburg), Englisch die am häufigsten bekannte Fremdsprache ist.
- in Ländern mit der Landessprache Englisch Französisch die am häufigsten bekannte Fremdsprache ist.
- in den Ländern, in denen Regionalsprachen gesprochen werden, die Landessprache auch in der Kategorie „Fremdsprache“ vorkommt (z.B. Luxemburg, Spanien, Irland).

DIE DREI AUSSER DER MUTTERSPRACHE AM HÄUFIGSTEN BEKANNTEN SPRACHEN (IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)	
Belgien	
Englisch	42
Französisch	37
Deutsch	15
Dänemark	
Englisch	76
Deutsch	50
Französisch/Schwedisch	8
Deutschland	
Englisch	41
Französisch	9
Andere ⁵⁰	7
Griechenland	
Englisch	39
Französisch	5
Deutsch	3
Spanien	
Englisch	17
Spanisch	9
Andere ⁵¹	9
Frankreich	
Englisch	30
Spanisch	7
Deutsch	6
Irland	
Französisch	12
Andere ⁵²	9
Englisch	6
Italien	
Englisch	28
Französisch	17
Deutsch	3
Luxemburg	
Französisch	88
Deutsch	81
Englisch	53
Niederlande	
Englisch	78
Deutsch	57
Französisch	14
Österreich	
Englisch	51
Französisch	8
Italienisch	6
Portugal	
Englisch	23
Französisch	18
Spanisch	6
Finnland	
Englisch	51
Schwedisch	33
Deutsch	11
Schweden	
Englisch	77
Deutsch	24
Dänisch / Französisch	6
Vereinigtes Königreich	
Französisch	9
Deutsch	5
Englisch	3

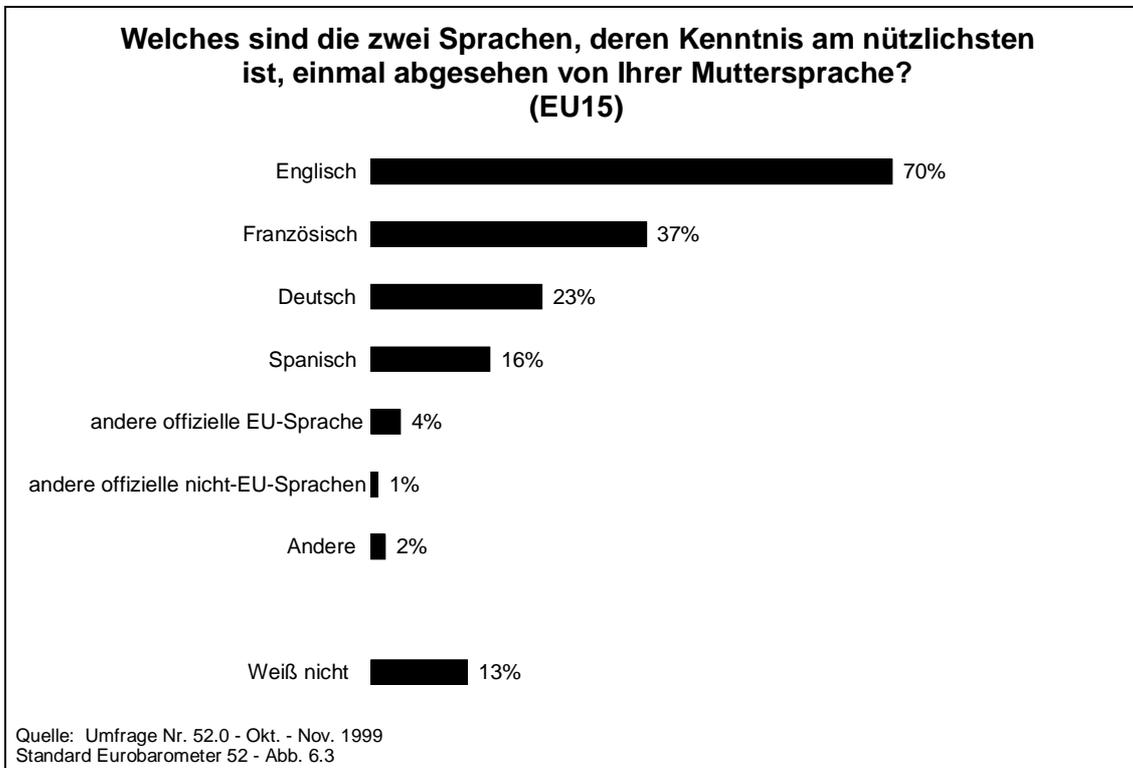
⁵⁰ Andere = keine der 11 Sprachen der Europäischen Union und weder Russisch noch Arabisch.

⁵¹ S.O.

⁵² S.O.

6.3. Welche beiden Fremdsprachen sind am nützlichsten?

Bei der Frage, welche beiden Sprachen die Bürger außer ihrer Muttersprache⁵³, für am nützlichsten halten, stellen wir fest, daß Englisch bei weitem am beliebtesten ist, gefolgt von Französisch, Deutsch und Spanisch. Die anderen sieben offiziellen EU-Sprachen zusammengefaßt, werden nur von 4% der EU-Bürger für am nützlichsten gehalten.



Die folgende Tabelle listet die beiden Sprachen auf, die in jedem der 15 Mitgliedstaaten für die nützlichste Sprache gehalten wird. Die beliebtesten Sprachen sind:

- Englisch, gefolgt von Deutsch, in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden.
- Englisch, gefolgt von Französisch, in den deutschsprachigen Ländern, Belgien und den Mittelmeerländern (außer Griechenland, wo Deutsch beliebter ist als Französisch).
- Englisch, gefolgt von Spanisch, in Frankreich.
- Französisch, gefolgt von Englisch, in Luxemburg.
- Französisch, gefolgt von Deutsch, in den beiden englischsprachigen Ländern.

⁵³ Die befragten Personen sollten zwei Sprachen nennen, um die Auswahl an anderen Sprachen außer Englisch zu erhöhen.

DIE BEIDEN NÜTZLICHSTEN SPRACHEN ABGESEHEN VON DER MUTTERSPRACHE (IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)		
Belgien		
Englisch		79
Französisch		44
Dänemark		
Englisch		91
Deutsch		50
Deutschland		
Englisch		78
Französisch		42
Griechenland		
Englisch		88
Deutsch		40
Spanien		
Englisch		87
Französisch		51
Frankreich		
Englisch		84
Spanisch		36
Irland		
Französisch		65
Deutsch		54
Italien		
Englisch		84
Französisch		38
Luxemburg		
Französisch		69
Englisch		62
Niederlande		
Englisch		96
Deutsch		40
Österreich		
Englisch		84
Französisch		47
Portugal		
Englisch		73
Französisch		54
Finnland		
Englisch		80
Deutsch		34
Schweden		
Englisch		87
Deutsch		49
Vereinigtes Königreich		
Französisch		61
Deutsch		40

Sie finden in den Tabellen 6.1 und 6.2 detailliertere Angaben über die Kenntnis und die Nützlichkeit der Fremdsprachen in jedem der Mitgliedstaaten.